REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 368 · 6.7.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Grüne und PDS treiben die SPD
2. In mörderischer Absicht!
3. Weltweit: Die politischen Gefangenen müssen raus!
4. Betr.: Gremliza gegen ak. Der schnöde Mammon war's! - He., Js.
5. Frankreich interveniert in Rwanda. Der französische Imperialismus: Diesmal ein Papiertiger? - J., Westberlin
6. Weit entfernt von der Gegenwende (Europa-Wahl, Landtagswahlen in Sachsen- Anhalt) - he.
7. PDS zur Frage der Ablösung der CDU/FDP- Regierung (Dokumentation)
8. Tendenz uneinheitlich. Europawahlen: Gewinne für Rechte und Populisten - aber nicht für alle - Js.
9. Nicht zum ersten Mal: REP für tot erklärt - Knut Mellenthin
10. Opposition ist machbar ... Zu den Betriebsratswahlen 1994 bei Auto und Chemie - Manuel Kellner
11. Kein Bitburg Unter den Linden! Keine Anerkennung der Kranzabwurfstelle Neue Wache! - AntifaschistInnen gegen die Neue Wache
12. Wie Teilzeitbeschäftigte aus dem " sozialen Netz" geworfen werden - Knut Mellenthin
13. 15.000 gegen Sozialabbau bei BASF - jj., so.
14. Bad Kleinen: Mordvorwurf gegen GSG-9-Beamten erneuert - Büro Ulla Jelpke, PDS/LL
15. Krieg im Jemen - Günther Orth
16. Bürgerkrieg in Südkurdistan? Schwelende Konflikte um Landrechte in der Region als Auslöser - Jan Keetman
17. "Es muß Verhandlungen mit der PKK geben, und das sofort." Interview mit Martin Glasenapp, medico international
18. Früchte des Neoliberalismus. Chile: Giftgaseinsatz auf Kosten der Armen zur Sicherung der Profite - Chile AG Braunschweig
19. Gewerkschaften und ImmigrantInnen - Michael Hahn
20. Befreiungsbewegungen am Verhandlungstisch ...
21. "Ideen sterben nie." Gespräch mit einem Vertreter der Linken Ecuadors
22. Bereichert Euch! Soziale Veränderungen in China - einige Schlaglichter - J., Westberlin
23. Privatschulen in China - Wang Wenci
24. "Wir sind aber auch optimistisch ..." Interview mit Neville Alexander, Südafrika
25. Das "Ostpreußenblatt". Leugnung der Schoah und polenfeindliche Tiraden. - Büro Ulla Jelpke, PDS/LL
26. VS und Neonazis: Eine unendliche Geschichte - ES, Hamburg
27. Zwei Jahre Haft für Antifaschisten. Gunther S. für angeblichen Überfall auf Rechtsextremisten verurteilt - ga.
28. Erneute Schlappe für deutsche "Terroristen"- Jäger: Freisprüche im Düsseldorfer Prozeß gegen IrInnen - M., Berlin
29. Judenmord und Nationalsozialismus im deutsch-deutschen Dialog der 60er Jahre - Werner Rätz
30. Öko-imperialistische Ideologie. Teil 1 - Andreas Schweer
31. fremd in bonn. gedanken zum verrücktwerden oder wie ich mich endlich doch auf das bitten verlegte - Christian Geissler
32. Wann ist der Mensch ein Mensch? - Udo Sierck
33. "Aus rein menschlichen Motiven." Paul Grüninger - Polizeihauptmann und Judenretter - Js.
34. Wahlkampfthema: "Verbrechensbekämpfung" - ga.
35. Das neue Zauberwort: Organisierte Kriminalität - mh, Berlin
36. Der Trick mit der Kriminalitätsstatistik. Die Lüge von der besonderen kriminellen Energie der AusländerInnen - Gabi Bauer
37. Legalisieren statt kriminalisieren. Nicht der Drogendealer, sondern die Drogenjustiz ist das Problem - RA Martin Lemke, Hamburg

38. Staat, Gesellschaft, Totalität. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der RAF - Broschüren-Gruppe
39. VSP: Immer noch da! - J., Westberlin
40. Hader im Kader. Bertis Buben versagen beim Stiften "nationaler Identität"
41. Quelldatei 41.htm
42. Quelldatei chtitel.htm
43. Quelldatei cltitel.htm
44. Bad Kleinen: These vom Selbstmord nicht zu halten
45. Quelldatei jemen.htm
46. Quelldatei kurd.htm
47. Imperiale
48. Quelldatei rwtitel.htm

1. Grüne und PDS treiben die SPD

Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/leit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:leit

Das Ergebnis der Wahlen zum europäischen Parlament und die eine Woche später stattgefundenen Wahlen im Land Sachsen-Anhalt endeten mit einem Paukenschlag für das parlamentarische System der BRD: Gegen alle Bestrebungen der SPD, gegen alle Anfeindungen der CDU/CSU wird seit diesen Wahlen nicht nur mehr über eine rot-grüne Koalition geredet, sondern über eine solche, die sich durch die PDS tolerieren lassen müßte. Was noch vor kurzem als absurd galt, beschäftigt heute PolitikerInnen der etablierten Parteien und die Redaktionsstuben der bürgerlichen Medien.

Schon bei den Europawahlen verfehlte die SPD deutlich ihr Ziel, stärkste Partei vor der CDU/CSU zu werden. Statt dessen mußte sie gegenüber den Europawahlen 1989 einen Verlust von 5,1% hinnehmen, gegenüber dem Bundestagswahlen 1990 hielt sie ihr Ergebnis. Die CDU ging aus dieser Auseinandersetzung als Sieger hervor, sie konnte ihr Ergebnis gegenüber 1989 und 1990 halten. Siegreich war sie dennoch nicht, weil ihr Koalitionspartner, die FDP, mit 4,1% deutlich unter die 5%-Hürde rutschte, und ohne diesen hat die Union keine Mehrheit. Diese Konstellation wiederholte sich unter etwas anderen Vorzeichen noch einmal bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Die CDU blieb mit 34,4% knapp vor der SPD (34%); wieder schaffte die FDP den Sprung nicht, diesmal deutlich mit 3,6%, wobei sie gegenüber der Landtagswahl 1990 sogar 9,9% verlor.

Die eigentlichen Sieger beider Wahlen waren jedoch Bündnis90/Die Grünen und die PDS. Bei den Europawahlen schafften die Grünen 10,1%; die PDS scheiterte mit 4,7% (für die meisten Demoskopen völlig überraschend) nur knapp an der 5%-Hürde, was einem Anteil von fast 20% in den neuen Bundesländern entspricht. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gewannen die Grünen schließlich 5,1% - sie hatten damit etwas mehr Glück als die PDS bei den Europawahlen - und die PDS 19,9%.

Damit gab es in beiden Wahlen eine deutliche Mehrheit links von der jetzigen Bundesregierung und der letzten Landesregierung in Sachsen-Anhalt.

Diese rechnerische Mehrheit - die es im übrigen nicht erst seit diesen Wahlen gibt - hatte jedoch solange auf die politische Diskussion keine Auswirkung als folgende Voraussetzungen galten bzw. zu gelten schienen: Erstens gab es eine klare Aussage der SPD, keine rot-grüne Koalition einzugehen. Zweitens rechneten außerhalb der PDS alle damit, daß diese bei den Bundestagswahlen keine Chance habe, die 5%-Hürde zu überwinden. Beide Voraussetzungen sind mit diesen Wahlen gefallen: Die zweite durch die nicht mehr zu übersehende Tatsache, daß die PDS, zumindest im Osten, zu einer festen politischen Größe geworden ist (und mit großer Wahrscheinlichkeit mindestens drei Direktmandate gewinnen wird, womit die 5%-Klausel für sie aufgehoben wäre); die erste, weil der Führungsriege der SPD in allerletzter Minute das machtpolitische Hemd so nah sitzt, daß sie auf Landesebene selbst eine rot-grüne Koalition unter Einschluß einer Tolerierung durch die PDS eher in Kauf nehmen will, als nochmal vier Jahre auf der Oppositionsbank zu sitzen.

Keine Zusammenarbeit mit der PDS?

Die Reaktionen aus den Lagern der SPD und der Grünen waren bis zwei Tage nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt im Ton verschieden, in der Sache jedoch eindeutig. Die SPD-Führung steckte nach den Europawahlen in einer harten Klemme. Wenige Tage nach dieser Niederlage sollte sie ihren Kanzlerkandidaten wählen, der vor allem in seiner Person die Verantwortung für die Absage an eine rot-grüne Koalition zu tragen hatte. Trotz aller sofort aufkommenden Forderungen aus der SPD-Linken, aber auch von dem niedersächsischen Herausforderer Scharpings, Schröder, hielt der Kanzlerkandidat an seinem Kurs fest. Noch auf dem Parteitag der SPD in Halle, wenige Tage vor der Wahl in Sachsen-Anhalt, faßte er den Kurs der SPD so zusammen: "Zu Koalitionen ist alles gesagt ... Schluß mit den Debatten über Koalition"(FR, 23.6.).

Bei den Grünen setzte sich zunächst der Kurs durch, die PDS für das Scheitern einer möglichen rot-grünen Koalition verantwortlich zu machen. Zu keiner Koalition eingeladen, sahen sie sich schon am Regierungstisch sitzen. Und plötzlich reichten die Mehrheit wieder nicht, weil mit der PDS eine neue Kraft ins Spiel kam. Unisono wurde von Grünen und sozialdemokratischen Anhängern der rot-grünen Koalition der Slogan ausgegeben: "Wer PDS wählt, wählt Große Koalition." So von Marianne Birthler, einer der Sprecherinnen der Grünen, so vom grünstichigen Kommentator der TAZ, Matthias Geis, und dem sozialdemokratischen

Politikwissenschaftler Claus Leggewie, so auch Joschka Fischer noch am Anfang Juli in einem Interview mit dem "neuen Deutschland".

Diese Reaktion ist aufschlußreich für den auf die Machtpolitik orientierten Teil der Grünen. Es ist wenig mehr als zehn Jahre her, daß die Grünen selbst gegen diese demagogische Parole ankämpfen mußten und es zeugt von wenig entwickeltem demokratischen Grundverständnis, wenn ebenso auf neu entstehende politische Kräfte reagiert wird, wenn man sich selbst in einer sicheren Position wähnt. Vergessen scheint, daß die Grünen einst für die Abschaffung der 5%-Hürde eintraten, ohne die eine solche Rechnerei sowieso überflüssig wäre.

Noch eine andere politisch-geistige Haltung spiegelt sich in diesen Reaktionen wider. Bis zur Wahl in Sachsen-Anhalt verbaten sich SPD und Grüne gleichermaßen, die Frage einer Zusammenarbeit mit der PDS überhaupt zu stellen. Auch wenn schon immer bekannt war, daß auf kommunaler Ebene Absprachen bis hin zur stillen Koalition stattfanden, da ohne diese eine parlamentarische Arbeit in manch einer Kommune lahmgelegt worden wäre, galt es in beiden Parteien als ein Tabu, über die Möglichkeiten offizieller Zusammenarbeit zu sprechen. Dies galt jedoch nicht nur für die - unter Umständen unter taktischen Gesichtspunkten verständliche - Frage von Regierungsbildung bzw. Tolerierung einer rosa-grünen Koalition; die Ausgrenzung wurde von Sozialdemokraten und Grünen in aller Schärfe auch auf der Ebene der Zusammenarbeit an Sachfragen praktiziert. Bis auf wenige Ausnahmen wurde die PDS sowohl von der SPD als auch von den Grünen weder auf der parlamentarischen noch auf der außerparlamentarischen Ebene angesprochen, wenn es um Diskussion oder Mobilisierung ging. Umgekehrt kamen diese auch dann nicht, wenn die PDS zu Bündnisgesprächen für Aktionen oder zu Konferenzen einlud. (Immer mit Ausnahme aufgeschlossener Personen und Gruppen, die dieses Diktat nicht hinnahmen).

Wiederum war dies die gleiche Linie, mit der die SPD Anfang der 80er den entstehenden Grünen entgegentrat. Von der großbürgerlichen FAZ war damals die Linie ausgegeben worden, die SPD habe die Aufgabe, durch die Rückgewinnung der WählerInnen der Grünen das für die herrschenden Verhältnisse so bewährte Dreiparteiensystem zu erhalten. Heute ist unübersehbar, daß die SPD sich selbst damit einen Bärendienst geleistet hat.

Das Ende vom Auslaufmodell

Es galt in den Gazetten und politischen Parteien lange Zeit als selbstverständlich, von der PDS als "Auslaufmodell" zu sprechen. Das Problem, das mit dem Erfolg schon nach den Kommunalwahlen in Brandenburg sichtbar geworden war, sollte und würde sich danach von selbst erledigen. Noch bis zur Wahl in Sachsen-Anhalt hielt sich die Lüge, AnhängerInnen und WählerInnen der PDS rekrutierten sich hauptsächlich aus dem alten Kaderstamm der SED und Ostalgikern. So beispielsweise noch nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt bei dem in linken Kreisen vielzitierte Politologen Claus Leggewie, der aber nicht einmal seine seriösen sozialwissenschaftlichen KollegInnen studiert hat.

Entgegen der Annahme, das Problem PDS erledige sich für die übrigen Parteien von selbst, haben die beiden Wahlen bewiesen, daß die PDS auch bei entscheidenden Wahlen erfolgreich bleibt, und daß ihr WählerInnenspektrum sich deutlich verändert hat. Angenommen worden war, daß die PDS zwar bei Kommunalwahlen stark werden könne, diese Erfolge aber dann nicht wiederholen könne, wenn es um den "großen Kampf" zwischen CDU und SPD gehe. Weiter wurde angenommen, daß nur geringe Wahlbeteiligungen die PDS begünstigen würden. Beides ist falsch. Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt waren als ein Kopf-an-Kopf-Rennen und als Kampf um die Ablösung der CDU/FDP-Regierung ausgegeben worden. Dies hat offensichtlich keinen nennenswerten Teil der PDS-WählerInnen bewogen, die Stimme für die SPD abzugeben. Hinsichtlich der Wahlbeteiligung kann es stimmen, daß die PDS ihre WählerInnen besser mobilisieren kann. Sachsen Anhalt hat jedoch mit einer Wahlbeteiligung von nur 54% bei den Landtagswahlen gezeigt, daß die anderen Partei, selbst in einer solchen Situation nicht in der Lage sind, mehr Menschen an die Urnen zu bringen. Und selbstverständlich wirken sich geringere Wahlbeteiligungen bei diesen Größenordnungen genauso bei der PDS wie bei anderen Parteien aus (sonst könnte die Sozialwissenschaft gänzlich einpacken). In Sachsen-Anhalt hatte die PDS beispielsweise 1990 bei den Volkskammerwahlen 293.553 Wähleinnen, bei den Landtagswahlen 1990 169.319, bei den Bundestagswahlen 1990 149.053, bei den Europawahlen 1994 259.430 und bei den Landtagswahlen 1994 225.117. Das zeigt, daß nicht einmal das

Spektrum der WählerInnen von Anfang 1990 erreicht worden ist; und die fallende Wahlbeteiligung zwischen Europawahl und Landtagswahl traf die PDS im gleichen prozentualen Verhältnis (jeweils -10%).

Gleichfalls unhaltbar ist die These von der ostalgischen WählerInnenbasis der PDS geworden. Untersuchungen nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt zeigen, daß 19% der WählerInnen zwischen 18 und 29 Jahren alt sind, und noch 31% zwischen 30 und 44 Jahren; 43% haben Abitur, 41% Mittlere Reife, 48% sind erwerbstätig, 18% selbständig, 33% leitende Angestellte, 25% mittlere Angestellte, 15% Arbeiter und 13% Arbeitslose. Das ist in vielem vergleichbar der grünen WählerInnenstruktur im Westen. Das behebt nicht die Schwierigkeiten der PDS, eine überalterte Partei zu sein und in zu geringem Maße Jugendliche für die politische Arbeit gewinnen zu können. Aber in den Zahlen zeigt sich, daß die PDS im Osten zu einer Partei geworden ist, die nicht das Milieu der Vereinigungsverlierer vertritt, sondern die zu einer Protestpartei und auch zu einer ernsthaften Oppositionspartei geworden ist.

Der Erfolg der PDS beruht gerade nicht auf der momentanen Stimmung, die sich aufgrund der wirtschaftlichen Misere aufbaut. Es ist die gesellschaftliche Ächtung des Ostens sowie der realsozialistischen Vergangenheit. Im Taumel der Veränderung der Jahre 1989/90 fielen bei vielen Menschen die Urteile über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der DDR sehr viel krasser aus, als das nun bei genauerer Betrachtung und nach Kenntnis der neuen Verhältnisse gesehen wird. Nicht nur die nicht eingelösten Versprechen sind ausschlaggebend, sondern auch grundsätzliche Mängel dieser Gesellschaft, die erst im unmittelbaren Vergleich zur DDR deutlich zu Tage treten.

Dies hat dazu geführt, daß die PDS in Ostberlin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Eisenhüttenstadt, Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Halle, Suhl und Hoyerswerder zur stärksten politischen Kraft wurde.

Erste Auswirkungen hat dies auch auf den Westen, obwohl dieser bei 80% der Wahlberechtigten mit 10% der Stimmen bei den Europawahlen nach wie vor marginal ist. Die PDS hat jetzt in etwa das Ergebnis der Friedensliste aus dem Jahre 1987 und insgesamt gegenüber den Bundestagswahlen von 1990 einen Anstieg von fast 70.000 Stimmen erreicht. Bei einer höheren Wahlbeteiligung am 16. Oktober wird sie, um erfolgreich die 5%-Hürde überspringen zu können, hier deutlich zulegen müssen.

Kohl ablösen, aber wie?

Die Erfolge der PDS, der Grünen und der Stillstand der SPD sind der Ausgangspunkt für alle Diskussionen, die jetzt die Parteipolitik bestimmen. Die Wahlarithmetik ist aber nur das eine, das andere eine veränderte Diskussion um die PDS.

Scharping gab auf dem Parteitag der SPD in Halle die Parole aus: "Nochmal vier Jahre Kohl sind unserer Bevölkerung nicht zuzumuten." Entgegen dem bis dahin praktizierten Kurs sollte jetzt gelten: "Nicht Anschmeicheln, sonder Attacke!" Eine Koalitionsaussage sollte daraus nicht folgen.

Aber schon drei Tage nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt kam die Überraschung von der SPD. Nachdem am Wahlabend und in den folgenden zwei Tagen wie selbstverständlich davon ausgegangen wurde, daß eine große Koalition gebildet würde, gab die SPD bekannt, sie verhandele mit den Grünen über eine Minderheitsregierung. Diese taktische Variante ist zwischen dem Spitzenkandidaten der SPD, Höppner, und dem Parteichef und Kanzlerkandidaten, Scharping, diskutiert worden, und es ist davon auszugehen, daß sie die Zustimmung der SPD-Führung findet. Seitdem wird von der Tolerierung einer rot-grünen Koalition durch die PDS gesprochen; und es wird über die Möglichkeit einer Verlängerung für die Bundestagswahlen spekuliert.

Von der Sache her kann eine Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt gewählt werden, ohne daß sie von CDU oder PDS gewählt werden müßte. Da eine relative Mehrheit reicht, würde schon die Stimmenthaltung der PDS reichen, um die rot-grüne Koaltion ins Amt kommen zu lassen. Aber jede Regierung braucht eine Mehrheit bei Haushalt und Gesetzesentwürfen und so stellt sich denn, auch wenn diese Frage heute noch umgangen werden soll, die Frage einer Tolerierung durch die PDS.

Vor dieser Frage steht jedoch ein notwendig anderer Umgang mit der PDS. Gab es bisher nur das Werben um die WählerInnen, geht es jetzt um ein neues Verhältnis zur PDS. Für die Grünen machte Michael Haberkorn, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses, in einem Beitrag für die TAZ den Anfang: "Bündnis90/Die Grünen können es sich politisch nicht leisten, aus Prinzip keine Bündnisse mit der PDS einzugehen. Unsere Zielsetzung ist das Mitregieren, weil wir überzeugt sind, wichtige Beiträge zur gesellschaftlichen Umgestaltung

ausgearbeitet zu haben. Gemäß einem solchen politischen Selbstverständnis müssen wir konstruktiv auftreten, anstatt uns in Verweigerungshaltung zu üben." Von den Befürwortern einer weiteren Bündnisabstinenz verlangt er den Nachweis, wie anders zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen wäre. Diese Haltung unterscheidet sich sicherlich nicht von der von Sozialdemokraten in früheren Jahren, die auch erst dann die Ausgrenzung der Grünen aufgaben, als keine andere Chance zur Machterhaltung oder Gewinnung der Regierungsmehrheit mehr bestand als die rot-grüne Koalition.

Noch ist diese Frage aber nicht einmal bei den Grünen entschieden. Marianne Birthler antwortet Haberkorn ebenfalls in der TAZ: "Kann die PDS für uns eine bündnisfähige Partei werden? (...) Welchen Weg nimmt unsere eigene Partei? Beanspruchen wir mit der Entfaltung eines deutlich linken Profils einen Platz in einer vermuteten Lücke zwischen SPD und PDS, oder sehen wir unsere Verbündeten für ökologische und emanzipatorische Politik auch jenseits dieses Sektors traditioneller Interessenpolitik. Die Verhältnisbestimmung zur PDS kann Anstoß dieser Diskussion sein - ihre Lösung ist sie nicht."(2.7.94)

Für die Grünen ist damit deutlich ein Problem angesprochen. Sollte die PDS ihren Erfolg halten können und damit auch auf den Westen ausstrahlen, wäre die selbstverständliche Rolle der Grünen als linkes Korrektiv der SPD gefährdet bzw. fraglich. Da es um die Frage "links oder vorn" bei den Grünen immer schon eine Ausrichtungsdiskussion gegeben hat, könnte dies ein erneuter Anlaß sein. Die vier Jahre Bündnis90 im Bundestag haben einen Vorgeschmack davon gegeben, welche Rolle dabei herauskommen könnte. Dem Vorwurf "Wer PDS wählt, wählt Kohl" - womit die PDS dann auch für eine mögliche Rechtsverschiebung bei den Grünen verantwortlich gemacht wird - ist entgegenzuhalten: Ersten gäbe es dann für Linke eine Alternative und zweitens hat nicht die Konkurrenz der linken Grünen die SPD nach rechts bewegt, sondern deren eigener innerer Zustand.

Im gleichen Dilemma steckt die SPD. Wie Anfang der 80er Jahre werden ihr gerade aus dem bürgerlichen Lager wieder "gute Ratschläge" gegeben. Ihre Aufgabe wäre es, die WählerInnen der PDS zurückzugewinnen. Immer häufiger muß man lesen, daß es ein Fehler der SPD gewesen sei, 1990 Mitglieder der SED so konsequent auszuschließen. Selbstverständlich war dies ein Fehler, aber eben nicht allein der SPD, sondern der gesamten Herrschaftselite, die meinte, den Osten unter Ausschluß der politisch und gesellschaftlich tragenden Kraft der alten DDR überrollen zu können. Selbstverständlich hatte die SPD unter diesen Voraussetzungen keine Chance, anders zu handeln, denn sie ist Teil dieses Systems.

Diese Ausgrenzungspolitik wiederholt im Großen noch einmal den Fehler, der mit den Grünen gemacht worden ist. Dies wird auch nicht durch die Tatsache falsch, daß die Grünen heute etabliert sind, denn für die herrschende Kräfte mußte dies mit einer weiteren Partei und damit weniger guten Möglichkeiten der Machtmanipulation bezahlt werden. Gleiches steht jetzt in den neuen Bundesländern bevor. Sollte die PDS jetzt als bündnisfähige Partei angenommen werden, ist sie als politischer Faktor nicht mehr zu beseitigen. Selbst wenn dann von ihr nur das Verständnis einer linkssozialdemokratischen Kraft bliebe, wäre es ein weiterer Faktor im parlamentarischen System, der von links Druck machen könnte und sich damit störend auswirken würde.

Schützenhilfe für eine solche Entwicklung leisten derzeit auch die Angriffe von CDU und CSU. Die nach wie vor durch den bayrischen Innenminister Beckmann vorgebrachte Forderung nach einem Verbot der PDS sowie das aus der CDU kommende Angebot an die SPD, mit einer gemeinsamen Initiative einen PDS-Wahlerfolg zu verhindern, bewirkt gegenwärtig genau das Gegenteil. Auch hier ist eine Parallele mit den Angriffen auf die Grünen in den 80er Jahren zu sehen.

Veränderung beginnt mit Opposition

Die PDS ist unter dem Slogan angetreten: "Veränderung beginnt mit Opposition". Dies ernst gemeint, wird sie über Koalitionen nicht diskutieren können, auch wenn der Druck der Verhältnisse mit Sicherheit solche Meinungen hervorbringen werden. Von der politischen Aussage her besetzt die PDS das Feld, das von den Grünen aufgegeben worden ist. Die Geringschätzung der Oppositionsrolle bringt der heimliche Vorsitzende der Grünen, Joschka Fischer, in einem Interview mit dem "Neuen Deutschland" (1.7.94) deutlich auf den Punkt. Auf die Frage, ob er Systemopposition als kontraproduktiv für reformerische Veränderungen ansehe, antwortet er: "Schlimmer, sie bringt Helmut Kohl die Mehrheiten. Diese scheinradikalen Affentänze haben rechte Mehrheiten hervorgebracht." Veränderung kann in dieser Logik zufolge nur durch Regierungsbeteiligung

erreicht werden, womit diese Grünen die eigenen Geschichte Lüge strafen, die gerade ein Beweis dafür ist, daß gesellschaftliche Veränderungen durchaus ohne Regierungsbeteiligung erreichbar sind. Aber gerade weil die Grünen diese grundsätzliche Oppositionsrolle verlassen, ist es dringend erforderlich, diese neu herauszubilden.

Trotz der jetzt geänderten öffentlichen Wahrnehmung der PDS ist es allzu unwahrscheinlich, daß die SPD bei einem Wahlergebnis am 16. Oktober, das außerhalb der großen Koalition nur eine rot-grüne Koalition mit Tolerierung der PDS zuläßt, eine solche Option wählt. Ihre Staatsräson wird dies verhindern. Dennoch wird sich diese Frage innerhalb des Wahlkampfes nach dem Sommer stellen. Die reine Möglichkeit, die Kohlregierung tatsächlich abzulösen, wird die Auseinandersetzung verschärfen und möglicherweise einen Schub für alle eine solche Mehrheit zustandebringenden Kräfte bringen. Das wäre das einzige Element, das für diese Wahlen für Bewegung sorgen könnte. Eine SPD, die so tun würde, als könne sie die Mehrheit alleine erringen, würde sich lächerlich machen. Der Wahlkampf könnte so durch eine Diskussion, was einer von der SPD geführten Koalition SPD/Grüne abverlangt werden müßte, bereichert werden.* Von nichts kommt nichts!

he.

* Siehe hierzu auch die Dokumentation der Tolerierungslinie durch die PDS).

2. In mörderischer Absicht!

Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/mord.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:mord

Die Warnung des Kanzlers war ernst gemeint: Kurden aus der Türkei, die das deutsche "Gastrecht verletzen" oder "in unerträglicher Weise mißbrauchen", müßten sich "über die Konsequenzen im klaren sein". Was bisher bedeutete: KurdInnen, die gegen den auch mit deutschen Waffen begangenen Mord an ihrem Volk mit Demonstrationen oder Straßensperren protestieren, werden kurzerhand abgeschoben. Wenn sie in der Türkei den staatlichen Folterern oder den Todesschwadronen in die Hände fallen, haben sie sich das selbst zuzuschreiben. Abschiebung ohne Prozeß ist nach dem Ausländerrecht legal, "wenn erhebliche Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigt sind". Kohls "Herausforderer" Scharping ist das zuwenig. Er würde am liebsten "jeden (!) Kurden auch in die Türkei abschieben, der sich hier gewalttätig verhält, andere Leute bedroht oder sonst Gesetze mißachtet."

Mit der Erschießung des fünfzehnjährigen kurdischen Asylbewerbers Halim Dener durch einen Zivilpolizisten in Hannover hat der Staatsterror ein neues Stadium erreicht. Das "Verbrechen" von Halim Dener - Kleben von Plakaten der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK - wurde umgehend und mit tödlicher Konsequenz geahndet. Für das Kurdistan-Informationsbüro in Deutschland - und für die demokratische Öffentlichkeit insgesamt - stellt sich die Frage, "ob das Verbot der kurdischen Organisationen und Vereine in der Bundesrepublik jetzt mit standrechtlichen Erschießungen und anderen extralegalen Mitteln durchgesetzt werden soll. Führt jetzt auch die deutsche Polizei einen Krieg gegen die Kurden?"

Die offizielle Version, die Erschießung von Halim Dener sei ein "tragischer Unfall", ist ganz und gar unglaubwürdig. Wer mit gezogener Waffe auf einen Jugendlichen losgeht, nimmt eine blutige Eskalation in Kauf. Die von den Grünen geäußerte Kritik an den "schlecht gesicherten Waffen der niedersächsischen Polizei" geht an dem Problem völlig vorbei. Zeugen berichteten darüber hinaus, der Beamte habe seine Waffe ohne Vorwarnung und aus zehn Metern Entfernung eingesetzt. Ob mit oder ohne Anweisung von oben, ist sekundär. Die Feststellung von Innenminister Kanther, rechtsstaatliche Verfahren würden auf Kurden "offensichtlich keinen abschreckenden Eindruck" machen, kann auch als Aufforderung zu "wirkungsvollerer" Polizeiarbeit verstanden werden. Der Tod von Halim Dener war kein Unfall, sondern Folge der staatlichen Diffamierungs- und Verbotspolitik gegen Kurden.

3. Weltweit: Die politischen Gefangenen müssen raus!

Rubrik: Haftbedingungen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:24

Irmgard Möller muß im Knast bleiben

Am Mittwoch, dem 22. Juni, hat die Anhörung von Irmgard Möller durch die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Lübeck über den im November 1992 gestellten Antrag auf vorzeitige Entlassung - nach nunmehr fast 22 Jahren Knast - stattgefunden. Angehört wurden Irmgard Möller und ein Sachverständiger. Die Kammer hat es vorerst abgelehnt, über diesen Antrag zu entscheiden.

Ein psychiatrisches Gutachten über Irmgard war im Herbst letzten Jahres von der zuständigen Staatsanwaltschaft in Heidelberg gefordert worden. Irmgard Möller lehnt es, wie alle Gefangenen aus der RAF, ab, an einem psychiatrischen Gutachten mitzuwirken. Da solche psychiatrischen Gutachten vor allem den Zweck haben, diejenigen, die Widerstand gegen das System leisten, für verrückt zu erklären. Irmgard hat, auch jetzt vor Gericht , immer wieder betont, daß es bei der Freilassung um eine politische Entscheidung geht.

Das Gericht beauftragte Ende letzten Jahres einen Lübecker Psychiater damit, ein Gutachten nach Aktenlage zu erstellen. Dieser kam zu dem Ergebnis, daß dies nicht möglich sei. Das Gericht hat jetzt verlangt, daß der psychiatrische Sachverständige Interviews mit den SchließerInnen und den BesucherInnen führen soll. Diese Maßnahme war wohl schon vorbereitet, da es gleich die nötigen Namen und Adressen überreichen konnte. Mit dieser Entscheidung wird Irmgard Möllers Freilassung - trotz ihrer durch die 22 Jahre Sonderhaftbedingungen stark angegriffenen Gesundheit weiter blockiert - scheinbar an der Verfahrensfrage der Gutachtenerstellung. Am 8.7. 1994 ist der 22. Jahrestag ihrer Festnahme. Irmgard muß endlich raus! Außer Irmgard Möller sitzen seit über 15 Jahren im Knast: Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Lutz Taufer (alle 19 Jahre), Knut Folkerts (17 Jahre), Christine Kuby (16 Jahre) und Rolf Heissler (15 Jahre).

Mumia Abu-Jamal braucht Unterstützung

Mumia Abu-Jamal ist ein ehemaliger Informationsleutnant der Black Panther Party und ein bekannter Radiojournalist aus Philadelphia. 1980 wurde er zum Präsidenten der Vereinigung Schwarzer Journalisten in Philadelphia gewählt. Er war und ist weit über die Stadt hinaus für seine engagierte Berichterstattung bekannt. Das FBI, die Polizei und das politische Establishment Philadelphias versuchten schon seit den 60er Jahren, Mumia Abu-Jamal zu kriminalisieren. Im Dezember 1981 wurde er dann bei einem Angriff von Polizisten auf seinen Bruder schwer verletzt; ein Polizist wurde bei dieser Polizeiaktion erschossen. Die Polizei und die Stadtregierung Philadelphias verbreiteten schon 24 Stunden nach dem Vorfall, daß Mumia der Mörder des Polizisten gewesen sei.

Am 4.7.1982 verurteilte ihn eine mehrheitlich weiße Geschworenenjury und ein weißer Richter, der als der "Henker von Philadelphia" bekannt ist, zum Tode. Seitdem befindet sich Mumia Abu-Jamal 22 Stunden täglich in Einzelisolation in den Todestrakten von Pennsylvanias Gefängnissen. Von dort kämpft er um sein Leben und seine Freiheit; aus dieser Zelle arbeitet er auch weiterhin als Journalist.

In den letzten fünf Jahren gibt es in den USA, aber auch international, wieder verstärkte Aktivitäten von UnterstützerInnen und Angehörigen, um politisch und juristisch gegen das Todesurteil vorzugehen und für Mumias Freilassung zu kämpfen. So hat sich u.a. auch der Generalsekretär von Amnesty International in einem Brief an Gouverneur Casey für Mumias Begnadigung ausgesprochen. Der öffentliche Druck auf den noch amtierenden Gouverneur von Pennsylvania, Robert Casey, und die Gefängnisleitung des Huntingdon-Gefängnisses haben Anfang 1994 immerhin dazu geführt, daß Mumia zum ersten Mal seit Jahren wieder Bücher erhalten kann und ein Radio sowie einen Fernseher in seiner Zelle besitzen darf.

Trotz dieses Teilerfolgs ist die Gesamtperspektive für Mumias Freilassung eher schlecht. Im November 1994 finden in Pennsylvania Gouverneurswahlen statt, bei denen der jetzige Gouverneur Casey nicht mehr kandidieren wird. Sämtliche KandidatInnen der Republikanischen und Demokratischen Partei treten in ihrem Wahlkampf offensiv für die Todesstrafe und für eine Wiederaufnahme der Hinrichtungen in Pennsylvania ein. Parallel zu diesem "Law and Order"-Wahlkampf hat die Gefängnisbehörde von Pennsylvania einen neuen Hochsicherheitsknast in Greene County fertiggestellt, in dem sich ein eigener Hochsicherheitstrakt für alle Gefangenen, die zur Todesstrafe verurteilt worden sind, des Bundesstaates befindet. Das Vollzugsprogramm

von Greene County orientiert sich an Stammheim - totale Isolation der Gefangenen untereinander - und einem fünf-Stufen-Programm, innerhalb dessen sich die Gefangenen durch "angepaßtes Verhalten" langsam zu bestimmten Vollzugslockerungen, wie Umschluß etc., hocharbeiten "können". Der Todestrakt soll gegen Ende des Sommers 1994 geöffnet werden. D.h., daß dann auch Mumia in ein Gefängnis verlegt wird, das sich ca. sechs Stunden Autofahrt von Philadelphia und damit sechs Stunden Autofahrt von seinen Angehörigen und UnterstützerInnen entfernt befindet.

Hinzu kommt, daß die rechtsradikale und rassistische Polizeigewerkschaft Fraternal Oder of Police (FOP) öffentlich Mumias sofortige Hinrichtung verlangt und dabei auch verstärkt Druck auf PolitikerInnen ausübt und Medienarbeit für dieses Ziel macht. Wie einflußreich die FOP tatsächlich ist, hat sich im letzten Monat gezeigt: Der US-weite liberale Radiosender National Public Radio (NPR) hatte beschlossen, sechs Radiokommentare von Mumia innerhalb eines halben Jahres zu senden. Nachdem National Public Radio die Ausstrahlung des ersten Kommentars öffentlich angekündigt hatte, übte die Polizeigewerkschaft so lange einen derart intensiven Druck auf den Vorstand des Radiosenders aus, bis entschieden wurde, daß die Kommentare nicht gesendet werden.

Mumias UnterstützerInnen versuchen jetzt, National Public Radio dazu zu bewegen, diese Entscheidung wieder zu revidieren. Gleichzeitig bitten sie darum, weiterhin Petitionen und Faxe mit der Forderung nach Mumias sofortiger Freilassung an Gouverneur Casey zu schicken. Parallel dazu arbeiten Mumias Anwälte weiterhin an der Wiederaufnahme seines Falles.

Bitte schickt Protestbriefe oder -faxe an NPR: To Bill Buzenberg, Vice President of News National Public Radio, 635 Massachussetts Ave. NW, Washington DC 20001 - 3753. Fax-Nr.: (001) 202-414-3329

Dear Mr. Buzenberg,

I am extremely disturbed that NPR has pulled the commentaries by death row journalist Mumia Abu-Jamal which were scheduled to begin airing on All Things Considered on may 16. While you have defended this censorship as an editorial decision, it seems clear to me that it was a result of outside pressure from the Fraternal Oder of Police and other unnamed sources. I am reminded of a 1993 Fairness and Accuracy in Reporting study which found that of NPR's 27 regular commentators, only one was a person of color. The inclusion of Mumia Abu-Jamal was a positive move toward NPR's stated mission of presenting a diversity of voices. You have stated publicly that you believe people on death row and in prison have something meaningful to say. But silencing Abu-Jamal sends the opposite message to all efforts to bring the voices of prisoners to the airwaves. Hence, I urge you air Abu-Jamals commentaries on All Things Considered as originally planned.

Sincerely ...

Weitere Informationen sind erhältlich bei: Komitee Right On, c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10999 Berlin oder AGIPA Press, Eichenberger Str. 9, 28215 Bremen

Spendet für die Anwaltskosten für das Wiederaufnahmeverfahren auf das Sonderkonto "Mumia Abu-Jamal", BfG Bremen, Konto-Nr. 100 587 76 01, BLZ 290 101 11.

Mumia freut sich über Post: Mumia Abu-Jamal, AM 8335, 1100 Pike Street, Huntingdon, PA 16654-112, USA.

ga.

nach Informationen der Presseerklärung der Anwältin von Irmgard Möller, comlink und Spinnennetz

4. Betr.: Gremliza gegen ak. Der schnöde Mammon war's!

Autor: He., Js. · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:31

Wir wissen zwar nicht, was die ak-LeserInnen beim Lesen dieser Zeilen im Fortsetzungsroman "Gremliza gegen ak" schon wieder verpaßt haben, können ihnen allerdings sagen, was sie verpaßt hatten, als wir ihnen die letzte Ausgabe zuschickten. Mit dem gleichen genauen Timing wie beim Mal zuvor bekamen Verlag und Redaktion am Auslieferungstag der Ausgabe 367 vom Landgericht Hamburg eine Ladung für den 14. Juli. Gegenstand dieses albernen Prozesses: Wir sollen dazu verurteilt werden, Gremlizas Widerrufbegehren in einer von ihm vorzuschreibenden Form abzudrucken. Außerdem sollen wir DM 6.000,- Strafgeld zahlen, weil wir nach Unterzeichnung einer Unterlassungserklärung noch zwei Bestellungen der beanstandeten ak-Ausgabe nachgekommen sind - genau zwei Bestellungen, die von Handlangern Gremlizas getätigt wurden. Wie dieser Teil der Farce ausgegangen ist, werden wir in der Augustausgabe (erscheint am 24.8.94) bekanntgeben.

***

Aber man macht sich ja weiter Gedanken, weshalb der Herr diesen Weg wählte. Ein Fehler ist es offensichtlich, allzu sehr nach politischen oder zumindest aus der Logik der politischen Auseinandersetzung kommenden Motiven zu forschen. Das Motiv ist viel einfacher, es geht um Geld. Dazu Originalton konkret 7/94: "Die KONKRET-Redaktion hat sich entschieden, die Leserinnen und Leser nicht mit einer Antwort auf das Zeug zu langweilen, sondern alles Nötige von den dazu geschaffenen Einrichtungen jener Nation erledigen zu lassen, die den Herren Hilfswilligen so sehr am Herzen liegt. (Im wesentlichen wird es die 24. Zivilkammer des Hamburger Landgerichts sein. Vielleicht entdecken die Beklagten ja vor Gericht die Klassengesellschaft in Form ihrer Klassenjustiz wieder. Wie sich denken läßt, ist ein solcher Beitrag zur Fortbildung nicht kostenlos. Aber es kommt ja einem guten Zweck zugute: KONKRET.)"

Wie Gremliza dazu kommt, uns diese nicht kostenlose Fortbildung durch die Klassenjustiz zu verabreichen, kann man erst gänzlich begreifen, wenn man noch eine andere Quelle zur Hand nimmt. In focus vom 13.6. wird unter der Überschrift "Die Winkelzüge des Herrn G. - Wie ‚konkret`-Chef Gremliza seine Gläubiger abschütteln will" folgendes berichtet: "Literaturprofessorin Gertrud Höhler bekam zwar Recht, aber noch kein Geld. Nach einem Urteil des Landgerichts Hamburg muß das linke Politblatt ‚konkret` 50.000 Mark an Frau Höhler zahlen, weil das Hamburger Monatsmagazin (verkaufte Auflage laut Verlag: 42.000 Exemplare) eine Unterlassungserklärung nicht eingehalten hatte." (Diese Dame der CDU hatte übrigens den gleichen Trick angewandt und über Mittelsmänner nach der Unterzeichnung einer Unterlassungserklärung durch konkret eine Bestellung aufgegeben, die vom konkret-Verlag auch prompt erledigt wurde.)

Das kommt uns bekannt vor. Anwalt in diesem Verfahren ist der gleiche Helmut Jipp wie im Verfahren gegen den ak. Gremliza und konkret haben ein gegen sie angestrengtes Verfahren ganz einfach auf den ak übertragen. Der Anwalt brauchte nicht einmal wirkliche Arbeit zu leisten. Es reichte, aus den Akten abzuschreiben.

Apropos Fortbildung: konkret und Gremliza hatten hier offensichtlich eine Lektion erteilt bekommen, die sie unmittelbar weiterreichen müssen.

***

Die Angelegenheit hat noch eine weitere Seite, die auch ein Licht auf die Frage wirft, wie weit es mit der verlegerischen Tätigkeit des Herrn Gremliza in Hamburg steht. Wieder focus: "Jetzt hat Frau Professor ihre liebe Not, das Geld einzutreiben. Der Alt-Linke Hermann L. Gremliza, 53, Herausgeber der ‚konkret`, versteht es offenbar, durch geschickte Umfirmierung und Neugründung des Verlags seinen Gläubigern zu entgehen. So wurde aus der Gremliza Verlags GmbH ... die Drei-Buchstaben-Firma GLV Verlag GmbH. Gremliza ist inzwischen weder Gesellschafter noch Geschäftsführer des Verlags. So fügt es sich, daß die Eröffnung des Konkursverfahrens beim GLV Verlag, vom Amtsgericht Hamburg im April ‚mangels Masse` abgelehnt, nicht mit seinem Namen verbunden ist. Vorsorglich gründeten Ende Oktober 1993 Gremliza-Ehefrau Katrin und

Verlagsleiter Christoph Speier einen neuen Verlag: die KVV ‚konkret` Vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG. Fünf Monate später sicherten 83 Kommanditisten das Überleben der Politpostille."

Fortbildung zweiter Teil: Man muß nicht nur das Klavier der Klassenjustiz spielen können, sondern auch die betrügerischen Schlupfwinkel der kapitalistischen Geschäftsordnung kennen und ausnutzen können. Dies mußten auch schon andere linke Projekte schmerzlich erfahren. Als die unter dem Dach des damaligen konkret-Verlags erscheinende Zeitschrift "Demokratie und Recht" Anfang dieses Jahres sang- und klanglos ihr Erscheinen einstellte, hinterließ sie nicht nur einige enttäuschte AbonenntInnen, sondern ebenso um ihr Geld geprellte Kleinbetriebe, die die Zeitschrift gedruckt und hergestellt hatten.

***

Fortbildung dritter Teil, einmal umgekehrt. Die Sprache ist nicht nur ein Verständigungsmittel, sondern verrät auch viel über ihren Benutzer. Gremlizas Lüge, Heinrich Eckhoff sei ein "hauptberuflicher Parteisoldat der PDS" und zugleich Geschäftsführer von analyse & kritik, wurde schon in ak 367 richtiggestellt. Die mit dieser Lüge bezweckte Unterstellung, diese Zeitung sei von der PDS finanziell abhängig, ist ein besonders krasses Beispiel für das, was Gremliza selbst "Lumpenjournalismus" nennt, aber nicht unbedingt Anlaß für eine Klage wegen Beleidigung oder übler Nachrede.

Anders verhält es sich mit einem Satz, den Gremliza an gleicher Stelle, im Interview mit der Beute, abgesondert hat: "Daß Pimpfe wie der zitierte den Scheißdreck, den sie im Neuen Deutschland schon angerührt haben, im AK noch einmal aufkochen, interessiert weniger mich als meinen Anwalt." Über den Blödsinn mit dem Neuen Deutschland können aufmerksame ak-LeserInnen nur milde lächeln. Mit der Verwendung des Wortes "Pimpf" dagegen überschreitet Gremliza die Grenze zwischen mißglückter Polemik und gezielter Beleidigung. Als "Pimpfe" wurden die Mitglieder der Hitler-Jugend bezeichnet. Das Wort hat das Ende Nazi-Deutschlands überlebt und wurde mindestens bis in die 50er Jahre hinein von Altnazis häufig verwendet. Gremliza dürfte diese Bedeutung nicht nur bekannt sein; es muß vielmehr angenommen werden, daß er gerade aus dieser Kenntnis heraus dieses Wort wählte.

Daß wir trotzdem nicht vor Gericht gehen, um unsererseits ein stattliches Schmerzensgeld herauszuschlagen, hat einen schlichten Grund: Eine Klage hätte kaum Erfolgsaussichten. In seiner ursprünglichen Bedeutung ist "Pimpf" zwar immer noch ein Schimpfwort, aber ein "unpolitisches". Wahrigs Wörterbuch erklärt "Pimpf" als "Ablautform zu Pumps ‚Darmwind`, also eigtl. ‚unerzogener Junge`, der einen P. laut entweichen läßt". Sprachkritiker Gremliza hätte wenig Mühe, den Richter davon zu überzeugen, daß er genau das gemeint hat.

Mit seiner braunen Wortwahl bleibt Gremliza der DKP-Tradition treu, linke KritikerInnen des "Realsozialismus" als Parteigänger der Nazis zu diffamieren. Mal ist Heinrich Eckhoff ein "glühender Anhänger Mao Zedongs", mal ein "Pimpf". Erstaunlich ist nur, daß es immer noch Leute gibt, die Gremliza für einen Linksradikalen halten.

He., Js.

5. Frankreich interveniert in Rwanda. Der französische Imperialismus: Diesmal ein Papiertiger?

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Frankreich; Rwanda · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:14

Am 23. Juni, wenige Stunden nach einer entsprechenden Resolution des UNO-Sicherheitsrates, überschritten französische Truppen von Ost-Zaire aus die Grenze zu Rwanda. Insgesamt 2.500 französische und 200 senegalesische Soldaten sind vorerst an der "Operation Türkis" genannten Aktion beteiligt. Diese ist das vorläufige Ergebnis eines mehrwöchigen französischen Eiertanzes, in Rwanda wieder Boden unter die Füße zu bekommen - nachdem Frankreichs Afrikapolitik durch die jahrelange Unterstützung für den am 6. April getöteten rwandischen Diktator Habyarimana und die ihn umgebenden terroristischen Cliquen, die für den hunderttausendfachen Mord der letzten Wochen verantwortlich sind, gründlich diskreditiert ist.

Bei früheren Militärinterventionen im "frankophonen" Afrika war Frankreich jeweils sehr aggressiv vorgegangen. So flog die französische Luftwaffe 1977/78 an der Seite der mauretanischen Armee Luftangriffe gegen die westsahaurische Befreiungsorganisation POLISARIO. Im April 1978 setzte Frankreich im Tschad erstmals Truppen gegen die Guerillas der FROLINAT ein. Einen Monat später schlug Frankreich zusammen mit belgischen Einheiten einen Aufstand der sogenannten "Katanga-Rebellen" in der ost-zairischen Bergbauprovinz Shaba brutal nieder. Und in den achtziger Jahren kam es wiederholt zu Militäreinsätzen zum Teil tausender Soldaten gegen Aufständische im nördlichen Tschad.

Diesmal nun schienen die französischen Truppen zumindest fürs erste sehr behutsam vorzugehen. Am Beginn der Operation waren erst 500 Mann in Ost-Zaire zusammengezogen worden und zunächst überschritt ein sechzigköpfiger "Spähtrupp" die Grenze nach Rwanda. Erstes offizielles Ziel der Intervention sollte es sein, 8.000 Menschen der Tutsi-Minderheit, die sich noch in der südwestrwandischen Grenzstadt Cyangugu befinden, vor weiteren Hinrichtungen zu schützen. Außerdem, so lauteten erste in Paris vom französischen Militär verbreitete Erfolgsmeldungen, hätten französische Soldaten damit begonnen, Hutu-Milizen zu entwaffnen. Diese hätten sich "auf Anordnung der französischen Stoßtrupps zurückgezogen und Straßensperren abgebaut". (FR, 27.6.94)

Frankreichs Verwicklung

in den Völkermord

Vielleicht stimmt ja diese Geschichte sogar - dann würde sie ein bezeichnendes Licht auf die Rolle, die Frankreich an der Seite der Habyarimana-Diktatur spielte, werfen. Diese suchte bekanntlich die Demokratisierung Rwandas und eine Verständigung mit dem "Front Patriotique Rwandaise" (FPR) mit allen Mitteln zu verhindern, und zumindest Teile dieses Apparats hatten die ab 6. April einsetzende systematische Liquidierung der demokratischen Hutu-Opposition sowie den hunderttausendfachen Massenmord an Menschen aus der Tutsi-Minderheit seit Monaten ungestört vorbereitet. (vgl. ak 367) Frankreich hatte zum einen Habyarimana mit massiver Militärhilfe sowie militärischen Einsätzen unter die Arme gegriffen. Bei der ersten großen Offensive der FPR im Herbst 1990 lieferte Frankreich u.a. Artillerie, gepanzerte Fahrzeuge, Mannschaftstransporter und sechs "Gazelle"-Hubschrauber. Im Februar 1993, während einer weiteren FPR-Offensive erreichte die französische Truppenstärke 680 Mann - gleich vier Kompanien einschließlich Fallschirmjägern. Sie sollen nach mehreren Berichten an der Seite der rwandischen Armee in die Kämpfe eingegriffen haben. (Africa Confidential/AC, London, 20.5.94) Und Frankreichs Militärhilfe ermöglichte in den letzten Jahren auch die Aufstockung der rwandischen Armee von 5.000 auf über 30.000 Mann, inclusive der Ausbildung in Gefechtssituationen und Kommandounternehmen.

Zum anderen aber ist Frankreich, was bei den eben genannten Tatsachen nicht verwundert, zugleich mit den militärisch-terroristischen Apparaten der rwandischen Völkermörder liiert. Politisches Indiz dafür ist, daß der Außenminister der rwandischen Putschistenregierung Bicamunpaka Ende April - das Massenmorden hatte seinen Höhepunkt erreicht - in Paris Gespräche mit der französischen Regierung einschließlich Staatspräsident Mitterand führte (als er nach Belgien weiterreisen wollte, wurde ihm von dort die Einreise untersagt); an seiner Seite der führende CDR-Politiker Jeal Bari-Aguiza. (Bei der CDR/Coalition pour la Défense de la République handelt es sich um eine offen rassistische Abspaltung aus der ehemaligen Einheitspartei MRDDN.) Frankreich beeinflußte auch den inzwischen abgelösten UN-Sonderbotschafter in

Rwanda, Jacques Roger Booh-Booh, seinem Bericht aus Rwanda dahingehend abzufassen, daß die Verantwortung für die Massaker nicht einer bestimmten Seite zugeschrieben werden könne. (AC, 20.5.94) Und schließlich ist mehrfach berichtet worden, daß französische Fallschirmtruppen nach Beginn der Kämpfe "der Präsidentenfamilie und anderen Würdenträgern des verwaisten Clans, die zum Teil persönlich an der Organisation der Massaker beteiligt gewesen waren, zur Ausreise nach Paris" verhalfen. (NZZ, 20.5.94)

"In den gut drei Jahren seiner militärischen Präsenz hat Frankreich in Rwanda mehr als 2.000 politischen Morden (an der demokratischen Hutu-Opposition sowie an mutmaßlichen FPR-Sympathisanten, Anm. ak) - etwa zwei im Tagesdurchschnitt - beigewohnt, ohne je eine öffentliche Rüge an Habyarimana zu richten. Nichts erlaubt die Annahme, die französischen Stellen in Kigali seien über den Aufbau der radikalen Parteimilizen, ihre ideologische Aufrüstung und über die Zivilbewaffnungsprojekte des rwandischen Verteidigungsministeriums nicht genau im Bild gewesen." (NZZ, 18.6.94) "amnesty international" berichtet in diesem Zusammenhang, bis Dezember 1993 sei eine als DAMI (Détachement d'Assistance Militaire d'Instruction) bekannte französische Ausbildungseinheit in Rwanda tätig gewesen. Eine von ihnen ausgebildete Todesschwadron sei in den letzten Jahren für illegale Hinrichtungen, Folter und spurlose Beseitigung von Oppositionellen verantwortlich. (FR, 24.6.94) Die belgische Zeitung "Le Soir" stellte sogar die Behauptung auf, zwei Mitglieder der DAMI könnten - eingekleidet mit Uniformen der belgischen Blauhelmsoldaten - die Maschine des Diktators Habyarimana am 6. April abgeschossen haben. (Le Monde, 18.6.94) "Africa Confidential" (20.5.94) nennt Namen zweier französischer Generäle (Jean Pierre Hasson und Jannou Lacaze) sowie zweier Beamter aus dem Elysée-Palast (Bruno Delaye und Dominique Pin), die auch nach dem offiziellen Rückzug der französischen Truppen im Dezember 1993 weiter in Rwanda geblieben sind.

Streit um die Linie

Im Vergleich zum sonstigen Auftreten des französischen Imperialismus in Afrika, erfolgte Frankreichs militärisches Eingreifen diesmal auffällig spät. Bereits Mitte Mai hatte der UNO-Sicherheitsrat intensiv über eine Intervention von UNO-Truppen debattiert; Butros-Ghali hatte sein ganzes Gewicht als UN-Präsident in die Waagschale geworfen, um mehrere tausend Soldaten aus afrikanischen Staaten zusammenzubekommen - und war nach eigenen Worten kläglich gescheitert. Als Bremser waren damals vor allem die USA hervorgetreten; doch von Frankreich war in dieser Phase kein Engagement für eine UNO-Intervention zu verzeichnen gewesen.

Der humanitäre Bedarf, den Frankreich jetzt für seine Intervention in Anspruch nimmt, war in jenen Tagen genauso gegeben. Welches waren die Gründe für die, aus der Rückschau betrachtet, auffällig lange währende offizielle Zurückhaltung Frankreichs?

Ein möglicher Grund könnte gewesen sein, daß Frankreich sich noch Hoffnungen auf eine militärische Wende zugunsten seiner alten Verbündeten machte. In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle Zaires bzw. von dessen Diktator Mobutu zu beachten, denn von Zaire aus wird die rwandische Armee mit Nachschub versorgt. Ob Zufall oder nicht: Jedenfalls erfolgte die erste ernsthafte Ankündigung einer französischen Intervention am 16. Juni, das war drei Tage nach der Einnahme der Stadt Gitarama durch die FPR, in welche sich die rwandische Putschistenregierung geflüchtet hatte. Damit war klar, daß die FPR demnächst drei Viertel des Landes würde kontrollieren können. Und zum selben Zeitpunkt ließ Mobutu vom Ort der OAU-Konferenz in Tunis verlauten, auch andere Staaten außer Frankreich seien zum militärischen Eingreifen bereit - woraus aber bekanntlich dann nichts wurde.

Wahrscheinlicherer Grund für Frankreichs spätes Eingreifen dürften jedoch Koordinationsprobleme bzw. politische Differenzen zwischen dem französischen Außenministerium und dem Elysée-Palast (dem Amtssitz von Präsident Mitterand), der "sich in alter Tradition (...) die Angelegenheiten südlich der Sahara als präsidiale Spezialdomäne vorbehält" (NZZ, 18.6.94), gewesen sein. Während nämlich Mitterand, dessen Sohn ein enger Freund des Habyarimana-Clans ist, schon am 18. Juni erklärte, die Entsendung französischer Streitkräfte sei nur noch eine Frage von Stunden oder Tagen und könne auch im Alleingang erfolgen (zugleich behauptete er, "zwei oder drei afrikanische Staaten" hätten positiv auf die französischen Vorschläge reagiert), erklärte Außenminister Juppé vom Senegal aus, bei dem Eingreifen werde es sich um ein humanitäres Unternehmen unter der Flagge der Vereinten Nationen handeln, in Ziel und Zeit streng begrenzt. (FR, SZ, taz, 20.6.94) Offenbar zog Juppé, anders als Mitterand, die Ablehnung in Rechnung, die Frankreich sowohl auf einer WEU-Sondersitzung am 17. Juni zu diesem Thema erfahren hatte, als auch die offensichtlichen

Schwierigkeiten, die Frankreich anderslautenden Behauptungen zum Trotz offenbar bei der Einholung von Unterstützung aus den "frankophonen" Staaten Afrikas hatte. Lediglich ein Kontingent von 200 Soldaten aus dem Senegal war ja dann auch bei Beginn der französischen Intervention mit dabei.

Des weiteren sah sich Frankreich mit massiver Ablehnung von seiten internationaler Hilfsorganisationen oder dem Ökumenischen Rat der Kirchen konfrontiert. Und schließlich mag, so ist zu wünschen, auch die massive Ablehnung eines französischen Eingreifens durch die FPR Frankreich zu vorsichtigem Vorgehen veranlaßt haben.

Vor der Nationalversammlung in Paris erklärte Ministerpräsident Balladur dann die restriktiven Bedingungen, denen die französische Militärintervention unterliege. Voraussetzung sei ein Mandat des UN-Sicherheitsrats, des weiteren müsse personelle und materielle Unterstützung durch andere Länder gegeben sein. Der Einsatz solle rein humanitären Charakter haben, nicht in das rwandische Herzland sowie die Hauptstadt Kigali reichen und die Kampfzonen meiden. Schließlich solle die Aktion beendet werden, wenn eine Verstärkung der UNO-Truppen in Rwanda eintreffe. (NZZ, 24.6.94)

Zustimmung

im UN-Sicherheitsrat

Der UNO-Sicherheitsrat hatte am 8. Juni einem von Butros-Ghali schon im Mai so dringend gewünschten UNO-Einsatz zumindest formal zugestimmt und die Entsendung von 5.500 Soldaten ausschließlich aus afrikanischen Staaten für eine Dauer von sechs Monaten beschlossen, ohne daß über die praktische Durchführung des Einsatzes Klarheit hergestellt worden war. (Hierüber ist bis heute nichts Näheres bekannt.) Insbesondere die USA hatten bei der Abfassung der Resolution gegen Butros-Ghali darauf beharrt, daß diese Truppen nur im Falle ihrer Selbstverteidigung von ihren Waffen Gebrauch machen dürften.

Balladurs eben zitierte Charakterisierung der französischen Intervention entsprach nun einer zeitgleich verabschiedeten Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 22. Juni. Diese "begrüßt das Angebot von UNO-Mitgliedsstaaten, (...) für einen gewissen Zeitraum Truppen unter ihrem nationalen Kommando bereitzustellen, die unparteiisch zur Sicherheit und zum Schutz von Heimatlosen, Flüchtlingen und der Zivilbevölkerung beitragen sollen". Die Operation sei "in Zusammenarbeit mit dem UNO-Generalsekretär" durchzuführen und sei befugt, "alle Mittel einzusetzen, die zur Erreichung der humanitären Ziele nötig sind" (Hervorh. ak). Die "eingesetzten Truppen sollen sich neutral verhalten und sich nicht in die Auseinandersetzungen der Kriegsparteien einmischen", die Operation habe einen "streng humanitären Charakter". (zit. in FR, 24.6.94)

Trotz der offenbaren Eindeutigkeit der Resolution fühlte sich die US-Botschafterin bei der UNO, Albright, doch zu der Bemerkung veranlaßt, Frankreich solle jetzt in Rwanda einen Beweis seiner Unparteilichkeit geben. (SZ, 24.6.94) China, daß sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat enthalten hatte, begründete dies damit, daß eine Intervention nur erfolgreich sein könne, wenn alle Seiten zustimmten. Dies sei auf Grund der Ablehnung durch die FPR jedoch nicht der Fall.

Die Haltung der FPR

Die rwandische Befreiungsorganisation FPR versucht, aus der jeweiligen Situation das Beste zu machen. Mitte Mai hatte sie die zu diesem Zeitpunkt im Gespräch befindliche UNO-Intervention mit der weitgehend nachvollziehbaren Begründung abgelehnt, angesichts des bereits vollzogenen Völkermords komme diese zu spät. (siehe ak 367) Zugleich fürchtete sie schon damals, daß der Einsatz von UNO-Truppen nur den Effekt haben würde, sie von ihrem militärischen Vormarsch abzuhalten. Dies gilt für das Eingreifen Frankreichs, an dessen Neutralität die FPR mit Recht nicht glauben mag, um so mehr. Sie hat sich jetzt darauf verlegt, einen UN-Einsatz nur zu rein humanitären Zwecken zu fordern und ansonsten ihre militärischen Anstrengungen intensiviert, nun so schnell wie möglich Geländegewinne zu machen. Noch immer hat sie beispielsweise nicht vollständig die Hauptstadt Kigali unter ihrer Kontrolle.

Ein großer Teil der gemeinsamen Grenze zwischen Zaire und Rwanda verläuft durch den Kivusee. Bleiben noch jeweils etwa 50 Kilometer Landgrenze nördlich und südlich des Sees, über die der französische Einmarsch verlaufen kann. Wie erwähnt begann er bei Cyangugu im Süden. Im Norden des Sees, ebenfalls hart an der Grenze zu Zaire gelegen, liegt die rwandische Stadt Gisenyi, in die sich die rwandische

Mörderregierung nach dem Fall Gitaramas geflüchtet hat. Gegenüber liegt auf zairischer Seite die Stadt Goma, die auch einen Flugplatz besitzt und über die ein großer Teil der französischen Intervention abgewickelt wird. Faktisch dürfte die Existenz französischer Truppen in diesem Gebiet eine Abschirmung der Reste der rwandischen Regierung und ihrer Armee und Milizen zur Folge haben. Schlimmerenfalls dient sie einer Gewährleistung des militärischen Nachschubs, der aus Zaire für die Rassisten rollt.

Ein vollständiger Sieg der FPR ist damit vereitelt, es sei denn, die FPR sucht die direkte Konfrontation mit den französischen Invasoren. Propagandistisch hat sich die FPR eindeutig geäußert: Sie habe keinen Zweifel daran, daß die Intervention nicht humanitär sei, diese sei eine Aggression gegen das rwandische Volk, gegen die sie Widerstand leisten werde. Sollte es tatsächlich dazu kommen, könnte das rasch Weiterungen nach sich ziehen, unter anderem die, daß Zaires Diktator Mobutu die Chance sieht, sein Image in Frankreich wieder etwas zu verbessern und - wie schon im Herbst 1990 - seinerseits Truppen auf seiten der rwandischen Armee einsetzt. Allerdings ist die schlechte Kampfmoral der zairischen Armee bekannt; militärisch kann sich Mobutu eigentlich nur auf seine Präsidentengarde verlassen.

Kann die FPR die vollständige Befreiung Rwandas nicht mehr erreichen, ist sie gezwungen zu verhandeln. Verhandlungen zum Zwecke einer Machtteilung hat sie freilich nie abgelehnt - schon aus der Tatsache heraus, daß sie politisch weitgehend auf die Vertretung der rwandischen Tutsi-Minderheit beschränkt ist, auch wenn sich in ihren Reihen auch Hutus organisiert haben. Allerdings hat sie sich mit absolut gutem Recht geweigert, sich mit den für den Massenmord Verantwortlichen im Hinblick auf Rwandas Zukunft zu arrangieren. Aber die Alternative dazu - das Arrangement mit der vormaligen demokratischen Opposition gegen das Habyarimana-Regime - ist durch deren gezielte Liquidierung seitens der Putschisten möglicherweise mangels noch lebenden Vertreterinnen und Vertretern nicht mehr gangbar.

"Ein Sieg der FPR-Rebellen würde Rwanda aus dem frankophonen Afrika lösen." (FR, 24.6.94) Das hinzunehmen, ist Frankreich offenbar nicht bereit. "Nach den Worten von Ministerpräsident Edouard Balladur wird Frankreich mit seiner Intervention seiner Rolle als Weltmacht gerecht. Im Fernsehen sagte Balladur, diese Weltmachtstellung und der traditionell große Einfluß in Afrika (...) seien ausschlaggebend gewesen für das Eingreifen..." (SZ, 29.6.94) Mit ihrer Intervention unternimmt die "Grande Nation" offenbar einen letzten Versuch, ihren Einfluß in Rwanda aufrechtzuerhalten. Dazu muß sie nach Lage der Dinge das Bündnis mit den Völkermördern erneuern. Denn andere Freunde hat Frankreich in Rwanda nicht.

J., Westberlin, 29.6.94

6. Weit entfernt von der Gegenwende (Europa-Wahl, Landtagswahlen in Sachsen- Anhalt)

Autor: he. · Rubrik: Wahlen; CDU/CSU; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:34

Das Ergebnis der Europawahl vom 12.6., und auch das der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt eine Woche später, widerlegt alle demoskopischen Voraussagen der vergangenen Jahre über den Ausgang der kommenden Bundestagswahl. Alle Volksbefrager hatten schon das Ende der Kohlregierung vorausgesagt. Die SPD schien, nach einem Zwischentief aufgrund des unrühmlichen Abgangs ihres Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Engholm, als sicherer Sieger festzustehen. Nach elf Wahlen des Superwahljahrs 94 (Kommunalwahl in Brandenburg, Europawahl, Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland, Landtagswahl in Sachsen-Anhalt) hat sich die CDU mit Kohl an der Spitze eindeutig gegen die SPD behauptet. Die SPD ist weit von ihrem Ziel entfernt, stärkste Partei zu werden und damit einen Anspruch auf die Bildung der Regierung erheben zu können.

Der Ausgangspunkt ist der 2.12.1990. Bei der an diesem Tag stattfindenden Bundestagswahl errang die SPD mit 33,5% der Stimmen ein Ergebnis wie sie es zuletzt Anfang der 60er gehabt hatte. Zwar war es mit 36% im alten Bundesgebiet etwas besser (in den neuen Bundesländern 23,6%, Berlin 30,5%), aber die von Kohl geführte CDU/CSU konnte sich souverän mit 43,8% (alte Länder: 44,3, neue Länder 44,4%, Berlin 39,3%) durchsetzen.

Vereinigungsgewinnler

Die weitgehend übereinstimmenden Analysen dieses Ergebnisses besagen, daß die CDU die Gewinnerin der deutschen Vereinigung gewesen ist: Sie war es, die politisch für diese Einheit stand und mit ihrem Versprechen "blühender Landschaften", in denen es "keinem schlechter gehen wird", die politische Hegemonie errungen hatte. Innerhalb eines halben Jahres hatte die Kohlregierung die Weichen für diese staatliche Einheit gestellt und dabei auf dem internationalen Parkett enorm an Boden gewonnen. Es gelang ihr, die USA und die damalige UdSSR als Verbündeten in der Einheitsfrage zu gewinnen, womit die Vorbehalte aus Frankreich und Großbritannien beseitigt wurden.

Die SPD scheiterte mit ihrem Kanzlerkandidaten Lafontaine, dem es nicht gelang, der nationalen, tendenziell nationalistischen Euphorie der CDU eine überzeugende Alternative entgegenzusetzen. Zwar kann Lafontaine sich im nachhinein darin bestätigt sehen, mindestens die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme der deutschen Einheit angesprochen zu haben, aber außer der unpopulären Wahrheit, daß die Menschen hierfür zahlen müßten, gab es kein wirkliches Gegenmoment zur Politik der CDU.

Wie sehr diese Wahlen von der "deutschen Frage" bestimmt waren, zeigt auch das Ergebnis für die beiden Parteien in Ost und West, die zu den Warnern in diesem neuen Großdeutschland gehörten. Im Westen erreichten die Grünen 4,9% gegenüber 8,3% im Jahre 1987, womit sie auf einen Stand von Anfang der 80er Jahre zurückfielen. (Sie scheiterten damit an der 5%-Hürde und wurden im Bundestag durch Bündnis 90 vertreten, die im Osten 5,9% erreichten.) Im Osten fiel die PDS von 15,2%, die sie bei den Volkskammerwahlen erreicht hatte, auf 9,9%, den bisherigen Tiefststand nach der Wende 1989.

Ein solcher Sieg der christlichen Union war für die unter normalen Umständen 1991 fälligen Bundestagswahlen nicht mehr erwartet worden; jedenfalls lag sie in den Umfragen 1989 deutlich hinter der SPD. Der weitere Gang der Entwicklung ist bekannt: Die CDU/CSU/FDP-Regierung konnte und wollte die mit der Vereinigung abgegebenen Versprechen nicht halten. Der Deindustrialisierungsprozeß im Osten nahm ungeheure Ausmaße an. Ebenso wie in den aus dem realsozialistischen Verbund kommenden osteuropäischen Ländern wurde auch in den neuen Bundesländern nicht investiert, sondern vom Kapital hauptsächlich auf die Ausweitung eines Marktes orientiert. Mit dem Hinweis auf die - unter kapitalistischen Bedingungen - Unrentabilität der Betriebe wurden diese einer so scharfen Rationalisierung unterzogen, daß bis heute ca. 70% der vormals vorhandenen industriellen Arbeitsplätze verloren gingen. Im Bereich des Handels übernahmen Firmen aus den alten Bundesländern fast vollständig die Distribution. Die Folge ist eine weit über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit, ohne daß dies noch mit einer Übergangszeit erklärt werden könnte. Hinzu kommt ein unter politisch-ideologischen Vorzeichen organisierter Ausschluß der Leistungsträger der DDR. Die Vereinigung

stellt sich heute somit nicht als ein Versöhnungsakt mit gutem Ausgang dar, sondern als eine aggressive Übernahme und Einverleibung mit geplanter und beizubehaltener Benachteiligung vieler Menschen aus der ehemaligen DDR.

Gleichzeitig wuchs im Westen die Befürchtung vor einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Nach einer Umfrage des Allensbach-Instituts befürchteten im September 1992 43% der Westdeutschen eine weitere konjunkturelle Verschlechterung, nur 15% glaubten an eine Besserung. Dies ging einher mit einer von den Demoskopen prognostizierten höheren Zustimmung zur SPD und einem rapide abnehmenden Ansehen der CDU. Nach Untersuchungen des Allensbach-Instituts gab es von 1990 bis Frühjahr 1994 etwa folgende Entwicklung: Vom Ausgangspunkt der Wahlen im Dezember 1990 fiel die CDU/CSU bis Ende 1991 auf 36% in den alten Bundesländern, auf 25% in den neuen. Gleichzeitig verbesserte sich die SPD in den beiden Gebieten auf 41 bzw. 38%. Die Schere ging im Laufe des Jahres 1992 in den westdeutschen Ländern wieder zusammen, in den ostdeutschen blieb der Abstand, allerdings für beide auf niedrigerem Niveau. Im August 1992 stand die CDU/CSU bei 34,8% bzw. 33,8%, die SPD bei 37,3% bzw. 33,9%. Gesamtdeutsch stand die CDU im Dezember 1992 bei 34,4%, die SPD bei 37,8%. Im gleichen Zeitraum nahmen auf der linken und rechten Seite die Sympathien enorm zu. Bündnis 90/Die Grünen sprangen von 5% auf 9%, die Republikaner von 2,1% auf 7,5% Mitte 1992, auf 5,3% Ende 1992. (Wobei für beide gilt, daß sie bei den Bundestagswahlen 1990 "unter Wert" geschlagen wurden.) Diese Trends hielten 1993 an. Die großen Volksparteien verloren weiter, hielten aber den Abstand untereinander. Ende 1993 lag die SPD gesamtdeutsch bei 35,4%, die CDU bei 30,9%, Bündnis 90/Die Grünen bei 12,1% und die Republikaner bei 5,6%. Erstmals tauchten in diesen Zeiten in den Umfragen die PDS als wachsender Faktor auf. Zwar hielt sich die Zustimmung zur PDS im Westen bis zu diesem Zeitpunkt bei konstant 0,1%, wodurch sie als Gesamtpartei immer bei ca. 2% gezählt wurde. Ab Frühjahr 1993 ging die Zustimmungsrate für die PDS im Osten kontinuierlich rauf: von 11,8% im Januar 1993 auf 14,9% im September und erreichte schließlich bei den Kommunalwahlen in Brandenburg das damals sensationelle, heute fast gewohnte Ergebnis von über 20%.

Noch im Frühjahr 1994 bescheinigte das Allensbach-Institut der SPD einen klaren Vorsprung vor der CDU. Ende März stand sie, immer nach Angaben der Demoskopen, bei 40,6%, die CDU bei 34,9%, Bündnis 90/Die Grünen bei 9,7%, die PDS bei mittlerweile 3%, die Republikaner bei 3% und schließlich - hier noch nicht zu vergessen - die FDP bei 8,2%.

Auch wenn die Wahlen zum europäischen Parlament anderen Bedingungen unterworfen sind und sich somit nicht zwingend Schlüsse auf die kommenden Bundestagswahlen ziehen lassen, geben sie dennoch einen Trend wieder, der bisher aufgezeigten Linien stark bricht. Die CDU/CSU liegen mit 38,8% klar vor der SPD mit 32,2%; Bündnis 90/Die Grünen konnten ihr Potential mit 10,1% voll ausschöpfen, die FDP liegt mit 4% weit hinter den Erwartungen (um eben die 4%, die CDU/CSU mehr bekamen), die Republikaner schnitten mit 3,9% erheblich schlechter als 1989 ab (womit sie wohl auch der CDU Tribut zollen mußten). Die Überraschung war die PDS mit 4,7%, wobei sie 90% ihrer Stimmen im Osten holte und sich damit in den gesamten neuen Ländern auf 20% der Stimmen gebracht hat.

Dieses Ergebnis ist jedoch nicht einmalig. Schon bei den Kommunalwahlen in Hessen im Frühjahr 1993 erlitt die SPD eine gewaltige Niederlage, büßte über 8% ein und lag weit unterhalb des von der Demoskopie vorausgesagten Ergebnisses. Gleiches gilt aber auch für die CDU, die bei den Kommunalwahlen in Brandenburg im Dezember 1993 zur drittstärksten Partei hinter der PDS degradiert wurde.

Das Ziel der SPD, stärkste Partei zu werden und damit der CDU den Anspruch auf die Regierungsbildung auf Bundesebene streitig zu machen, ist in weite Ferne gerückt. Dies wird auch deutlich, wenn man die Wahlergebnisse auf Länderebene bei den Eurowahlen betrachtet. In elf von sechzehn Bundesländern liegt die CDU vor der SPD: Bayer 48,9:23,2; Baden-Württemberg 42:26,6; Hessen 37:34,9; Mecklenburg-Vorpommern 33,6:22,5; Niedersachsen 39,7:39,6; Rheinland-Pfalz 40,7:38,2; Sachsen 39,2:21; Sachsen-Anhalt 30,1:27,9; Schleswig-Holstein 40,6:35,5; Thüringen 35,8:25,9. Umgekehrt hatte die SPD einen Vorsprung in: Brandenburg 36,9:23,4; Bremen 40,/:28,1; Hamburg 34,6:32,1; Nordrhein-Westfalen 40,1:37; Saarland 43,4:35,6.

SPD ohne Konzept

Wie erklärt sich dieser Einbruch der SPD gerade auf der Zielgeraden des Wahljahres? Vieles weist darauf hin, daß die Ursache in einer immer weiteren Verwischung der Grenzen zwischen CDU und SPD liegt. Der von beiden Kontrahenten beschworene harte Kampf um die Regierungsmacht erscheint von außen nicht mehr als ein Kampf um klar zu unterscheidende politische Grundaussagen, um unterschiedliche Konzepte, sondern um das Ringen um Macht und Personen. Erinnert werden muß daran, daß sich die CDU in den vergangenen vier Jahren in allen entscheidenden Fragen gegen die SPD durchsetzen konnte, ihr entweder den eigenen politischen Willen aufzwang oder sich die SPD freiwillig diesem anschloß - bei Ausschaltung der innerparteilichen Opposition.

Die erste entscheidende Etappe war das Asylrecht. Trotz eindeutiger Beschlußlage in der SPD wurden noch unter dem damaligen Kanzlerkandidaten Engholm im August 1992 die Weichen für eine Grundgesetzänderung gestellt. Nichts an dieser Grundgesetzänderung, außer ihrer willfährigen Zustimmung, trägt letztlich den Stempel der SPD. Gleiches gilt in der Frage der Auslandseinsätze der deutschen Armee. Im Grundsatz gibt es hier das gleiche Rollenspiel wie beim Asylrecht. In der Frage des §218 beteiligte sich die SPD zwar noch an einer parteiübergreifenden Fraueninitiative, blockte jedoch jede Initiative für eine Verbesserung der Situationen der Frauen ab. Das gleiche Spiel beim nächsten Thema der CDU, der "inneren Sicherheit" mit großem Lauschangriff u.ä.: Die Haltung der SPD-Führung erschöpft sich im Hinhalten, um so lange Zeit zu gewinnen, bis die innerparteiliche Opposition mürbe gemacht worden ist und dann einem CDU-Vorschlag mit kosmetischen Änderungen zustimmt.

Sicher ist das Lager der Menschen im Land, die dies als Zustimmung zur konservativen und reaktionären Politik der Kohlregierung verurteilen und einer solchen Politik mit der Stimme eine Quittung geben zu klein, um die teilweise dramatischen Verluste zu erklären. Aber die Volksweisheit "Warum die Kopie nehmen, wenn man das Original bekommen kann" stimmt auch hier. Eine Partei, die kein eigenes Profil mehr hat, die sich so offensichtlich den Willen dieser Regierung aufzwingen läßt bzw. dieser opportunistisch folgt, verliert jede Ausstrahlung. Treffend formuliert dies ein Journalist der "Süddeutschen Zeitung" in einem Interview in der Frage: "Im Europawahlkampf wurden einige Slogans der SPD im Sicherheitsbereich bei einer Radioumfrage eher den Republikanern und der CSU zugeordnet als der SPD. Erschreckt sie so etwas?" Scharping erwidert trotzig: "Die SPD hat 1972 einen Wahlkampf um Reformen und um die Durchsetzung der Ostpolitik geführt. Da gab es einen Slogan, der hieß: `Deutsche, Ihr könnt stolz sein auf Euer Land.'" Soll heißen: Wir lassen uns die nationale Frage nicht von den Rechten nehmen, auch wenn sie bereits in jeder politischen Auseinandersetzung von rechts besetzt ist.

Dabei beherzigt die SPD nicht einmal ihre eigene neuere Geschichte. Nur auf die Bundestagswahlen bezogen läßt sich unschwer erkennen, daß die SPD immer dann gut gegen die CDU ausgesehen hat, wenn sie in entscheidenden politischen Grundfragen ein klar anderes Konzept vertrat und dies mit einer gesellschaftlichen Mobilisierung verband. 1969 machte sie den Anfang mit dem Kampf um die "Neue Ostpolitik". Zwar war diese politische Strategie noch in der (1967 geschlossenen) Großen Koalition aufgenommen worden, aber mit ihr verband sich vor allem der Name Willy Brandt. Das bisher stärkste Ergebnis erreichte sie 1972 in der Gegenmobilisierung gegen das Mißtrauensvotum. Es war das erste Mal, daß die SPD die CDU/CSU überrundete. 1976 entging sie zusammen mit ihrem Koalitionspartner FDP nur knapp einer Wahlniederlage; Kontrahenten waren Helmut Schmidt und Helmut Kohl in einem Wahlkampf, der ähnlich wie heute wenig Unterschiede erkennen ließ. Die sozialliberale Koalition erreichte 50,5%, die CDU/CSU 48,6%. Noch einmal wurden die Kräfte für eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung im Jahre 1980 aufgebracht, als mit Franz Josef Strauß ein Kandidat für die CDU aufgestellt wurde, der die machtpolitische Reaktion an sich verkörperte. Die sozialliberale Koalition erreichte 53,5%, CDU/CSU sanken auf 44,5%. Von da an fiel die SPD entscheidend zurück.

Weniger denn je steht die SPD für Veränderung. Die beharrliche Verweigerung einer Zusage an eine rot-grüne Koalition, von der sich Scharping die Gunst indifferenter CDU-Wähler verspricht, wirkt nach außen als Konzeptionslosigkeit. Die SPD hat kein Konzept für die Regierungsübernahme, denn niemand nimmt an, daß sie die absolute Mehrheit erringen könnte. Rot-grün steht nach wie vor für den einzig gangbaren Reformweg im parlamentarischen System. Diese Option auszuschlagen, heißt, der CDU das Terrain zu überlassen. Diese Quittung hat die SPD jetzt einstecken müssen.

Nicht von ungefähr ist in diesem Wahlmarathon der SPD der einzige - und in der Höhe auch überzeugende - Sieg bei den Landtagswahlen in Niedersachsen gelungen. Kandidat und Partei hatten mit dem Setzen auf eine

rot-grüne Koalition ein deutlich erkennbares Konzept, wie eine CDU/FDP-Regierung verhindert werden sollte. Schröder trat gleichzeitig auch als eigentlicher Kandidat gegen Kohl an - und zeigte der Partei, wie sie hätte wirklich siegen können.

he.

7. PDS zur Frage der Ablösung der CDU/FDP-Regierung (Dokumentation)

Rubrik: CDU/CSU; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:35

"Die PDS kandidiert zu den Bundestagswahlen, um mit einer sozialistischen Opposition im Deutschen Bundestag für einen politischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland zu wirken. Im Vordergrund steht dabei zunächst, zur Ablösung der konservativen Regierung sowie zur Beendigung des gesellschaftlichen Rechtsrucks in der BRD beizutragen. Die Wahl der PDS ist jedoch mehr als die Wahl eines - dringend erforderlichen - Regierungswechsels, sie ist die Wahl einer alternativen Politik und richtet sich gegen die konservative Hegemonie, die inzwischen bis in die SPD hineinreicht. Die PDS wird sich innerhalb und außerhalb der Parlamente für ein wirksames gesellschaftliches Abkommen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit einsetzen, für das in den Vorstellungen der Gewerkschaften, der SPD und Bündnis90/Die Grünen und nicht zuletzt der PDS realistische konzeptionelle Grundlagen bestehen. An die Stelle sozialer Unsicherheit, wie sie von der Politik der Bundesregierung, nicht selten unterstützt von der SPD, und der Unternehmerverbände ausgeht, wollen wir eine Sozialpolitik setzen, die sich an Gerechtigkeit, Chancengleichheit und der Gewährleistung einer sozialen Grundsicherung für alle orientiert. Die PDS wird alle Schritte unterstützen, die einen wirklichen ökologischen Umbau und nachhaltige Entwicklung ermöglichen und den weiteren Weg in eine globale ökologische Katastrophe aufhalten würden. Die PDS erwartet von SPD und Bündnis90/Die Grünen aktiven Widerstand gegen die reaktionäre Frauenpolitik der CDU/CSU und wird ihrerseits entschieden für einen entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Wandel eintreten. Trotz der jüngsten Wahlniederlagen neofaschistischer und rechtsextremer Parteien herrscht in der Bundesrepublik nach wie vor ein nationalistisches und ausländerfeindliches Klima. Die PDS tritt dafür ein, mit einer antirassistischen Initiative den Boden für gesellschaftliche Rechtsentwicklung in der BRD zu beseitigen. Sie sollte zumindest eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung, die Einführung des Ausländerwahlrechts, die Erleichterung doppelter Staatsbürgerschaft und die Beseitigung des völkischen Staatsbürgerrechts, die Wiederherstellung des Asylrechts, die Öffnung der Grenzen für Menschen in Not und ein Programm antirassistischer Bildungs-, Kultur- und Sozialarbeit umfassen. Festhalten wird die PDS an ihren Forderungen zur Entmilitarisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft und zu radikale Abrüstung. Schließlich wird die PDS ihre Politik uneingeschränkt fortsetzen, die auf die Gewährleistung ostdeutscher Interessen und Gleichberechtigung sowie die Überwindung der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Spaltung der Bundesrepublik gerichtet ist. Diese Inhalte und Aussagen unseres Wahlprogramms werden auch der Maßstab für die Haltung der PDS zu anderen politischen Kräften und zu deren Regierungsbildung sein."

(Aus einem Beschluß des Bundesvorstandes der PDS vom 27.6.94, Pressedienst v. 1.7.94)

8. Tendenz uneinheitlich. Europawahlen: Gewinne für Rechte und Populisten - aber nicht für alle

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; Frankreich; Italien; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:13

"Die beste Nachricht für Europa kommt aus Österreich", schrieb die in Privatbesitz von FIAT-Chef Agnelli befindliche italienische Tageszeitung La Stampa am Tag danach. Bei einer Stimmbeteiligung von 81% hatten sich 66,4% für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ausgesprochen. Während die Grünen ihre Ablehnung in dem Slogan "Ja zu Europa - Nein zur EU" zusammenfaßten, hatte die FPÖ eine rassistische Angstkampagne entfacht und vor der im Falle des EU-Beitritts unvermeidlichen Zulassung von "spanischem Schildläuse-Joghurt" in der sauberen Alpenrepublik gewarnt. FPÖ-Vorsitzender Jörg Haider, der im Nachhinein die gesamten 33% Nein-Stimmen seiner Partei gutzuschreiben versuchte, ist nicht nur der Verlierer des Referendums. Die Repräsentanten der Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP stellten sogleich klar, daß mit Parteien, die gegen den EU-Beitritt sind, eine Zusammenarbeit auf Regierungsebene nicht möglich sei.

Aus den derzeit zwölf Mitgliedsländern der EU ist dagegen aus Sicht der Strategen des vereinigten Europa wenig Ruhmreiches zu vermelden. Die Stimmbeteiligung, seit jeher als Indikator für das Ausmaß der "Europa-Begeisterung" im Zentrum des Interesses, war so niedrig wie noch nie. Sie schwankte zwischen 74,6% in Italien und 35,6% in den Niederlanden. In der BRD lag sie mit 60,1% mehr als zwei Prozentpunkte unter dem Wert von 1989. "Die weitreichende Enthaltung in vielen Ländern ist besorgniserregend", konstatierte EU-Außenkommissar Hans Van den Broek und forderte als Gegenmittel, die Kompetenzen des Europa-Parlaments zu stärken.

Die geringsten Probleme, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren, hatten die faschistischen und die rechtspopulistischen Parteien, die zum Lager der "Euro-Skeptiker" zu zählen sind. So haben sich im Straßburger Parlament die Gewichte nach rechts verschoben. Die Sozialdemokraten stellen zwar weiterhin die stärkste Fraktion, verdanken das aber allein dem erdrutschartigen Sieg der Labour Party in Großbritannien. Die Christdemokraten der Europäischen Volkspartei (EVP) haben zwar ein paar Sitze verloren, können aber auf die Zusammenarbeit mit ihnen nahestehenden Gruppierungen setzen. Silvio Berlusconis Forza Italia wird einstweilen nicht in die Fraktion der EVP aufgenommen. Helmut Kohl signalisierte seine Ablehnung so deutlich, daß Berlusconi bei seinem Antrittsbesuch in Deutschland das Thema gar nicht mehr offensiv ansprechen mochte.

Trotz der Niederlage der deutschen Republikaner erhöhte sich die Zahl der rechtsextremen Abgeordneten von 21 auf 25. Eine stabile Anhängerschaft hat vor allem Jean-Marie Le Pens Front National. Die 10,5% für FN bedeuten nur einen leichten und jederzeit wieder aufholbaren Rückgang von 1,2 Prozentpunkten. Die gemeinsame Fraktion der europäischen Rechtsextremen besteht allerdings nur aus zehn französischen und drei belgischen Parlamentariern. Die italienischen Neofaschisten von Alleanza Nazionale, die die Zahl ihrer Mandate von vier auf zwölf verdreifachen konnten, gehen eigene Wege und wollen versuchen, zu Absprachen mit den Gaullisten zu kommen.

Auf der Linken ist vor allem der Erfolg der spanischen Izquierda Unida (Vereinigte Linke) bemerkenswert, die auf 13,7% kam (1989: 6,2%). Einigermaßen stabil blieben die kommunistischen Parteien Frankreichs (PCF) mit 6,9% (1989: 7.7%) und Italiens (Rifondazione comunista) mit 6,1% (eine Vergleichszahl auf europäischer Ebene gibt es nicht; bei den italienischen Parlamentswahlen im März erreichte RC 6,0%). Die Grünen verloren elf Mandate. Von den verbliebenen 30 Sitzen belegt Bündnis90/Die Grünen zwölf. In Italien und Frankreich scheint der Höhepunkt der grünen Welle überschritten. Dagegen ziehen erstmals Grüne aus Irland und Luxemburg in das europäische Parlament ein.

Das Wahlverhalten in den einzelnen Ländern hatte mit den Fragen der europäischen Einigung wenig zu tun. Die meisten derjenigen, die zur Wahl gingen, taten das, um ihre Meinung zu innenpolitischen Fragen kundzutun: So gab es schmerzhafte Abmahnungen für die Regierungsparteien Großbritanniens (Konservative) und Spaniens (Sozialisten) ebenso wie für allzu schwächliche Oppositionsparteien. Die französischen Sozialisten brauchen aus heutiger Sicht zu den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr erst gar nicht

anzutreten; den sozialdemokratischen "Oppositionsführern" Frankreichs, Italiens und der BRD übermittelte das Wahlvolk seine tiefe Unzufriedenheit mit den angeblichen Herausforderern. Der Sturz der französischen Sozialisten von 23,6% auf 14,5% führte zwangsläufig zum Rücktritt von Michel Rocard, der noch vor etwas mehr als einem Jahr einen "big bang", den gemeinsamen Neuanfang seiner Partei und anderer Kräfte der Linken und der Grünen, proklamiert hatte. Der Rücktritt Achille Occhettos als Sekretär des Partito democratico della sinistra (PDS) hat dagegen einen üblen Beigeschmack. Der Mann, der die italienische KP liquidierte und mit der PDS-Gründung den endgültigen Anschluß an die europäische Sozialdemokratie schaffte, scheiterte an seinem Verlierer-Image. Daß seine Partei gegenüber den März-Wahlen noch einmal 1,2% verloren hat, wäre kein ausreichender Rücktrittsgrund gewesen. Der PDS will nun nicht etwa seine Politik ändern, sondern präsentiert einen neuen Kandidaten. Ob Occhettos Nachfolger Massimo D'Alema die bei seinem Vorgänger vermißte "Ausstrahlung" besitzt, bleibt abzuwarten. Allein mit einem permanenten Zuversichtsgrinsen Marke Berlusconi wird er letzterem nicht Paroli bieten können.

Auch andere sozialdemokratische Parteien sind in der Krise. Die italienischen Sozialisten, unter Craxi mehr als ein Jahrzehnt einflußreicher Juniorpartner der Christdemokratie, haben faktisch aufgehört zu existieren. Zum Teil erhebliche Einbußen mußten die Sozialisten und Sozialdemokraten Belgiens, Dänemarks, Spaniens und der Niederlande hinnehmen. Die griechische PASOK und die luxemburgischen Sozialisten konnten leicht zulegen. Satte Gewinne verzeichneten allein die portugiesischen Sozialisten und die britische Labour Party. In Großbritannien deutet sich zumindest das politische Ende John Majors, wenn nicht gar die Ablösung der seit 15 Jahren regierenden Konservativen an.

An der ganz Westeuropa erfassenden Krise der Sozialdemokratie ändert das nichts. Nicht nur in der SPD des Langweilers Scharping ist die Bereitschaft zur Konfrontation mit den Konservativen unterentwickelt. Außerdem scheint vielen WählerInnen die soziale Abfederung der kapitalistischen Modernisierung weniger wichtig als die Hoffnung, in der innereuropäischen Konkurrenz von durchsetzungsfähigen Männern vertreten zu werden. "Per contare di più in Europa" ("Mehr zählen in Europa") lautete der Wahlkampfslogan von Forza Italia. Die Verwirklichung dieses Versprechens, die Befreiung von der Angst, an den Rand gedrängt zu werden, wird einem Mann wie Berlusconi offenbar zugetraut.

Keine "Italianisierung"

Der Zugewinn der extremen Rechten kann über eines nicht hinwegtäuschen: Ihnen fallen die Stimmen nicht von selbst in den Schoß. Die von Le Pen ebenso wie von Schönhuber nach den italienischen Parlamentswahlen im März ganz offen ausgesprochene Erwartung, auf der Erfolgswelle der italienischen Neofaschisten mitschwimmen zu können, hat sich nicht erfüllt. Le Pen hat leicht, Schönhuber erheblich - und mit Blick auf die Bundestagswahlen - vermutlich entscheidend verloren. Auch für die neuen Führer, die längst über nationalstaatliche Grenzen hinauszudenken gelernt haben, ist Europa noch keine politische Einheit. Wollen sie Erfolg haben, müssen sie dafür etwas "leisten". Eine "Italianisierung" der Politik, die Schönhuber sich so sehr wünscht, gibt es nicht im Selbstlauf oder auf dem Wege der "Ansteckung". Daß Italien seit den März-Wahlen in Europa "Avantgarde" sei, wie Ernst Nolte formuliert, gilt vor allem ideologisch: Den deutschen Vergangenheitsbewältigern liefert die Rehabilitierung des italienischen Faschismus Gelegenheit, den Historikerstreit neu zu entfachen. Parteipolitisch zahlt sich das - zumindest kurzfristig - nicht aus.

Das wesentliche Manko der deutschen Rechtsextremen ist nach wie vor ihr Mangel an vorzeigbaren Kandidaten: Gegen modern und dynamisch wirkende Führungspersönlichkeiten wie Fini oder Haider fällt ein Schönhuber ebenso ab wie gegen den brutale Entschlossenheit ausstrahlenden Le Pen. Der Zugewinn der durch Korruptionsaffären und Gauweilers Flirt mit Haider und Brunner vermeintlich geschwächten CSU - 48,9% gegenüber 45,4% 1989 - verdirbt allerdings die Freude über das Debakel der Reps, deren Einzug in den Bundestag noch vor zwei Jahren so gut wie sicher schien. Wo die Parteien der "Mitte" die rechtesten Rechten rechts überholen, ist der "ganz normale Bürger" von seiner "Parteienverdrossenheit" und dem Hang zu extremem Wahlverhalten ("Proteststimme") im Handumdrehen kuriert. Er kann mit gutem Gewissen der bewährten Staatspartei CSU den Vorzug vor den noch ungeübten Krakeelern geben und letzteren in ihrem Stammland einen jähen Absturz von 14,6% (1989) auf 6,6% bereiten. Hier zeigt sich im übrigen auch die Begrenztheit der von diversen Linken bis hin zu Autonomen betriebenen Kampagne "Keine Faschisten in den Bundestag". (Daß die von den Konservativen betriebene Taktik, die Rechtsextremen zu imitieren und dadurch "überflüssig" zu machen, allerdings nicht durchgängig funktioniert, zeigt das französische Beispiel.)

Zeit der Populisten

Gewonnen haben - neben den extremen Rechten - die "Populisten" verschiedener Couleur. Das Wort erlebt gegenwärtig einen derartigen Boom, daß wir lieber noch einmal im Fremdwörterlexikon nachsehen, was es eigentlich bedeutet: "Populismus der: von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik mit dem Ziel, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen zu gewinnen." (Duden Band 5: Das Fremdwörterbuch)

Für die Pleite von Brunners Bund freier Bürger gilt, was oben über das Verhältnis von Reps und CSU gesagt wurde. Wo Waigel und Konsorten die Themen der "Euro-Skeptiker" besetzen und dem bedrohlichen Europa mit einer Extraportion Nationalismus entgegentreten, bleibt für Newcomer wenig Raum. Die Angst vor dem "Ausverkauf deutscher Interessen", gekonnt thematisiert auf den Wahlplakaten der Reps mit der dahinschmelzenden Deutschmark, läßt den Hang zu politischen Hasardeuren schwinden. In der Stunde der Gefahr wählt man doch besser diejenigen, die ihre Fähigkeit zur Machtpolitik jahrzehntelang unter Beweis gestellt haben. Dilettanten wie die Seiteneinsteiger von der Statt-Partei, deren Potential nach Umfragen bis zu 20% beträgt, verprellen durch ihr unprofessionelles Gezänk die gerade erst gewonnenen WählerInnen in Rekordzeit.

Nennenswerte Einbrüche in das Potential der großen Volksparteien gelingen dauerhaft nur Populisten von einigem Format. Allererste Wahl ist hier ein Volkstribun wie Bernard Tapie, der aus ärmlichen Verhältnissen stammende Selfmademan und Finanzjongleur, der es vor allem versteht, die Sprache der von Deklassierung bedrohten Jugendlichen zu sprechen. "Die Arbeitslosigkeit muß für illegal erklärt werden", ist einer der Sprüche, die seiner Liste É nergie radicale in Marseille 30% der Stimmen brachten. "Skandale und Pleiten haben Tapies Publikum nicht abgeschreckt", schreibt die Süddeutsche Zeitung (14.6.), "sondern es im Gegenteil davon überzeugt, daß ihr Held das Opfer von Verfolgung durch die Mächtigen ist." Während regierenden Politikern schon kleine Gaunereien zum Verhängnis werden, mobilisiert Tapies Kampf mit der Steuerfahndung die Sympathien der Ärmsten der Armen. Daß er mit ca. 400 Mio. DM verschuldet ist, tut dem keinen Abbruch.

Während Tapie den Sozialisten massiv Stimmen abjagte, reduzierte ein adliger "Populist", der mit vollem Namen Vicomte Philippe Le Jolis de Villiers de Saintignon heißt, den gemeinsamen Stimmenanteil der Regierungsparteien RPR und UDF auf 25,6%. De Villiers, Anführer der Liste L'Autre Europe ("Das andere Europa"), könnte mit seinen nationalistischen Tiraden und seinem vehementen Eintreten für die Todesstrafe mittelfristig auch Le Pen ernsthaft Konkurrenz machen. Sein Erfolg treibt die Bürgerlichen weiter nach rechts: Um die verlorenen Stimmen zurückzugewinnen, werden sie verstärkt einen antieuropäischen und nationalistischen Ton anschlagen.

Silvio Berlusconi genügen einstweilen gemäßigt nationalistische Töne, um den Höhenflug von Forza Italia fortzusetzen: Das "erneuerte Italien" solle sich durch eine "intensivere und qualifiziertere Teilnahme an den Institutionen der Gemeinschaft" auszeichnen als bisher, heißt es im Europa-Programm von Forza Italia. Den 21% bei den Parlamentswahlen im März folgten nun 30,6% - in zweieinhalb Monaten konnten fast drei Millionen neue WählerInnen gewonnen werden. Das ging zum einen zu Lasten der Koalitionspartner Lega Nord und Alleanza Nazionale, aber nicht nur. Auch das Zentrum und die Progressisti mußten weiter Federn lassen. Die internationalen Vorbehalte und Proteste bis hin zu Boykottdrohungen gegen die neofaschistischen Minister haben das italienische Wahlvolk offensichtlich nicht beeindruckt. Durch die Zugewinne für Berlusconi, der die Rehabilitierung des Faschismus erst ermöglicht hat, wurden die geringfügigen Verluste von AN mehr als wettgemacht. Daß man sich vom Ausland nicht "in die inneren Angelegenheiten hineinreden" läßt, ist vielleicht ein gefährlicheres Zeichen für ein neues nationalistisches "Selbstbewußtsein" als Berlusconis Anspruch, Italien möge fortan in Europa "mehr zählen".

Daß sämtliche - auch die verkannten - Volkstribunen und Demagogen Westeuropas Berlusconis Erfolgsrezept zumindest in Teilen zu übernehmen versuchen, ist unübersehbar. Kohl versucht, mit ständiger Medienpräsenz und dem Kanzler-Wahlverein "Wir für Deutschland" die "negative Stimmung im Land" zu überwinden. Wer so viel Optimismus und "nationales Selbstwertgefühl" ausstrahlt, könnte am Ende doch noch die Bundestagswahl gewinnen. Falls es nicht reichen sollte, ist das auch nicht schlimm - für "Deutschland". Das Parteiensystem ist stabil, die weitere Ausbreitung von "Politikverdrossenheit" scheint gestoppt. Eine Notwendigkeit, zumindest äußerlich neue politische Formationen zu gründen und das staatliche Führungspersonal auszutauschen, in

Italien eine wesentliche Voraussetzung für Berlusconis Durchmarsch, existiert in den anderen europäischen Ländern nicht. Hinzu kommt, daß das Modell Berlusconi nicht so ohne weiteres zu kopieren ist. Berlusconi ist kein Retortenbaby, sondern ein echter Führer. Was nichts darüber aussagt, wie lange er sich halten kann. Mehr darüber in einer der nächsten ak-Ausgaben.

Js.

So wählten die anderen

Ergebnisse der EU-Wahlen in Prozentpunkten; Vergleichszahlen von 1989 in Klammern. Berücksichtigt wurden nur Parteien, die den Sprung ins EU-Parlament schafften. Die italienischen Vergleichszahlen beziehen sich auf die nationalen Wahlen im März 1994; 1989 existierten von den sechs aktuell größten Parteien nur die Lega Nord und der MSI (jetzt AN).

Belgien

Sozialisten 22,4 (27,9); Christliche Volkspartei 24,3 (29,9); Liberale 20,4 (17,8); Grüne 16 (19,3); Rechtsextreme (De Vlaams Blok u.a.) 11,4 (4,1)

Dänemark

Sozialdemokraten 15,8 (23,3); Konservative 17,7 (13,3); Venstre (Rechtsliberale) 18,9 (16,6); Volkssozialisten 8,6 (9,1); Folkebevaegelsen (Anti-EU) 10,3 (18,9); Junibevaegelsen (Anti-EU) 15,2

Frankreich

Sozialisten 14,5 (23,6); RPR-UDF (Konservative) 25,5 (37,3); Grüne 2,9 (10,6); Front National 10,5 (11,7); Kommunisten 6,9 (7,7); Energie radicale (Tapie) 12; L'Autre Europe (de Villiers) 12,4

Griechenland

PASOK (Sozialisten) 37,6 (35,9); Neue Demokratie (Konservative) 32,6 (40,4); Kommunisten 6,3 (4,5); Synaspismos (Linksbündnis) 6,2 (14,3); Politischer Frühling (Rechte) 8,6 (4,9)

Großbritannien

Labour 44,2 (38,9); Konservative 27,8 (33); Liberale 16,7 (8,2); Schottische Nationalisten 3,2 (2,6)

Irland

Labour 15 (9,5); Fine Gael 24 (21,6); Progressive Democrats 7 (11,9); Independent 7 (11,8); Fianna Fail 35 (31,5); Democratic Left 4 (7,5)

Italien

Forza Italia 30,6 (21); Alleanza nazionale 12,5 (13,4); Lega Nord 6,6 (8,3); PDS 19,1 (20,3); Rifondazione comunista 6,1 (6); Partito popolare (Ex-DC) 10 (11)

Luxemburg

Sozialisten 27,4 (25,4); Christlich-Soziale 31,5 (34,8); Liberale 19,2 (19,9); Grüne 11 (10,5)

Niederlande

Christdemokraten (CDA) 30,8 (34,6); Sozialdemokraten (PVDA) 22,9 (30,7); Volkspartei (Rechtsliberale) 17,9 (13,6); Demokraten 66 (linksliberal) 11,7 (6); Calvinisten 7,8; Grüne 3,7

Portugal

Sozialdemokraten 34,4 (32,7); Sozialisten 34,8 (28,6); Christdemokraten 12,4 (14,1); Kommunisten und Grüne 11,2 (14,4)

Spanien

Sozialisten (PSOE) 30,7 (40,2); Volkspartei (PP) 40,2 (21,7); katalanische Nationalisten 4,7 (4,3); Vereinigte Linke 13,5; baskische Nationalisten (CN) 2,8 (1,9)

Izquierda Unida - Vereinigte Linke

Erklärung des Bundespräsidiums der Vereinigten Linken (IU) zu den Europawahlen und den Wahlen in Andalusien vom 12. Juni 1994 (gekürzt):

Die Ergebnisse vom 12. Juni im ganzen Lande und auch in Andalusien sind ein Erfolg für die Izquierda Unida. Zuwächse wurden sowohl bei der Zahl der absoluten Stimmen als auch prozentual erreicht. Im ganzen Lande gab es einen erheblichen Stimmenzuwachs. Die IU ist die einzige politische Kraft, die im Vergleich zum Referendum vom Sommer 1993 einen absoluten Zuwachs von fast einer Viertelmillion Stimmen verzeichnen konnte. Die Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) und die konservative Volksparteil (PP) haben gegenüber 1993 erheblich an Stimmen verloren. (...)

Die Gründe für unseren Erfolg liegen auf der Hand: Wir sind von Anfang an mit den Arbeitern und den Volksschichten zusammengegangen und haben so die Massen für den Generalstreik mobilisieren können. Wir waren federführend in der Opposition im Kampf gegen das Gesetz zur Arbeitsreform im Parlament. Dabei haben wir eindeutig linke Positionen vertreten und das Prinzip der "Zweiparteienherrschaft" sowie der "wechselseitigen Ablösung" (der beiden großen Parteien - der Übers.) wirkungsvoll entlarvt. (...)

Die Ergebnisse, die die PP erringen konnte, sind eine direkte Folge der konservativen Politik unter Felipe Gonzalez und dessen Regierung, die für die Erfolge der Rechten den Boden bereitet haben.

Der PSOE ist es trotz ihres verantwortungslosen Wahlkampfes, in dem Felipe Gonzalez die Furcht vor den Linken schürte, nicht gelungen, ihre Forderung "nützlich zu stimmen", an den Wähler zu bringen. Die PSOE erlitt eine schwere Niederlage. Sie verlor beträchtlich an Stimmen und Parlamentssitzen. Die Glaubwürdigkeit der Wahlkampfreden von Gonzalez nahm mit jedem seiner Auftritte ab. (...)

Die gegenwärtige Lage in Europa fordert einen starken politischen Impuls der progressiven Kräfte, um neue solidarische Lösungen für die Probleme zu finden, mit denen unsere Gesellschaften konfrontiert sind. Die IU schlägt der europäischen Linken vor, den Prozeß des Zusammengehens zu forcieren.

In diesem Sinne wird das Präsidium der IU als Konsequenz aus ihrem Wahlprogramm und den vom Föderationsrat beschlossenen Dokumenten mit der Initiative für Katalonien zusammenarbeiten, um im Straßburger Europaparlament eine Fraktion zu bilden, in der sich ein breitestmögliches Spektrum der auf Transformation orientierten Linkskräfte, der Grünen und Alternativen zusammenfindet. Dieser Zusammenschluß möge ein Werkzeug sein, um ein anderes Projekt für den Aufbau Europas auf den Weg zu bringen, das auf einer zutiefst demokratischen, sozial abgesicherten politischen und sozialen Union basiert. (...)

Madrid, 14. Juni 1994

9. Nicht zum ersten Mal: REP für tot erklärt

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:28

Kaum ein Parteiensprecher versäumte es, die "Niederlage" der rechtsextremen Republikaner/REP als eines der wichtigsten und erfreulichsten Ergebnisse der Europa-Wahl vom 12. Juni zu bezeichnen. Nun denn, ihr Ergebnis von immerhin 3,9 Prozent hätte man vor ein paar Jahren noch als bedenklich hoch bezeichnet. Dahinter stehen annähernd 1,4 Millionen Menschen, die sich selbst durch die derzeitige desolate Verfassung der REP nicht davon abhalten ließen, ihr Kreuz an der ganz rechten Stelle zu machen.

Ein schwerer Rückschlag für das rechtsextreme Lager der BRD ist das Resultat aber zweifellos, wenn man die Europawahl von 1989 zum Vergleich heranzieht: 7,1 Prozent bescherten der REP damals sechs Mandate, die sie nun verloren hat. Die Erfahrungswerte lassen vermuten, daß die REP bei der Bundestagswahl im Oktober deutlich schlechter abschneiden wird als bei der Europawahl, so daß sie erneut an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern wird. Auf den Europa-Erfolg der Partei von 1989 war 1990 ein Bundestagsergebnis von "nur" noch 2,1 Prozent gefolgt.

Ein Blick auf die Europa-Ergebnisse der REP in den einzelnen Bundesländern bietet ein sehr differenziertes Bild, das aber auf niedrigerem Niveau im wesentlichen der bisherigen Verteilung starker und schwacher Regionen der Partei entspricht. Immer noch beträchtlich sind die Anteile in Baden-Württemberg und Bayern mit 5,9 und 6,6 Prozent, wo die REP schon 1989 mit 8,7 und 14,6 Prozent ihre Spitzenergebnisse hatte. Es folgt auf dem dritten Platz Hessen mit 4,6 Prozent (1989: 6,5). Unterdurchschnittlich sind wiederum die REP-Resultate im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 2,7 Prozent (1989: 4,1) und in ganz Norddeutschland. In der Ex-DDR hat die REP sich inzwischen anscheinend einigermaßen stabilisiert, aber auf einem Niveau, das insgesamt etwas unter dem der Alt-BRD liegt. In der ersten Position befindet sich dort Sachsen mit 3,5 Prozent; am schwächsten zeigt sich die REP im Land Brandenburg mit 2,3 Prozent.

Am Gesamtergebnis der Partei hatten erneut die südlichen Bundesländer einen überragenden Anteil. Allein in Bayern und Baden-Württemberg holte die REP 42,6 Prozent ihrer Stimmen. Die Bundesländer der Ex-DDR hingegen, ohne Ostberlin, trugen zur Summe nur 14,5 Prozent bei. (In den beiden südlichen Bundesländern leben 26,4 Prozent aller Wahlberechtigten der BRD, in den fünf neuen Bundesländern 18,2 Prozent.) Die REP bleibt demnach, bei insgesamt abnehmendem Sympathisanten-Umfeld, eine Regionalpartei, die außerhalb ihrer eigentlichen "Hochburgen" kaum über Parteistrukturen und Aktivisten verfügt.

Anfang vom Ende?

Als Zeichen, daß der seit Ende der achtziger Jahre mit kleinen Unterbrechungen anhaltende Aufwärtstrend der REP gebrochen sei, war schon die niedersächsische Landtagswahl am 13. März vielfach kommentiert worden. Diese Deutung war fragwürdig: Zwar hatten die Rechtsaußen mit 3,7 Prozent den Sprung ins Parlament klar verpaßt. Bedenkt man jedoch, daß dieses nördliche Bundesland immer schon eine der allerschwächsten Positionen der REP war, konnte das Ergebnis für sich allein genommen nicht als aussagekräftig gelten. Gegenüber der Landtagswahl 1990 (1,5 Prozent) hatte die Partei ihre Stimmenzahl auf das Zweieinhalbfache steigern können. Allerdings, die REP lag weit unter ihrem Landesergebnis bei der Europawahl 1989 (4,8 Prozent), aber da Wahlen auf so unterschiedlichen Ebenen schwer miteinander zu vergleichen sind, bot auch dies nur bedingt einen Anhaltspunkt.

Zweifelsfrei kläglich war eine Woche später das Auftreten und Abschneiden der rechtsextremen Parteien bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 20. März. Bei der Landtagswahl 1992 war die DVU auf 6,3 Prozent der Wählerinnen mit 6 Abgeordneten ins Parlament gehievt worden. Weit dahinter rangierte mit 1,2 Prozent die REP und machte damit wieder einmal deutlich, wie wenig sie in Norddeutschland insgesamt zu bestellen hat. Zur Kommunalwahl 1994 traten Kandidaten der DVU gar nicht und REP-Leute nur ganz vereinzelt an. Ursache für diese Zurückhaltung war vor allem der absolute Mangel an aktiven Parteipolitikern. Die DVU war im nördlichsten Bundesland nach ihrem Seifenblasen-Erfolg von 1992 in Skandalen, Schlammschlachten und Aufsplitterungen untergegangen. - Insgesamt holte die REP bei diesen Kommunalwahlen nur 7.200 Stimmen, aufs Land umgerechnet 0,5 Prozent (1990: 0,9). Lediglich in ihrer relativen "Hochburg" Lübeck kam die REP auf 4,1 Prozent (1990: 3,1).

Auch dies hätten vielleicht noch spezifisch norddeutsche, für die Gesamtentwicklung der REP untypische Einzelerscheinungen sein können. Die Europawahl aber deutet nun darauf hin, daß es sich um einen allgemeinen Trend der Partei nach unten handelt. Noch bleibt zwar die Landtagswahl in Bayern (25. September) abzuwarten, denn hier hat die Partei ihre stärksten Wurzeln, aber bis auf weiteres deuten alle Signale darauf hin, daß die REP bei der Bundestagswahl im Oktober scheitern wird - und danach in eine Spaltungs- und Auflösungskrise geraten könnte. Diese Prognose - jetzt in den Medien verständlicherweise offensiv gehandelt, in der Hoffnung, den Zusammenbruch der Partei vorantreiben zu können - ist jedoch mit Vorbehalten zu versehen. Denn schon einmal, 1990/91, wurde der Niedergang und das Ende der REP als nahe und sicher bevorstehend beschrieben, offensichtlich allzu voreilig. Dabei waren die wesentlichen Indizien, die heute angeführt werden, auch damals schon vorhanden: Mehrere rückläufige oder stagnierende Wahlergebnisse hintereinander, einhergehend mit politischen Messerstechereien in der Parteispitze, die "eigentlich" nur mit einem Desaster enden konnten. Hemmungslos ließ Schönhuber seine Opponenten aus der Partei werfen, gelegentlich auch deren Anhänger gleich mit. Es kam zu Austritten und Abspaltungen, die sich selbst damals sehr wichtig gaben, aber längst in der Bedeutungslosigkeit versackt sind. Hochrangige REP-Funktionäre, wie gerade jetzt Bundesorganisationsleiter Bösch, verließen auch damals schon in erheblicher Anzahl die Partei und servierten den Medien, was ohnehin jeder weiß: Schönhuber ist ein starrsinniger und eitler Autokrat, der keine Konkurrenten neben sich duldet. Schönhuber verhindert, daß die REP sich konsequent von nazistischen Elementen trennt und den Weg zu einer seriösen, also auch erfolgreichen Rechtspartei - wie die FPÖ, wie das MSI, mindestens aber wie die Front National von Le Pen - einschlägt.

Müssen solche Enthüllungen aus erster Hand die REP nicht gegenüber ihren potentiellen Wählern total diskreditieren? Das scheint plausibel, funktioniert aber nur bedingt: Offenbar ist einem erheblichen Teil der Leute, die unbedingt pro-faschistisch wählen wollen, der Herr Schönhuber ziemlich egal, ebenso wie die grotesken Zustände in seiner Partei. Diese Leute wollen ihren aggressiven, idiotischen Chauvinismus bekennen, oder sie wollen Unbehagen an ihrer sozialen Lage zum Ausdruck bringen oder auch beides zusammen. Daher kann die REP unter Umständen auch dort, wo sie personell kaum oder schlecht vertreten ist und politisch fast gar nicht in Erscheinung tritt, gelegentlich erstaunliche Ergebnisse erzielen, mit denen niemand gerechnet hatte. Wieweit das im Einzelfall geschieht, hängt nach aller bisherigen Erfahrung mehr von einem Ensemble äußerer Faktoren als vom Erscheinungsbild der Partei selbst ab. (Insoweit ein ähnliches Verhalten wie beim Wählerpotential der Grünen.)

Eine nochmalige Festigung der REP-Wahlergebnisse ist also nicht mit absoluter Sicherheit auszuschließen, so unwahrscheinlich sie derzeit auch erscheint und so sehr auch alle sichtbaren Zeichen auf den Zusammenbruch dieser Hauptpartei des rechtsextremen Lagers stehen. Zu warnen ist allerdings vor dem Trugschluß, der sich in den Medien sicher einstellen wird, falls der Niedergang der REP sich als dauerhaft erweisen sollte: Es habe sich gewissermaßen nur um eine kurzzeitige Verirrung einiger Tausend WählerInnen gehandelt, die keine Rückschlüsse auf die bundesdeutschen Zustände zuläßt; die Bevölkerung insgesamt sei resistent gegen "Extremisten"; "die deutsche Demokratie" habe sich wieder einmal als absolut stabil erwiesen, und was dergleichen immer wiederkehrende Dummsprüche noch sein mögen. Alle Untersuchungen belegen, daß es in der BRD ungefähr gleichbleibend über Jahrzehnte hinweg ein hartes Sympathie-Potential für rechtsextreme Positionen von etwa 15 Prozent gibt. Daran würde ein Rückgang der Wählerstimmen für REP, DVU und NPD überhaupt nichts ändern.

BFB - nächster Versuch?

Jetzt schon feststellbar scheint allerdings: Mit ihrem ursprünglichen Ansatz, nicht nur ein beliebig austauschbarer Fliegenfänger für rechtsextreme "Proteststimmen" zu sein, sondern sich tatsächlich als parlamentsfähige Partei organisatorisch und politisch zu konsolidieren, ist die REP definitiv gescheitert. Da führt wohl, ob nun mit Schönhuber oder demnächst vielleicht auch ohne ihn, kein Weg mehr aus dem Sumpf. Schon gar nicht ist daran zu denken, aus der latenten Konkursmasse der REP heraus eine parlamentarische Formation zu entwickeln, die Ansätze einer faktischen Akzeptanz bei Teilen der etablierten Parteien gewinnen könnte. In der Anfangszeit der REP, zweite Hälfte der achtziger Jahre, sah es wenigstens in Bayern und z.T. auch in Baden-Württemberg so aus, als könnte sich in dieser Richtung etwas entwickeln, aber diese Chance, falls sie denn jemals real war, ist irreparabel verpaßt.

Jeder neue Versuch, eine Partei rechts von der CDU/CSU zu starten, wird neue, jedenfalls nicht schon total diskreditierte Leute brauchen; er wird auf Distanz zum gesamten bisherigen rechtsextremen Lager bedacht sein müssen; und er wird sich die bunte Skala peinlicher Gestalten vom Hals halten müssen, die sich unvermeidlich hinzudrängen werden, sobald irgendwo ein neuer Rechtsaußen-Club mit etwas Erfolgsaussichten eröffnet wird. Letzteres scheint, nach der bisherigen Entwicklungsgeschichte des Rechtsextremismus in der BRD zu schließen - vgl. "ak" 361, S. 21-23 -, das schwerste von allem zu sein.

Die FPÖ des Jörg Haider in Österreich ist selbstverständlich das große Vorbild aller rechtsextremen Politiker in der BRD, die den Wunsch und die Berufung verspüren, eine Partei jenseits der im wesentlichen immer gleichen traditionellen Kreise mit ihren ausgebrannten Personen und Ideen auf die Beine zu stellen: Bevor Haider im September 1986 die Führung der FPÖ übernahm, war diese eine zwar reichlich mit alten Nazis bestückte, aber selbst für die Sozialdemokraten koalitionsfähige Partei gewesen. Der neue Chef brachte die Partei auf strammen Rechtsaußen-Kurs und fuhr auf Anhieb schon bei der Wahl des Nationalrats (entspricht dem Bundestag) im November 1986 fast 10 Prozent der Stimmen ein - eine Verdoppelung gegenüber 1983. Bei der Nationalratswahl 1990 konnte die FPÖ sich sogar auf 16,6 Prozent steigern. Zuletzt erreichte die FPÖ bei Landeswahlen im März dieses Jahres 33,3 Prozent in Kärnten, 18,5 Prozent in Salzburg und 16,2 Prozent in Tirol. Überall konnte die FPÖ, verglichen mit den letzten Wahlgängen, zugewinnen. Das vor einigen Monaten von der FPÖ abgespaltene Liberale Forum, das sich vom isolationistischen Rechtsextremismus des Parteivorsitzenden abzugrenzen versucht, blieb weit hinter seinen eigenen Hoffnungen zurück: 2,6 Prozent in Kärnten, 3,3 in Tirol und immerhin 5,8 in Salzburg.

Daß Haider im Dezember 1993 ankündigte, er erwäge eine Expansion in die BRD - ins "Altreich" hätte man wohl früher gesagt? - löste freudige Erwartungen in rechtsextremen Kreisen bis in die Reihen der CSU hinein aus: "Wir können uns vorstellen, daß wir in absehbarer Zeit in Deutschland mit einer eigenen Freiheitlichen Partei kandidieren, so wie wir schon in Südtirol erfolgreich angetreten sind." (SZ, 4.12.93) Der großdeutsche, um nicht zu sagen pangermanische Charakter des Unternehmens steht damit von vornherein offen fest.

Manfred Brunner, von 1983 bis 1988 FDP-Chef in Bayern und dezidierter Gegner der EG-Beschlüsse von Maastricht, möchte gern Haiders Mann fürs "Altreich" werden. Im Januar 1994 gründete er seinen Bund Freier Bürger, BFB. Einige zentrale Punkte seiner Programmatik und Propaganda sind:

Ablehnung des Prozesses der Einigung Europas in der bisherigen Form und mit dem vereinbarten Tempo. Verbal bekennt man sich zwar gerade noch zum Ziel eines europäischen "Staatenbundes", lehnt aber beispielsweise das kurzfristige Ziel einer gemeinsamen Währung (ECU) ab und favorisiert statt dessen ein großdeutsches Einheitsgeld für die BRD, Österreich und die Schweiz. Im Europa-Wahlkampf verlegte sich der BFB versuchsweise auf platteste chauvinistische Demagogie, deutlich unterhalb des Niveaus ihrer offiziellen Verlautbarungen: Die BRD als "Zahlmeister Europas", die EG plündert das deutsche Volk aus, usw.

Wirtschaftspolitisch will der BFB für "mehr Marktwirtschaft und weniger Sozialdemokratismus" eintreten. Im Sinne alter liberaler Prinzipien soll das Kapital noch unbeschränkter agieren, ausbeuten, heuern und feuern dürfen. Der "soziale Wohlfahrtsstaat" soll weiter verstümmelt und ausgehebelt werden. Freiwillige Versicherungen sollen insgesamt das bisherige Sozialsystem mit seinen immerhin vorhandenen Elementen einer Solidargemeinschaft ablösen. Der BFB tritt also als radikale, explizite Kapitalistenpartei an, und das ist wahlstrategisch schon der FDP überhaupt nicht gut bekommen. Die Leute, die aufgrund ihrer persönlichen sozialen Lage und ihrer Ambitionen für so ein Programm ansprechbar sind, gehörten in der BRD wohl noch nie zur Klientel einer rechtsextremen Partei. Heute sind sie vermutlich eher unter den WählerInnen der Grünen zu finden, sofern sie nicht ganz einfach bei der CDU bleiben.

Nach dem Erfolgsrezept von Haider will Brunners BFB den Kampf gegen die "Parteienmacht" und die "Ämterpatronage der etablierten Parteien" auf ihre Fahnen schreiben. Auf diesem Gebiet ist Haider für sein Land tatsächlich ein begnadeter Demagoge. Nur: Die tatsächlich kafkaesken Verhältnisse der Parteienwirtschaft in Österreich, die sich in Jahrzehnten verfestigt haben und wirklich das ganze gesellschaftliche und politische Leben durchdringen, sind in ihrer Art einmalig und finden in der BRD keine Analogie, die ein einfaches Nachahmen des Erfolgsrezepts von Herrn Haider zulassen würde.

Selbstverständlich will sich der BFB total von der traditionellen rechtsradikalen Szene distanzieren: Wer da irgendwo einmal Mitglied war, werde die Türen der Brunner-Partei verschlossen finden, heißt es. Statt dessen

wünscht man sich Zustrom besonders aus der CSU und aus der FDP, der aber bisher höchstens tröpfelt. Insgesamt haben sich die etablierten Parteien vorerst darauf verständigt, daß Herr Brunner und sein BFB keine Dialog- und Kooperationspartner seien, sondern durch strikte Ausgrenzung isoliert werden sollen. Versuchungen, sich an diesen Pakt nicht zu halten, sind in den Reihen der CSU wohl noch nicht völlig verschwunden, auch wenn sie durch den Mißerfolg des BFB bei seiner ersten Wahlbeteiligung weiter entmutigt sein dürften.

Bundesweit landete Brunners Versuchsballon bei der Europa-Wahl bei etwa 1 Prozent, mit einem "herausragenden Spitzenergebnis" von 1,8 Prozent in Bayern. Allerdings bekam er im Schnitt - mit Ausnahme Hamburgs - zweieinhalbmal so viele Stimmen wie die STATT-Partei, die im gleichen Fischteich herumstochert.

Erfahrungsgemäß ist es für eine neue Partei schwer, sich gleich beim ersten Wahlantritt, wenige Monate nach ihrer Gründung, einigermaßen gut zu plazieren. Die REP, Ende 1983 gegründet, wartete aus diesem Grund drei Jahre ab, bevor sie erstmals bei einer Landeswahl kandidierte (Bayern, Oktober 1986), und erst im Juni 1989 nahm sie zum ersten Mal an einer bundesweiten Entscheidung teil (Europa-Wahl, Juni 1989). Brunner hat sich für ein ganz anderes Vorgehen entschieden, vielleicht aus Selbstüberschätzung. So wenig absolut auszuschließen ist, daß der BFB nach diesem ersten Tiefschlag doch noch einmal auf die Beine kommt, so wahrscheinlich ist doch andererseits, daß auch diese Episode experimenteller Parteibildung rechts von der CDU/CSU jetzt schon als gescheitert abgehakt werden kann. An weiteren Möchtegern-Strategen, die es auf dieses Feld lockt, auf dem ja nach aller Demoskopie irgendwo ein latentes Potential von 15 Prozent rechtsextremer WählerInnen verborgen sein muß, das es nur aufzufinden und zu aktivieren gilt -, an Leuten also, die in Schönhubers oder Brunners Fußspuren treten möchten, wird auch künftig wohl kein Mangel herrschen.

Knut Mellenthin

10. Opposition ist machbar ... Zu den Betriebsratswahlen 1994 bei Auto und Chemie

Autor: Manuel Kellner · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:16

Den folgenden Artikel entnahmen wir der von der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) herausgegebenen SoZ - Sozialistische Zeitung Nr. 12 vom 16.6.94.

Eine allgemeine Bewertung des Ergebnisses der Betriebsratswahlen ist schwierig. Dafür wäre die Verarbeitung einer Fülle von Informationen notwendig, die nicht in erforderlichem Maß zugänglich sind. Da keineswegs immer oppositionelle Listen vorhanden sind, müßten Stärke und Profil mehr oder weniger linker, kritischer, emanzipatorisch orientierter Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der DGB-Gewerkschaften einbezogen werden. Ganz sicher geht der Trend nicht zu Listen rechts von denen der DGB-Gewerkschaften - im Gegenteil, diese wurden in der Regel weiter geschwächt. Andererseits ist frappierend, mit welchen teils grobschlächtigen Manövern die Wahlen - z.B. durch das manipulative Aufstellen von Listen zu taktischen Zwecken - beeinflußt wurden, um linke Kräfte kleinzuhalten.

Auf Grundlage des Materials, das die Kolleginnen und Kollegen der Autokoordination zusammengetragen haben, kommt "Express - Zeitung für Betriebs- und sozialistische Gewerkschaftsarbeit" (April 94) zu einer vorsichtig optimistischen Einschätzung: "Allgemein kann von großer Wahlbeteiligung und einem guten Abschneiden der kritischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gesprochen werden. Bedenkt man den angestauten Unmut in der krisengeschüttelten Branche, der sich hier einmal entladen durfte, kann von einem gesicherten Trend allerdings nicht gesprochen werden. Vor allem die Tatsache, daß aus den Reihen der jüngeren Betriebsangehörigen zwar Stimmen laut werden, aber keine Engagierten nachwachsen, läßt eher auf einen kurzen Frühling schließen."

Auf einem Treffen von Betriebs- und Gewerkschaftsaktiven der VSP am 28. Mai überwog - im Rahmen eines kurzen Meinungsaustauschs zu den Betriebsratswahlen - eine noch zurückhaltendere Bewertung. Die meisten Veränderungen, die es gegeben habe, seien in erster Linie ein Austausch von Personen und weniger von Programmen. Wobei aber einzelne Entwicklungen von großem Interesse sind.

Die folgenden Beispiele sollen also nicht als Belege für einen allgemeinen Trend mißverstanden werden. Es geht um den relativen Erfolg von Kolleginnen und Kollegen, die für ganz bestimmte Inhalte stehen.

Spektakulär erscheint der Erfolg der "Alternativen Metaller" bei Mercedes in Kassel im gewerblichen Bereich, deren Liste mit einem Stimmenanteil von 46,7 Prozent von 2097 gültigen Stimmen die Liste der IG Metall (45,2 Prozent) überflügelte. Dennoch stellt die IG Metall aufgrund von vier zusätzlichen Mandaten bei den Angestellten die absolute Mehrheit im Betriebsrat. Bei Mercedes in Bremen (bei 9294 gültigen Stimmen) errangen die oppositionellen Kolleginnen und Kollegen der Betriebszeitung "Kollegen von Daimler informieren" neun Sitze im Betriebsrat.

Die Wahlbeteiligung bei Daimler in Mannheim (seit 1990 2000 vernichtete Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich) war mit 8025 Stimmen bzw. 87 Prozent hoch. Bei der Personenwahl - es existierten keine konkurrierenden Listen, die IG Metall stellt den gesamten Betriebsrat - haben die um die Zeitschrift "Innenspiegel" gruppierten kritischen Kolleginnen und Kollegen ihre Positionen halten bzw. leicht verbessern können. Auch beim Werk der Mercedes-Benz AG Hamburg-Harburg gab es eine Personenwahl, bei der die "Deutsch-ausländischen Metallerinnen und Metaller" (Zeitung "Alternative") mit sechs gegenüber bisher vier Mandaten ihre Position verbessern konnten.

Gegen "Standort"-Logik

Die wieder in die IG Metall integrierten Kolleginnen und Kollegen um die Zeitschrift "Standorte" bei Opel Bochum waren mit einer eigenen Liste ("Gegenwehr") angetreten, weil die IGM-Mehrheit bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten undemokratische Verfahren durchgezogen und gar noch eine "zweite Liste der IGM" ausschließlich aus "ausländischen" Kolleginnen und Kollegen aus der Taufe gehoben hatte. Hierzu schrieben Wolfgang Schaumberg und Roland Müller für die Liste "Gegenwehr" in einem Flugblatt: "Dieser

Schritt... rückt - wenn auch ungewollt - so doch objektiv dem Vorwurf des Rassismus gefährlich nahe! Diese Spaltung konnten und wollten wir nicht mittragen."

Die Liste "Gegenwehr" steht für "Solidarität statt Konkurrenz" und gegen das Ausspielen der Belegschaften verschiedener "Standorte" und Länder durch die Konzernspitzen. Es ist bekannt, daß diese Kolleginnen und Kollegen internationalen Austausch, internationale materielle Solidarität und Koordinierung praktizieren und zu verankern suchen. (Vgl. das Interview mit Wolfgang Schaumberg in SoZ 8/94)

Die IG-Metall-Mehrheit gewann die Wahlen mit ihren beiden Listen (bei den Arbeiterinnen und Arbeitern 8627 Stimmen und 27 Mandate), während die Liste "Gegenwehr" nur vier Sitze im Betriebsrat erringen konnte.

Bei Ford in Köln waren die kritischen Kräfte weitgehend in die einzige Liste der IG Metall integriert und konnten ihre Positionen halten. Der christlich-rechte Spalterverband CMV bekam kein einziges Mandat und flog damit aus dem Betriebsrat raus. Von den 39 Sitzen bekam die IG Metall 33, ein Sitz ging an die DAG und fünf an die "Türkischen Fundamentalisten".

Im BMW-Werk in Berlin Spandau gab es drei Listen der IG Metall, die gegeneinander antraten. Die IGM-Rechte hatte sich absichtlich in zwei gespalten, um Proteststimmen abzusahnen. Doch die oppositionelle IGM-Liste "Fairneß und Demokratie" gewann mit 44,2 Prozent die relative Mehrheit der Stimmen (646) und damit aufgrund des Auszählungsverfahrens die absolute Mehrheit im Betriebsrat.

Zusammenhalten statt spalten

Bei Karmann in Osnabrück hatten sich Kollegen, die für bessere Informationspolitik, kämpferische Interessenvertretung, Mobilisierung statt Stellvertreterpolitik usw. stehen, unter Propagierung ihrer eigenen Inhalte (unter dem Motto "Unternehmermacht braucht Gegenmacht"), auf der offiziellen IGM-Liste aufstellen lassen, obwohl sie ziemlich unfair behandelt und schlecht plaziert worden waren. Doch führende Vertreter dieser Liste spalteten diese und führten einen demagogischen Wahlkampf als Liste "Die Zukunft gestalten". "Sozialpläne reichen nicht aus" - diese Parole war gut für Proteststimmen. Die Vorschläge aber: bessere Manager, Innovation, bessere Arbeitsorganisation, Gruppenarbeit... Diese Liste ergaunerte sich acht Sitze gegen über sieben Sitzen für die Rest-IGM-Liste.

Die internationale Liste "Zusammenhalten statt spalten" mit Rückhalt unter fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen verschiedener Nationalitäten und bei einer kleinen Minderheit fortschrittlicher deutscher Kolleginnen und Kollegen trat gegen Unternehmermacht und "Japanisierung", für eine bessere Information und Mobilisierung der Belegschaft sowie für internationale Solidarität ein und errang damit drei Sitze. Ein weiterer ging an die Liste eines portugiesischen Kollegen. Diese beiden Listen entstanden nicht zuletzt wegen der völligen Unterrepräsentation Nichtdeutscher in der IGM-Liste ("die Zukunft gestalten" tut dies gar ausschließlich mit Deutschen.)

Achim Bigus, kritischer Metaller bei Karmann, beschreibt im "Expreß" 5/94 eindrücklich die Hintergründe für diese Entwicklung. Massivem Belegschaftsabbau und einer Verbindung der neuen "Modernisierungs"-Rhetorik mit harten "Säuberungswellen" zur Herstellung einer "olympiareifen Mannschaft" stellte die vorherrschende Politik im Betriebsrat nichts als die Orientierung auf "soziale Abfederung" entgegen. Wachsenden Protest dagegen wiegelte sie größtenteils ab. Insofern ist das Ergebnis der Wahlen als Protestwahl, verbunden mit der falschen Hoffnung in den "neuen Besen" der "Zukunftsgestalter", zu verstehen. Demgegenüber müssen die oppositionellen Kräfte der IG Metall, die bislang nicht über eine eigene Betriebszeitung verfügen, gemeinsam mit denen von "Zusammenhalten statt spalten" eine kämpferische und internationalistische Alternative sichtbar werden lassen.

Angesichts des Pilotcharakters der Arbeitszeitregelung von VW für die diesjährige Tarifrunde, bei der der Unternehmerseite für eine angebliche "Beschäftigungsgarantie" einschneidende Zugeständnisse gemacht wurden, muß hier registriert werden, daß die IG Metall bei VW in Braunschweig fast 93 Prozent der Stimmen erhalten hat und damit 23 der 25 Mandate im gewerblichen Bereich. Die übrigen zwei gehen an die christlich-rechte CGM.

Schach der IG Chemie

Im Organisationsbereich der IG Chemie herrschen bekanntlich besondere Bedingungen. Um es verkürzt zu sagen: Allein um einen durchschnittlichen IG-Metall-Standard bei der Interessenvertretungsarbeit und demokratischer Fairneß zu erreichen, ist Opposition und auch das Antreten mit eigenen Listen nötig.

Die oppositionellen Listen haben unterschiedlich abgeschnitten. Die "Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" von Bayer in Leverkusen konnten sich von acht auf zehn Sitze verbessern. Doch die IG Chemie behauptete sich mit 35 Sitzen (die DAG schrumpfte um die Hälfte auf zwei Mandate). Dies, obwohl die BR-Mehrheit gegen den Protest der "Durchschaubaren" mit der Geschäftsleitung hinter verschlossenen Türen "Horrorvereinbarungen" ausgehandelt hatte, die Personalabbau und für die Betroffenen ungünstigen Versetzungen Vorschub leisten. (Vgl. hierzu SoZ 4/94) Direkt nach der Wahl kündigte Bayer übrigens die übertariflichen Leistungen; die "Durchschaubaren" reagierten sofort mit einer Unterschriftensammlung, die IG Chemie bequemte sich, nachzuziehen...

Die Linken bei der Hoechst AG, getrennt als Durchschaubare (25,6 Prozent bzw. 12 bei den Angestellten) und als "Forum" (9 Prozent bzw. 6,9 bei den Angestellten) angetreten, hatten 1990 gemeinsam als "Durchschaubare" noch 35,8 Prozent bzw. 18,7 bei den Angestellten erzielt. Kennzeichnend für die Wahl 1990 war jedoch das Betrugsmanöver der Liste "Standorte", die Proteststimmen einfing und nach den Wahlen die IG Chemie unterstützte, so daß diese - formell in der Minderheit - den Betriebsrat nach wie vor dominieren kann.

Auch bei Bayer in Wuppertal sahen sich aktive Kolleginnen und Kollegen vor vier Jahren gezwungen, mit eigener Liste zu den BR-Wahlen anzutreten, weil mit der konservativen IG-Chemie-Mehrheit zusammen keine auch nur halbwegs im gewerkschaftlichen Sinne konsequente Interessenvertretungspolitik möglich war. Ihre "Belegschaftsliste" errang bei den diesjährigen Wahlen mit 41,3 Prozent nur neun Stimmen weniger als die Liste der IG Chemie. Bei Boehringer in Mannheim gewann die vergleichbare "Gemeinsame Liste" mit 51,7 Prozent sogar die absolute Mehrheit und 15 Sitze gegenüber 11 der IG Chemie. Beiden gratulierten die "Durchschaubaren" herzlich unter Verweis auf die vergangene und zukünftig verstärkte Zusammenarbeit.

Manuel Kellner

11. Kein Bitburg Unter den Linden! Keine Anerkennung der Kranzabwurfstelle Neue Wache!

Autor: AntifaschistInnen gegen die Neue Wache · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:01

Am 12. Juli wird sich der Präsident der USA, Bill Clinton, als Staatsgast in Berlin aufhalten. Ein Kranzabwurf in der im November 1993 eröffneten Neuen Wache, der "Zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft", gehört mittlerweile zum Bestandteil des Protokolls bei Staatsbesuchen. Die Neue Wache steht für die Gleichsetzung der Täter und Opfer des Nationalsozialismus. Die in Deutschland betriebene Politik der Verdrängung und Relativierung der Verbrechen des Nazi-Regimes findet hier an herausgehobener Stelle ihren Ausdruck. Diese Politik soll international anerkannt werden. Nach dem Besuch des norwegischen Königs im April '94 wäre Bill Clinton der nächste Staatsgast, der die Neue Wache anerkennt.

In Bitburg reichten sich am 5. Mai 1985, zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, Bundeskanzler Kohl und der damalige US-Präsident Reagan über den Gräbern von Soldaten der Waffen-SS die Hände zur Versöhnung. Wird es am 12. Juli '94 ein Bitburg Unter den Linden geben?

"Vor dieser ‚Gedenkstätte` Andacht und Weihe? Nein und abermals Nein! Wohl aber Trauer, Wut und der Schwur: ‚No pasaran` - damit, falsche Sinnstifter, werdet ihr nicht durchkommen! Die wahren Opfer Hitlerdeutschlands, seines Angriffskrieges und seiner Gewaltherrschaft, werden einen längeren Atem haben als die Geschichtsequilibristen der Kohlschen Legislaturperioden.

(Ralph Giordano, in: DAS 19.11.1993)

Ein Denkmal des Militarismus und Nationalismus

Die Neue Wache war von Anfang an ein nationalistisches Denkmal zur Ehrung der "heldenhaften Opfer" des deutschen soldatischen Mannes in Zeiten der politischen Restauration. Erbaut nach dem Sieg über Napoleon, sollte hier das preußische Militär geehrt werden, war hier zwischen 1818 und 1919 die Wache für den Monarchen. Bürgerliche Revolutionäre von 1848 wurden hier inhaftiert. Von der Neuen Wache wurde 1914 die Mobilmachung für den Ersten Weltkrieg telegraphiert. 1931 wurde dann der "Gefallenen des Weltkrieges" gedacht. Die Neue Wache war so schon Ausdruck der Verdrängung und des Abstreitens der Verantwortung für den Ersten Weltkrieg.

Im Nationalsozialismus war die Neue Wache das "Ehrenmal deutschen heldischen Sterbens". Am 25.2.1935 war im "Völkischen Beobachter" zu lesen: "Während die Truppenabordnungen unter Gewehr treten, begibt sich der Führer mit seiner Begleitung in das Ehrenmal, um dort einen riesigen, von zwei Offizieren getragenen Lorbeerkranz niederzulegen. Die Fahnen senken sich, und wieder klingt bei diesem feierlichen Akt das Lied vom Guten Kameraden auf. In der Zeit, wo der Führer im Ehrenmal deutschen heldischen Sterbens verweilt, steht die Menge stumm ergriffen, die Hand zum Deutschen Gruß erhoben."

In den letzten Kriegstagen wurde die Neue Wache schwer beschädigt. Statt den Vorschlag der FDJ aufzugreifen, sie endlich abzureißen, nutzte auch die DDR sie als Ort nationaler Identitätsstiftung. 1961 wurde sie zum "Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Militarismus". "Die Gräber bargen Urnen mit der Asche eines unbekannten deutschen Widerstandskämpfers und eines unbekannten deutschen Soldaten sowie Erdbeigaben aus neun Konzentrationslagern und von neun Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges. Die hier offensichtliche Gleichsetzung steht für eine pauschale Versöhnung dieser Opfergruppen, während andere ausgeklammert bleiben. Die Sinnstiftung bezog sich also weniger auf das Gedenken an die getöteten Widerstandskämpfer. Ich sehe sie vielmehr in einem Angebot, die Überlebenden von ihrer individuellen Mitverantwortung für die ungeheuerlichen Verbrechen des Faschismus zu entlasten." (Birgit Spies, Aus einem unabgeschlossenem Kapitel, in: Irrgarten deutscher Geschichte 1993)

Seit dem 14. November 1993, dem sogenannten Volkstrauertag, müssen sich staatliche Repräsentanten nicht mehr auf abgelegene Friedhöfe begeben, um nationalen Sinn zu stiften. Dafür gibt es jetzt die Zentrale Gedenkstätte Unter den Linden. Auf zwei angebrachten Zusatztafeln werden die verschiedenen Opfergruppen und die Geschichte des Baues dokumentiert. Die Anbringung dieser Tafeln wurde als Zugeständnis an die KritikerInnen dargestellt, doch beide Tafeln verschlimmern den Skandal. Während in der ersten Tafel die Opfer

vermengt und gleichgestellt werden und Täter gar nicht erst auftauchen, fehlt auf der Geschichtstafel der Nationalsozialismus sogar völlig. Sie sind damit gußeiserne Dokumente der Verdrängung, Relativierung und Revision der deutschen Geschichte. Wohin die Reise geht, zeigt der Plan des Berliner Senats, die Standbilder der preußischen Feldherren Scharnhorst und Bülow wieder vor der Neuen Wache aufzustellen.

Von Bitburg zur Neuen Wache

Bitburg und die Neue Wache sind zwei Wegmarken des Projektes der nationalen Sinnstiftung in Deutschland: Sie beinhalten jeweils die staatliche Ehrung von SS-Schergen und drücken die Absicht aus, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. "Jeder Versuch, sich die Geschichte national anzueignen, wird sich am Ereignis Auschwitz stoßen müssen. Im Historisierungsversuch des Holocaust, seiner Entsingularisierung, wird die Sehnsucht nach Normalität auf ihren Begriff gebracht." (Dan Diner,1986) Der - selbst in der konservativen US-Administration umstrittene - Auftritt in Bitburg löste 1985 heftige Proteste im In- und Ausland aus. Der ebenfalls auf dem Programm stehende Besuch des Präsidenten im ehemaligen KZ Bergen-Belsen wurde in diesem Zusammenhang als eine unerträgliche Gleichsetzung von Opfern mit Tätern kritisiert.

In Bitburg war es noch das Ziel, den Zweiten Weltkrieg als normalen Krieg erscheinen zu lassen. Hierzu mußten die Vernichtung der deutschen und europäischen Jüdinnen und Juden, die erst im Zuge der militärischen Okkupation West- und Osteuropas möglich wurde, und die offenkundige Verwicklung der Wehrmacht in dieses Verbrechen ausgeblendet werden. Durch die Versöhnungsgeste der einstigen Kriegsgegner und jetzigen Verbündeten sollte gleichzeitig der Vernichtungsfeldzug der Wehrmacht gegen die Sowjetunion im nachhinein legitimiert und Deutschland auf die Seite der "Sieger" geschmuggelt werden. In der Berliner Gedenkstätte wird noch einen Schritt weiter gegangen: Die Vorstellung, daß es deutsche Täter gab, ist vollständig ausgeblendet. Statt dessen werden unterschiedslos Opfer präsentiert, und die Gruppen der Verfolgten des Nationalsozialismus nur noch erwähnt, um diejenigen, die sie verfolgten, als gleichwertige Opfer hinzustellen. In Bitburg war das gemeinsame Ziel, das gebrochene Verhältnis zur deutschen Nation zu kitten, nur unter Ausschluß der Opfer der Massenvernichtung erreichbar. Dasselbe scheint mittlerweile, indem sie mit den Mördern und Henkern, den Wehrmachtsoldaten und Bombenopfern gleichgesetzt werden, in der Neuen Wache unter Einschluß der Opfer möglich. "Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört." (aus: W. Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, 6. These)

Sowohl Bitburg als auch die Neue Wache stehen für den deutschen Wunsch, endlich als ein normales Land anerkannt zu werden. Diese Normalität läßt sich, wie gezeigt, nur unter Ausblendung der Millionen Opfer des Holocausts, des Nationalsozialismus insgesamt, erreichen. (...)

Während die Gedenkstätte Auschwitz verfällt, weil die Bundesregierung keine Unterstützung leistet, werden augenblicklich die KZ-Gedenkstätten in Deutschland selbst massiv umgestaltet. Dort soll nun nicht mehr an die Opfer des KZ-Systems erinnert werden, sondern gleichermaßen an die Insassen der Nachkriegs-Internierungslager, von denen die Mehrzahl Nazis waren. Wir fordern daher die bedingungslose Bereitstellung der zum Erhalt von Auschwitz und anderen KZ-Gedenkstätten notwendigen Mittel durch die Bundesregierung, und den sofortigen Stop der genannten "Umgestaltung"! (...)

12. Juli:

Clinton in der Neuen Wache?

Bewußt versucht Bill Clinton, bei seinem Deutschlandbesuch in die Fußstapfen Ronald Reagans zu treten. So wie sein Vorgänger will er am Brandenburger Tor eine Rede halten. Mit einem Kranzabwurf in der Neuen Wache würde er Reagan schließlich auch in puncto Bitburg folgen. Die Neue Wache ist das Symbol für Geschichtsrevisionismus und die Politik des Schlußstrichs. Bill Clinton muß deutlich gemacht werden, daß er mit einem solchen Schritt lediglich die Nation der Täter ehren würde. Das Land also, das aktuell von Rassismus und Antisemitismus geprägt ist und das sich außenpolitisch aufmacht, unbelastet von der faschistischen Vergangenheit wieder Weltpolitik zu betreiben.

Jede Form der Anerkennung der Neuen Wache ist ein Skandal - eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus.

Wir fordern Clinton deshalb auf, dort keinen Kranz niederzulegen. Die Neue Wache ist kein Ort des Gedenkens - weder an die Opfer Nazideutschlands, seines Angriffskrieges und seiner Vernichtungsmaschinerie, noch an jene, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus gefallen sind. Statt mit einem solchen Akt die Opfer zu verhöhnen und die faschistischen Täter zu ehren, fordern wir ihn auf, mit einem Besuch in einer KZ-Gedenkstätte wie Ravensbrück ein sichtbares Zeichen zu setzen.

Kein Bitburg Unter den Linden! Deutsche Täter sind keine Opfer!

AntifaschistInnen

gegen die Neue Wache

c/o Antirassistische Initiative

Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

Infobüro Neue Wache / Clinton:

Tel.: 030 /786 59 17 / Fax: 030 786 99 84 (nur freitags 18 bis 20 Uhr)

12. Wie Teilzeitbeschäftigte aus dem " sozialen Netz" geworfen werden

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:27

Ein Mischa Wolf (na, na?) hat im ak 367 auf der Leserbriefseite seine sehr negativen Erfahrungen mit dem Arbeitsamt Köln geschildert und "alle Arbeitslosen, die ähnliche Erlebnisse mit dem Arbeitsamt hatten", ermuntert, diese ebenfalls zu publizieren. Das ist eine ausgezeichnete Idee: Wer sich unter FreundInnen und Bekannten, die arbeitslos sind oder waren, umhört, wird immer wieder Berichte über Ignoranz und Dreistigkeit der Ämter hören, die "unglaublich" sind. Eine grobe Schätzung ergibt beispielsweise, daß der Staat jedes Jahr mehrere zig Millionen DM auf Kosten der Arbeitslosen allein dadurch "einspart", daß Verfahren unzumutbar verschleppt und Auszahlungen irregulär zurückgehalten werden. In den "Ratgeber"-Spalten der Trivialpresse kann man - falls man sich die Lektüre zumutet - regelmäßig skandalöse Beispiele über die Verfahrensweise der Arbeitsämter lesen. Zur Veranschaulichung ein Beispiel: einem Arbeitslosen wurde für einen Monat die Zahlung verweigert, weil seine Ehefrau in dieser Zeit eine Kur machte und er für den Haushalt selbst sorgen mußte - also nach der Logik irgendeines dummdreisten Gruppenleiters bei der Leistungsstelle in dieser Zeit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stand. Der Mann ging mit einer Klage vor Gericht und bekam Recht. Aber wieviel größer ist die Zahl derjenigen, die solche Entscheidungen unwidersprochen hinnehmen? Mir schuldet das Arbeitsamt inzwischen - Stand Ende Juni 1994 - rund 1.200 Mark, die ich mir nun vor Gericht erstreiten muß, was vermutlich auch noch etliche Monate dauern wird.

Der Sachverhalt: Am 1. Februar 1991 trat ich ein Beschäftigungsverhältnis als Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten an, tariflich eingestuft als Bürohilfskraft. Die Arbeit konnte im wesentlichen von meinem Wohnort Hamburg aus geleistet werden und betrug laut Arbeitsvertrag 30 Stunden in der Woche. Zum gleichen Datum reduzierte ich meine bisherige langjährige volle Arbeitsstelle bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative, H.S.V., auf 10 Stunden wöchentlich. Ich hatte nun zwei Lohnsteuerkarten: Lohnsteuerklasse 1 für die Beschäftigung beim Bundestag und die sehr ungünstige Lohnsteuerklasse 6 bei meiner alten Hamburger Arbeitgeberin. Für beide Beschäftigungsverhältnisse wurden also normal Steuern und Sozialabgaben bezahlt.

Zum 31. März 1994 wurde mein Arbeitsverhältnis in Bonn gekündigt und gleichzeitig endete auch mein Arbeitsvertrag mit der H.S.V-Kooperative. Am 15. März stellte ich beim Arbeitsamt, Kurt-Schumacher-Allee 16, 20079 Hamburg, Antrag auf Zahlung von Arbeitslosengeld. Mit Datum 2. Mai erhielt ich den Bewilligungsbescheid des Arbeitsamtes. Nachrechnen ergab, daß die Leistungsstelle des Arbeitsamtes bei der Berechnung meines Arbeitslosengeldes allein mein Beschäftigungsverhältnis in Bonn zugrunde gelegt hatte, was für mich eine Einbuße von ca. 400 Mark monatlich bedeuten würde. Wie offenbar üblich, war dieser für mich negative Bescheid weder erläutert noch begründet.

Ich rief daraufhin sofort die auf dem Bescheid angegebene Telefonnummer beim Arbeitsamt an, um mein Unverständnis zu bekunden und nach einer Begründung zu fragen. Die zuständige Beamtin sagte, sie müsse sich dazu meine Akte holen. Nach rund fünf Minuten ans Telefon zurückkehrend sagte sie: Sie habe sich jetzt bei ihrem Sachbearbeiter erkundigt. Der habe ihr erklärt, daß die Berechnung korrekt erfolgt sei. Denn mein Arbeitsverhältnis bei der H.S.V. sei mit nur 10 Wochenstunden als sog. "geringfügige Beschäftigung" zu betrachten und mithin bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht zu berücksichtigen. Ich wandte ein, daß mir dies unverständlich sei, da auch für diese "Nebenbeschäftigung" Steuern und Sozialabgaben in voller Höhe entrichtet wurden, denen folglich im Fall der Arbeitslosigkeit auch Leistungen des Staates entsprechen müßten. Die Beamtin antwortete, mein Unverständnis könne sie nachvollziehen; ihr selbst sei eine solche Regelung bisher unbekannt gewesen und verstehen könne sie diese selbst auch nicht.

(Erst später wurde mir klar, daß der Begriff der "geringfügigen Beschäftigung" - § 169 a Absatz 2 Arbeitsförderungsgesetz, AFG - auf meinen Fall eindeutig nicht anwendbar ist, da mein Bruttogehalt von der H.S.V. weit über der festgelegten Obergrenze für "geringfügige Beschäftigung" - derzeit 560 Mark im Monat - lag. Das Arbeitsamt selbst argumentierte denn auch später anders. Siehe weiter unten.)

Gegen den Bewilligungsbescheid legte ich mit Schreiben vom 5. Mai Widerspruch ein. Zugleich bat ich darum, mir die Gründe für die Entscheidung der Leistungsstelle schriftlich mitzuteilen. Ich erhielt darauf noch nicht

einmal eine Eingangsbestätigung, geschweige denn irgendeine Form der Antwort. Am 6. Juni rief ich bei der Widerspruchsstelle des Arbeitsamts an und bekam die Auskunft, man werde meinem Widerspruch stattgeben. Nachdem ich zwei Wochen lang auf einen entsprechenden positiven Bescheid gewartet hatte, rief ich am 21. Juni erneut an. Die zuständige Sachbearbeiterin sagte mir, es habe inzwischen noch Probleme gegeben, aber nun habe sie am Vortag die Sache zur Unterschrift weitergeleitet und rechne damit, daß ich in den nächsten Tagen den Bescheid erhalten werde.

Dieser traf am 24. Juni ein - und war zu meiner großen Überraschung negativ. Zu dem entscheidenden Punkt heißt es in der Begründung lediglich: "Das Beschäftigungserhältnis bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative war nicht beitragspflichtig." - Warum dies angeblich so gewesen sein soll, wird nicht erklärt. Auch die als Grundlage der Entscheidung angegebenen §§ 111 und 112 AFG geben darüber keine Auskunft.

Ich rief erneut die Sachbearbeiterin an, die mir nun erläuterte, mein Arbeitsverhältnis bei der H.S.V. sei nach § 169 a Abs. 1 AFG - sog. kurzzeitige Beschäftigung - nicht beitragspflichtig gewesen. Zu meinem Einwand, es seien jedenfalls nachgewiesenermaßen regelmäßig Beiträge gezahlt worden, merkte sie nur an, es könne ja trotzdem so sein, daß keine Beitragspflicht bestand; das Arbeitsamt müsse aber nur beitragspflichtige Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigen. In diesem Fall vermisse ich allerdings die Mitteilung des Arbeitsamtes, man werde mir die drei Jahre lang angeblich unnötigerweise abgezogenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (zuletzt immerhin DM 39.44 monatlich) zurückerstatten, bzw. einen Hinweis auf die Möglichkeit, sie zurückzuverlangen.

Der im Widerspruchsbescheid nicht einmal erwähnte § 169 a Absatz 1 AFG lautet: "Beitragsfrei sind Arbeitnehmer in einer kurzzeitigen Beschäftigung (§ 102). Die Arbeitszeiten mehrerer nebeneinander ausgeübter kurzzeitiger Beschäftigungen werden nicht zusammengerechnet." - Der § 102 AFG definiert den Sachverhalt wie folgt: "(1) Kurzzeitig im Sinne des § 101 Abs. 1 ist eine Beschäftigung, die auf weniger als 18 Stunden wöchentlich der Natur der Sache nach beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch einen Arbeitsvertrag beschränkt ist. Gelegentliche Abweichungen von geringer Dauer bleiben unberücksichtigt."

Die Logik des § 169 a Absatz 1 AFG ist also, daß sogenannte kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse aus den Rechten und Pflichten der Arbeitslosenversicherung zwangsläufig herausfallen. Das bedeutet: Den Betroffenen wird per Gesetz die Möglichkeit, sich durch Beitragszahlung gegen Arbeitslosigkeit zu versichern, generell verweigert. Und dies sogar dann, wenn mehrere solche Beschäftigungsverhältnisse nebeneinander ausgeübt werden, die eventuell in der Summe den Zeitrahmen der "kurzzeitigen Beschäftigung" (unter 18 Wochenstunden) eindeutig überschreiten. Dies muß man auch vor dem Hintergrund des aktuellen Geschreis nach forcierter Zunahme von Teilzeit-Arbeitsverhältnissen sehen. Ein ganz anderer Effekt ist übrigens, daß Hochverdienende die Möglichkeit haben, sich um die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu drücken, indem ihre Arbeitszeit als unter 18 Wochenstunden liegend deklariert wird. Wer will das denn überprüfen, und wie könnte es überhaupt überprüft werden? Ebenso kann ein Unternehmer selbstverständlich behaupten, "Arbeitnehmer" X habe bei ihm nur ein "kurzzeitiges Beschäftigungsverhältnis" - und damit seinerseits die Beiträge sparen -, obwohl er X in Wirklichkeit weit über 18 Stunden in der Woche für sich arbeiten läßt. (Das dürfte vor allem in den einschlägigen Branchen, z.B. Gaststättengewerbe und Landwirtschaft, tatsächlich oft so praktiziert werden, mit dem augenzwinkernden Segen des Gesetzgebers, d.h. des Bundestages.)

Es ist jedoch zu vermuten, daß das Arbeitsamt in meinem Fall vor Gericht scheitern wird, da es sich - abweichend von den im Paragraphen vorgesehenen Möglichkeiten - um ein zweites Beschäftigungsverhältnis handelte, das zwar vom Zeitrahmen her "kurzzeitig" im Sinn von § 102 AFG war, aber das neben einer anderen eindeutig beitragspflichtigen Tätigkeit ausgeübt wurde und von daher auch unter die Pflichten und Rechte der Arbeitslosenversicherung fiel.

Abgesehen von der Sache selbst ist völlig unzumutbar, daß die Arbeitsämter Bescheide verschicken dürfen, die entweder gar nicht oder absolut unzureichend begründet und erklärt werden und überdies schriftliche Nachfragen einfach ignorieren. Das dahinter stehende Motiv ist offenbar, möglichst viele Arbeitslose von vornherein davon abzuhalten, ihre Rechte zu erkennen, geschweige denn auch juristisch wahrzunehmen. Das SGB, Sozialgesetzbuch, schreibt in seinen §§ 13, 14 und 15 vor, daß die Träger der Sozialleistungen - also auch die Arbeitsämter - zur Aufklärung der Bevölkerung über ihre Rechte und Pflichten, zur Beratung jedes Betroffenen über seine Rechte/Pflichten sowie zur Auskunft verpflichtet sind. Es wäre schon von daher zu fordern, daß jeder Bescheid der Arbeitsämter erstens ausreichend und allgemein verständlich begründet und

erklärt sein müßte, zweitens, daß er unbedingt einen Hinweis auf Beratungsangebote enthalten müßte, sowie drittens, daß die Möglichkeiten des beratenden und aufklärenden Gesprächs mit den Betroffenen (besonders im Widerspruchsverfahren) voll ausgeschöpft werden. Es ist doch total absurd, daß das Arbeitsamt in der ersten Instanz als Richter in eigener Sache Widersprüche ausschließlich "nach Aktenlage" entscheidet, ohne daß die Betroffenen überhaupt Gelegenheit zu einer Stellungnahme und/oder Anhörung bekommen.

Frage zum Schluß: Gibt es bei den Arbeitsämtern eine "Kopfprämie" für Beträge, die Arbeitslosen erfolgreich widerrechtlich vorenthalten bzw. erst um Monate verzögert ausgezahlt werden, oder bringen die beteiligten Beamten soviel antisoziale Energie allein aus eigener Initiative auf?

Knut Mellenthin

13. 15.000 gegen Sozialabbau bei BASF

Autor: jj., so. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:36

Am 10.6.94 kam es in Ludwigshafen, am Hauptstandort der BASF, zur größten Demonstration im Chemiebereich seit mindestens 20 Jahren. Sie richtete sich gegen den geplanten Abbau von Sozialleistungen bei diesem zweitgrößten Chemieunternehmen der BRD und fand zur Unterstützung einer Vertrauensleutevollversammlung statt, bei der die 1.500 Vertrauensleute den anwesenden BASF-Vorstandsmitgliedern Strube und Kley mehr als 25.000 Protestunterschriften übergaben und eine Menge unangenehmer Fragen stellten.

Am 22.5.94 hatten die BASF-Beschäftigten der Regionalzeitung entnehmen können, daß zwischen BASF-Arbeitsdirektor Kley und dem Betriebsratsvorsitzenden Obenauer ein Gespräch über Sparmaßnahmen im Sozialbereich stattgefunden hatte. Daraufhin liefen während der Pfingstfeiertage die Telefone der erreichbaren Betriebsratsmitglieder heiß. Alle wollten informiert werden. Am 24.5.94 kündigte dann Arbeitsdirektor Kley offiziell ein ganzes Maßnahmenpaket von Kürzungen im Sozialbereich und Eingriffe in das Entgeltsystem an. Im wesentlichen geht es dabei um sogenannte "freiwillige Leistungen" der BASF. Danach sollen gestrichen werden:

- Die Prämien für zehn-, zwanzig-, dreißig- und fünfunddreißigjährige Betriebszugehörigkeit.

- Der zusätzlich dreimonatige Pensionsurlaub für Angestellte ab 60 Jahren.

- Die Gesundheitsvorsorge soll künftig ausschließlich von der Betriebskrankenkasse angeboten werden; sämtliche Angebote von Arbeitgeberseite sollen entfallen (z.B. der Besuch von Erholungshäusern).

- Der Mindestabstand von außertariflich bezahlten Angestellten zu Tarifangestellten soll entfallen.

- Die dynamischen Zulagen sollen in feste DM-Beträge umgewandelt werden.

Dieser Angriff von Seiten des BASF-Vorstandes traf die Belegschaft und den Betriebsrat unvorbereitet. Denn alle haben den Eindruck, daß es mit der BASF aufwärts geht. Seit 1991 waren immerhin schon mehr als 8.000 Beschäftigte abgebaut worden, bis Ende diesen Jahres sollen weitere 2.000 folgen, insgesamt 20 Prozent der Belegschaft. Die Auftragslage entwickelt sich seit Ende letzten Jahres positiv. Viele merken dies auch in ihrem Arbeitsbereich. So war die Wut und Enttäuschung besonders groß.

Der IG-Chemie-geführte Betriebsrat sah sich deshalb unter Druck von Vertrauensleuten schon am Tag der Bekanntgabe der Pläne zu einer "Informationsveranstaltung" ab 11.30 Uhr vor dem Betriebsratsgebäude veranlaßt. Die Beteiligung war sowohl für den Betriebsrat als auch für alle anderen überraschend: Es kamen über 8.000, ohne große Mobilisierung. Die Lautsprecheranlage des Betriebsrates war viel zu klein. Der Betriebsrat hatte Mühe, die Forderung "Wir gehen zum Vorstandsgebäude" mit der Begründung "noch ist nichts gekündigt" abzubiegen. Vor allem die Schichtarbeiter und Handwerker sind sauer. Das Maßnahmenpaket trifft sie in absoluten Zahlen am stärksten. Überraschend viele Angestellte und selbst Außertarif-Angestellte waren auf der Kundgebung.

Teilerfolg durch Mobilisierung

Am 7.6.94 fand eine Dreierkreissitzung, bestehend aus Vertrauensleuteleitung, Betriebsrat sowie der Verwaltungsstelle der IG Chemie, statt. Dort gab der Betriebsratsvorsitzende bekannt, daß es am 30.5.94 ein Treffen von Mitgliedern des Hauptvorstandes der IG Chemie mit Herrmann Rappe an der Spitze, den Bezirksleitern von NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz, dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Bayer und der BASF-Betriebsrats/IG Chemie-Delegation gegeben habe. Eines wurde dabei klar: Die BASFlerInnen sind auf sich selbst angewiesen. Sie können sich nicht auf die KollegInnen bei Bayer und Hoechst verlassen. Dort hat die IG Chemie bei einem Organisationsgrad von nur noch rund 25 Prozent abgewirtschaftet (1). Auf eine Unterstützung ist daher nicht zu rechnen. Darüber hinaus wurden schon die ersten Kompromißformeln gesucht, die dann mit dem Vorstand ausgelotet werden sollten. Auf der Sitzung wurde auch die Demonstration für Freitag, den 10.6.94, angekündigt.

Diese Demonstration übertraf alle Erwartungen: 15.000, das waren etwa die Hälfte der zu diesem Zeitpunkt im Werk Anwesenden. Auch Mitarbeiter, die frei hatten, wurden gesehen. Es beteiligten sich wiederum sogar "Führungskräfte".

Vor der Vertrauensleutevollversammlung und während der Demonstration verteilte die Ludwigshafener Wählerinitiative für die PDS ein Flugblatt, in dem vor allem ein Zusammenhang mit der Übernahme des Kalibergwerks in Bischofferode durch die BASF hergestellt wurde. Auf der Hauptversammlung der BASF am 22.4.94 hatte der Vorstand nämlich bekanntgegeben, daß er 1 Milliarde DM von der Treuhand erhalten habe und dieses Geld zinsgünstig angelegt sei. Dafür gibt es schätzungsweise jährlich ca. 70 Millionen DM Zinsen. Genau die Summe, die jetzt eingespart werden soll.

Am 15.6.94 gab der Arbeitsdirektor dem Rhein-Neckar-Fernsehen ein Interview, in dem er auf die Sparmaßnahmen des BASF-Vorstandes einging. Er bezeichnete das Sparpaket als "ein Langzeit- oder Mittelzeitprojekt". Und er nannte auch einen Zeitpunkt, bis wann der Prozeß der Einsparungen abgeschlossen werden muß: "Wir erwarten sehr schwierige Zeiten für die Chemie in den nächsten fünf Jahren. Insbesondere etwa ab '96, wenn die asiatische Industrie hier nach Europa mit sehr kostengünstigen Produkten drängen wird." Darüber hinaus deutete er an, daß man ja nicht unbedingt zum 30.6.94 kündigen müsse, was eigentlich von den Fristen her notwendig wäre: "Es gibt immer ganz elegante Lösungen, wie man so etwas wie einen 30.6. in irgendeiner Form erreicht und dann auch übersteht. Und lassen Sie uns mal auf beiden Seiten ein bißchen Phantasie walten."

Der Vorstand kündigte, nach einem "Spitzengespräch" zwischen Kley und der Betriebsratsspitze, die Vereinbarungen nicht zum 30.6.94. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß Betriebsrat und Vorstand Gespräche um "Kostensenkung und Effizienzsteigerung" führen werden.

Nur wenn es gelingt, daß der Betriebsrat effektiv von Vertrauensleuten und Belegschaft kontrolliert wird, besteht die Chance, daß weitere Einsparungen nicht nur auf dem Rücken der Belegschaft ausgetragen werden.

jj./so.

Anmerkung:

1) Es würde diesen Artikel sprengen, wenn wir versuchen würden, darauf ausführlich einzugehen. Nur kurz dazu: bei der BASF sind über 60 Prozent der Beschäftigten in der IG Chemie organisiert. Bei Bayer und Hoechst gibt es seit Jahren oppositionelle Listen, die gerade auch in diesem Jahr bei den Betriebsratswahlen wieder sehr erfolgreich waren.

14. Bad Kleinen: Mordvorwurf gegen GSG-9-Beamten erneuert

Autor: Büro Ulla Jelpke, PDS/LL · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:04

An sich hatte die Bundesregierung den "Fall Bad Kleinen" schon zu den Akten gelegt. Bundesinnenminister Kanther hatte in einem Schlußbericht der Bundesregierung vom 3.3.1994 die staatsoffizielle Version verordnet. Danach wurde das RAF-Mitglied Wolfgang Grams nicht von Beamten der GSG-9 durch einen Nahschuß in hinrichtungsähnlicher Weise erschossen, sondern er habe sich den tödlichen Kopfschuß selber zugefügt. Der Bundesinnenminister kam zu diesem Ergebnis, nachdem die BKA-Beamten bei den Ermittlungen in zig Fällen wichtige Spuren zerstört hatten und willige Gutachter in Münster und Zürich nach vor allem zähen und äußerst langwierigen dubiosen wissenschaftlichen Untersuchungen eine "Fremdverschuldung" am Tod von Wolfgang Grams weitgehend ausgeschlossen hatten. Ein gutes halbes Jahr hatte man sich Zeit gelassen, damit sich die Wellen der Ereignisse von Bad Kleinen beruhigten und ausreichend Beweismittel zerstört oder gar beseitigt werden konnten.

Parlamentarisch, politisch und juristisch sollte mit allen Mitteln ein Schlußstrich gezogen werden. Von der von Kanther versprochenen Aufklärung "ohne wenn und aber" blieb nichts über. Aber die Ereignisse in Bad Kleinen sind heute nach wie vor so ungeklärt, wie unmittelbar nach dem Schußwechsel. Die verordnete Wahrheit des Bundesinnenministeriums wird durch ein von den Rechtsanwälten der Eltern Wolfgang Grams in Auftrag gegebenes Gutachten erneut in Zweifel gezogen. Die Rechtsanwälte Andreas Groß und Thomas Kieseritzky beziehen sich u.a. hierauf in ihrer Beschwerdebegründung gegen die Einstellung des Todesermittlungsverfahrens zum Nachteil von Wolfgang Grams bei der Staatsanwaltschaft Schwerin.

Das Bonte-Gutachten

Der Rechtsmediziner Wolfgang Bonte kommt in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß, bevor Wolfgang Grams durch einen aufgesetzten Kopfschuß aus der eigenen Pistole starb, ihm die Waffe aus der Hand entwunden worden sei. Von daher könne eine "Fremdtäterschaft" nicht länger ausgeschlossen werden.

Die wichtigsten Ergebnisse des Bonte-Gutachten sind:

- "Hauptziel aller durchgeführten Untersuchungen war festzustellen, ob der tödliche Kopfschuß von Herrn Grams selbst abgegeben wurde, oder von einem der GSG-9-Beamten. Alle Gutachten gehen übereinstimmend davon aus, daß der Schuß aus der Brünner CZ 75 kam. Hieran ist nicht zu zweifeln. Indes beweist dieses nicht, daß Herr Grams diese Waffe bei Schußabgabe geführt hat."

- "Die Untersuchungen wurden durch strategische Fehler erheblich gestört, wodurch wichtige Rückschlüsse nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich waren. Dieses wurde insbesondere von Züricher Gutachtern verdeutlicht. Sie sahen sich zu einer sicheren Differenzierung zwischen Selbst- und Fremdtäterschaft nicht in der Lage."

Dies ist übrigens ein interessanter Hinweis, da die Staatsanwaltschaft Schwerin, besonders aber das Bundesinnenministerium, in der Öffentlichkeit immer behauptet hatten, daß das Züricher Gutachten zwingend und eindeutig die Selbsttötung von Wolfgang Grams nachgewiesen habe.

Im Rahmen der Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Schwerin war lediglich der Münsteraner Rechtsmediziner Brinkmann zu der sicheren Beurteilung einer Selbsttötung Grams gekommen. Zu den Ergebnissen Brinkmanns führt Bonte aus: "Er stützt die Annahme einer Selbsttäterschaft im wesentlichen auf zwei Argumente:

1. Die Waffe muß so schnell zu Boden gefallen sein, daß sie diesen erreichte oder nahezu erreichte, bevor ein zunächst nach oben spritzender Spray aus Blut und Gewebeteilen darauf herabregnen konnte. Nach Ansicht von Prof. Brinkmann wird diese Bedingung nur erfüllt, wenn man davon ausgeht, daß eine sofort einsetzende atonische Lähmung die Waffe aus der Hand frei gab. Damit sei Selbsttäterschaft bewiesen.

2. Bei Fremdtäterschaft hätte die Bekleidung des Täters mit solchen Partikeln bespritzt werden müssen, die entsprechenden Untersuchungen hätten aber ein negatives Ergebnis gehabt. Folglich sei Fremdtäterschaft auszuschließen."

Bronte kam bei seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß beide Argumente nicht schlüssig bzw. falsch sind: "1. Die Waffe wurde im Augenblick des Einschusses bespritzt. Alle Gegenargumente sind sicher widerlegbar ..." (FR, 10.6.1994)

Weiter geht Bonte auf ein Gutachten des Gerichtsmediziners Prof. Bär aus Zürich ein, der bereits im Sommer 1993 auf Wolfgang Grams rechter Hand eine "streifige, halbovale, oberflächlich geschürfte Hautveränderung von circa 4 cm maximaler Schenkellänge und circa 4 mm Breite" festgestellt hatte. Bär stellte die Verletzung mit dem Schlaghammer der Waffe von Grams in Verbindung. Nach Bär sei "dabei auch an einem sog. ‚Griff zur Entwindung der Waffe` (Entwindungsgriff) aus der Hand zu denken."

Der "Spiegel" weist darauf hin, daß diese Bär-Expertise - der von der Staatsanwaltschaft Schwerin beauftragt worden war, Leichenteile von Grams auf Spuren zu untersuchen - bei der Staatsanwaltschaft "für einige Verwirrung" gesorgt hatte, da "keiner der zuvor beauftragten Gutachter sich Gedanken über die Abschürfung" gemacht hatte. Und laut "Spiegel" traf das Bär-Gutachten gerade ein, als man schon mit der "Arbeitsthese Selbstmord" an der Abschlußverfügung arbeitete.

Bärs Ergebnisse wurden durch ein Gegengutachten vom Tisch gefegt, in dem behauptet wurde, daß die Verletzungen "durch Berührungen des Handrückens mit dem Schotter" aus den Bahngleisen entstanden sind. (Spiegel, 23/1994)

Dieses Gutachten von Bär hat Bonte nun aufgegriffen und ist der These des Entwindungsgriffs experimentell nachgegangen. Er hat sich von einem Assistenten die Waffe gewaltsam aus der Hand entwinden lassen. Das Ergebnis: "Die auf dem rechten Handrücken von Wolfgang Grams festgestellte bogenförmige Hautabschürfung und -rötung läßt sich widerspruchsfrei durch einen streifenden Kontakt mit dem Hahnende im Rahmen eines Entwindungsgriffs erklären. Form und Aussehen der Hautveränderung sind im Experiment in weitestgehender Annäherung reproduzierbar." Zu der Möglichkeit einer ähnlichen Verletzung an der Hand von Grams, die durch das Herausziehen aus dem Schotterbett hätte entstehen können, stellt Bonte fest: "Es ist unwahrscheinlich, daß dabei eine regelmäßige viertelelliptische Rötung ohne durchgehend sichtbare Hautabschürfung entstanden wäre." (FR, 10.6.1994)

Bonte kommt aber auch zu dem Ergebnis, daß "eine ‚sichere Bestimmung` der weiteren fünf Körper- und Kleidertreffer, die Grams erhalten hatte, durch die von den Gutachtern angewandten Methoden nicht möglich gewesen" sei. Bonte: "Schüsse aus wesentlich kürzerer Distanz sind keineswegs auszuschließen." (Spiegel (23/1994)

These vom Selbstmord ist nicht zu halten

Das Gutachten von Bonte stützt in der Tat den von den Rechtsanwälten Groß und Kieseritzky vorgetragenen Tathergang in Bad Kleinen: Danach wurde Grams aus einer Entfernung von ca. 1,50 Metern angeschossen und rückwärts auf das Bahngleis geschleudert. Die GSG-9-Beamten Nr. 3 und Nr. 6 setzten unmittelbar nach. Wolfgang Grams umklammerte zu diesem Zeitpunkt die Waffe in der rechten Hand. Sie wurde ihm von einem der beiden Beamten mit einem Entwindungsgriff abgenommen. Der GSG-9-Beamte Nr. 3 erschoß dann Wolfgang Grams mit einem aufgesetzten Kopfschuß.

Dieser Hergang läßt sich aus den Aussagen des BKA-Beamten Stock, der sich während des Schußwechsels im Stellwerk befand und der Zeugin Baron ableiten. Die Zeugin Baron hatte bekanntlich als einen der beiden mutmaßlichen Täter, die aus unmittelbarer Nähe auf den am Boden liegenden Wolfgang Grams geschossen hatten, u.a. eine Person beschrieben, die während der Tat ein wein-rotes Sweat-Shirt getragen habe. Zu dieser Aussage steht die Zeugin Baron bis heute.

Es ist kein Wunder, daß gerade von staatlichen Stellen versucht worden ist, die Zeugin Baron unglaubwürdig zu machen. Der "Fall der Zeugin Baron" und wie ihre Glaubwürdigkeit zu erschüttern ist, wurde sogar in der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) diskutiert und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung wurde von dort zentral gelenkt.

Die Aussage der Zeugin war für die staatlichen Stellen besonders gefährlich, weil sie im Nachhinein von allen gerichtsmedizinischen Gutachten bestätigt wurde. So bewahrheitete sich bekanntlich, daß Wolfgang Grams an den Folgen eines aufgesetzten Kopfschusses starb. Weniger bekannt ist bisher die Tatsache, daß der schon erwähnte Gerichtsmediziner Bär aus Zürich an der Frontpartie der Jacke und der Hose des GSG-9-Beamten Nr. 6 Blut von Wolfgang Grams feststellen konnte. Auch dies stützt die Aussage der Zeugin Baron.

Weitere offene Fragen

Nachdem die Bundesregierung im März dieses Jahres ihren Abschlußbericht vorgelegt hatte, hatte die PDS/Linke Liste im Bundestag eine Kleine Anfrage mit 87 Einzelfragen vorgelegt. Die Fragen bezogen sich vor allem

- auf die Führung des V-Mannes Steinmetz durch den Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz

- auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst

- auf die "Observationslücke" in Wismar (also die Tage vor dem Polizeieinsatz in Bad Kleinen, als der VS und die Polizei schon Birgit Hogefeld und den V-Mann in Wismar überwachten)

- auf den Schußwechsel in Bad Kleinen selber, hier speziell auf die Frage in welcher Hand Grams die Waffe gehalten haben soll und zu seiner Handverletzung

- auf den Fundort der Waffe von Wolfgang Grams

- auf sonstige Waffen und Munition der GSG-9-Beamten

- auf eine unterlassene Gegenüberstellung der mutmaßlichen Todesschützen der GSG-9 mit der Zeugin Baron

- auf die Untersuchung der Kleidungsstücke der GSG-9-Beamten nach Anhaftung von Blut- und Gewebespuren usw.

Nachdem die Bundesregierung eine Beantwortung um mehrere Wochen hinausgezögert hatte - in der Absicht die Beschwerdebegründung der Rechtsanwälte der Eltern von Wolfgang Grams gegen die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die GSG-9-Beamten abzuwarten - legte sie im wesentlichen eine "Nullantwort" vor:

- Die Beantwortung der Fragen zum Komplex V-Mann und BND wurden mit dem Verweis auf die Geheimhaltungspflicht abgelehnt.

- Alle Fragen zum Komplex V-Mann und Landesamt für Verfassungsschutz wurden nicht beantwortet mit dem Verweis, daß dies Landessache sei.

- Die Beantwortung der Fragen zu widersprüchlichen aber höchst wichtigen Aussagen der Bundesregierung oder BehördenvertreterInnen (beispielsweise, daß in der ersten - nicht öffentlich zugänglichen - Fassung des Zwischenberichts geschrieben steht, daß Grams die Waffe in der rechten Hand hielt, und dann in der offiziellen Fassung nur noch, Grams hielt die Waffe in der Hand) wurde damit abgelehnt, daß die Bundesregierung zu internen Arbeitsabläufen nicht Stellung nimmt. Im Innenausschuß des deutschen Bundestages hatte Innenminister Kanther derartige Differenzen damit gelöst, daß er einfach die jeweils letzte Fassung zur gültigen und richtigen erklärte.

- Die Beantwortung aller Fragen, die sich auf den Schußwechsel in Bad Kleinen und die bisherigen Ermittlungen und Gutachten bezogen, verweigerte die Bundesregierung mit dem Hinweis auf das nun wieder laufende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft in Schwerin.

Trotz der damals noch laufenden Ermittlungen hatte sich die Bundesregierung natürlich nicht gescheut, ihren Abschlußbericht vorzulegen und vor dem Ende der Ermittlungen die GSG-9-Beamten von dem hinreichenden Verdacht der Tötung Wolfgang Grams freizusprechen.

Das neue rechtsmedizinische Gutachten von Prof. Dr. Bonte und die Beschwerdebegründung der Rechtsanwälte der Eltern von Wolfgang Grams begründen erneut die dringende Notwendigkeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses unterstützt durch unabhängige ExpertInnen zu den tödlichen

Schüssen in Bad Kleinen. Die demokratische Öffentlichkeit darf sich mit der Vertuschungstaktik der Bundesregierung nicht abfinden.

Büro Ulla Jelpke, PDS/LL

129a-Ermittlungsverfahren wegen

Steinmetz-Aussagen

Seit Spätsommer 93 ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen mich wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung".

Schon im Juli 93, wenige Wochen nach Bad Kleinen, ließ der Verfassungsschutz seinen Agenten Steinmetz einen Brief an die Szene in Wiesbaden schreiben, in dem vier Personen erwähnt werden, die mit der RAF in Verbindung stehen sollen: Gila Pohl, Gisela Dutzi, Mareile Schmegner und ich.

Im Februar 94, kurz nachdem die BAW das Ermittlungsverfahren gegen Steinmetz eingestellt hatte, übernahm das Bundeskriminalamt die Initiative. Es spielte der Presse ein Dossier zu, aus dem hervorgeht, daß Steinmetz behauptet, ich hätte den Kontakt zwischen ihm und der RAF hergestellt. Im gleichen Zeitraum wollte das BKA von Birgit Hogefeld, Gefangene aus der RAF, acht Fragen zu meiner Person beantwortet haben.

Zum 18. Mai bekam ich dann von der BAW eine Vorladung wegen des Mitgliedschaftsverfahrens gegen mich. Über meinen Anwalt ließ ich ausrichten, daß ich nichts sagen werde. Sofort wurde der Ladungstermin aufgehoben, ohne einen neuen anzusetzen.

Anfang Juni sind die Akten mit den Aussagen von Steinmetz gekommen. Der erste Eindruck beim Lesen dieser VS-Geschichten läßt den Eindruck aufkommen, daß Agent Steinmetz nicht als Kronzeuge in zukünftigen politischen Strafverfahren auftreten soll.

Deshalb schafft sich der Staatsschutz konstruierte "Beweismittel", über die eine Kriminalisierung von GenossInnen möglich werden soll, ohne Steinmetz direkt einzusetzen.

Seit Februar 94 werden häppchenweise jeden Monat neue "Ermittlungsergebnisse" präsentiert. Acht Monate nach Bad Kleinen beschlagnahmte das BKA das ehemalige Auto von Steinmetz und "fand" im Kofferraum, wie bei Siegfried Nonne im Keller, "Sprengstoff-Spuren".

In Bezug auf das Auto sprechen die Medien von einem "unüberschaubaren BenutzerInnen-Kreis"; und die BAW hat vor einigen Wochen ein Ermittlungsverfahren gegen "Unbekannt" wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoff-Explosion" eingeleitet.

Einen Monat später, im März 94, "entdeckte" das Landeskriminalamt Hessen das alte Steinmetz-Motorrad und stellte es in einen Zusammenhang mit Banküberfällen, bei denen ein ähnliches Motorrad benutzt worden sein soll.

Stefan Frey, Wiesbaden, den 29.6.94

Haftbedingungen von Birgit Hogefeld oder -

Versuch einen Briefkontakt aufzubauen

20. Okt. 93: Brief an Birgit Hogefeld

8. Dez. 93: Antwort von B.H., die mich jedoch erst am

6. Jan. 94 erreicht. Der Anfang ist gemacht. Ich setze mich sofort hin, um einige Fragen, die ich an sie habe, zu Papier zu bringen. Ansonsten geht es vor allem um eine Einschätzung gesellschaftlicher Entwicklungen, Beschreibung der Lage, "Offenheit" der Linken in der BRD und den Punkt "Diskussion mit Allen, die hier was verändern wollen", um ein paar Stichpunkte zu nennen. Ich schicke den Brief am

7. Jan. 94 ab. Der Brief wird angehalten, was B.H. jedoch erst am

10. Feb. 94 mitgeteilt wird. Sie informiert mich mittels Postkarte, die auch ausnahmsweise nur 5 Tage braucht und mich am

15. Feb. 94 erreicht. Jetzt fange ich natürlich an zu überlegen, wo ich versucht habe, "die Beschuldigte in ihrem Eintreten für die RAF und deren terroristische Methoden zu bestärken und sie auf diese Weise weiterhin in die RAF einzubinden." (Zitat: Anhaltebeschluß des BGH vom 9.3.94)

Dazu ist zu sagen, daß ich als Anarchist eine Auseinandersetzung mit B.H. will und meine politischen Überzeugungen einer "Einbindung in die RAF" konträr entgegenstehen.

Schnell merke ich, daß mir der Brief mit allen Teilen wichtig ist, und ich mich nicht selbst zensieren will. So teile ich ihn in zwei Teile und schicke diese am

16. Feb. 94 (eher private Sachen) und am

19. Feb. 94 (eher politische Einschätzungen) los. Beide Briefe enthalten - teilweise wortwörtlich - absolut den gleichen Inhalt wie der Brief vom 7. Jan. 94. Beide Briefe kommen diesmal durch die Zensur (was die Schikane noch deutlicher macht), wie ich von B.H. mittels Postkarte vom

17. April 94 erfahre. Sie kündigt an, noch am selben Abend den Antwortbrief loszuschicken. Mittlerweile ist der

6. Juni 94, ohne daß mich dieser Brief erreicht hat. Unter anderem so soll jegliche Kommunikation verhindert werden und die absolute Isolation durchgesetzt werden.

Es liegt vor allem an uns, ob dieses Kalkül aufgeht! Wir als Linke in der BRD tragen die Verantwortung dafür, die Isolation unmöglich zu machen. Wir müssen die Freiheit der politischen Gefangenen durchsetzen und immer wieder die mörderischen Verhältnisse innerhalb der Knäste zum Thema machen!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

15. Krieg im Jemen

Autor: Günther Orth · Rubrik: Jemen · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:06

Die staatliche Vereinigung der Arabischen Republik Jemen und der bis dahin sozialistischen Demokratischen Volksrepublik Jemen im Mai 1990 kam für alle überraschend. Sämtliche dahingehenden Versuche waren in den siebziger Jahren regelmäßig an den Gegensätzen zwischen beiden politischen Systemen gescheitert. Eine Sensation im arabischen Raum war auch die mit der Vereinigung einhergehende Demokratisierung des öffentlichen Lebens im Jemen, die sich in Parteienpluralismus und freier Presse niederschlug. Im April 1993 fanden im vereinigten Jemen freie Parlamentswahlen statt, aber die Vereinigung war nur äußerlich. Ein Jahr später begann der Krieg zwischen Nord- und Südjemen. Die Einheit ist zu Ende - es sei denn, die nördliche Regierung schafft es, den südlichen Landesteil zu besiegen und so die Einheit mit militärischen Mitteln wiederherzustellen.

Aden: Industrialisierung

und Radikalisierung

Der Kolonialismus schuf einen Antagonismus in der jemenitischen Gesellschaft. Im seit 1839 britisch besetzten Aden ging die gesellschaftliche und demographische Wandlung früher und radikaler vor sich als im Norden, der vom Kolonialismus verschont blieb: Englands imperialen Interessen entsprechend, wurde die Hafenstadt Aden zu einem Industrie- und Handelszentrum ausgebaut. Ab den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts konzentrierte sich hier ein Proletariat, das sich sowohl aus Bewohnern des Umlandes der Stadt zusammensetzte als auch aus Nordjemeniten, zum Teil auch aus Somalis und Indern. (Letztere wurden von England vor allem als Händlerklasse "importiert" und gegenüber der einheimischen Bourgeoisie bevorzugt.) In Aden entstand vor diesem Hintergrund eine Gewerkschaftsbewegung, die gegen die miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfte. Sie entwickelte sich zur maßgeblichen politischen Kraft im Südjemen, gab ersten sozialistischen Strömungen Raum und bildete die Grundlage des antikolonialen Kampfes, der erst 1967 mit der Unabhängigkeit des Südjemen endete.

Die Gewerkschaftsführer und die bürgerliche Opposition in Aden vertraten damals noch einen Regionalismus, der Aden als ein eigenständiges Gebilde ansah, das zwar in der Nachbarschaft des "Jemen" lag, aber kein Bestandteil des Landes war. Dem lag die Tatsache zugrunde, daß die Briten das Landesinnere des Südjemen weitgehend autonom beließen und sich nur auf den strategisch wichtigen Adener Hafen konzentrierten. Die Kontakte zum Umland waren minimal, Aden wurde zu einer modernen Wachstumsoase am Rande eines Mosaiks von "südarabischen" Kleinstaaten.

Das Land blieb immer in mehrere Herrschaftsterritorien aufgestückelt. Ein jemenitisches "Nationalgefühl" und die Idee eines vereinigten jemenitischen Nationalstaats entstanden erst in den fünfziger Jahren vor dem Hintergrund der panarabischen, antikolonialen Politik des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdan-Nasser, und als viele in Opposition zu ihrer Regierung stehende Nordjemeniten nach Aden strömten. Die Kämpfe gegen die religiöse Diktatur des Imams im Norden und gegen den britischen Kolonialismus im Süden waren nun nicht länger voneinander getrennt. Das fand seinen konkreten Niederschlag darin, daß Nordjemeniten an den Arbeitskämpfen in Aden teilnahmen, und später Südjemeniten als Freiwillige für eine Republik anstelle des Imamats im Norden mitkämpften.

Die Nationale Befreiungsfront NLF, aus der später die Sozialistische Partei hervorging, entstand 1963 als militante Kampfbewegung des Südjemens. Von größter Bedeutung war ihre Strategie, zum Kampf gegen die britische Besatzungsmacht auch das in Sultanate aufgesplitterte südjemenitische Hinterland zu mobilisieren. Wäre dieses Konzept nicht aufgegangen, hätte Aden vielleicht das Schicksal eines Ministaates wie Djibouti erfahren, der - allein nicht überlebensfähig - von der ehemaligen Kolonialmacht stark abhängig und außenpolitisch ohne Kompetenzen geblieben wäre.

Im Verlauf des Kampfes gegen England gewannen die marxistischen Kräfte in der NLF um Abdalfattah Ismail an Gewicht, und konnten nach der Unabhängigkeit die Staatsmacht übernehmen.

Nordjemen: Revolution und Kompromisse

Der Nordjemen war nach zwei Besatzungsperioden durch das Osmanische Reich (zwischen dem 16. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts) seit 1919 eine unabhängige Monarchie. Die oberste Staatsgewalt verkörperte der Imam. Das Imamat als speziell "zaiditische" (d.h. jemenitisch-schiitische) Herrschaftsform reichte im Nordjemen bereits mehrere Jahrhunderte zurück. Die beiden Imame Yahya (Regierungszeit 1904-48) und Ahmad (1948-62) achteten darauf, daß Einflüsse von außen, seien es panarabische Ideen oder eine kapitalistische Entwicklung, das Land nicht erreichten und so weder die Staatsmacht noch die Frömmigkeit der Bevölkerung gefährdeten. Diese Konservierung vorkapitalistischer Verhältnisse liegt dem hierzulande verbreiteten 1001-Nacht-Klischee über den Jemen zugrunde. Nur zaghaft entwickelte sich eine organisierte Opposition, die von den Imamen hart bekämpft wurde. Daneben übten die tribalen Gruppen (1) des Landes eine weitgehende innere Autonomie aus und verhielten sich dem Imamat gegenüber pragmatisch. Ihre Loyalität konnte jederzeit in Rebellion umschlagen; der Imam hatte dies zu berücksichtigen und mußte den Stämmen entsprechend entgegenkommen. Diesen Aspekt kann bis heute keine nordjemenitische Regierung vernachlässigen.

1962 stürzte eine kleine Gruppe nasseristischer Militärs im Nordjemen den von Saudi-Arabien unterstützten Imam. Der Coup wurde von Teilen der verarmten, überwiegend bäuerlichen Bevölkerung begrüßt, jedoch entstand keine breite Bewegung für die neue Republik. Selbst mit Hilfe der intervenierenden ägyptischen Armee konnten die Widerstand leistenden Monarchisten nicht geschlagen werden. Der Umsturz mündete in einen Bürgerkrieg, der erst nach acht Jahren mit einem Kompromiß endete. Die gesellschaftlichen und politischen Strukturen des Nordens blieben in ihren Grundlagen erhalten. Das wesentliche Ergebnis der Revolution war die Öffnung des Nordjemen zum Weltmarkt. Diese ging sehr abrupt vonstatten und führte zu einer quasi anarchischen Importwirtschaft, die von den Petrodollars finanziert wurde, die hunderttausende jemenitische Arbeitsmigranten bis zur Golfkrise 1990 in den Golfstaaten verdienten.

Die Linke blieb immer eine Randerscheinung im Nordjemen. Nur kurze Zeit, um 1980, konnte die "National Democratic Front" das Regime Ali Abdallah Salihs im Gebiet um Taizz durch bewaffnete Aufstände in Bedrängnis bringen.

Ali Abdallah Salih, bis heute Präsident des Nordens, putschte sich 1978 an die Macht und konnte sich länger halten als seine Vorgänger, die ausnahmslos Opfer von Umstürzen und Komplotten geworden waren. Er stammt aus dem Militär, ist General und heute als Oberbefehlshaber der Streitkräfte die treibende Kraft hinter dem Krieg gegen den Südjemen.

Mythos Vereinigung

Offiziell war die Vereinigung des Jemen als politisches Ziel in der Verfassung beider Staaten verankert. Diese politische Geste war jedoch in erster Linie eine Reminiszenz an den gleichzeitigen und zum Teil gemeinsamen Kampf der jemenitischen Revolutionäre gegen die Machtinteressen Saudi-Arabiens und Englands. Die politischen Gegensätze zwischen beiden Teilstaaten - marxistisch gegenüber tribalistisch-islamisch - waren so groß, daß keine konkreten Schritte zu einer Vereinigung eingeleitet werden konnten. Je radikalere Töne in Aden angeschlagen wurden, desto konservativer orientierte sich das Regime in Sanaa. In den 70er Jahren bestand mehrmals akut die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Staaten des Jemen. Er brach nur deshalb nicht aus, weil die arabische Diplomatie in letzter Minute immer funktioniert hat. Andernfalls hätte ein jemenitischer Krieg schon damals stattfinden können. Gewissermaßen spiegelte sich in dieser Gegensätzlichkeit auch der Ost-West-Konflikt, denn der Westen unterstützte den Nordjemen um so lieber, als die Sowjetunion den Südjemen protegierte.

Die Auswirkungen der Perestroika veranlaßten die südjemenitische Führung Ende der achtziger Jahre zu einem realpolitischen Kurswechsel. Man sah im Zusammenschluß mit dem Norden und in einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung eine ökonomische und politische Überlebensperspektive. Die nördliche Führung war einverstanden, und auch die Bevölkerung in beiden Landesteilen begrüßte die Vereinigung euphorisch. Doch die Realität der rasch vollzogenen Vereinigung war bitter: Allein aus Saudi-Arabien mußten infolge der Golfkrise 1990/91 über eine Million jemenitische Arbeitsemigranten in ihr Land zurückkehren. Gleichzeitig mit dem Ausbleiben ihrer bisherigen Geldüberweisungen wurden finanzielle Hilfen aus den Golfländern für den Jemen eingefroren, weil dieser sich auf die Seite des Irak gestellt hatte. Die Arbeitslosigkeit und die ständig steigenden Lebenshaltungskosten wurden zum drückendsten Problem der breiten Masse im vereinigten Jemen. Während die Kriminalität drastisch zunahm, fielen vor allem aus der

Jeminitischen Sozialistischen Partei (JSP) Dutzende von Politikern Mordanschlägen zum Opfer, gegen die die nördlichen Behörden wenig unternahmen.

Die Menschen des Südens mußten erfahren, daß die Vereinigung ihnen ökonomisch eher Nachteile gebracht hatte, weil die Regierungsgelder aus Sanaa nicht ausreichend in die nun zur "Provinz" degradierten Gebiete flossen. Daneben befürchteten viele, ein zu starker politischer Einfluß des Nordens würde die vielfach als positiv empfundenen Errungenschaften aus der sozialistischen Zeit, etwa Preisbindung und Gleichberechtigung für alle, zunichte machen. Den letzten Ausschlag für den Rückzug der JSP aus den Regierungsämtern gaben die veränderten Regierungsverhältnisse nach den Parlamentswahlen von 1993. Entgegen der Erwartung, der "Allgemeine Volkskongreß" (AVK) von Ali Abdallah Salih würde mit der JSP weiter koalieren, teilte der Präsident sich die Macht mit der ebenfalls im Norden verankerten islamistischen Islah-Partei unter Abdallah al-Ahmar. Die Sozialisten sahen sich nun an den Rand gedrängt, Parteichef al-Bidh zog sich im August 1993 nach Aden zurück. Wie viele andere Staatsinstitutionen waren auch die Armeen der beiden ehemaligen Staaten getrennt bestehengeblieben. So ist zu erklären, daß die sich zuspitzende Krise zu einem Krieg zwischen zwei Armeen führen konnte.

Seit 5. Mai fielen in Nord und Süd Bomben und Raketen auf alle größeren Städte des Jemen. Mit dem Krieg, der dem gesamten Jemen unermeßlichen Schaden zufügt, hat sich die Situation grundlegend verändert. Je mehr Raketen die Nord-Armee auf Aden abschießt, desto mehr Freiwillige verteidigen die Stadt gegen den erwarteten Einmarsch des Nordens. Viele Menschen im Südjemen fürchten eine militärische Besetzung durch den Norden so sehr, daß sie bereit sind, dies mit der Waffe in der Hand zu verhindern. Sie ziehen eine erneute Eigenstaatlichkeit einer als Bevormundung empfundenen jemenitischen "Einheit" vor. Dazu hat sicher auch die Ankündigung von Ali Abdallah Salih beigetragen, er werde die Zivilbevölkerung im Falle einer Einnahme Adens nicht verschonen.

Vier Jahre vereinigter Jemen haben gezeigt, daß der Riß zwischen "traditionell" und "progressiv" tiefer geht, als es die anfängliche Vereinigungseuphorie ahnen ließ. Doch selbst die Führung der während des Krieges ausgerufenen "Demokratischen Republik Jemen" will an den nationalen Mythos nicht rühren. Unmittelbar nach ihrer Separation vom Norden verkündete sie am 21. Mai die "jemenitische Einheit" als langfristiges Ziel.

Günther Orth

Anmerkung:

1) "tribale Gruppen" bedeutet in Stammeszusammenhängen lebend

Bildunterschrift:

Zur Politik der Jemenitischen Sozialistischen Partei

Abdalfattah Ismail, der aus al-Jauf stammte, einer als "Stammesgebiet" berüchtigten Region im Nordjemen, war der führende Theoretiker der Süd-Sozialisten. In den sechziger Jahren gehörte er zum marxistischen Zirkel innerhalb der antikolonialen Kampfbewegung NLF (Nationale Befreiungsfront). Seine Porträts sind bis heute im Süden zu sehen. Im Lauf der Jahre gewann die NLF an Gewicht und konnte sich gegen den sonst im Süden vorherrschenden Nasserismus und andere Parteien und Gruppierungen durchsetzen, insbesondere die ägyptenorientierte Konkurrenzorganisation FLOSY. 1967 gaben die Briten dem bewaffneten Kampf nach und zogen aus Aden ab. Nach zwei Jahren Unabhängigkeit setzte der radikalmarxistische Flügel der NLF um Abdalfattah Ismail den pragmatischeren Qahtan ash-Sha'bi ab und übernahm die Staatsmacht. Die Jemenitische Sozialistische Partei (JSP) ging daraus aber erst 1978 hervor.

Die DVRJ (Demokratische Volksrepublik Jemen) verfolgte eine Politik, die mehr den theoretischen Grundlagen des Sozialismus und der Freundschaft mit der Sowjetunion verpflichtet war als den Geboten arabischer Solidarität. Den traditionellen ländlichen Führungsgruppen wurde - wörtlich zu nehmen - der Boden entzogen, der Tribalismus wurde gezielt bekämpft, Religion wurde zu einer Privatangelegenheit der Einzelnen. Die Familiengesetzgebung war für den arabischen Raum sehr progressiv und sicherte Frauen volle Rechte zu. Frauen spielten eine zunehmende Rolle im öffentlichen Leben der südjemenitischen Gesellschaft, wenn auch regional in unterschiedlichem Ausmaß und selten in Führungspositionen. Kostenlose Bildung und ärztliche Versorgung kamen allen Schichten der Gesellschaft zugute. Dabei verfügte die NLF bzw. JSP durchaus über Zustimmung in der Bevölkerung. Allerdings fehlten basisdemokratische Strukturen gänzlich. Viele politisch

abweichende Strömungen im Südjemen wurden ins Exil gedrängt, und oft wurden politische Gegner unbürokratisch durch staatliche Morde aus dem Weg geräumt.

Außenpolitisch verfolgte die DVRJ ebenfalls einen revolutionären Kurs. Sie unterstützte arabische Befreiungsbewegungen von der PLO bis zur Volksfront für die Befreiung Omans und betrieb eine Bündnispolitik mit dem sozialistischen Lager, die sie im arabischen Raum stark isolierte. Die Sowjetunion wurde zum Bündnispartner Nummer Eins. Hauptfeind in unmittelbarer Nachbarschaft war Saudi-Arabien mit seiner "reaktionären", pro-imperialistischen Politik.

Katastrophal wirkten sich interne Machtkonflikte in der NLF bzw. der JSP aus, die immer um eine "radikalere" bzw. eine "pragmatischere" Politik kreisten und regelmäßig gewaltsam ausgetragen wurden. Im Streit um die außenpolitische Linie versuchte Salim Rubai' Ali (Präsident seit 1969) einen Alleingang, was 1978 mit seiner Hinrichtung durch seine Genossen endete. Zwei Jahre lang stand nun Abdalfattah Ismail an der Spitze der DVRJ, bis 1980 Ali Nasir Muhammad die Präsidentschaft übernahm. Durch seine außenpolitische Strategie, die auf vorsichtige Annäherung besonders an Saudi-Arabien setzte, spaltete er das Adener Politbüro. Daraufhin kam es im Januar 1986 zur Katastrophe: Die Armee stand jeweils zu Teilen auf Seiten von Ismail und Muhammad. Zwölf Tage lang bekämpfte sich die Armee in Aden mit allen Waffengattungen, was zu immensen Zerstörungen und um die 10.000 Todesopfer, meist ZivilistInnen, führte. Der Kampf endete zugunsten des "radikalen" Flügels. Ismail selbst starb dabei. Nun schlug die Stunde von Ali Salim al-Bidh, der zum wichtigsten Mann in Staat und Partei aufrückte. Dieser "Radikale", bis vor kurzem noch stellvertretender Präsident des vereinigten Jemen, leitet noch heute die JSP, die mittlerweile aber ironischerweise alle Hoffnungen auf Saudi-Arabien und die USA setzt - die Todfeinde von gestern - um den Norden zum Einlenken zu bewegen und die "Demokratische Republik Jemen" zu realisieren.

Die Wandlung der JSP zu einer sozialdemokratischen Partei ging seit der Vereinigung mit dem Norden rasend schnell, und fand meines Wissens ohne nennenswerte innerparteiliche Debatten statt. Plötzlich war der Radikalismus von gestern Vergangenheit und man begnügte sich damit, auf einige Vorzüge des Südens zu verweisen, die dem Sozialismus zu verdanken waren. Um im Gesamtjemen regierungsfähig zu sein und wohl auch in der Absicht, alte Fehler der Alleinherrschaft nicht zu wiederholen, machte die JSP viele Kompromisse und überlegte sich im Frühjahr 1993 sogar noch, sich mit der Partei von Ali Abdallah Salih zu vereinigen. Erst als sie merkte, daß Salih sie eigentlich am liebsten loswerden würde und sie mit Hilfe der Islamisten zu majorisieren begann, rückte die Partei wieder enger zusammen. Mit einer Rückkehr zu linken Idealen hat das aber trotzdem nicht viel zu tun. Laut SZ vom 24.5.94 soll die am 21. Mai ausgerufene "Demokratische Republik Jemen" "auf einem Mehrparteiensystem beruhen, eine soziale Marktwirtschaft betreiben, den Islam als Staatsreligion akzeptieren und die Bürgerrechte achten". Auch die Vereinigung mit dem Nordjemen ist als langfristiges Ziel wieder angepeilt. Salim Saleh Muhammad, Vize-Chef der JSP sagte darüberhinaus kürzlich, der Krieg im Jemen sei "ein Konflikt zwischen dem konservativen jemenitischen Norden, der von ‚radikalen islamisch-fundamentalistischen Kräften im Nahen Osten` unterstützt werde, und ‚moderaten Kräften im jemenitischen Süden, die normale Beziehungen des Jemen zum mächtigen Nachbarn Saudi-Arabien schaffen wollen`." (SZ 18.5.94) Der Südjemen also im Bündnis mit Saudi-Arabien gegen den Fundamentalismus! Worauf dieses pragmatische Bündnis beruht, und wie sich ein eventuell unabhängiger Südjemen daraus wieder befreien könnte, läßt sich momentan noch nicht genau abschätzen.

Warum trotzdem ein relativ großes Maß an Solidarität der Süd-Bevölkerung mit der JSP weiterbesteht (was sich auch bei den Wahlen von 1993 gezeigt hat, bei denen die JSP 90% ihrer KandidatInnen durchbrachte), läßt sich damit begründen, daß die JSP als Vertreterin regionaler Interessen gesehen wird, die der konservativen Nord-Politik etwas entgegensetzt. Die Parteiführung konnte es sich daher leisten, nach Kriegsbeginn Waffen an die gesamte Bevölkerung Adens zu verteilen, die nun versucht, den Einmarsch des Nordens abzuwehren.

16. Bürgerkrieg in Südkurdistan? Schwelende Konflikte um Landrechte in der Region als Auslöser

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:29

Mit der Ermordung von Unterhändlern der PUK durch DPKler am 1. Mai 1994 war der Anlaß für den Kampf zwischen PUK und DPK geschaffen (siehe Kasten). Obwohl sich damit der Konflikt an einem der wichtigsten innenpolitischen Probleme Südkurdistans, den Besitzverhältnissen von Grund und Boden, entzündete, ist es falsch, in den kämpfenden Parteien die Vertretung der Grundeigentümer gegen die einfachen Bauern streiten zu sehen. Die Parteien sind hauptsächlich durch regionale und weniger durch soziale Grenzen geschieden. Mag die DPK auch mehr mit der Feudal- und Stammesaristokratie verbunden sein, so heißt das nicht, daß es diese Kräfte innerhalb der PUK nicht auch gäbe. Der Machtkampf zwischen DPK und PUK gewinnt eher dann politische Bedeutung, wenn er nicht vor dem Hintergrund der Aufbauprobleme eines autonomen Kurdistans, sondern vor dem Hintergrund einer eher fremdbestimmten Entwicklung in der Region gesehen wird, in der die Vorsitzenden der kurdischen Parteien als Kommandanten mit regionaler Machtstellung ein wenig mitspielen - im Grunde die Rolle, die sie vor dem Aufstand gegen Saddam Hussein spielten, als sie über kleine Streitkräfte verfügten und nicht ein ganzes Land aufzubauen hatten.

Somit erscheinen die Kämpfe letztendlich als Ergebnis des vom Scheitern bedrohten Aufbaus Südkurdistans. Daran tragen Probleme innerhalb der kurdischen Gesellschaft ebenso die Schuld wie das katastrophale Erbe der Baath-Unterdrückung. Vor allem aber ist es die Blockadepolitik von außen, die auf Dauer für viele selbst die Hoffnung auf eine Änderung zum Besseren begraben mußte.

Staaten und Parteien

Auf die Provokation durch die DPK folgte der Sturm der DPK-Zentren in hauptsächlich von der PUK kontrollierten Städten und die entsprechende Reaktion der DPK in ihrem Gebiet. Nach vier Tagen sehr heftiger Kämpfe wurde eine Waffenruhe vereinbart. Trotzdem kam es immer wieder zu Provokationen und Angriffen beider Seiten. Da der Irak, die Türkei und der Iran in Südkurdistan fünfte Kolonnen unterhalten, können solche Provokationen zum Teil auch von ihnen ausgegangen sein. Eine Bombe vor einem Parteibüro der DPK in Selahaddin oder die Ermordung eines Funktionärs der PUK in Erbil - um nur zwei Beispiele zu nennen - müssen nicht zwangsläufig auf das Konto der jeweils anderen Partei gehen.

Die DPK erhielt Unterstützung von einigen Stammesführern. Z.B. stellte sich Tahsin Schawais bei Camcamal, nahe der Demarkationslinie zum irakisch kontrollierten Gebiet, auf die Seite der DPK, lief aber dann mit 5.000 Leuten zu den Irakern über. Schawais war früher ein Kommandant der regierungstreuen Miliz der Casch gewesen, während des Aufstandes gegen Saddam Hussein hatte er rasch die Seite gewechselt und war wie andere Milizführer auch nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Eine Praxis, die damals politisch notwendig war und sich nun zu rächen droht. Ebenso stellte sich im Gebiet von Halabja der Stamm der Ismaili auf die Seite der DPK.

Auch islamische Kräfte stellten sich auf die Seite der DPK. Am wichtigsten ist die "Islamische Bewegung Kurdistans" (IBK), die ursprünglich nur im PUK-Gebiet organisiert war und nach einem von ihr selbst provozierten Krieg im Dezember von der PUK geschlagen wurde. Sie bekommt Unterstützung aus dem Iran und aus Afghanistan, und sehr wahrscheinlich auch aus Saudi-Arabien und anderen Ländern. Da sie über große Geldbeträge verfügt, konnte sie Moscheen aufbauen, kleine Geschäfte eröffnen und dadurch Arbeit und Lebensmittelgeschenke verteilen, Jugendliche verheiraten. Bei den Parlamentswahlen 1992 bekam sie 5% und scheiterte damit an der 7%-Hürde. Mit ihrer radikalen Politik, zu der z.B. eine Todesfetwa gegen den Kulturminister der PUK gehörte, stieß sie zunehmend auf Ablehnung. Es gibt noch zwei weitere islamische Parteien in Südkurdistan. Die "Kurdische Hizbullah" wird von Scheich Muhamad Xalid geführt. Xalid ist ein Sohn von Scheich Ahmed Barzani, einem Bruder des legendären Mustafa Barzani, und wird in Kurdistan wie ein Heiliger verehrt. Xalids Sohn Adham Barzani führt die "Revolutionäre Hizbullah" ("Schorsch-ger"). Nebenbei bemerkt ist es diese Hizbullah, die vor ungefähr einem Jahr mit der PKK im Libanon einen Vertrag unterschrieben hat. Nun hat sie sich gegen die PUK auf die Seite der DPK geschlagen.

Während die religiösen Gruppen Barzani unterstützen, halten sich große Teile der Linken aus dem innerkurdischen Konflikt heraus. Insbesondere haben sich die militärisch starken Kommunisten

zurückgezogen. Schlichtend versucht das irakische Oppositionsbündnis, der "Iraqi National Congress" (INC), zu wirken. In der Hauptstadt Erbil sind bewaffnete Einheiten des INC als Friedenstruppe im Einsatz. Mit Aufrufen und Demonstrationen wendeten sich auch Basisgruppen gegen den innerkurdischen Konflikt. Eine Gruppe von 380 Frauen ist in vier Tagen zu Fuß von Sulaimanya nach Erbil gezogen und hat dort das kurdische Parlament besetzt. Sie wollen dort bis zum Ende der Kämpfe ausharren.

Dagegen wird vom Iran Öl ins Feuer gegossen. Die Wiederbelebung der IBK ist ohne iranische Hilfe nicht denkbar. Seit Anfang Mai beschießt der Iran zahlreiche Dörfer und Städte im Grenzgebiet mit Artillerie und Katjuscha-Raketen. Auch Hubschrauber soll der Iran gegen eine von der PUK verteidigte Stadt eingesetzt haben. Die durch den größten irakischen Giftgasangriff 1988 bekannt gewordene Stadt Halabja wurde nach einwöchigem Beschuß durch den Iran von Verbündeten der DPK erobert. Unter Führung des Geheimdienstes Qaragah Ramazan sollen auch tausende iranischer Revolutionswächter (Pasdaran) tief auf irakisch-kurdisches Gebiet vorgedrungen sein. Meldungen berichten von einer Massenflucht bei Penjwin und iranischen Umsiedlungsmaßnahmen. Zwar hat die PUK, auf die viele dieser Meldungen zurückgehen, ein Interesse, den iranischen Anteil an dem Krieg zu betonen, trotzdem steht wohl fest, daß der Iran Südkurdistan zur Zeit massiv angreift, ohne die mindeste kritische Resonanz in der Weltöffentlichkeit.

Während der Iran in Irakisch-Kurdistan eingreift, entspannt sich sein Verhältnis zum ehemaligen Kriegsgegner Irak zunehmend. Der Irak selbst ist im Moment vor allem bemüht, sich von den Sanktionen der UNO zu befreien. Den Inspekteuren wird nichts mehr verweigert. Zugleich wird mit den katastrophalen Auswirkungen des Embargos auf die Lebensbedingungen der irakischen Bevölkerung Propaganda gemacht. Dabei sind, bei aller Fragwürdigkeit des Embargos, die Verhältnisse komplizierter, als sie die irakische Führung gerne darstellt. Die momentane Verschärfung der Situation im Irak ist vor allem auf das Einfrieren des jordanischen Grenzhandels zurückzuführen. Nachdem es mittlerweile klar ist, daß Saddam Hussein innenpolitisch nicht zu stürzen ist, nützt ihm diese Verschärfung nur, er kann damit gegen das Embargo argumentieren und die Bevölkerung gegen den grausamen äußeren Feind hinter sich scharen. Das verführt zu der Frage, wer hat Jordanien nach Jahren dazu gebracht, mit dem UN-Embargo ernst zu machen, und mit welchem Ziel?

Wie doppelbödig die alliierte Politik gegenüber dem Irak ist, läßt sich auch am Beispiel der Chemiewaffen zeigen. Im Herbst 1993 wurde der Irak erneut beschuldigt, Chemiewaffen gegen Widerstandsgruppen in der Sumpflandschaft im Süden des Irak eingesetzt zu haben. Das Interesse an einer internationalen Untersuchung war minimal. Eine Untersuchungskommission bekam schließlich nur von den Kuwaitis das Geld für ihre Fahrt. Nach sieben Wochen konnten die Kontrolleure noch Spuren von Phosgen feststellen. Der Irak hatte also kein Nervengas eingesetzt wie früher. Obwohl auch das von den Deutschen im Ersten Weltkrieg erstmals eingesetzte Phosgen als eines der giftigsten Gase gilt, ist seine Herstellung einfach und mit unspezifischen Mitteln möglich, im Prinzip reicht ein heißer Ofen und die Elektrolyse einer Kochsalzlösung. Damit entzieht sich aber die Herstellung von Phosgen praktisch jeder vorbeugenden Kontrolle. Wie das Beispiel zeigt, wird der Irak zwar im internationalen Maßstab abgerüstet, behält aber weiter die Fähigkeit, Teile seiner eigenen Bevölkerung zu massakrieren. Aber wozu sonst wurde Saddam Hussein nach dem 2. Golfkrieg an der Macht gelassen?

An einer Aufhebung der Sanktionen, insbesondere des Ölembargos ist aber nicht nur der Irak selbst interessiert. In der Türkei steckt die Regierung Ciller in einer verzweifelten Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Staat ist kaum noch in der Lage, die Gehälter seiner Angestellten zu bezahlen. Die Staatskasse wird deshalb mit öffentlichen Anleihen mit dreimonatiger Laufzeit gefüllt, die mit 50% verzinst werden. Das entspricht einem Jahreszins von 406%, was einem Vielfachen der Inflationsrate entspricht. Die Privatisierungspolitik, von der sich große Gewinne versprochen wurden und von der auch die Laune ausländischer Geldgeber abhängt, ist ins Stocken geraten. Die 600 Mill. Dollar, die die Türkei jährlich für den Betrieb der über ihr Gebiet führenden Ölpipelines aus dem Irak bekam, und noch mehr die Gewinne aus dem Handel mit dem Irak werden also mehr denn je gebraucht. Vor allem aber ist die Türkei daran interessiert, daß der Irak seine Souveränität über Südkurdistan wiedergewinnt, um das kurdische Experiment an seiner Grenze abzuwürgen. Bei der Bekämpfung der PKK kann die Türkei dann vorerst auf die Hilfe eines erst langsam wieder erstarkenden Saddam Hussein rechnen.

In die Kämpfe in Südkurdistan hat die Türkei bisher nicht direkt eingegriffen, Angriffe auf Talabani in der türkischen Presse wegen seiner Unterstützung der PKK - er hat ihr sein ehemaliges Hauptquartier im Tal von Zale überlassen, wo die PKK nun ein großes Guerilla-Lager hat, und er hat letztes Jahr versucht, als Vermittler

zwischen der PKK und der Türkei aufzutreten - zeigen aber sehr wohl, wem die Sympathien der Türkei nicht gelten. Die Türkei hat erreicht, daß die Verhandlungen zwischen Barzani und Talabani um immer neue Waffenstillstände in der türkischen Grenzstadt Silopi stattfinden. Die Türkei spielt dabei offiziell nicht die Rolle des Vermittlers, gibt aber sehr wohl Direktiven. So wurde den beiden Kurdenpolitikern definitiv mitgeteilt, daß die Türkei die in Südkurdistan geplanten Kommunalwahlen nicht will.

"Wir Deutschen werden wieder die ersten sein"

Ein Interesse an einem Ende des Irak-Embargos hat aber nicht nur die Türkei. So reisten, für Beobachter überraschend, Anfang Juni der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des deutschen Bundestages, Hans Stercken (CDU), und der CSU-Abgeordnete Erich Riedl nach Bagdad. Riedl gab humanitäre Gründe und den Wunsch, sich bei Saddam Hussein zu erkundigen, ob die Bedingungen für ein Ende des UN-Embargos nicht schon erfüllt seien, als Grund für die erste Reise deutscher Politiker in den Irak seit dem 2. Golfkrieg an. Kaum waren die beiden Politiker zurück, kam der iranische Außenminister Welajati nach Bonn, um kurz darauf seine erste Reise in den Irak anzutreten. Über den Inhalt von Welajatis Gesprächen in Bonn war in der Presse nichts zu lesen, dafür wurde eine Anekdote über einen Streit um alkoholische Getränke breitgetreten.

Hinter den diplomatischen Bemühungen Bonns ist unschwer der Versuch erkennbar, in dieser Region gegenüber den USA wieder Einfluß zu gewinnen. Seit dem Golfkrieg schicken die arabischen Ölstaaten ihre Einkaufszettel fast nur noch an die Schutzmacht USA, und der Irak ist als Kunde weggefallen. Der BRD bleibt nur ihre traditionell gute Handelsbeziehung zum Iran. Wenn der Irak wieder über seine Öleinnahmen verfügt, so wird spekuliert, wird er nicht den US-Konzernen, sondern den europäischen Geschäftsleuten die Taschen füllen. Trotz seines Kummers über die Japaner kam Riedl bei dieser Aussicht geradezu ins Schwärmen: "Der Technologiestandard der Japaner, das fasziniert die Iraker. Aber ich glaube, daß sich die Japaner mindestens so schwer tun wie die Europäer, erste Schritte in diese Richtung zu tun, ich glaube, daß wir Europäer sogar ein bißchen besser dran sind und an der Seite Frankreichs wir Deutschen wieder die ersten sein werden." Das waren sie schon mal, als sie vor zehn Jahren Saddam Hussein eine schlüsselfertige Giftgasfabrik an den Tigris bauten und selbst noch das Anlaufen der Produktion überwachten.

Daß Riedl gerade Frankreich erwähnt, hat seinen Grund: Frankreich hat einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, die französische Industrie hat früher gut an den Lieferungen in den Irak verdient, hauptsächlich an Waffenlieferungen, und der französische Mineralölkonzern Elf Aquitaine nutzt bereits die Gunst der Stunde, da die britische und amerikanische Konkurrenz nicht da ist, und verhandelt in Bagdad über Förderkonzessionen auf irakischen Ölfeldern. Folgerichtig fordert Frankreich, zusammen mit Rußland, einem anderen ehemaligen Waffenlieferanten Bagdads, eine Beendigung der Sanktionen.

Die deutsche außenpolitische Initiative in diesem Raum bezieht sich wohl auf mehr, als nur auf die internationalen Parias Irak und Iran. Es ist auffallend, daß - während sich das Verhältnis USA - Türkei in letzter Zeit etwas abgekühlt hat - sich die Beziehungen zwischen Bonn und Ankara langsam erwärmen. Letzten Herbst wurde nach jahrelangem Drängen der türkischen Regierung die PKK verboten. Nun soll am Bosporus eine deutsch-türkische Handelskammer entstehen.

Hindernis Kurdistan

Für eine Reintegration des Irak in die Weltwirtschaft ist eine Änderung des Status' Südkurdistans notwendig. Zwar hat der Irak alle momentan erschlossenen Ölfelder unter Kontrolle, der Transport des Öls über Pipelines ans Mittelmeer müßte aber durch kurdisches Gebiet erfolgen. Zudem wäre es für Saddam Hussein ein wichtiger außenpolitischer Trumpf, wenn er einen Verhandlungserfolg mit den Kurden vorweisen könnte. Wenn sich selbst die Kurden mit Saddam einigen, dann wird es schwer sein, ihn weiter international am Pranger zu halten. Saddams Kriegsgegner hätten ihr Alibi, und wahrscheinlich ließe sich eine neue Fluchtwelle verhindern. So sehr die irakische Regierung auch einen Kompromiß mit den Kurden braucht, so wenig ist sie bereit, in einigen wesentlichen Fragen Zugeständnisse zu machen. Dazu gehört die Kontrolle des wichtigsten Erdölgebietes des Irak um die Stadt Kerkuk. In und um Kerkuk lebten traditionell mehrheitlich KurdInnen und TurkmenInnen. Im letzten Winter erreichte nun die seit langem betriebene Arabisierungspolitik in Kerkuk ihren bisherigen Höhepunkt. Über Fernsehen wurden kurdische Familien aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Die Polizei half mit Hausbesuchen und Geiselnahmen nach. Das eindeutige Ziel dieser Maßnahmen ist es, sich bei anstehenden Verhandlungen auf die Bevölkerungszusammensetzung berufen zu können. Auf einer

Einverleibung Kerkuks in ein autonomes Kurdistan hat aber bisher Celal Talabani immer bestanden, während Barzani mit seinen Forderungen bescheidener ist und auch nie eine weitgehende oder völlige Ablösung vom Irak gefordert hat. Talabani macht eine sehr viel wechselhaftere und unklarere Politik als Barzani. Zu seiner Politik gehört die Hoffnung, daß sich das politische Umfeld für die KurdInnen irgendwann auch bessern werde, z.B. indem die Türkei ihre Kurdenpolitik über einen Kompromiß mit der PKK revidiert. Dafür muß die PKK stark bleiben. So erscheint es für Talabani logisch, sie zu beherbergen, auch wenn ihm daraus ein mächtiger Feind erwächst (der allerdings ohnehin nie sein Freund wäre).

Barzani wäre also im Gegensatz zu Talabani ein möglicher Verhandlungspartner für den Irak. Die anhaltenden Kämpfe, an denen seine Fraktion ja zumindest beteiligt ist, nahm Barzani zum Anlaß für die Forderung, die UNO solle Irakisch-Kurdistan zu ihrem Mandatsgebiet erklären. Eine Forderung, von der er natürlich weiß, daß in der UNO kein Hahn danach kräht. Der sonst so realistische Barzani konnte an diese Forderung eine für ihn viel wichtigere Feststellung anhängen, nämlich daß das Experiment eines selbständigen Kurdistans im Norden des Irak gescheitert sei. Damit hat er die Begründung für neue Verhandlungen mit dem Irak. Objektiv gibt es also einen wichtigen Grund für die Nachbarländer, Talabanis Position in Kurdistan zu untergraben. Dies tut der Iran momentan mit seinen Angriffen auf das Gebiet der PUK, die zur Zeit sowohl von der DPK als von der irakischen Regierung, die ja beide von der wachsenden Präsenz des Iran auch beunruhigt sein könnten, weitgehend mit Stillschweigen hingenommen werden.

Warum KurdInnen gegen KurdInnen?

Diese Frage stellt sich bei allen Erklärungsversuchen. Zunächst, es gibt nicht die KurdInnen, sondern genausoviele unterschiedliche Interessen und Verhaltensweisen wie in anderen Gesellschaften auch. Das monolithische Bild von der verfolgten Minderheit ist eine Vereinfachung, auf die die KurdeInnen u.a. deswegen angewiesen sind, weil sie nur so von außen Unterstützung bekommen. Wer über den "Bruderkrieg" der KurdInnen den Kopf schüttelt, sollte ersteinmal darüber nachdenken, warum die KurdInnen in der eigenen Vorstellung immer als ein Volk von Brüdern existieren und was das für das eigene Solidaritätsverhalten bedeutet. Auch wenn die Schablonen Opfer oder Freiheitskämpfer für Kurdistan so nicht aufgehen, gibt es weiter genug Gründe, mit den Menschen in Kurdistan solidarisch zu sein, auch, aber nicht nur, weil sie bedroht sind.

Die sozialen Auseinandersetzungen in Südkurdistan, die teilweise vorhandenen Möglichkeiten freier politischer Diskussion, die Möglichkeiten der Oppositionsbewegungen der Nachbarländer, sich in Kurdistan zu entfalten, waren der Solidaritätsbewegung nicht des Hinsehens wert. Während Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu Recht notiert werden, wird der Irak von manchen Linken immer noch als fortschrittlich eingestuft oder der Charakter dieses Regimes zumindest ausgeblendet. So ist es der Linken auch entgangen, daß es dem Baath-Regime nicht allein um die Verfolgung der KurdInnen, sondern um die Vernichtung jeder vom Baath-Regime unabhängigen Haltung, sei es auf der Grundlage kurdischer, kommunistischer, schiitischer, assyrischer oder irgendeiner anderen Identität oder Weltanschauung, geht. Wer für die Wiederherstellung der Souveränität des Irak eintritt, sollte im Kopf behalten, daß genau das damit gemeint ist. Das zu sagen, heißt noch nicht, für den westlichen Interventionismus einzutreten - schon deswegen nicht, weil niemand für politische Freiheit im Irak intervenieren will.

Jan Keetman

Wenn der Agha mit

Baumaschinen kommt ...

Anlaß für die wochenlangen Kämpfe zwischen den beiden größten Parteien Südkurdistans, der "Demokratischen Partei Kurdistans"(DPK) unter Mesud Barzani, einem Sohn des legendären Kurdenführers Mustafa Barzani, und der "Patriotischen Union Kurdistan" (PUK), unter Celal Talabani war ein schon lange schwelender Streit um Landrechte in der Region Pijder. Die Bauern, die ihre vom Irak seit Jahren zerstörten Dörfer wieder aufbauen, sind nicht willens, mit ihrer Arbeit die Großgrundbesitzer (Agha) noch reicher zu machen. Als ein mit der DPK zusammenhängender Großgrundbesitzer am 1. Mai 1994 mit Baumaschinen gegen ein Dorf vorgehen wollte, vermittelte eine Delegation der PUK, in deren Einflußgebiet die Pijder liegt. Nachdem die Vermittlung scheinbar abgeschlossen war, wurden die Unterhändler von der Seite der Großgrundbesitzer erschossen.

17. "Es muß Verhandlungen mit der PKK geben, und das sofort." Interview mit Martin Glasenapp, medico international

Rubrik: PKK; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:39

Martin Glasenapp war im Rahmen der diesjährigen Menschenrechtsdelegationen zu den kurdischen Newrozfeierlichkeiten und den türkischen Kommunalwahlen (27. März 1994) für medico international in der Türkei. Bahram Ghadimi, freiberuflicher Journalist aus dem Iran, befragte Glasenapp über die Erfahrungen der Delegation, die Wahlen und den Wahlboykott sowie die mörderischen Versuche der türkischen Regierung, zu einem genehmen Wahlergebnis zu kommen. Glasenapp betont abschließend die Notwendigkeit, die türkische Regierung zu zwingen, Verhandlungen mit der PKK aufzunehmen.

Warum ist die Türkei bzw. Kurdistan/Türkei für medico so wichtig?

Es gibt eine lange Geschichte der Unterstützung durch medico. In Südkurdistan z.B. versucht medico, durch Hilfsprojekte die Wiederansiedlung der kurdischen Flüchtlinge zu unterstützen. Zur Unterstützung einer friedlichen, politischen Konfliktlösung für die kurdische Frage in der Türkei war medico zusammen mit dem britischen Kurdistan Human Rights Projekt (KHRP) Träger einer internationalen Kurdistankonferenz im März dieses Jahres in Brüssel. Nach den Bombardierungen der kurdischen Städte Sirnak und Lice in den letzten Jahren startete medico immer wieder Spendenkampagnen und finanzierte Nothilfeprogramme für die verfolgte kurdische Bevölkerung in der Türkei.

Nach den Massakern im Rahmen der Newroz-Feierlichkeiten 1992 war auch für dieses Jahr das Schlimmste zu befürchten. Gerade auch im Hinblick auf die türkischen Kommunalwahlen. Der Vorwahlkampf hatte dort schon blutige Zeichen gesetzt. Die (inzwischen verbotene - Anm. ak) oppositionelle kurdische Partei der Demokratie (DEP) war schärfster Verfolgung ausgesetzt. Kandidaten wurden verhaftet, verschleppt, gefoltert. Ihre Parteibüros bombardiert. Das führte auch zum Wahlverzicht durch die DEP und zu ihrem Boykottaufruf. Freie Wahlen waren einfach nicht gewährleistet.

Die kurdischen Menschenrechtsvereine der Insan Hakklari Devleti (IHD, türkische Menschrechtsvereine - Anm. ak) riefen in Anbetracht dieser Ereignisse zu Beobachterdelegationen auf und medico schloß sich zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen dieser Initiative an.

Wie haben sich diese Delegationen zusammengesetzt?

Es waren ca. 300-350 Leute aus Westeuropa, die dieses Jahr nach Nord-Kurdistan gefahren sind. So viele wie noch nie zuvor. Aus Deutschland waren es Gewerkschaftler sowie Vertreter und VertreterInnen von Parteien, Menschenrechtsorganisationen und Kirchen, aber auch Leute aus verschiedensten Gruppen der radikalen Linken.

Was waren die Ziele dieser Delegationen?

Die Aufgabe der Delegationen war, mögliche Übergriffe des Militärs zu beobachten und zu dokumentieren und gleichzeitig durch die Präsenz und durch die Anwesenheit - zumindest für die Zeit, in der sie dort unten waren - einen gewissen Schutz für die kurdische Zivilbevölkerung zu garantieren. Natürlich war es auch ein Ziel, sich mit der ganzen kurdischen Problematik genauer zu beschäftigen und einen direkten Eindruck zu bekommen, was naturgemäß etwas völlig anderes ist, wenn man dorthin fährt, als wenn auf Veranstaltungen in Deutschland darüber informiert wird oder man Bücher und Broschüren liest.

Gab es auch Gefahren für die DelegationsteilnehmerInnen? Sind Leute festgenommen worden?

Ja, in den Medien ist relativ breit über Übergriffe der türkischen Sicherheitskräfte auf Delegationsreisende berichtet worden. Sei es, daß bestimmte Gebiete durch das Militär völlig abgeriegelt waren und es bei Kontrollen vorübergehende Festsetzungen gegeben hat oder daß in einzelnen Städten die Delegationen das Hotel nicht verlassen durften. Grundsätzlich läßt sich sagen, daß bis auf den Stadtbezirk von Diyarbakir sich keine Delegation frei bewegen konnte. Das heißt, wenn es nicht, wie bei Fahrten über Land, eine militärische

Eskorte gab, so waren doch überall zivile Polizisten, die versuchten, jeden Schritt der Delegationen zu überwachen und das freie Gespräch mit der Bevölkerung zu überwachen.

Es gab immer wieder vorübergehende Festnahmen, es hat auch einzelne Übergriffe gegenüber Kamerateams gegeben, und vor allem die Übersetzer waren immer im Visier der Militärs, aber ich denke trotzdem, daß es grundsätzlich lebensbedrohliche Situationen für die DelegationsteilnehmerInnen nicht gegeben hat. Ich selbst bin zwar mehrfach von Sicherheitskräften zu Gesprächen gebeten worden, zum Teil auch mit Waffengewalt, aber es war immer ziemlich klar, daß ich zwar befragt werde, warum ich hier bin usw., aber erstmal keine physische Gewalt zu erwarten war. Natürlich wurden mir auch mal Schläge angedroht, und auch andere Delegationen wurden zum Teil mit Fußtritten und durchgeladenen Waffen aus bestimmten Gebieten verjagt, aber generell bestand keine lebensbedrohende Situation für die Beobachter und Beobachterinnen. Davor schützte sie zumindest in dieser Zeit die zahlreiche Anwesenheit und die Tatsache, daß wir Ausländer und im besonderen Fall Deutsche waren. Man darf dabei nie vergessen, daß wir zwar in jedem Fall seitens der Staatsorgane zu unerwünschten Personen erklärt wurden, aber gleichzeitig über unsere Staatsangehörigkeit auch in gewisser Form Repräsentanten des wichtigsten westlichen Handelspartners der Türkei waren. Daß viele Delegationsteilnehmer auch der deutschen Regierung gegenüber äußerst ablehnend oder kritisch gegenüberstehen, ist dazu kein Widerspruch.

Ich denke, es hat da auch zwischen der Bundesregierung und der Türkei eine stillschweigende Vereinbarung gegeben. Die Delegationen können zwar verfolgt, festgesetzt und aus bestimmten Gebieten verwiesen werden, aber in jedem Fall darf in diesem Zeitraum niemand ums Leben kommen. Deutsches Blut - möglicherweise durch deutsche Waffen - darf in keinem Fall fließen.

Wahlboykott

Eine der Aufgaben der Delegation war die Wahlbeobachtung. Was habt ihr feststellen können?

Ich sagte bereits, daß der Wahlkampf durch eine massive Repression gegen die DEP geprägt war. Gleichzeitig war aber klar, wenn diese Partei zu den Wahlen antritt, und wenn die Umstände der Stimmabgabe frei und demokratisch sind, dann holt diese Partei Mehrheiten von bis zu 70 oder 80 Prozent. Das haben selbst vom türkischen Geheimdienst in Auftrag gegebene Umfragen ermittelt. Nach dem Wahlboykott der DEP war klar, daß dies keine freie Wahl mehr ist. Es gab damit auch keine demokratische Alternative jenseits der staatstragenden türkischen Parteien. Die Wahl hat dann erwartungsgemäß unter den Bedingungen des militärischen Ausnahmezustands stattgefunden. Soldaten und paramilitärische staatsloyale Dorfschützer standen mit Knarren an den Urnen, um die Stimmabgabe zu überwachen. Es wurde massiv gefälscht, um die Zahl der ungültigen Stimmzettel nach unten zu drücken.

Das Militärs hat vor allem auf dem Land massiv eingeschüchtert. Ich selbst habe mit Dorfbewohnern gesprochen, denen vom Militär Vergeltung angedroht würde, wenn ihr Dorf nicht komplett zu Wahl erscheint. Das Militär hat im voraus natürlich gewußt, wie hoch die Zahl der Wahlberechtigten war. Sie drohten dem Dorfältesten die Erschießung an, wenn nicht alle erscheinen und ihre Stimme abgeben. In einem anderen Fall wurde den Dorfbewohnern kurz vor dem Wahltag gesagt, daß sie eine Woche später wiederkommen und auf dem Dorfplatz drei Leute erschießen werden, wenn nicht gewählt wird.

Gibt es überhaupt auch eine Wahlpflicht in der Türkei?

Ja, wer nicht wählt muß 200.000 Lira Strafe zahlen. Das sind ungefähr 25 DM. Das ist kein Monatslohn, aber es tut schon weh, vor allem dann, wenn man wie die meisten aufgrund des Krieges über keine geregelte Arbeit mehr verfügt. Man muß nicht Flüchtling sein, um aufgrund der lebensfeindlichen Bedingungen in einer für hiesige Verhältnisse unvorstellbaren Armut leben zu müssen.

Wie hoch war der Anteil der Leute, die die Wahlen boykottiert haben?

Nehmen wir das Beispiel Diyarbakir. Das ist die größte kurdische Stadt in der Region. Dort sitzt die türkische Militärverwaltung. Normalerweise hat Diyarbakir 300.000-400.000 Einwohner. Zur Zeit wird die Einwohnerzahl auf 1,3 Millionen geschätzt, d.h. zwei Drittel der momentanen Bevölkerung sind Flüchtlinge, die das Dorfzerstörungsprogramm vertrieben hat. Zur Wahl zugelassen waren nur cirka 80.000 Personen. Der Rest war nicht wahlberechtigt, weil die türkische Verwaltung im Vorfeld systematisch die Registrierung verschleppt hatte. 50-60% der Wahlberechtigten haben die Wahl boykottiert oder ungültige Stimmzettel abgegeben. Vom

restlichen Prozentsatz hat der Wahlsieger, die Refah-Partei, 20% bekommen. Wenn man diesen Stimmenanteil auf die Gesamtbevölkerung hochrechnet zeigt sich, daß der aktuelle fundamentalistische Bürgermeister noch nicht einmal eine Fünfprozent-Hürde bei freien Wahlen schaffen würde. In Dersim, aber auch in anderen Gebieten, hat es einen Wahlboykott von bis zu 100% gegeben. Ganze Dörfer haben kollektiv die Stimmabgabe verweigert.

Die ganze Repression vor und während der Wahlen hat natürlich einen politischen Hintergrund. Für beide Seiten, die kurdische nationale Bewegung, wie auch für den türkischen Staat, hatte die Wahl den Charakter eines Referendums. Wenn es die türkische Regierung geschafft hätte, nach dem Verzicht der DEP den Boykott oder die ungültige Stimmabgabe beispielsweise unter 20% zu drücken, dann hätte sie das als politischen Sieg verbuchen können. Trotz aller Einschüchterung, Repression und Verfolgung ist ihr das nicht gelungen. Die Mehrheit der Bevölkerung hat sich durch den Boykott offen zu ihrer kurdischen Identität bekannt und der türkischen Regierung eine Absage erteilt.

In den hiesigen Nachrichten war die Rede von Dorfzerstörungen. Gab es diese Dorfzerstörungen während ihr dort wart?

Ja. Tagtäglich. Dorfbewohner, die in das Menschenrechtsbüro des IHD in Diyarbakir gekommen sind, haben davon berichtet. Selbst am Wahltag hat das Militär in der Nähe von Sirnak drei Dörfer niedergebombt, weil sie die Stimmabgabe boykottiert hatten. Die Dorfzerstörungen sind ein gezieltes Programm der Vernichtung. Was auf den ersten Blick - vor allem dann, wenn man so ein zerstörtes Dorf mal gesehen hat - wirkt wie ein willkürliches Wüten einer unkontrollierten Soldateska ohne Sinn und Verstand, ist in Wahrheit ein langfristiger Plan des Genocids. Der Bevölkerung, und damit dem Widerstand, soll die Lebensgrundlage entzogen werden. Was zurückbleibt ist verbrannte Erde. Durch die Errichtung von kontrollierten Wehrdörfern unter der Aufsicht von staatsloyalen Milizen, den sog. Dorfschützern, soll die Bevölkerung diszipliniert und der Guerilla die vermeintliche Unterstützung entzogen werden. Um vertrieben zu werden muß man aber nicht unbedingt die Guerilla unterstützen. Es reicht schon, sich nicht in das staatliche Programm der Wehrdörfer integrieren zu wollen. Es ist ein klassisches Programm der flächendeckenden Aufstandsbekämpfung, analog zu der Strategie des US-Militärs in Vietnam in den Siebzigern. Diese tödliche Systematik ist auch aus Guatemala bekannt. Den mittelamerikanischen Folterdiktaturen vor allem der achtziger Jahre steht die Türkei nicht nach.

Welche Ergebnisse hat die Reise der Delegation gehabt?

Für die Menschenrechtsvereine, für die oppositionelle demokratische Struktur in Kurdistan, mit der die verschiedenen Delegationen gesprochen haben - seien es Gewerkschafter, Lehrer, Ärzte oder Rechtsanwälte und Vertreter der DEP - sind Kontakte entstanden, wurden Projekte der Unterstützung und perspektivischen Zusammenarbeit geplant. In jedem Dorf wurde uns versichert, wie wichtig den Menschen die Weitergabe von Informationen ist, auch wenn es für die kurdische Bevölkerung jedesmal ein hohes persönliches Risiko bedeutet hat, mit einer ausländischen Delegation zu sprechen.

Mit der PKK verhandeln!

Das kurdische Problem kann militärisch nicht gelöst werden. Die türkische Regierung weiß das, trotz aller Propaganda vom schnellen Sieg über die Guerilla der PKK. Aber auch die kurdische Seite sieht sehr realistisch, daß ihr Selbstverteidigungskampf militärisch gegen eine hochgerüstete Nato-Armee nicht durchkommen kann. Das macht internationalen Druck auf die Türkei um so zwingender. Dazu kommt, daß jede kritische Öffentlichkeit über die massiven Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sofort verfolgt und unterdrückt wird. Auch Journalisten und Zeitungen stehen tagtäglich auf der Abschußliste der vom Staat verdeckt finanzierten Todesschwadrone. Jede Information, jeder Bericht, der im westlichen Ausland über die Situation dort unten erscheint, hat für die Menschen eine große Bedeutung. Es gibt auch nach wie vor eine große Hoffnung, daß die europäischen Staaten endlich ihre Unterstützung für die Türkei einstellen und anfangen, verstärkt Druck auf die Regierung auszuüben, damit sie endlich anfängt, mit der kurdischen Opposition Gespräche über eine friedliche politische Lösung zu beginnen.

Ich denke, es muß ganz objektiv festgestellt werden, daß der Einfluß der PKK im türkischen Teil von Kurdistan sehr stark ist. Um das sagen zu können, muß man nicht eine besondere Solidarität mit der PKK haben. Viele Leute, mit denen ich geredet habe, sehen die PKK als die entscheidende Organisation an, die in der Lage ist, die Menschen gegenüber dem türkischen Militär zu verteidigen. Die PKK ist keine kleine linke Gruppe. Und

das ist erstmal eine objektive Tatsache. Jede Familie in Kurdistan ist in irgendeiner Weise von dem Bürgerkrieg betroffen. Sei es, daß ihr Dorf zerstört wurde, daß sie Grund und Boden verloren haben, oder aber Familienmitglieder wurden verhaftet, verschleppt, gefoltert oder ermordet. Nicht wenige Familien haben Angehörige, die zur der kurdischen Guerilla in die Berge gegangen sind. Die ganze kurdische Gesellschaft ist von diesem Krieg geprägt, und ich glaube, es ist den dortigen Verhältnissen gegenüber angemessen davon zu sprechen, daß die PKK eine breite Unterstützung genießt. Ohne sie kann es zu keiner politischen Lösung kommen.

Das weiß auch die türkische Regierung. Und wenn es neben der offiziellen Kriegspropaganda auch aus Regierungskreisen immer mehr Stimmen gibt, die zugeben, daß dieser Krieg mit militärischen Mitteln nicht mehr gewonnen werden kann, dann steckt darin auch eine Anerkennung der politischen und militärischen Bedeutung, die die PKK in dieser Auseinandersetzung hat. Daher ist das Wichtigste jetzt, die Türkei an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Die türkische Regierung aber setzt auf ein gezieltes Ausbluten der kurdischen Opposition und der Zivilbevölkerung. Jede Nacht werden in Diyarbakir vier bis sechs Menschen erschossen. Das ist normal. Sie werden nicht nur erschossen, weil sie möglicherweise oder tatsächlich Sympathisanten der PKK sind, sondern es reicht auch, zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort zu sein. Zusätzlich vollzieht sich eine großflächige ökologische Zerstörung. Ganze Wälder werden abgeholzt und Landstriche verkarsten unwiderruflich, um den Bewegungsspielraum der kurdischen Guerilla einzuschränken. Die türkische Regierung versucht schon jetzt, durch diese systematische Zerstörung Bedingungen für ein "Danach", für die Zeit nach einem möglichen Ende des Krieges zu setzen. Übrigbleiben soll ein zerstörtes Land.

Dieser Widerspruch zwischen dem Handeln der türkischen Regierung und der Notwendigkeit von Verhandlungen kann, glaube ich, nur durch massiven Druck aus dem Ausland gelöst werden. Es muß Verhandlungen geben, und das sofort. Es hat seitens der PKK auch in diesem Frühjahr einen Aufruf zum beiderseitigen Waffenstillstand gegeben. In einer Stellungnahme von Öcalan, dem Generalsekretär der PKK, wird darauf hingewiesen, daß es nicht unbedingt eine Sezession geben muß, sondern auch ein genau definierter Autonomiestatus verhandelt werden kann. Ohnehin wäre diese Region auf die Türkei wirtschaftlich in jeder Hinsicht angewiesen. Das weiß auch Tansu Ciller und ihr Generalstab. Aber die Regierung lehnt nach wie vor jedes Gespräch ab und setzt auf die Zerstörungskraft von Kriegsgerät made in Germany.

Das ist die Hürde, die genommen werden muß, und es bestimmt auch den Charakter der momentanen militärischen Auseinandersetzung: Ab welchem Zeitpunkt ist die Regierung gezwungen zu verhandeln. Ob nun mit der PKK direkt oder auch mit von ihr anerkannten Vertretern der kurdischen Opposition, das ist zweitrangig. Und in diesem Sinne ist internationaler Druck auf die Türkei für die kurdische Bevölkerung auch lebensrettend. Es muß zu Gesprächen kommen, und was den Zeitpunkt angeht, so liegt es bei der türkischen Regierung. Die kurdische Opposition und die PKK haben mehrmals ihre Gesprächsbereitschaft erklärt. Auch die Bundesregierung weiß, daß es ohne eine Einbindung der PKK in mögliche Verhandlungen nicht zu machen sein wird. Sie setzt allerdings noch auf den Faktor Zeit, auf eine türkische Soldateska, die blutige Fakten setzt und die kurdische Opposition zurückdrängt und möglicherweise spaltet, um dann eine "gemäßigte" Kraft im Rahmen kultureller Autonomie zu favorisieren.

(Redaktionell gekürzt)

18. Früchte des Neoliberalismus. Chile: Giftgaseinsatz auf Kosten der Armen zur Sicherung der Profite

Autor: Chile AG Braunschweig · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:10

Santiago de Chile, 3. März 1994. Ein ganz normaler Sommertag in dem ärmlichen Stadtteil La Cisterna im Süden von Santiago. Kinder spielen auf der Straße, Wäsche hängt in der glühenden Sonne zum Trocknen auf der Leine, Mütter gehen mit ihren Kleinkindern auf dem Arm zum Einkaufen auf den Gemüsemarkt, fliegende HändlerInnen haben ihre Waren ausgebreitet.

Chemische Kampfstoffe auf Stadtviertel von Santiago ...

Doch der Schein des Alltags trügt. Unvermittelt tauchen kleine Flugzeuge wie giftige Insekten im Tiefflug über den Häusern auf. Und bedrohlich und giftig sind sie in der Tat: Sie versprühen über das gesamte Wohngebiet ein hochgiftiges Insektizid, Malathion. Das Gift legt sich auf Bäume, Häuser, Autos, Wäsche, Spielplätze. Es fällt auf den trockenen Staub und wird von jedem Windstoß, von jedem vorbeifahrenden Fahrzeug wieder aufgewirbelt. Es legt sich auf die Haare, Gesichter, Hände der Menschen. Es dringt durch Türen und Fenster in die Häuser. Wer atmet, kann dem Gift nicht entkommen. Und niemand ist darauf vorbereitet. Die Regierung scheint ein Bombardement mit chemischen Waffen gegen die Zivilbevölkerung zu führen. Niemand weiß zunächst, was eigentlich los ist. Zwei weitere Kommunen, ebenfalls im Süden Santiagos, werden an diesem Tag "angegriffen": El Bosque und San Ramon. Auch hier leben vor allem die Teile der Bevölkerung, die vom Modell Chile nicht profitieren, es sind arme Wohnviertel mit ca. 400.000 Menschen.

Der Großangriff gegen die Bevölkerung wurde mit der Entdeckung von verschiedenen Sorten von Fruchtfliegen, Schädlingen an Obstbäumen, begründet. Diese waren von Angestellten der SAG (Servicio Agricola y Ganadero, Land- und Viehwirtschaftsbehörde) am 21.2. bei den regelmäßig stattfindenden Kontrollen entdeckt worden. Zehn Tage ließen die Behörde danach verstreichen, um am 2.3. völlig unvermittelt, und ohne die zuständigen Consejales (Ratsmitglieder) sowie die Bevölkerung zu informieren, mit der Sprühaktion zu beginnen.

Das verwendete Insektizid, Malathion, ist eine organische Phosphorverbindung und gehört damit in dieselbe Familie wie die "Nervenkampfstoffe" Tabun und Sarin. Malathion wird weltweit angewandt - so auch von den USA im Vietnamkrieg als Entlaubungsmittel. Entsprechend viele Untersuchungen belegen die Gefährlichkeit dieser Substanz. Malathion ist mutagen (löst also genetische Veränderungen bei Menschen, Tieren und Bakterien aus), kann zu Blindheit führen und ist wahrscheinlich auch krebsauslösend und embryoschädigend. Akute Vergiftungssymptome sind u.a. Krämpfe, Durchfall, Erregung, Erbrechen. Es hat auch Todesfälle gegeben: So starben 1976 in Pakistan fünf FeldarbeiterInnen, die beim Besprühen der Felder mit Malathion (bzw. einer hochtoxischen, häufig in Malathion als Verunreinigung vorkommenden Substanz, Isomalathion) vergiftet worden waren. Das Gift gelangt auch über die Haut oder die Atemwege in den Körper, so daß ein wirksamer Schutz nur mit Gasmaske und Ganzkörperschutzanzug zu erreichen wäre.

Noch giftiger als das Malathion selber ist das daraus entstehende Abfallprodukt, Maloxon. Angesichts dessen wirken die verzweifelten Versuche der BewohnerInnen der vergifteten Stadtviertel in Santiago, sich bei späteren Sprühflügen mit Papiertüchern vor dem Mund zu schützen, eher wie eine hilflose Geste.

Es blieb nicht bei dieser einen Aktion. Am 5.3. kündigte der Leiter der SAG an, daß innerhalb der nächsten 4 Wochen weitere Sprühflüge über denselben Stadtvierteln notwendig seien.

Schon nach der ersten Sprühaktion herrschte in den betroffenen Gebieten Empörung und Unverständnis. In den Zeitungen wurde relativ ausführlich darüber berichtet. Es gab Protestversammlungen der lokalen BürgermeisterInnen. Diese sprachen sich allerdings mehrheitlich nicht gegen die Aktion als solche aus, sondern gegen den Mangel an Information und Absprache seitens der SAG. (Bei den späteren Sprühflügen wurden die lokalen Stadtverwaltungen und die Öffentlichkeit vorher zumindest über den Termin informiert). Kundgebungen von Umweltschutz- und Jugendorganisationen wurden vor dem SAG-Gebäude abgehalten.

Zur Kanalisation der Unruhe richteten die Kommunen ein Beschwerdetelefon ein. In den ersten drei Tagen gingen dort 460 Anrufe ein. Gemeldet wurden u.a. 97 Asthmafälle, 82 Fälle von Augenreizungen, mindestens 10 Fälle von erhöhtem Blutdruck. Es gab auch einen Todesfall - jeglicher Zusammenhang mit der Besprühung

wurde von den Behörden jedoch kategorisch abgestritten. Überhaupt wurde die Behörde nicht müde, zu beteuern, wie absolut ungefährlich Malathion für Menschen und Tiere sei, und daß - trotz der gemeldeten und belegten Gesundheitsbeschwerden der BewohnerInnen - keinerlei Risiko bestünde. Zynisch mutet die Empfehlung an, als absolute Vorsichtsmaßnahme kein Tierfutter draußen stehen zu lassen, keine Wäsche aufzuhängen und im Haus zu bleiben, wenn die Flugzeuge kämen. Das hochtoxische Nervengift beschrieb die Behörde als "Sexuallockstoff für die Fruchtfliegen" (La Epoca, März 94), was sich ja auch wesentlich freundlicher anhört, aber eine weitere glatte Lüge ist.

... im "Krieg"

um Marktnischen ...

Diese unverhohlen menschenverachtende Vorgehensweise zeigt eindrucksvoll, zu welchem Preis für die Bevölkerung der "Erfolg" des neoliberalen Modells erkauft wird. Denn der Obstsektor ist ein wichtiger Pfeiler der Wirtschaft geworden und die Interessen der Obstexporteure müssen verteidigt werden.

Der Präsident der Sociedad Nacional de Agricultura (SNA, Nationale Landwirtschaftsgesellschaft), Ernesto Correa, sprach offen aus, worum es geht. Er bezeichnete die Begiftung der Stadtviertel als "tolle Sache" und beglückwünschte die SAG dazu. Correa weiter: "Wieviele Proteste es auch geben mag, (...) ist es unbedingt notwendig, einen guten Hygienestand zu haben, um Märkte (für Fruchtexporte - Verf.) zu öffnen und weiterhin in andere Länder zu exportieren (...) um den komparativen Vorteil (Chiles gegenüber anderen Obstexportländern) zu sichern" (La Epoca, März 94). Auch der Präsident der Asociacion de Exportadores, Ronald Brown, heischte bei der Bevölkerung um Verständnis für die "Lösung dieses Problems, das die Wirtschaft des Landes beeinträchtigen kann" (La Nacion, 3.3.94). Der Leiter der SAG, Sanchez, prognostizierte, daß sich die Lage auf den internationalen Märkten verkomplizieren würde, wenn es nicht gelänge, die Fruchtfliege schnell unter Kontrolle zu bringen. Denn die Länder, in die das Obst exportiert wird, allen voran die USA, in die allein 60% der chilenischen Früchte gehen, schreiben bestimmte Maßnahmen vor. So mußte das Auftauchen der Fruchtfliege umgehend dem Landwirtschaftsministerium der USA gemeldet werden. Wird die Fruchtfliege dann nicht ohne Rücksicht auf Verluste (was sich auf die Gesundheit der Bevölkerung bezieht, die sowieso nicht am Profit beteiligt ist) bekämpft, schließen sich die Märkte. Es gibt mittlerweile sowieso eine harte Konkurrenz auf dem Sektor.

Südafrika (speziell nach der Aufhebung des Boykotts), Neuseeland, Spanien, Italien, Brasilien und Argentinien stiegen angesichts des relativ großen Marktes ebenfalls in das Obstgeschäft ein. Angesichts dieser Konkurrenz wurde es für Chile zunehmend schwieriger, seine Früchte auf dem sich immer weiter abschottenden EG-Markt, nach den USA zweitwichtigster Handelspartner, loszuwerden. 1993 belegte die EG die chilenischen Äpfel mit Schutzzöllen, was effektiv zu Verlusten von 129 Mio US $ führte (El Mercurio, 24-30.3.94). Auch die Exporte von Kiwis fielen volumenmäßig um 50% und die EG diktierte zudem noch niedrigere Tonnenpreise als im Vorjahr (Punto Final, 285, März 93). Es wird nun versucht, neue Märkte z.B. in Lateinamerika zu erobern. Zwar konnten die Exporte in die Nachbarstaaten von 1993 auf 1994 um 54% gesteigert werden, angesichts des enormen Konkurrenzdrucks der beteiligten Länder untereinander hängt der Markt jedoch am seidenen Faden. So führte im März 1994 der Fund einer einzigen Raupe in einer Ladung chilenischen Obstes mit dem Bestimmungsort Mexico zu einem Importverbot der betroffenen Fracht mit einem Gesamtwert von 6 Mio US $.

Solche Ereignisse "rechtfertigen" dann Maßnahmen zur "Sicherung des komparativen Vorteils" - wie das Giftbombardement im März über Santiago.

... nach der Eingliederung

in die Weltökonomie ...

Der Obstanbau für den Export wurde während der Pinochet-Diktatur im Rahmen der neoliberalen Umgestaltung besonders gefördert und machte eine atemberaubende Entwicklung durch. Der "Erfolg" war so groß, daß der Obstexport als einer der Motoren des Modells bezeichnet wurde. In den 80er Jahren entwickelten sich die Bereiche Fruchtexport und Fischerei zu dem zweitwichtigsten Exportbereich (an erster Stelle steht nach wie vor der Bergbau, im wesentlichen Kupfer).

1973 exportierte Chile lediglich 45,1 Tonnen frisches Obst. 1992 waren es dagegen 1,2 Mio Tonnen. Chile hat heute einen Weltmarktanteil am nicht-tropischen Fruchthandel von 13%. 1987 machte der Exportwert der Früchte 527 Mio US$ aus. Der Anteil des Obstes am Gesamtexport Chiles belief sich 1989 auf 11%. 1991 hatte sich dieser Betrag fast verdoppelt (993 Mio US$) und fiel 1992 wieder leicht.

Die Exporte verteilen sich auf fünf Früchte (Pflaumen, Kiwis, Äpfel, Birnen und vor allem Weintrauben, die 1992 allein 425 Mio US$ ausmachten).

Dagegen stieg der Anteil der Arbeitsplätze (wovon die überwiegende Zahl Saisonkräfte ist) in dem Bereich nur von 33.000 in den Jahren 1970/73 auf 88.000 im Jahr 1993.

Die extreme Erhöhung der Produktivität in den 80er Jahren ist darauf zurückzuführen, daß die Pinochet-Diktatur den transnationalen Konzernen Tür und Tor öffnete. Diese kauften riesige Ländereien auf und ließen dort unter hohem Einsatz von Pestiziden und Dünger intensive Monokulturen für den Export entstehen. Zur Zeit existieren ca. 300 Exportunternehmen, aber nur 30% haben überhaupt einen nennenswerten Marktanteil, und die größten zehn teilen sich 60% des Exportvolumens (La Epoca, 27.3.1994).

Die Landwirtschaft wurde dabei grundlegend umstrukturiert. Angebaut wurde eben nicht mehr, was zur Sicherung der Ernährung im Binnenland notwendig war - Weizen, Gemüse, Kartoffeln, Reis -, sondern fast ausschließlich für den Export bestimmtes Obst , was hohe Profite versprach (auf den chilenischen Markt gelangt nur der Ausschuß, die zweite Wahl): erst Äpfel, später Kiwis, jetzt immer mehr Weintrauben. Geographische und ökologische Gesichtspunkte sind dabei unerheblich.

... mit den

sozialen Folgen

Das Land wird rücksichtslos ausgeplündert, trockengelegt, Wasserreserven werden ausgebeutet und mit Düngemitteln und Pestiziden bombardiert.

Kleinere Produzenten können da natürlich nicht mithalten. Wagen sie sich überhaupt an den gewinnversprechenden Obstanbau heran, fehlt ihnen in der Regel das Kapital für die benötigte teure Technologie, für Saatgut, Pestizide und Düngemittel. Ihr Scheitern in dem ungleichen Wettbewerb mit den Fruchtkonzernen ist vorprogrammiert. Ernteausfälle, wie sie in manchen Jahren z.B. aufgrund von klimatischen Bedingungen immer wieder vorkommen, sind ihr sicherer Ruin, da keinerlei finanzielle Reserve vorhanden ist. Oder: Wenn ihre angepflanzten Bäume endlich groß genug sind, um Ertrag zu geben, müssen die Bauern feststellen, daß der Markt für ihre Produkte schon wieder gesättigt ist und sie bleiben auf ihren Früchten sitzen.

Dieser Fall trat z.B. bei dem massenhaften Anbau von Kiwis ein. Dagegen sind die großen Anbauunternehmen in der Lage, sich durch Diversifizierung ihrer Produkte gegen Verlust abzusichern. Selbst wenn die Kiwis in einem Jahr erfrieren sollten, eine Schädlingsepidemie die Weintrauben zerstört oder der Weltmarktpreis für Äpfel in den Keller sinkt, ist es unwahrscheinlich, daß alle genannten Faktoren gleichzeitig auftreten.

Die ehemaligen Kleinbauern stellen nun das Reserveheer der Saisonarbeitskräfte, die durch das ganze Land ziehen, je nachdem wo gerade welche Früchte reif sind. Zwar gab es auch schon vor der Umstrukturierung SaisonarbeiterInnen, aber damals kamen auf eine Saisonkraft vier LandarbeiterInnen mit fester Arbeit (Punto Final 287, März 93). Heute ist dieses Verhältnis umgekehrt. Die Zahl der Zeitarbeitskräfte in diesem Bereich bewegt sich irgendwo zwischen 500.000 und 800.000 und das bei einer Gesamtbevölkerung von nur 13 Mio Menschen. Angesichts dieser Zahlen werden auch die offiziellen Arbeitslosenstatistiken besser verständlich. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt in Chile lediglich bei ca. 5%. Die Saisonarbeitskräfte beispielsweise, die faktisch zehn Monate im Jahr arbeitslos sind, finden in dieser Berechnung keinerlei Berücksichtigung (nach Punto Final 287, April 1993).

Die SaisonarbeiterInnen arbeiten zu Hungerlöhnen - Tageslöhne von 8 DM werden schon als bedenklich hoch eingestuft (La Epoca, 27.3.94). Gewerkschaftliche Organisierung ist ihnen nicht gestattet und sie sind praktisch rechtlos. 50% der ArbeiterInnen haben keinerlei Arbeitsvertrag. Sie sind somit der Willkür der Obstunternehmer vollständig ausgesetzt.

Das alles ist an sich nichts Neues. In Kaffee-Exportländern beispielsweise leidet die Bevölkerung bekanntermaßen schon lange unter ähnlichen Bedingungen. Trotzdem ist eine Steigerungen der extremen

Menschenverachtung festzustellen, was nicht mit weiterer Abstumpfung unserer Sensibilität beantwortet werden darf. Die Weintrauben und Äpfel des "aufstrebenden Wirtschaftswunderlandes" Chile kommen in der BRD nur deshalb so billig auf den Tisch, weil die Mehrheit der Menschen der "Peripherie" schon in Form von Existenzvernichtung, Hunger und gesundheitlichen Schäden bezahlt hat, einschließlich der "chemischen Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung" auf dem "Kriegsschauplatz" der freien Marktwirtschaft.

Chile AG Braunschweig

19. Gewerkschaften und ImmigrantInnen

Einwanderungsland USA; Teil 3

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:05

Die USA sind das Einwanderungsland der westlichen Welt und haben in den vergangenen hundert Jahren zig Millionen ImmigrantInnen aufgenommen. Der scheinbar unbegrenzte Nachschub an billigen Arbeitskräften hat immer wieder zur Spaltung und Schwächung der US-amerikanischen ArbeiterInnenbewegung beigetragen. Aber seit jeher gehören EinwanderInnen auch zu den kämpferischsten Teilen des US-Proletariats. Das hat sich bis heute nicht geändert. Viele EinwanderInnen bringen gewerkschaftliche und andere politische Erfahrungen aus ihren Heimatländern mit. Die (Selbst-)Organisierung von ImmigrantInnen bläst heute frischen Wind in die oft verknöcherten US-amerikanischen Gewerkschaften und ist vielleicht deren letzte Überlebenshoffnung. In den ersten beiden Teilen dieses Artikels (ak 366 und ak 367) wurden die historische Entwicklung der Migrationsbewegungen nach Nordamerika, die US-Einwanderungs- und Asyl-Gesetzgebung und die Situation von "illegalen" ImmigrantInnen in den USA beschrieben.

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert (in einer Zeit also, in der sich in Europa Massengewerkschaften formierten) hat der scheinbar unbegrenzte Nachschub an arbeitsuchenden billigen ImmigrantInnen aus Europa mit zur Schwäche der US-amerikanischen ArbeiterInnen-Bewegung beigetragen. Das Kapital konnte Organisierungsversuche der Beschäftigten immer wieder dadurch unterlaufen, daß neuangekommene ImmigrantInnen (oder "interne" MigrantInnen, vor allem Schwarze aus den Südstaaten) als StreikbrecherInnen eingesetzt wurden. Ethnische Spaltungen haben den Klassenkampf in den USA zusätzlich geschwächt.

Gleichzeitig waren ImmigrantInnen aber auch immer wieder führend an den wichtigsten Kämpfen des US-Proletariats beteiligt. Die Hochzeit der europäischen Einwanderung 1900-1920 war von beispiellosen Arbeitskämpfen geprägt. An den damaligen Massenstreiks in der Textilindustrie waren ArbeiterInnen von mindestens zwei Dutzend Nationalitäten beteiligt, Flugblätter wurden in ebenso vielen Sprachen herausgegeben. ImmigrantInnen bildeten auch das Rückgrat der militanten Massengewerkschaft IWW ("Wobblies") im selben Zeitraum.

US-Gewerkschaften im Niedergang

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist seit den 50er Jahren von über 30% auf heute nur noch 15% gesunken (d.h., daß 85% aller Arbeitsverträge individuell ausgehandelt werden!). Die "alten" Industrien wie Stahl, Auto, Kohle, Gummi, Textil, Transport mit traditionell hohem Organisationsgrad sind im Niedergang. Die ArbeitnehmerInnen in den "neuen" expandierenden Sektoren Elektronik, Handel, Dienstleistungen, etc., die oft über einen hohen ImmigrantInnen-Anteil (und einen hohen Frauen-Anteil) unter den Beschäftigten verfügen, sind zu weniger als 10% organisiert.

Gewerkschaftsmitglied wird mensch in den USA (anders als in der BRD) nicht durch eine individuelle Beitrittserklärung, sondern dadurch, daß es der Mehrheit der Beschäftigten in einem Betrieb gelingt, eine Gewerkschaft als betriebliche Interessenvertretung durchzusetzen. Wenn die Mehrheit der KollegInnen einen entsprechenden Antrag unterschreibt, kann die Gewerkschaft eine geheime, arbeitsgerichtlich überwachte Abstimmung im Betrieb beantragen. Stimmt hierbei die Mehrheit für die Gewerkschaft, muß die Firma die Gewerkschaft als Interessenvertretung anerkennen und einen (Firmen-)Tarifvertrag aushandeln.

Weil sich die UnternehmerInnen in der Regel mit Händen und Füßen (und allen möglichen legalen und illegalen Mitteln) gegen ein "Eindringen" der Gewerkschaft in ihren Betrieb sträuben, kann der ganze Prozeß Jahre dauern - in Firmen mit hoher Fluktuation ein fast unüberwindbares Problem; das gilt gerade für die Branchen mit hohem ImmigrantInnen-Anteil. Eine Organisierung ist oft mit einem erheblichen Risiko für die Beschäftigten verbunden. Wer sich als allzu gewerkschaftsfreundlich profiliert, steht schnell auf der "Abschußliste" und sollte tunlichst darauf achten, morgens auch nicht fünf Minuten zu spät zur Arbeit zu erscheinen.

Ein Tarifrecht nach bundesdeutschem Muster gibt es nicht. Auch Flächen- und Manteltarifverträge, wie sie jahrzehntelang in den "alten" US-Industrien üblich waren, gibt es fast keine mehr. US-Gewerkschaften sind praktisch Ansammlungen von Betriebsgewerkschaften ("Locals"). In der Regel handeln die "Locals" in jeder

einzelnen Firma betriebliche Tarifverträge aus: insgesamt gibt es in den USA ca. 130.000 verschiedene Tarifverträge, die im Schnitt jeweils nur für etwa 100 Beschäftigte gelten.

Auch diese Standards werden systematisch ausgehebelt: Einerseits durch Verlagerung von Produktionsstätten in "gewerkschaftsfreie" Niedriglohn-Regionen innerhalb der USA (v.a. in den Südstaaten) oder ins Ausland; andererseits durch Aufspalten ("Sub-Contracting") verschiedener Fertigungsschritte oder Dienstleistungen auf "gewerkschaftsfreie" Subunternehmen und Fremdfirmen (die oft besonders viele ImmigrantInnen beschäftigen); aber auch mit Hilfe der Gesetzgebung und Rechtsprechung unter der Reagan/Bush-Präsidentschaft, in deren Folge z.B. der Einsatz von StreikbrecherInnen zur Regel geworden ist. StreikbrecherInnen dürfen auch nach Ende des Arbeitskampfes anstelle der Streikenden weiterbeschäftigt werden; immer öfter werden Streikende auf Dauer entlassen. Damit wurde das Streikrecht in den USA praktisch außer Kraft gesetzt.

"ImmigrantInnen lassen sich nicht organisieren"

Im Dachverband AFL-CIO geht mann (auf der Führungsebene gibt es praktisch keine Frauen) immer noch davon aus, daß ImmigrantInnen, erst recht wenn sie nicht legalisiert sind, sich kaum organisieren lassen: "die sind zu ängstlich". Die Praxis hat längst das Gegenteil bewiesen. In vielen Arbeitskämpfen spielen ImmigrantInnen heute eine herausragende Rolle.

Nicht zuletzt wegen der Zunahme des "Sub-Contracting" an Firmen, in denen überwiegend ImmigrantInnen zu den absolut schlechtesten Bedingungen arbeiten, kommen die US-Gewerkschaften heute nicht länger drum herum, gezielt auch EinwanderInnen zu organisieren, wenn sie verhindern wollen, daß auch die letzten Reste von erkämpften tarifvertraglichen Regelungen zerstört werden. Gerade in den Branchen mit hohem ImmigrantInnen-Anteil unter den Beschäftigten haben die "zuständigen" Einzelgewerkschaften dies inzwischen auch begriffen: die beiden großen Textilgewerkschaften ACTWU und ILGWU, die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (siehe Kasten zu "Justice for Janitors") oder die Hotel- und Gaststättengewerkschaft HERE unternehmen verstärkte Anstrengungen, auch ImmigrantInnen zu organisieren. Meines Wissens sind ACTWU und ILGWU auch die beiden einzigen großen Gewerkschaften im Dachverband AFL-CIO, die gemeinsam mit ImmigrantInnen- und Flüchtlings-Organisationen eindeutig gegen das Einwanderungs-Kontrollgesetz von 1986 (Immigration Reform and Control Act, siehe ak 367) Stellung bezogen haben.

Social Unionism statt Business Unionism

Da Streiks wegen des weitverbreiteten Einsatzes von StreikbrecherInnen heute meist wirkungslos geworden sind, müssen sich aktive Gewerkschaften neue Strategien einfallen lassen. Von zentraler Bedeutung ist dabei oft die Ausdehnung der Organisierung über den unmittelbaren Arbeitsplatz hinaus und die Einbeziehung der "Community" in den Wohnvierteln. Statt des bisherigen "Business Unionism", der sich auf betriebliche Themen und auf die Interessenvertretung der eigenen Mitglieder im Betrieb beschränkt, versteht sich der neue "Social Unionism" einzelner Gewerkschaften eher als umfassende soziale Bewegung. Viele fortschrittliche Gewerkschaften bzw. "Locals" gründen heute "Labor-Community Centers", über die gewerkschaftliche und andere gesellschaftliche Auseinandersetzungen (im Stadtviertel, zum Thema Umweltschutz, etc.) vernetzt werden.

Im Falle des "Sub-Contracting" hat die Ausdehnung in die Communities der Gewerkschaftsmitglieder auch einen taktischen Grund: die Gewerkschaften sind auf öffentliche Unterstützung dringend angewiesen. Die Mitglieder selbst können durch Arbeitskampf-Aktionen allenfalls Druck auf den/die unmittelbare ArbeitgeberIn (Sub-Unternehmen) ausüben - die tatsächlichen Entscheidungsträger sitzen aber woanders und können nur durch öffentlichen Druck zu Zugeständnissen gezwungen werden. Beispiel: Putzkräfte streiken nicht gegen die kleine Putzfirma, die im Ernstfall eben ihren Vertrag verliert und durch eine andere Firma ersetzt wird, sondern organisieren eine Demo mit Go-In beim millionenschweren Gebäude-Eigentümer, der dann seinerseits Druck auf die Putzfirma ausüben kann, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen (siehe Kasten "Justice for Janitors").

In den neuen Organisierungsformen des "Social Unionism" kommen auch die besonderen Bedürfnisse von ImmigrantInnen zur Geltung: gewerkschaftliches Infomaterial wird selbstverständlich mehrsprachig angeboten, aber auch Sitzungen und Versammlungen werden immer häufiger simultan übersetzt. Ein Extremfall: die Hotel- und Restaurant-Gewerkschaft HERE in Los Angeles macht sich schon gar nicht mehr die Mühe, ihre

Mitteilungen ins Englische zu übersetzen: ihre Mitglieder sprechen überwiegend Spanisch, Chinesisch, Koreanisch und andere "fremde" Sprachen. Manche Gewerkschaften eröffnen Nachbarschaftszentren in den Communities der ImmigrantInnen und bieten dort Einwanderungs-Rechtsberatung, Englisch-Kurse u.ä. an. Kulturelle Aktivitäten spielen eine große Rolle.

Während ethnische Unterschiede in der Geschichte des US-Proletariats meistens zu Spaltungen geführt haben, können unterschiedliche ethnische Identitäten im Einzelfall auch mobilisierende Wirkung haben. Menschen sind eher zu kollektiven Handlungen bereit und identifizieren sich eher mit "ihrer" Gewerkschaft, wenn sie sich selbst und ihre KollegInnen nicht nur als Arbeitskräfte, sondern "ganzheitlich" erleben können: eben auch als MieterInnen, KonsumentInnen, als Menschen mit bestimmten kulturellen Ausdrucksformen. Die Einbeziehung ganzer (oft ethnisch geprägter) Communities in gewerkschaftliche Kämpfe stärkt diese.

Mit ethnischem Separatismus hat dies nur selten zu tun: Gewerkschaften sind die wohl am meisten multi-"rassischen" Organisationen in den USA (vielleicht mit Ausnahme des US-Militärs). Daß gleichzeitig die ArbeiterInnenbewegung von Rassismus in ihren Reihen noch nie verschont geblieben ist, wird niemanden überraschen. Allerdings ist in diesem Artikel für theoretische Überlegungen zum Thema "Rasse oder Klasse" leider kein Platz.

Michael Hahn

ImmigrantInnen-Initiativen

"Justice for Janitors" -

Salvadorenische Putzkräfte in Washington, DC

Eine der typischen Branchen des expandierenden US-Dienstleistungssektors ist die kommerzielle Gebäudereinigung in den Büro-Hochhäusern der Innenstädte (und zunehmend auch in den neu entstehenden dezentralen High-Tech- und Dienstleistungs-Zentren der Vorstädte). In diesen Büros zeigt sich die gesellschaftliche Polarisierung der "postindustriellen" Ökonomie. Tagsüber arbeiten dort einerseits hochbezahlte "Führungskräfte", RechtsanwältInnen, FinanzspezialistInnen, etc. (überwiegend weiß und männlich) und andererseits niedrig bezahlte Schreibkräfte, DateneingeberInnen, etc. (oft schwarze Frauen). Abends nach Büroschluß kommt die dritte Gruppe, die meist in völlig ungeschützten Arbeitsverhältnissen arbeitet: die Putzkräfte (oft ImmigrantInnen).

Bis vor wenigen Jahren war es üblich, daß der Eigentümer eines Büro-Hochhauses oder eines Einkaufszentrums auch die Putzkräfte direkt anstellte, in der Regel unter tarifvertraglich festgelegten Bedingungen mit Stundenlöhnen bis zu 20 Mark. Unter dem Spekulations- und Immobilienboom der 80er Jahre zerbrach dieses Arrangement jedoch. Heute arbeiten die meisten kommerziellen Putzkräfte für formal selbständige Subunternehmen, die Reinigungs-Verträge mit den jeweiligen Gebäude-Eigentümern abschließen. Manche Putzfirmen sind internationale Konzerne, die mit Hunderten von Beschäftigten die Gebäudereinigung in halben Stadtvierteln kontrollieren; viele Putzfirmen sind aber auch kleine Klitschen, die mit einem Dutzend Beschäftigten und Familienmitgliedern gerade mal für eine Handvoll Büros zuständig sind.

Mit der Vergabe an Subunternehmen haben sich auch die Arbeitsbedingungen drastisch verschlechtert: gesetzlicher Mindestlohn (4,25 Dollar/Stunde und selbst dieses Niveau wird manchmal noch unterlaufen), Teilzeit, keine Sozialleistungen bzw. Versicherungen, kein Urlaub, kein Kündigungsschutz. Viele Putzkräfte brauchen mehrere Jobs, um überhaupt zu überleben. Sie arbeiten nicht selten 12-16 Stunden am Tag. In vielen Großstädten haben längst "neue" ImmigrantInnen (legale und nicht-legalisierte) die "angestammten" Arbeitskräfte ersetzt: in Washington, DC z.B. waren bis vor wenigen Jahren die meisten Reinigungskräfte (ca. 10.000) schwarze US-BürgerInnen, heute sind es ganz überwiegend Salvadorenos/as.

Angesichts des allgemein niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrads im expandierenden Dienstleistungssektor und der Zerschlagung tarifvertraglicher Regelungen in der Gebäudereinigung mußte sich die zuständige Gewerkschaft SEIU (Service Employees International Union - international, weil es auch Mitglieder in Kanada gibt) etwas einfallen lassen. Klar war, daß angesichts der veränderten Branchenstruktur (Subunternehmen) und der Zunahme von ImmigrantInnen neue Wege beschritten werden mußten. Mit Schwerpunkten in einigen "strategisch" wichtigen Großstädten entstand die Kampagne "Justice for Janitors" - Gerechtigkeit für Putzkräfte.

Der Titel ist Programm: es geht nicht nur um Lohnforderungen (höhere Löhne und soziale Absicherung), sondern um "Gerechtigkeit": gegen gesundheitliche Gefahren (Reinigungs-Chemikalien), gegen sexuelle Belästigungen, für Mitspracherechte am Arbeitsplatz, für Arbeitsplatzsicherheit.

Die Kampagne verknüpft traditionelle gewerkschaftliche Organisationsmethoden mit den Kampfformen der neuen sozialen Bewegungen: eintägige Streiks, Demonstrationen, Straßentheater, medienwirksame Aktionen des zivilen Ungehorsams (z.B. Müllabladen in den Eingangshallen der Bürogebäude). Den Verantwortlichen wird keine Ruhe gelassen: im vergangenen Dezember fuhren mehrere Dutzend Putzkräfte und SympathisantInnen zu den Villen der FirmenbesitzerInnen in die Vorstädte und sangen Weihnachtslieder vor deren Haustüren. Langsam eskalierende Nadelstiche (direkte Aktionen am Arbeitsplatz, juristische Schritte gegen die Unternehmen und öffentlichen Protesten) üben Druck auf die Firmen aus. Ziel ist dabei, nicht nur die Klitschen-Subunternehmer, sondern die Immobilien-Großfirmen (als "indirekte" ArbeitgeberInnen) zu zwingen, die Gewerkschaft anzuerkennen und Tarifverträge auszuhandeln.

Durch die hohe Fluktuation in der Branche entwickeln die ArbeiterInnen keine Loyalität zu "ihrer" Firma und haben weniger Angst, ihren Job zu verlieren, weil mensch schon irgendwo anders wieder unterkommen wird. Viele sind zu spontanen Kampfmaßnahmen bereit. Die Beschäftigten selbst entscheiden dabei über Forderungen und Aktionsformen, statt (wie sonst oft üblich) die GewerkschaftsfunktionärInnen.

Versammlungen finden nicht nur am Arbeitsplatz statt (bzw. nach Schichtende vor der Eingangstür), sondern auch in den Wohnvierteln: Hausbesuche, Veranstaltungen und Feste in der Nachbarschaft. Die enge Verbindung zur "Community", zu anderen ImmigrantInnenorganisationen, etc. ist ein zentrales Element von "Justice for Janitors". Demonstrationen finden nicht nur vor den Bürogebäuden in der Innenstadt statt, sondern auch in den Wohnvierteln der Beschäftigten: in der salvadorenischen Community in Washington, DC ist die Gewerkschaft fest verankert. Das Ganze hat weniger den Charakter einer traditionellen Gewerkschaft, sondern eher einer sozialen Bewegung.

Die meisten kommerziellen Putzkräfte in Washington sind heute salvadorenische ImmigrantInnen. Wegen der politischen Situation in El Salvador haben viele eine befristete Duldung (siehe ak 366, S. 18), manche sind aber auch nicht-legalisiert und benutzen z.B. die Sozialversicherungsnummer von Bekannten oder Verwandten. Die Gewerkschaft erkundigt sich nicht nach dem Aufenthaltsstatus ihrer Mitglieder: wenn jemand in die Fänge der Einwanderungspolizei gerät, stellt sie aber Rechtshilfe zur Verfügung. Während sich viele Einzelgewerkschaften an der Hetze gegen "illegale" EinwanderInnen als "LohndrückerInnen" beteiligen, ist es das Ziel von "Justice for Janitors", die Gleichstellung von US-BürgerInnen, legalen und nicht-legalisierten ImmigrantInnen durchzusetzen.

Kontakt: Justice for Janitors

SEIU, Local 525, 1213 K Street, NW

Washington, DC 20005

"Drywalleros" - Mexikanische Bauarbeiter

in Los Angeles

Einer der spektakulärsten Arbeitskämpfe in den USA in den vergangenen Jahren war 1992 der erfolgreiche halbjährige Streik von über 5.000 Bauarbeitern im Großraum Los Angeles. Die Arbeiter, fast ausschließlich mexikanische Immigranten (viele davon "illegale" Tagelöhner), fertigen zu Stücklöhnen Rigips-Trockenbauwände ("drywall") im privaten Wohnungsbau. Die Arbeitsbedingungen in dieser Branche sind katastrophal.

Im Oktober 1991 begann Jesus Gomez, ein Arbeiter, der von seinem Auftraggeber um 60 Dollar Lohn betrogen worden war, im Alleingang, mehrere hundert Kollegen auf den weit verstreuten Baustellen der Region zu organisieren. Die Bauarbeiter forderten von den Auftraggebern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Als ein entsprechendes Ultimatum unbeantwortet verstrich, begann am 1. Juni 1992 der Streik, dem sich in den folgenden Monaten über 5.000 Beschäftigte anschlossen. Mit massenhaften Streikposten gelang es zeitweise, große Teile des privaten Wohnungsbaus in Süd-Kalifornien lahmzulegen. Die Streikenden organisierten ihre eigene Streikleitung, ohne jede Unterstützung (bzw.

Dominierungsversuche) einer etablierten Gewerkschaft. Dementsprechend gab es allerdings auch keine Streikkasse, aber viele Gruppen und Einzelpersonen in der mexikanischen Community leisteten logistische Unterstützung für die Streikenden.

Die Bauunternehmen antworteten umgehend mit massiver Repression: schon am zweiten Streiktag ließen sie 160 Streikende verhaften; 60 davon wurden an die Einwanderungspolizei zur Abschiebung übergeben. Doch die Repression und das (illegale) Eingreifen der Einwanderungspolizei zur Niederschlagung eines Arbeitskampfs gingen nach hinten los: Innerhalb weniger Tage organisierten sympathisierende Gewerkschaften große Demonstrationen und Kundgebungen in L.A. und Umgebung und stellten die Hilfe von Rechtsanwälten zur Verfügung. Nach einer Autobahnblockade wurden weitere 68 Streikende verhaftet - erneute Kundgebungen und eine Intervention des mexikanischen Konsuls erzwangen aber ihre Freilassung. Auch die in Abschiebehaft festgehaltenen "Illegalen" wurden nach massiven Protesten bald wieder freigelassen. Innerhalb weniger Wochen beteiligten sich im Großraum L.A. Tausende von Menschen als UnterstützerInnen an dem Streik: eine regelrechte Massenbewegung. Die Streikenden beteiligten sich ihrerseits zu Hunderten an einer Demonstration gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen und an anderen Aktivitäten in der mexikanischen Community in L.A. Kurz vor Weihnachten gab dann die Mehrheit der Bauunternehmen der Region nach und unterzeichneten einen Mustertarifvertrag für die "Drywalleros", der u.a. doppelte Stücklöhne und eine Krankenversicherung vorschreibt. Die Streikenden beschlossen, sich kollektiv der Zimmerleute-Gewerkschaft anzuschließen.

Fuerza Unida - Textilarbeiterinnen

in San Antonio, Texas

Völlig überraschend für die Beschäftigten schloß im Januar 1990 der Textilkonzern Levi-Strauss seinen Betrieb in San Antonio (Texas) und verlagerte die dortige Produktion ("Docker"-Jeans) nach Costa Rica. 1.150 Menschen wurden praktisch über Nacht arbeitslos, 90 Prozent davon waren Frauen mexikanischer Abstammung. Im gewerkschaftsfeindlichen Klima von Texas gab es keine betriebliche Interessenvertretung, die auch nur einen Sozialplan hätte aushandeln können.

Die Entlassenen blieben jedoch nicht untätig: sie schlossen sich zu einer Organisation zusammen ("Fuerza Unida" - vereinte Kraft), die bis heute 600 zahlende Mitglieder umfaßt. Die Führung der Organisation und die übergroße Mehrheit der Mitglieder sind mexikanische Immigrantinnen bzw. "alteingesessene" Chicanas. Basisdemokratie wird groß geschrieben. Fuerza Unida ergriff juristische Schritte gegen die Firma und initiierte einen landesweiten KonsumentInnenboykott gegen Levi-Strauss. Mit der Unterstützung von fortschrittlichen Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und EinwanderInnen-Organisationen wird propagiert, daß Leute, die "Levis"-Jeans tragen, die Etiketten entfernen und diese der Firma zurückschicken. Allerdings stellte sich Fuerza Unida mit ihrem Boykottaufruf gegen die Textilgewerkschaft ACTWU, die Beschäftigte in anderen Levi-Fabriken repräsentiert (der Konflikt war zum Jahresanfang 1994 noch im Gange, neuere Informationen liegen mir nicht vor).

Fuerza Unida hat in San Antonio ein "Workers' Assistance Center" eröffnet, um andere ArbeiterInnen zu beraten, die von Produktionsverlagerungen bedroht sind. Das Center beteiligt sich auch an Aktivitäten gegen die ökologische Zerstörung durch multinationale Konzerne in der Region und gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA.

Kontakt: Fuerza Unida

3946 S. Zarzamora, San Antonio,

TX 78222

La Mujer Obrera -

El Paso, Texas

Diese Frauenorganisation in der texanischen Grenzstadt El Paso (500.000 Einwohner) kämpft u.a. gegen namhafte Bekleidungsfirmen, die ihre Produktion an kleine Sweatshops (Ausbeutungsbetriebe) vor Ort vergibt, wo zu den haarsträubendsten Bedingungen gearbeitet werden muß. Die Textilindustrie ist die größte Branche in El Paso. Auch hier arbeiten zu 90 Prozent Frauen mexikanischer Abstammung. Vor 25 Jahren war die

Textilindustrie von El Paso noch von großen Fabriken dominiert, mit akzeptablen Löhnen und Arbeitsbedingungen. Als Resultat der Maquiladora-Produktionszone auf der mexikanischen Seite des Grenzflusses Rio Grande (siehe ak 367, S. 22) gelang es dem Kapital in der Folgezeit, auch auf US-Seite die vorher üblichen Standards zu zerschlagen. Die meisten Textilfabriken in El Paso haben heute weit weniger als 100 Arbeitskräfte, die meist unter den miserabelsten Sweatshop-Bedingungen arbeiten müssen, ohne Krankenversicherung, Urlaub, etc.

La Mujer Obrera ("Die werktätige Frau") ist eine gewerkschaftsunabhängige Organisation, die Frauen in zahlreichen Betrieben El Pasos repräsentiert und auch in die mexikanische Zwillingsstadt Ciudad Juarez enge Verbindungen unterhält (von dort pendeln täglich viele Arbeiterinnen nach El Paso). Auch Mujer Obrera legt großen Wert auf neue Organisationsmethoden, basisdemokratische Strukturen und eine enge Vernetzung mit Frauengruppen und Basisinitiativen in den Stadtteilen. Trotz punktueller Zusammenarbeit mit der "offiziellen" Textilgewerkschaft ILGWU verfolgt Mujer Obrera einen betont unabhängigen Kurs, da die ILGWU ihrer Meinung nach zu bürokratisch ist.

Vor ein paar Jahren machte Mujer Obrera mit einem achtmonatigen Streik US-weite Schlagzeilen gegen eine Näherei in El Paso, die ihren Beschäftigten 85.000 Dollar an Lohnnachzahlungen schuldete. 75 Arbeiterinnen besetzten den Betrieb für drei Monate, ein Dutzend führte einen dreiwöchigen Hungerstreik durch. UnterstützerInnen aus der Community verhinderten eine polizeiliche Räumung der besetzten Firma. Als die Streikenden die Firma schließlich verließen, nahmen sie die Nähmaschinen "als Pfand" mit. Der Streik endete erfolgreich: die Auftraggeberin der Näherei, eine Modefirma aus Los Angeles, verpflichtete sich, 125 Näherinnen fest einzustellen, mit höheren Löhnen, Krankenversicherung, etc. - und mit gewerkschaftlichen Mitspracherechten im Falle einer Produktionsverlagerung ins Niedriglohn-Ausland.

Kontakt: Centro Obrero

P.O.Box 3975, El Paso, TX 79923.

Asian Immigrant Women Advocates, San Francisco

Diese Organisation vertritt Frauen, die in San Francisco und Umgebung in der Textil-, Elektronik-, Hotel- und Gaststätten-und Reinigungsbranche arbeiten. Seit September 1992 führt sie eine "Garment Workers' Justice Campaign" zur Unterstützung von asiatischen Immigrantinnen, deren Arbeitgeber ("Lucky Sewing Company" - etwa: glückliches Nähen) Konkurs angemeldet hatte und sich weigerte, ausstehende Löhne zu bezahlen. Die entlassenen Näherinnen initiierten daraufhin Protestaktionen und einen KonsumentInnenboykott gegen die Auftraggeberin von "Lucky Sewing", eine angesehene Designer-Firma. Die Forderungen: Übernahme der Lohnnachzahlungen und direkte Einstellung der Entlassenen durch die "Mutterfirma". In zahlreichen Städten haben EinwanderInnen-Organisationen und asiatische GewerkschafterInnen Solidaritätsaktionen organisiert.

Kontakt:

Asian Immigrant Women Advocates

310 8th Street, Room 301,

Oakland, CA 94607.

Chinese Staff and Workers' Association - New York City

Diese gewerkschaftsunabhängige Organisation wurde 1980 im New Yorker Stadtteil Chinatown gegründet und hat heute 600-700 Mitglieder. Aufgrund schlechter Erfahrungen mit der offiziellen Hotel- und Gaststätten-Gewerkschaft HERE, die zu bürokratisch und unbeweglich war und eine gleichberechtigte Mitsprache der ChinesInnen nicht zulassen wollte, gründeten chinesischen EinwanderInnen (davon viele Nicht-Legalisierte) eine eigene Organisation.

Die meisten männlichen chinesischen Einwanderer arbeiten im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Regel sechs Tage in der Woche, zwölf Stunden täglich, ohne Krankenversicherung und unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns. Die meisten Frauen arbeiten in der Textilbranche, überwiegend in Sweatshops oder in Heimarbeit. Die ArbeitgeberInnen sind meistens chinesische Landsleute.

Die CSWA ist selbst keine Gewerkschaft, sondern versteht sich als Basisorganisation, die Beschäftigte darin (erfolgreich!) unterstützt, in ihren Betrieben eigene kleine unabhängige Gewerkschaften zu gründen, die basisdemokratischer und flexibler als die großen "offiziellen" Einzelgewerkschaften agieren können. Darüberhinaus arbeitet die CSWA zu Themen der "Community": Wohnung, Situation von Frauen, Rechte von ImmigrantInnen, politische Mitsprache. Die Organisation legt Wert auf die Verankerung im Stadtteil und unternimmt keine Bemühungen, sich über Chinatown hinaus (bzw. in andere ethnische Gruppen hinein) auszudehnen.

Dieses ethnische (und gewerkschafts-unabhängige) Organisationsmodell hat sich für eine Situation wie in Chinatown als wirksam erwiesen, die ethnisch sehr homogen ist: arbeiten, wohnen, gesellschaftliches Leben finden dort ganz überwiegend innerhalb der "Chinese Community" statt. Allerdings ist dieses Modell wohl nicht auf andere Situationen übertragbar, in denen EinwanderInnen nicht in solchen ethnisch homogenen Strukturen leben und arbeiten, sondern längst zum Teil eines multi-nationalen bzw. multi-ethnischen Proletariats geworden sind.

National Network for Immigrant and Refugee Rights

Das Nationale Netzwerk für die Rechte von ImmigrantInnen und Flüchtlingen wurde 1986 gegründet, um die politische Mobilisierung gegen das Einwanderungs-Kontrollgesetz von 1986 (Immigration Reform and Control Act, siehe ak 367) zu koordinieren. Es ist heute der wichtigste Dachverband von fortschrittlichen ImmigrantInnen- und Flüchtlings-Organisationen, kirchlichen und Menschenrechts-Gruppen. Das Netzwerk gibt einen zweimonatlichen Rundbrief heraus.

Kontakt: National Network for Immigrant and Refugee Rights

310 8th Street, Room 307,

Oakland, CA 94607.

Michael Hahn

Jährliche US-Einwanderungsquoten ab 1995, +, +

1), EhepartnerInnen und minderj. Kinder von US-BürgerInnen

(ohne zahlenmäßige Begrenzung,, geschätzt), 250.000

2), Familienzusammenführung:, 226.000

a), Ledige erwachsene Kinder von US-BürgerInnen, 23.400

b), Verheiratete Kinder von US-BürgerInnen, 23.400

c), Geschwister von US-BürgerInnen, 65.000

d), Unmittelbare Verwandte von Permanent Residents, 114.200

3), Arbeitsmarkt-Immigration:, 140.000

a), Qualifizierte Arbeitskräfte, 120.000

b), "religiöse Arbeitskräfte" (!?), 10.000

c), Investoren ("fat cat"-Programm), 10.000

4), "Lotterie", 55.000

Summe:, +, 671.000

20. Befreiungsbewegungen am Verhandlungstisch ...

Rubrik: KB und AK; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:12

... Chance oder Niederlage? So lautete der Titel einer Veranstaltungsreihe, die Anfang Juni vom Kommunistischen Bund Berlin organisiert worden war. Vertreter bzw. Mitglieder der FMLN (Salvador), des ANC (Südafrika) sowie der PLO (Palästina) sollten über die Herausforderungen und die neuen politischen Konstellationen berichten, denen diese hochentwickelten Befreiungsbewegungen sich seit geraumer Zeit gegenübersehen. Denn trotz aller Unterschiedlichkeit der Situation (in Südafrika zum Beispiel stellt der ANC mit Nelson Mandela den Präsidenten und die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten, wohingegen die FMLN in den diesjährigen Wahlen mit deutlichem Abstand zu der reaktionären ARENA-Partei nur auf den zweiten Platz kam) stehen die Befreiungsbewegungen seit der Einstellung des bewaffneten Kampfes vor ähnlich gelagerten Problemen: Wurden die Ziele der Befreiungskriege erreicht, verfehlt oder gar verraten? Welche neuen Aufgaben warten auf die Befreiungsbewegungen, wenn sie nun politische Verantwortung übernehmen und in Südafrika oder den autonomen palästinensischen Gebieten eine neue demokratische Verwaltung aufbauen müssen? Welche Auseinandersetzungen gibt es innerhalb der Befreiungsbewegungen über diesen politischen Kurs und wie wird mit KritikerInnen in den eigenen Reihen umgegangen?

Auf vorangegangenen Informations-Veranstaltungen in Berlin zu diesen Themen wurden zumeist nicht VertreterInnen der Befreiungsbewegungen bzw. der die Verhandlung befürwortenden Gruppen angehört. Statt dessen wurde mit entsprechenden ReferentInnen gleich in die (oftmals vernichtende) Kritik dieser Verhandlungsprozesse eingestiegen.

Bei diesen Veranstaltungen waren hingegen Mauricio Mancia-Aleman, Mitglied des ZK der FPL (eine der fünf FMLN-Organisationen), Bert Seraje (ANC-Mitglied aus Berlin) sowie Nabil Koulailat, der erste in der ehemaligen DDR akkreditierte Botschafter der PLO. Mit dabei jeweils ein ak-Mitarbeiter (Albert Sterr, Jörg Stoll und Klaus Mellenthin). Sie versuchten, den Eintritt in die jeweiligen Friedensgespräche politisch herzuleiten. An konkreten Punkten, die aus ihrer Sicht für die künftige Arbeit der Linken in diesen Ländern von Bedeutung sein könnten, äußerten die ak-Journalisten Kritik am entsprechenden Vorgehen der Befreiungsbewegungen (so z.B. daß in El Salvador die Chance nicht genutzt wurde, mit der vereinbarten Aufarbeitung von Menschenrechts-Verbrechen auf Seiten der Armee, die faschistischen Strukturen in den Streitpunkten aufzubrechen oder aber die schwerwiegenden Mängel im Gaza-Jericho- bzw. dem diesjährigem Abkommen von Kairo). Dies wurde kritisiert, ohne aber die strategische Einscheidung für die Aufnahme der Verhandlungen in Frage zu stellen.

Das Hauptinteresse bei den Fragen der insgesamt ca. über 200 BesucherInnen bestand darin, möglichst präzise Einschätzungen zu erhalten, ob im Zuge der Verhandlungen nicht zuviel an politischer Substanz preisgegeben worden ist. Hier zeigten sich die Grenzen dieser Veranstaltungsreihe: Zunächst stellten alle drei Vertreter der Befreiungsbewegungen ihre aus den Verhandlungen gewonnenen neuen politischen Handlungsmöglichkeiten (mit Recht) deutlich heraus. Schwierig wurde es, wenn mit Daten und Fakten argumentiert wurde, die in der Diskussion nicht nachprüfbar waren, die aber durchweg optimistische Prognosen begründen sollten - sei es nun über Entwicklungschancen der Organisationen der FMLN, sei es über die Chancen für die Umsetzung einer sozialen Wirtschaftspolitik in Südafrika oder hinsichtlich der vielfältigen Unwägbarkeiten in Palästina und Israel. Während sich der eine Gast hinter sprachlichen Barrieren verstecken konnte, nutzte der andere sein rhetorisches Geschick, um allzu bohrenden Fragestellungen aus dem Weg zu gehen.

Dennoch, das hartnäckige Interesse des Publikums nach Antworten läßt auf ein entsprechendes Bedürfnis an derartigen Informationen und Ansichten schließen. Womöglich liegt es daran, daß der strategische Rahmen für die Linken dort wie hier so unterschiedlich gar nicht ist. Geht es doch auch in den auf der Veranstaltungsreihe thematisierten Ländern allein schon wegen der ungünstigen militärischen oder ökonomischen Kräfteverhältnisse darum, gesellschaftlichen Einfluß mit politischen Mitteln zu verteidigen oder auszubauen, ohne dabei Illusionen über die Gestaltbarkeit des Kapitalismus oder dessen friedliche Aufhebung zu verfallen.

Anzeige

21. "Ideen sterben nie." Gespräch mit einem Vertreter der Linken Ecuadors

Rubrik: Ecuador · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:20

Im Erdölland Ecuador zogen sich die Generäle vor 15 Jahren in die Kasernen zurück. Damit setzte auf dem lateinamerikanischen Subkontinent die Welle der Abdankungen von Militärregimes ein. Ende der achtziger Jahre gewann der Sozialdemokrat Rodrigo Borja die Wahlen. Er bekam jedoch die Wirtschaftskrise nicht in den Griff. Seit August 1992 ist eine neoliberal orientierte konservative Regierung unter Präsident Sixto Durán Ballen am Ruder. Sie zieht die aus anderen Ländern bekannten IWF-Spar- und Privatisierungsprogramme durch und forciert darüberhinaus die Erschließung neuer Ölquellen. Dies verschlimmert nicht nur das ökologische Desaster sondern trägt auch entscheidend zur Vertreibung indianischer Ureinwohner und zur Zerstörung ihrer Siedlungsräume bei.

Im Vergleich zu den andinen Nachbarländern Peru und Kolumbien scheint Ecuador, das etwa so groß ist wie die BRD (alt) und gut 10 Mio Einwohnerinnen und Einwohner hat, eine Insel der Ruhe zu sein. Unter der Oberfläche jedoch gärt es. Rapider sozialer Abstieg, scharfe gesellschaftliche Polarisierung, Perspektivlosigkeit für die Bevölkerungsmehrheit und ein allgegenwärtiger Rassismus gegenüber den Angehörigen der 18 indianischen Ethnien (zusammen über 1/3 der Gesamtbevölkerung) bilden ein explosives Gemisch. Die per Gesetz ermöglichte Zerschlagung kollektiver Arbeitsformen in der Landwirtschaft brachte die betroffenen Indígenas so in Rage, daß sie im Juni Ecuador mit Straßenblockaden tagelang paralysierten. Gewerkschaften, Intellektuelle und linke Organisationen solidarisierten sich. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand und ließ Militär aufmarschieren, um die Protestwelle zu brechen.

Dr. Vicente Casco, Uni-Professor und führendes Mitglied der linken "Demokratischen Volksbewegung" (MPD), schildert die Lage in Ecuador und geht auf das Selbstverständnis und die Politik seiner Organisation ein.

Die Regierung Sixto Durán Ballen betreibt eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Hierzu erließ sie 1993 eine Reihe neuer Gesetze. Gegen die Folgen dieser Politik kommt es zu Protestaktionen, Demonstrationen und Streiks. Welche Position hat die ecuadorianische Linke dazu?

Alle linken Parteien lehnen diese Wirtschaftspolitik der Regierung Sixto Durán Ballen ab. Wir wußten von vorneherein, welche Intentionen dahinter stehen und welche Konsequenzen zu erwarten waren. Deshalb konnten wir mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik nicht einverstanden sein. Die meisten Staatsunternehmen sollen privatisiert werden. Bisher wurden sie in der Regel subventioniert und konnten der Bevölkerung ihre Dienstleistungen zu mehr oder weniger günstigen Preisen anbieten.

Es geht um die Stromversorgung, die Telekommunikation und das Transportwesen ...

Die Regierung privatisiert die wichtigsten Staatsunternehmen, jedoch nicht alle. Die staatliche Eisenbahn wurde z.B. nicht sofort privatisiert. Es handelt sich um ein Unternehmen, das keine Gewinne macht und deshalb konsequenterweise erst in zweiter Linie interessiert. Es geht lediglich um diejenigen Teile des staatlichen Sektors, die Entwicklungsperspektiven haben und Devisen bringen können. Diese Staatsunternehmen werden nicht nur an ecuadorianische Privatunternehmer sondern vor allem auch an ausländisches Kapital veräußert.

Wie wirkt sich diese Wirtschaftspolitik aus?

Sie stärkt die mächtigsten nationalen und internationalen Kapitale und enthält noch größeren Teilen der ecuadorianischen Bevölkerung Sozialleistungen vor. Dabei ist es die Pflicht des Staates, allen Ecuadorianern die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Staatshaushalt wurde von allen zusammen erarbeitet und demzufolge hat der Staat die Aufgabe, allen soziale Sicherheit, Arbeit und eine Entwicklungsperspektive zu bieten.

Wie sieht die Lage der Bevölkerungsmehrheiten aus?

Die soziale Situation hat sich dramatisch zugespitzt, die Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Die Leute sind sehr nervös und angespannt. Sie wissen nicht mehr, was sie tun sollen. Nicht einmal die Gegenwart ist

einigermaßen sicher, von der Zukunft ganz zu schweigen. Die Leute klammern sich an das, was ihnen das Überleben am nächsten Tag sichert. Ihre ganze "Zukunftsplanung" besteht lediglich darin, übermorgen dasselbe zu tun.

Die Probleme begannen ja bereits unter der Regierung des Sozialdemokraten Rodrigo Borja. Dazu kommt der Zusammenbruch des Realsozialismus. Hat ihre Partei, die "Volksdemokratische Bewegung" (MDP), unter diesen Umständen überhaupt eine linke Perspektive zu bieten?

Wir denken, daß die Ideen der Linken sowie ihr theoretisches Fundament nicht verlorengegangen sind. Sie liegen unserer Partei und ihren Aktionen gegen die neoliberale Regierungspolitik zugrunde. Was in den Ländern, in denen die Linke regierte, scheiterte, ist die Umsetzung der Theorie in die Praxis. Das wird immer sehr schwierig sein, das ist uns klar. Wir haben es schließlich mit Menschen zu tun. Heutzutage sagen viele, daß es den Kommunismus nicht mehr gebe und daß der Sozialismus gescheitert sei. Aber das stimmt nicht. Denn Ideen sterben nie. Das Procedere bei der Umsetzung der Theorie in die Realität kann schiefgehen, aber das ist eine andere Sache.

Erdölförderung, Umweltzerstörung und Vertreibung der Indígenas

Die Erdölförderung im Osten Ecuadors, die von TEXACO und anderen internationalen Ölmultis vorangetrieben wird, führt nicht nur zur Abholzung des Urwaldes im Amazonasbecken sondern zerstört auch die Siedlungsgebiete indianischer Gemeinschaften. Die Indígenas richteten eine Resolution an die Regierung, in der sie damit drohten, es dem Beispiel Chiapas gleichzutun. Erhalten sie Unterstützung von anderen Gruppen?

Die Ölförderung trägt zwischen 60 und 63% zum Staatshaushalt bei. Öl ist eine natürliche Ressource, die für unser Land höchste Bedeutung hat. Unabhängig von diesen positiven Seiten ist es aber auch richtig, daß die Erdölförderung ökologische Zerstörungen mit sich gebracht hat. Es wurden weder die besten Produktionstechniken eingesetzt noch wurde auf die Folgen für die Umwelt Rücksicht genommen. In der Regel wurde ausländische Technik verwendet, wobei es zu Beginn nur wenige einheimische Fachleute gab. Diese machten sich keine Gedanken um die Umwelt und so wurden Flora und Fauna schwer geschädigt. Shell, TEXACO und Gulf-Oil waren lediglich an der Extraktion des Rohstoffes interessiert, der Rest war ihnen gleichgültig. Erst als es zu Explosionen an Bohrlöchern kam und die Pipelines nicht mehr dicht waren, sie also Öl und Gas verloren, wurde die "Stiftung Natur" gegründet. Die Schäden waren aber schon längst da und viele tausend Hektar Land sind zerstört.

Wie reagieren die Indianerinnen und Indianer in den betroffenen Gebieten im Osten des Landes?

Alle indianischen Gruppen, die im Osten des Landes leben, verteidigen ihr Land. Sie haben gute Gründe, dafür einzutreten. Es ist das Land ihrer Vorfahren und wenn auch staatliche Institutionen kommen und im Interesse höherer Ziele aufzutreten beanspruchen, so muß dennoch zu allererst auf die Interessen der dortigen Einwohner Rücksicht genommen werden. Es reicht nicht aus, lediglich dafür zu sorgen, daß das Öl aus dem Boden sprudelt. Denn die erwähnte Umweltzerstörung vernichtet die Lebensgrundlage dieser Bevölkerungsgruppen. Das ist vergleichbar damit, daß in der Stadt Arbeiter entlassen und nach Hause geschickt werden, ohne daß ihnen eine Möglichkeit gegeben wird, für ihren weiteren Lebensunterhalt zu sorgen. Erst in jüngster Zeit sind Vereinigungen entstanden, die sich der Lage dieser Gruppen im Osten des Landes annehmen. Ein aktueller Fall: Die Shuara-Indígenas weigern sich, einer Ölexploration in ihrem Gebiet zuzustimmen. Es ist ihr legitimes Recht, sich dagegen zu wehren.

Wie verhalten sich die städtischen sozialen Bewegungen dazu?

Die Universität, Arbeiter, öffentliche Einrichtungen und natürlich auch die indianischen Vereinigungen verteidigen die Shuaras. Per Television wird uns zwar tagtäglich gesagt, daß die Erschließung neuer Ölvorkommen in dieser Zone dem ganzen Land Vorteile bringen werde und daß wir uns dadurch entwickelten. Da ist ja auch etwas dran. Es ist aber nicht weniger wahr, daß die spezifische Lage der Arbeitenden nicht weiter berücksichtigt wird und daß sich ihre ökonomische Lage immer weiter verschlechtert. Darum geht es! Das mindeste was wir also tun können, ist, uns mit den Betroffenen zu solidarisieren und sie materiell, politisch und moralisch zu unterstützen.

Welche Position hat Ihre Partei dazu?

Wir verteidigen die Rechte der Shuaras. Wir treten auch für den Schutz der Umwelt ein. Wir denken, daß es unsere Aufgabe ist, die natürlichen Lebensgrundlagen so zu nutzen, daß sie nicht nur für uns selbst erhalten bleiben, sondern auch für diejenigen, die nach uns kommen.

Entstehung und politische Vorstellungen der MPD

Die "Demokratische Volksbewegung" (MPD) wird oft als Partei der Intellektuellen und Lehrer bezeichnet. Welche Wurzeln hat die MPD und welches ist ihre soziale Basis?

Die Partei entstand 1978 als Koalition unterschiedlichster Leute. Zum Teil waren es Unabhängige und zum Teil kamen sie aus anderen Parteien, der sozialistischen, kommunistischen und sogar aus der liberalen und konservativen Partei. Die MPD wurde ein Zusammenschluß all derjenigen, die von der Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung der Strukturen überzeugt waren. Dabei handelte es sich um Lehrer, Schüler und Studenten, Intellektuelle und Freiberufler. Unsere Partei hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt und wurde bei den Wahlen von 1992 zur viertgrößten unter 17 Parteien. Die MPD ist heute eine Partei, deren Basis weit über die Lehrerschaft hinausgeht.

Wie arbeiten Sie?

Unser Schwerpunkt liegt in der ideologischen Arbeit. Zuerst versuchen wir den Leuten anhand konkreter Einzelfälle, die sie selbst betreffen, klar zu machen, was schlecht läuft. Sie sollen sich über ihre Lage bewußt werden und ihre Rechte einfordern. Uns würde es gar nichts nützen, wenn die Leute zwar unsere Partei unterstützen würden, jedoch selbst nicht protestieren und nichts tun, um ihre Lage zu verändern. Unser Ansatz ist, dazu beizutragen, daß die Leute in die Lage versetzt werden, ihre Rechte zu erkämpfen.

Wie sind die Beziehungen der MPD zu den Arbeiterinnen und Arbeitern?

Unsere letzte politische Anstrengung ging dahin, so viele Gewerkschaften wie möglich zu gewinnen. Ich möchte nur die Lehrergewerkschaft (UNE), die Universitätsangestellten, die Angestellten der Sozialversicherung (IESS) und andere Gewerkschaften von Staats- und Privatunternehmen nennen. Wir wenden uns auch an die Föderationen von Elendsviertelbewohnern und kleinen Dörfern. Wir wollen versuchen, möglichst viele Menschen zusammenzuschließen, die von der neoliberalen Politik betroffen werden. Wir tun alles, um an den Punkten präsent zu sein, an denen sich etwas bewegt. Aber dies ist ein langsamer Prozeß. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß uns oft die elementarsten Mittel fehlen, um unsere politische Propaganda an die Leute zu bringen. Wir sind eine sehr arme Partei und können gerade einmal unsere Stimme erheben. Ich denke, daß wir schneller vorankommen könnten, wenn wir mehr materielle Mittel zur Verfügung hätten.

Arbeitet die "Demokratische Volksbewegung" (MPD) auch mit anderen linken Gruppen zusammen?

Dazu ist zunächst zu sagen, daß es von 1970-1972 zur Aufsplitterung der Linken kam, die bis dahin in der "Sozialistischen Partei" und der "Kommunistischen Partei" organisiert war. Es entstand eine Vielzahl von Gruppen, die alle ihre eigenen Strukturen, Führungsgremien und politischen Linien hatten. Da die Linke gespalten war, hatte sie keine größeren Möglichkeiten. Ein Teil der Linken paßte sich an, während andere gegenüber dem Staat und den rechten Parteien ihre kämpferischen Positionen beibehielten. Viele linke Gruppen verbündeten sich mit den Parteien, die jeweils gerade an der Regierung waren. Sie warfen damit alle ihre Prinzipien über Bord. Sie versprachen sich persönliche Vorteile oder Vorteile für ihre jeweilige Gruppe.

Die MPD versucht schon sehr lange, alle diese linken Gruppen an einen Tisch zu bringen. Wir haben Gespräche mit allen Führungspersönlichkeiten der einzelnen Gruppen oder Blocks initiiert. Daraus ging die "Alternative '92" hervor. Daran beteiligten sich die MPD, FADI und "Sozialismus". Unser Ziel war es, eine politische Kraft zu schaffen, um rechte Ideologie wirksam zu bekämpfen. Wir wurden jedoch besiegt und so kam es zu der derzeitigen neoliberalen Regierung.

Hat dies zur Beendigung der Zusammenarbeit geführt?

Nein, wir versuchen damit fortzufahren. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß wir alle Kräfte der Linken bündeln müssen, um gegenüber der Regierung eine starke Opposition zu bilden. Die Regierung muß zumindest zur Kenntnis nehmen, daß es eine ideologische Kraft gibt, die über den Tellerrand ihrer Gruppeninteressen hinausblickt. Uns geht es auch um mehr, als lediglich um die Teilnahme an Wahlen. Wir

sehen auch die Wahlkämpfe als Möglichkeiten zur politischen Erziehung der Bevölkerung. Wir wollen an die Leute rankommen und bei ihnen einen Prozeß in Gang setzen, so daß sie ihre gegenwärtige Position überprüfen, ihre Rechte einforderen, sich zusammenschließen und eine breite Bewegung aufbauen, um letztlich die Strukturen zu zerbrechen, die uns alle fesseln.

Welche Folgen hatte der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten für die ecuadorianische Linke?

Es gab eine ganze Reihe, die aufgaben und der Linken den Rücken kehrten. Andere blieben zwar in den Parteien der Linken, sind jedoch ideologisch verunsichert und wollen nicht mehr offen für die Linke arbeiten, weil, wie sie sagen, die Welt und die Gesellschaft sich verändern. Personen, die bis dahin Führungsaufgaben wahrgenommen hatten, begannen an den sozialistischen Theorien zu zweifeln. Aber das hat keine weiteren Kreise gezogen, weil andere Aktivisten, ausgehend von unserer Realität, neue politische Erfahrungen sammeln konnten und nun versuchen, dies mit theoretischen Kenntnissen zu kombinieren, um so neue Alternativen zu finden.

Das Interview wurde von Bertolt Weber in Quito, Ecuador, geführt und von Al., Nürnberg, übersetzt und bearbeitet.

Die Linke in Ecuador

Jenseits der Sozialdemokratie gibt es einige linke Parteien, die erwähnenswert sind. Die stärkste und politisch lebendigste ist "Demokratische Volksbewegung" (MPD). Das nebenstehende Interview wurde mit einem ihrer leitenden Aktivisten geführt. Die 1978 gegründete Front bündelt eine Reihe von Strömungen. Sie ist in den Städten und auf dem Land, sowohl in den tropischen Küstenprovinzen als auch im Andenhochland vertreten. Sie stellt in den meisten Provinzparlamenten Abgeordnete und erzielte bei Teilwahlen für den Kongreß und die Regionalparlamente, die im Mai 1994 stattfanden, bemerkenswerte Zugewinne. Sie gewann sieben (bisher: zwei) von 65 freiwerdenden Sitzen. Ihr Vorsitzender, Jaime Hurtado, gilt als einziger bedeutender schwarzer Politiker des Landes.

Die "Breite Front der Linken" (FADI) trat 1984 als Bündnis, das von der moskauorientierten KP und drei weiteren kleinen Gruppen gebildet wurde, zu den Wahlen an. Das Bündnis ist mittlerweile zerbrochen. Die FADI existiert weiter, hat jedoch keinen größeren Einfluß.

Die "Sozialistische Partei" (PS), wie in Ecuador die traditionell moskauorientierte KP heißt, ist nur noch von marginaler Bedeutung und verfügt ebenfalls nicht mehr über Masseneinfluß. Die drei genannten Parteien sowie eine weitere Gruppe kommen auf etwa 10% der Stimmen.

Die Guerillagruppe "Alvaro vive" hat nach langjährigem erfolglosen Kampf die Waffen niedergelegt. Daneben gibt es noch einige ML-Kleinstgruppen. Sie nehmen weder an den Wahlen teil, noch verfügen sie über eine größere Anhängerschaft.

Lesehinweis:

Ein vergleichsweise aktueller, zusammenfassender und vor allem hinsichtlich der Wirtschaft sehr faktenreicher Artikel über Ecuador ist in den "Lateinamerika - Analysen und Berichte" Nr. 17 zu finden. Wolfgang Schmidt, Ecuador oder Wie Ölreichtum sich in Armut verwandelt, in: Lateinamerika - Analysen und Berichte Nr. 17, (Horlemann Verlag) Bad Honnef 1993, S. 167-176.

22. Bereichert Euch! Soziale Veränderungen in China - einige Schlaglichter

Autor: J., Westberlin · Rubrik: China · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:37

Obstverkäufer, Zigarettenhändler, Haarschneider, Zahnklempner, Anbieter von Mao-Zedong-Devotionalien, Garküchen, Limo-Verkäufer, Büchertische, Kleidermärkte, illegaler Handel mit Tierknochen ... wer sich heute durch eine von Chinas Millionenstädten bewegt, braucht sich über einen Mangel an Abwechslung und Lebendigkeit nicht zu beklagen. Gigantische Baustellenkomplexe, riesige Hochhauspaläste, neue Schnellstraßen oder dichter Autoverkehr auf etlichen Straßen ergänzen das Bild - den endlosen Strom der Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer nicht zu vergessen.

Und wo Schuhputzer, Autowäscher und russische Schoßhündchenverkäufer ihr Angebot feilbieten, wo westliche Kleidermarken und Parfum aus Frankreich zu erstehen sind, muß auch eine entsprechende Nachfrage vorhanden sein. Vom Augenschein ist dies ohne weiteres nachvollziehbar: Junge Männer in gediegenen Anzügen speisen in Restaurants der gehobenen Preisklasse, eines der inzwischen fast eine Million im Umlauf befindlichen Handys immer griffbereit; schick und elegant gekleidete Frauen mit modischen Frisuren durchqueren die Fußgängerzonen, wo allenfalls der Anblick einiger Bettler das Konsumerlebnis zu schmälern vermag.

Nach Angaben des staatlichen Statistikamtes haben die reichsten drei Prozent der chinesischen Bevölkerung mehr Geld auf ihren Konten als die 800 Millionen Bauern des Landes zusammen. Nach diesen Zahlen, die Mitte 1992 erhoben wurden (inzwischen dürfte die Vermögensschere weiter auseinandergeklafft sein), hatten 30 Millionen "Geschäftsleute" 293 Milliarden Yuan gespart (5 Yuan sind nach derzeitigem Schwarzmarktkurs umgerechnet rund 1 DM, der offizielle Kurs ist nur geringfügig niedriger), die bäuerliche Bevölkerung Chinas hatte insgesamt 273 Milliarden Yuan zusammengespart. Die übrige städtische Bevölkerung (knapp 300 Millionen Menschen) besaß 344 Milliarden Yuan auf der hohen Kante. (FR, 24.11.93) Eine andere Statistik, auch auf 1992 bezogen, kommt zu dem Ergebnis, daß die reichsten 20 Prozent der Stadtbevölkerung 2,8mal soviel verdienen wie das ärmste Fünftel in den Städten. (1981 war es erst das 1,7fache.) Auf dem Land verdienten die reichsten 20 Prozent gar fünfmal soviel wie das ärmste Fünftel. (SZ, 21.6.94)

Ware Arbeitskraft

Solche Erscheinungen sind Folge der bekanntermaßen durch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) seit 1978 eingeleiteten wirtschaftlichen Reformpolitik. Der vorausgegangen war im Anschluß an die Kulturrevolution in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine (ganz im Gegensatz zur damaligen Außenpolitik) "ultralinke" Innen- und Wirtschaftspolitik, die ihren Schwerpunkt bei der Entwicklung der ländlichen "Volkskommunen" hatte und eine extrem egalitäre Politik in Anlehnung an das Lebensniveau der "Arbeiter- und Bauernmassen" durchzuführen versuchte. Seit 1978 ist die KPCh nun auf einen, um im Bild zu bleiben, "ultrarechten" Kurs eingeschwenkt, dessen politische, ökonomische und gesellschaftliche Folgen inzwischen so tiefgreifend sind, daß sie durch bewußte politische Steuerung jedenfalls nicht mehr rückgängig zu machen sein dürften.

In Chinas "sozialistischer Marktwirtschaft" (1992 fand diese Formulierung Eingang in das Parteistatut, 1993 in die Verfassung) wird auch Arbeit immer mehr zur "Ware Arbeitskraft". Das läßt sich in jeder größeren chinesischen Stadt direkt erleben: An bestimmten Plätzen sammeln sich Menschen, die dort ihre Arbeitskraft zum Verkauf anbieten. Oft haben sie ihre Werkzeuge vor sich liegen oder sie informieren auf Pappschildern über ihre Fähigkeiten. Aber daß Arbeit zur Ware wird, gilt natürlich auch für alle die Menschen, die ihr Geld jetzt in einer der inzwischen über 200.000 privaten Firmen verdienen, aber über ihren Lohn hinausgehend keine weiteren Ansprüche oder gar Besitzrechte gegenüber dem Betrieb haben, in dem sie arbeiten.

Chinas staatliche Betriebe, öffentliche Verwaltungen oder sonstige staatliche "Arbeitgeber" (Institute, Krankenhäuser usw.) sind immer weniger in der Lage, die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten mit der relativ hohen Inflation Schritt halten zu lassen. Trotzdem können sie den bei ihnen arbeitenden Werktätigen einiges bieten: Über die "danwei", die Arbeitseinheit, gibt es eine preiswerte Wohnung, einen Kindergartenplatz, die kostenlose Krankenversicherung und die betriebliche Rente. (Soziale Sicherungssysteme außerhalb der

Betriebe und Arbeitseinheiten gibt es in China nämlich bislang noch nicht. Dafür aber schon einen "freien" (Eigentums-)-Wohnungsmarkt, auf dem die Preise oft "Westniveau" erreichen.)

Massenphänomen Zweitjob

Unter diesen Bedingungen ist der Zweitjob in China zu einem Massenphänomen geworden. Entweder die Menschen arbeiten nach Arbeitsschluß noch in einer anderen Firma, oder sie verkaufen auf der Straße irgend etwas. Oder aber sie haben die Möglichkeit, in ihrer "danwei" auf eine halbe Stelle oder noch weniger zu gehen. Da ist zum Beispiel eine Institutsmitarbeiterin, die auf ihrem eigentlichen Arbeitsplatz nur noch einen Tag in der Woche für ein paar Stunden erscheint - selbstverständlich bei entsprechender Reduzierung ihres Lohnes. Den Rest der Woche widmet sie sich der Arbeit in einer Bekleidungsfirma. Eine Fabrikarbeiterin arbeitet abends in einem Restaurant als Sängerin und kann dabei gut und gerne die Hälfte ihres Monatslohns aus der Fabrik erzielen. Aufsehen erregte im Sommer 1992 in der chinesischen Hauptstadt ein Professor für Forstwirtschaft. Um seinen Monatslohn von 550 Yuan etwas aufzustocken, verkaufte er auf dem Campus nebenbei Pfannkuchen. Am Ende des Sommers war er um 800 Yuan reicher.

Von den staatlichen Betrieben und anderen "öffentlichen Arbeitgebern" werden die Zweitjobs ihrer Arbeiter und Angestellten meist stillschweigend geduldet. Diese Praxis verhilft ihnen dazu, ihre Lohnkosten zu reduzieren und gegebenenfalls vorhandenen Personalüberhang abzubauen. Unter diesen Bedingungen nimmt es allerdings nicht wunder, daß die staatlichen Betriebe - ohnehin mit den geschilderten sozialen Leistungen belastet - in ihrem Produktivitätszuwachs weit hinter den privaten Firmenneugründungen zurückbleiben und häufig nicht aus den roten Zahlen herauskommen.

Das alles geht nur solange gut, wie nicht ernst gemacht wird mit der staatlichen Vorgabe, daß die Staatsbetriebe mit Gewinn zu arbeiten hätten und die Subventionen aus dem Staatshaushalt eingestellt werden. Ursprünglich sollte dies ab 1994 mit der Umwandlung staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften umgesetzt werden. Doch offenbar aus Angst vor sozialen Unruhen geschieht in dieser Richtung noch sehr wenig. Hinzu kommt, daß auch innerhalb des administrativen Systems bzw. der kommunistischen Partei mit Widerstand zu rechnen ist, weil die Zerschlagung der Staatsbetriebe zugleich die Beseitigung entsprechender Machtstrukturen und Privilegien einer Anzahl von Funktionären bedeutet.

Wachsende Unruhe

Jüngst wurde der erste Konkurs eines Staatsbetriebs in der Zehn-Millionen-Metropole Schanghai bekannt. 400 Arbeiterinnen und Arbeiter einer Gummibandfabrik verloren damit ihre Arbeit. In einem Bericht wird ein städtischer Beamter zitiert: "Letztlich trifft es immer die Arbeiter. Sie haben ganz auf den Staat vertraut, und plötzlich stehen sie vor dem Nichts." Eine neue Anstellung, nur gegen Gehalt, aber ohne breite Sozialleistungen interessiere die entlassenen Arbeiter nicht. "Sie wollen die Wohnung, medizinische Versorgung und Sicherheit eines Staatsbetriebs." (Tagesspiegel, 20.6.94) Von 800 staatlichen Betrieben in Schanghai sollen 332 "angeschlagen" sein, einige mit über 1.000 Beschäftigten. Nach offiziellen Angaben schreiben in China 49,6 Prozent aller staatlichen Betriebe rote Zahlen.

Mehr als 6.000 illegale Streiks soll es nach einem geheimen Bericht der Regierung 1993 gegeben haben. (Wirtschaftswoche, 20.5.94) Nach Angaben des offiziellen Gewerkschaftsbundes hat es 1993 mehr als zehntausend spontane Protestaktionen aus der Arbeiterklasse gegeben. (China aktuell, März 1994) Bei verschiedenen Aktionen in Städten der Provinz Liaoning (Nordostchina) beschwerten sich die Arbeiter "über die Verletzung (ihrer) Interessen im Zuge der Unternehmensreformen, Verzug bei der Auszahlung der Löhne, über Wegfall von Prämien und Unterhaltszuschüssen". In mehreren Bergwerken der Provinz Shandong (Ostchina) sollen sich tausende Bergarbeiter an Streiks beteiligt haben, bei denen es zu blutigen Auseinandersetzungen mit "Sicherheitskräften" kam. (ebd.)

Offensichtlich völlig rechtlos sind die Arbeiterinnen und Arbeiter in den vielen neugegründeten Betrieben oder auf den unzähligen Baustellen, besonders in den boomenden Sonderwirtschaftszonen. Nach einem Bericht der in Beijing erscheinenden Zeitung "China Daily" sind in den ersten 10 Monaten des Jahres 1993 durch Arbeitsunfälle 60.000 Menschen ums Leben gekommen. (ebd.)

Die Sonderwirtschaftszonen, darüber hinaus aber die gesamten an die Küste grenzenden Regionen sind das Ziel von Millionen aus den ländlichen Gebieten stammender Menschen, die hier auf der Suche nach

Beschäftigung bereit sind, jede Arbeit anzunehmen. Denn nach den weiterhin geltenden Gesetzen aus den Zeiten der sozialistischen Planwirtschaft ist ihr Aufenthalt in den Städten zunächst einmal illegal, so daß ihnen eine reguläre Beschäftigung in den Staatsbetrieben versperrt ist. So werden sie Opfer brutaler Ausbeutung in den Privatbetrieben oder aber in den Straßenhandel abgedrängt.

Als Ergebnis der Abwanderung aus ländlichen Gebieten in die Städte ist die bäuerliche Bevölkerung Chinas von rund 900 Millionen im Jahre 1978 auf knapp 800 Millionen 1993 gefallen. Die Binnenwanderung über die Provinzgrenzen hinweg umfaßt inzwischen rund 20 Millionen Menschen, etwa 60 Millionen Bauern sollen sich innerhalb ihrer Heimatprovinzen auf Arbeitssuche und damit auf Wanderschaft begeben haben. Andererseits entstehen jedoch in jüngerer Zeit auch auf dem Land zunehmend Industrie- und Handwerksbetriebe, was dem derzeitigen Trend entgegenwirken könnte. Zumindest in den nicht so armen ländlichen Gebieten ist die dörfliche Struktur komplexer geworden. Es gibt Bauern, Arbeiter, Selbstbeschäftigte in Industrie und Handel, Privatunternehmer, Manager und Verwaltungskräfte. Nur noch eine Minderheit der Dorfbewohner befaßt sich ausschließlich mit der Landwirtschaft.

Kommunistische Partei

ist orientierungslos

Mit der Einführung des Kapitalismus in China hat, so läßt sich generell festhalten, durch die rasante ökonomische Entwicklung eine ungeheure soziale Differenzierung eingesetzt. Politische Artikulationsmöglichkeiten sind dafür nicht vorgesehen und auch kaum in Sicht. Politisch und administrativ zusammengehalten wird das alles durch die Kommunistische Partei, die aber in der Bevölkerung seit der blutigen Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz völlig diskreditiert ist. Die unter lokalen politischen Entscheidungsträgern sozusagen zwangsläufig verbreitete Korruption tut ihr übriges dazu. Als politisch und ideologisch mobilisierende Kraft ist die KPCh heute aus dem öffentlichen Leben Chinas verschwunden. Erst recht ist sie in den zahlreichen privaten Firmen politisch überhaupt nicht mehr vorhanden. Die folgende Begebenheit unterstreicht diesen Befund nur: "Die Gründung einer Parteizelle mit acht Parteimitgliedern in der Daya-Nuklearanlage (Provinz Guangdong), die auf eine Absprache zwischen Deng Xiaoping und dem Beijing-freundlichen Unternehmer Lord Kadoorie aus Hongkong zurückgeht, wurde ... als Modellfall dargestellt. Die Parteizelle werde die Parteimitglieder unter der Belegschaft dazu anhalten, mit größtem Einsatz ihrer Arbeit nachzugehen und eine vorbildliche Arbeitsmoral zu demonstrieren." (nach China aktuell, Febr.94) Auch auf dem Land funktionieren Teile der Parteiorganisation bzw. das organisatorische Leben der Partei nicht mehr. "Aus Shandong wurde bekannt, daß in mindestens 80 Prozent der armen Dörfer dieser Provinz die Parteizellen nicht regelmäßig zusammentreten." (ebd.)

Schon 1992 mußte die Beijinger Volksuniversität 17 Fakultäten mangels Nachfrage schließen, darunter Marxismus-Leninismus, Planwirtschaft und Parteigeschichte. (das neue China 3/93) In dem Bericht wird dazu eine Studentin zitiert: "Wer heute noch ein ideologisches Fach studiert, wird später von keiner Einheit mehr übernommen."

J./Westberlin

23. Privatschulen in China

Autor: Wang Wenci · Rubrik: China · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:18

Die Verfasserin dieses Artikels lebt in der nordostchinesischen Stadt Shenyang.

Seit der Gründung der Volksrepublik China sind alle chinesischen Schulen (Grundschulen, Mittelschulen, Hochschulen) staatlich. Erziehungspolitik und Unterrichtsziele, Schulverwaltung, Lern- und Verwaltungsgebühren für die Schüler und Studenten sind vom Staat einheitlich bestimmt. Mit der Wirtschaftsreform in China wird auch die Reform des alten Bildungs- und Erziehungssystems durchgeführt. Unter diesen Umständen sind überall in China Privatschulen gegründet worden, ohne daß es hierfür eine gesetzliche Grundlage geben würde. Die meisten dieser Privatschulen sind Grundschulen. Sie erheben hohe Lern- und Verwaltungsgebühren und verfügen über supermoderne Unterrichtsanlagen. Wegen der luxuriösen Lebens- und Lernverhältnisse ihrer Schüler nennt man solche Schulen "die Schulen der Adligen". Heutzutage kann man in den Zeitungen und Zeitschriften verschiedene Artikel über solche Schulen mit den Überschriften "Die Schulen der Adligen in China" lesen. Daraus läßt sich die negative Meinung der meisten Menschen über die Privatschulen ersehen.

Im Februar 1993 ist die erste Privatschule in Beijing errichtet worden. Wie oben erwähnt, sind die Lern- und Verwaltungsgebühren dieser Schule ohne Ausnahme sehr hoch. Sie betragen nur für ein Schuljahr 13.500 Yuan. Nach der Bestimmung des Staates sollen die Kinder in der Grundschule sechs Jahre lernen. Das heißt, zusammengenommen erreichen die Gebühren in sechs Jahren 81.000 Yuan. Außerdem muß für jedes Kind bei der Einschreibung für den Aufbau und die Entwicklung der Schule einmalig 30.000 Yuan gezahlt werden - macht zusammen 111.000 Yuan.

Doch wie hoch ist das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter und Angestellten in der Stadt? Nach statistischen Angaben beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen der Arbeiter und Angestellten in der Stadt nur 3.000 Yuan. Das heißt, um sein Kind in eine Privatschule schicken zu können, müßte ein solcher Mensch nahezu 40 Jahre arbeiten, dabei nichts essen, keine Kleidung kaufen und auf der Straße wohnen. Solche Hochpreisschule zu besuchen ist also für Kinder der einfachen Menschen ganz und gar unmöglich.

Die Privatschulen verfügen im allgemeinen über Klimaanlagen, Computer, Erzieher und berufsmäßiges Sicherheitspersonal. Die Schüler solcher Schulen sind Kinder der neuen Oberschicht: Emporkömmlinge, die in den letzten Jahren bei der Reform der Wirtschaft in China infolge der unvollkommenen Gesetze und Verordnungen des Staates emporgestiegen sind. Die Söhne und Töchter dieser "Adligen" konzentrieren sich in solchen Schulen und sind damit von den anderen "einfachen" Kindern getrennt. Welchen Einfluß wird solche Schule auf die "außergewöhnlichen" Kinder ausüben? Möchten die Rektoren der Privatschulen wirklich die chinesische Erziehung entwickeln? Oder denken Sie hauptsächlich an den Profit?

Im Gegensatz zu diesen kritischen Ansichten haben andere Menschen folgende Meinung: Obwohl die Privatschule Nachteile hat, sei sie im großen und ganzen von aktiver Bedeutung für die Gesellschaft. Sie sei ein neues Element der Bildungsreform Chinas. Weil ihr Bildungsfond relativ hoch und das Monatseinkommen der Lehrer viel höher als in den einfachen staatlichen Schulen ist und alle Unterrichtsanlagen aus dem Westen importiert sind, könne sicher eine hohe Qualität des Unterrichts erreicht werden. Das sei eben das Ziel der Errichtung der Privatschulen. Aber: Ist gute Bildung denn wirklich eine Hochpreisware?

China ist ein entwickeltes und ein armes Land. Von 1,1 Milliarden Einwohnern leben 800 Millionen auf dem Lande. Sie sind Bauern. Obwohl das Leben der Bauern in den letzten Jahren viel besser geworden ist, kommen sie noch nicht radikal von Elend und Hunger los. Viele Bauern, besonders in den armen und abgelegenen Gebieten, können sich bis heute noch nicht satt essen und nicht warm anziehen. Sie haben überhaupt kein Geld für den Schulbesuch ihrer Kinder. Viele Kinder im schulpflichtigen Alter können nicht zur Grundschule gehen, und manche müssen auch mit ihren Eltern landwirtschaftlich arbeiten, so daß sie kein Wort lesen, sogar ihre eigenen Namen nicht schreiben können. Sie sind eine neue Generation des Analphabetentums der 90er Jahre geworden. Nach statistischen Angaben gibt es heute in China 200 Millionen Kinder im Grundschulalter, davon können 2 Millionen auf Grund von Armut die Grundschule nicht besuchen. Darüber hinaus gibt es in ländlichen Gegenden viele Grundschulen, deren Lernverhältnisse sehr schlecht sind. Die Schulhäuser sind alt und schäbig. Etliche Kinder sind bereits durch einstürzende Schulgebäude getötet

worden. Im ganzen Land gibt es 100 Millionen Quadratmeter gefährliche Schulhäuser, die dringend instandgesetzt werden müssen.

Nicht wenige Kinder haben wegen Geldmangels ihrer Eltern den Schulbesuch abbrechen müssen. Sie haben nicht genug Geld für benötigte Lernbücher und Hefte. So ist die Meinung vieler Menschen: Das dringende Problem, den Kindern in ländlichen armen Gegenden den Schulbesuch zu ermöglichen und neue Schulhäuser an Stelle der alten zu bauen, muß so schnell wie möglich gelöst werden. Das ist die wichtigste Aufgabe für die Entwicklung der Erziehung in China. Die Errichtung von Privatschulen hingegen kann nur den Unterschied zwischen den Armen und den Reichen immer größer machen.

Wie sind die Lernbedingungen der einfachen Grundschulen in den Städten? Obwohl China seit einigen Jahrzehnten eine Politik der Familienplanung durchführt, ein Ehepaar nur ein Kind haben darf, ist die Schulerziehung in den Städten ein großes Problem in China. Es gibt viele Schüler, aber die Schulhäuser sind klein und die Zahl der Lehrer zu gering. Ich habe eine einfache durchschnittliche Grundschule untersucht: In einer Klasse gibt es etwa 50 Schüler, aber ein Klassenzimmer ist nur etwa 60 Quadratmeter groß. Die Lern- und Verwaltungsgebühren und die Lernbücherkosten für einen Jahrgang sind 60 Yuan, für sechs Jahrgänge folglich 360 Yuan. Das ist nur ein Dreihundertstel gegenüber den Kosten in einer Privatschule.

Die Debatte über die Privatschulen ist noch nicht zu Ende. Wir hoffen nur, daß die Schulen in allen Formen ernsthaft zur Entwicklung der Erziehung Chinas Beiträge leisten und dabei die armen Kinder in den ländlichen Gegenden nicht vergessen werden.

24. "Wir sind aber auch optimistisch ..." Interview mit Neville Alexander, Südafrika

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:38

Das folgende Gespräch mit dem südafrikanischen Trotzkisten Neville Alexander fand Anfang Mai in Berlin statt. "Neues Deutschland" hat davon bereits eine Kurzform veröffentlicht. Wir bringen unsererseits Auszüge dieses Gesprächs, das Kurt Stenger führte und uns zur Verfügung stellte.

Frage: In den hiesigen Medien wurden die ersten "one-man-one-vote"-Wahlen in Südafrika als Jahrhundertereignis bezeichnet. Was hat es für Sie persönlich bedeutet?

Neville Alexander: Ich bin auch der Meinung, daß es eines der wichtigsten Ereignisse in unserer Geschichte ist, vielleicht sogar in der Weltgeschichte. Der Rassismus war in Südafrika als letztem Land gesetzlich verankert. Die Gewinnung des Wahlrechts der Schwarzen war die letzte Emanzipation der Sklaven, bedeutet das Ende der Kolonialzeit auf dem afrikanischen Kontinent und die Möglichkeit, daß die rassische Ideologie nie wieder als Herrschaftsinstrument benutzt werden wird. Für mich persönlich war es schon ein bißchen komisch, da ich noch nie in meinem Leben gewählt habe. Ich hatte ein ambivalentes Gefühl: Ich war nicht ganz sicher, ob sich das ziemt, weil wir jahrzehntelang die rassistischen Wahlen boykottiert haben.

Wenn wirklich ein neues Südafrika entstehen soll, muß es sicherlich auch eine neue Nation geben. Jedoch werden die Spaltungen, die das Apartheidsystem geschaffen hat, sicher noch lange weiterbestehen - zumindest in den Köpfen. Einzelne Gruppen organisieren sich sogar entlang ethnischer Linien. Wie sehen Sie die Chancen einer Überwindung dieses Zustands?

Nationbildung ist ein langer Prozeß. Es dauert mehrere Generationen lang, bis die Leute eine Art nationale Identität und Bewußtsein für sich entwickelt haben. Wir in Südafrika befinden uns ganz am Anfang, weil die bisherigen bürgerlichen Regierungen davon ausgegangen sind, daß die Bevölkerung aufgeteilt werden soll. "Divide et impera" war das Prinzip, worauf alles gegründet war. Erst seit 1990 besteht die Möglichkeit, eine Nation vom Staat her zu bilden. Wir haben in der Befreiungsbewegung von der schwarzen unterdrückten Bevölkerung her immer versucht, auf ideologischer Ebene, auf der Ebene des Diskurses nationbildende Momente in unsere Propaganda einzubauen. Mit Ausnahme der Black-Consciousness-Bewegung in den 70er Jahren waren wir aber nicht erfolgreich. Wir sehen, daß jetzt ethnische Mobilisierung oder das Anspielen auf die Angst der sogenannten Coloureds ("Farbigen") durchaus noch möglich ist. Ich glaube, daß wir erst seit einigen Jahren im materiellen Sinne, im Sinne der Graswurzel, vorankommen. Wir haben zum Beispiel 1987 angefangen mit Sprachprojekten, um die Nationgründung zu fördern. Da haben wir erstmals bewußt versucht, die Masse der Bevölkerung zu ereichen. Sonst hat die Befreiungsbewegung nur auf der politischen Ebene die Sache der Nation gefördert, nicht hingegen in der ökonomischen und der kulturellen Sphäre. Deshalb ist dies heute eine so schwierige Aufgabe.

Glauben Sie, daß die Autonomierechte, die für KwaZulu/Natal bzw. einen burischen Volksstaat in der Übergangsverfassung verankert wurden, die ethnische Mobilisierung stärken werden?

Ich bin nicht dieser Meinung. Ich glaube, daß die Interdependenz der Menschen in Südafrika, wo immer sie auch leben, so groß ist, daß eine regionale Mobilisierung nicht erfolgreich durchgeführt werden kann. Und dies macht auch die Interimsverfassung nicht möglich. Der Volksstaatsgedanke ist zwar theoretisch akzeptiert worden. Aber die Befürworter müssen dafür erst noch Propaganda machen und aushandeln, wo dieser errichtet werden soll. Das ist alles ganz vage. Auch die Befürworter geben zu, daß die Interdependenz es ausschließt, daß sie unabhängig werden, sich in einem südafrikanischen Staatenbund zurechtfinden können.

Zu Beginn der Verhandlungen zwischen ANC und damaliger Regierung schrieben Sie in einem Artikel: "Die populistische Führungsschicht des ANC weiß, oder sollte es zumindest wissen, daß ein solcher Deal (Machtteilung mit der regierenden Elite, K.) nicht mehr bringen wird, als den Block der schwarzen Mittelklasse und die gebildeten Vertreter der schwarzen Arbeiterklasse mit an die Macht zu bringen." Sind Sie heute noch genauso skeptisch?

Absolut. Im Grunde ist das eine Kooptation der schwarzen Mittelschicht, einer ganz dünnen Schicht. Deren ökonomische und politische Macht wird jetzt anerkannt von der herrschenden Klasse, die auf dem Wege der

Machtteilung den Kapitalismus in Südafrika retten will. Das ist eigentlich der Sinn der ganzen Sache. Für die große Masse der Arbeiter und Arbeitslosen werden sich nur wenige Dinge ändern, abgesehen von der menschlichen Würde und dem Wahlrecht. Vielleicht werden einige Wohnungen bekommen, mehr Kinder werden auf die Schule gehen können. Andererseits hat die Führungsschicht der Befreiungsbewegung, sogar im PAC, diese reformistische Politik akzeptiert. Anscheinend haben sie die Meinung, daß man den Kapitalismus so manövrieren kann, daß irgendwann der Übergang zum Postkapitalismus oder Sozialismus möglich wird.

Daran glauben Sie nicht.

Überhaupt nicht. Sie verstehen nicht, daß sie durch ihr Mitmachen den Kapitalismus stärken, daß es für die arbeitenden Menschen noch schwieriger wird, dieses System zu stürzen. Wir sind aber auch optimistisch, denn viele Sachen, vor allem auf kulturellem Gebiet, auf sprachlicher Ebene, in Volksschulen, beim Sport werden jetzt möglich. Und deswegen sind wir auch hoffnungsvoll, daß die Parameter, innerhalb derer die Wahl in der nächsten oder übernächsten Generation getroffen werden muß, verschoben werden können. Ich glaube auch, daß der Klassenkampf noch intensiver geführt werden wird.

Wo wird sich das bemerkbar machen, auf gewerkschaftlicher Ebene?

Die Ironie ist, daß der soziale Vertrag von der Führung der Gewerkschaft angenommen wird. Ihre Mitglieder sehen noch nicht, daß das nur für die, die Arbeitsstellen haben, wichtig ist, daß es aber katastrophal ist für die große Mehrheit, die keine Arbeitsstellen haben. Wir glauben, daß zuerst diejenigen, die Frantz Fanon als die "Verdammten dieser Erde" bezeichnet hat, es sein werden, die gegen das System ankämpfen. Sie sind natürlich sehr schwach, aber können trotzdem die ganze Situation so ins Wanken bringen, daß die organisierten Arbeiter sich mehr dazu bereit fühlen.

Aber wie wird sich dieser Protest denn ausdrücken. Es gibt doch keine politische Gruppierung, in der sich diese zwei Drittel der Gesellschaft in irgendeiner Weise organisieren.

Es wird in nächster Zeit sicherlich eine breite Arbeiterpartei, vielleicht à la Brasilien, bestehen. Die Verschiebung einer rassenzentrierten auf eine klassenzentrierte Politik hat ja schon stattgefunden. Diese Notwendigkeit ist Leuten in der Gewerkschaft bereits klar geworden, denen die ausgehandelten Kompromisse nicht geheuer sind.

Ist nicht aber auch zu befürchten, daß die strukturelle Gewalt, von der zwei Drittel der Bevölkerung ja in dramatischer Weise betroffen sind, dazu führt, daß sich die Leute untereinander bekämpfen - ein Beispiel sind die Kämpfe zwischen Townshipbewohnern und denen von Arbeiterwohnheimen?

Die Situation struktureller Gewalt ist im südafrikanischen System eingebaut. Eine neue Partei hätte genau die Aufgabe, diese Situation zu verändern. Auch der ANC hat vieles in seiner Propaganda dafür getan. Er fordert die Beseitigung der "Hostels", oder besser gesagt Baracken, und die Bereitstellung von Familienwohnungen.

Sie haben vor einigen Jahren geschrieben, ein nicht-rassistischer Kapitalismus sei in Südafrika nicht möglich. Glauben Sie, daß es nach einigen Monaten der Ruhe zu größeren Auseinandersetzungen kommen wird?

Vielleicht wird es jetzt eine ruhige Periode geben. Aber wir haben ja noch nichts über die Rechtsradikalen gesagt. Ich glaube, die jetzige Ruhe täuscht. Die Freiheitsfront ist, denke ich, die größte Gefahr. Wenn sie meint, daß der ANC oder die Regierung der Nationalen Einheit ihre Position schwächt, wird sie nach rechts abrutschen und große Kämpfe auslösen. Ich halte also meine These aufrecht. Ich glaube, daß wir uns gegenwärtig vom rassistischen zum multirassistischen Kapitalismus bewegen. Ich habe immer wieder geschrieben, daß die Klassenungleichheit, die normalerweise vom Kapitalismus erzeugt wird, aus historischen Gründen in Südafrika sich immer wieder als rassische Ungleichheit darstellen wird. Deswegen werden die Leute auch in der nächsten Zeit vor allen Dingen von einem Rassenbewußtsein geprägt werden, auch wenn das Klassenbewußtsein anwachsen wird.

Der PAC, die einzige Bewegung, die noch die Black-Consciousness-Idee vertritt, erreichte bei den Wahlen ja nur 1,3 Prozent. War dieses Ergebnis für Sie überraschend?

Sehr sogar. Vielleicht ist eine Erklärung, daß der PAC sich sehr spät für die Teilnahme entschied und er keine Ressourcen für den Wahlkampf hatte. Politisch hat dies viel mit der Person Mandela zu tun. Die große

Mehrheit hat in erster Linie Mandela oder de Klerk gewählt, nicht den ANC oder die Nationale Partei. Man hofft - und es ist vor allem eine Wahl der Hoffnung gewesen -, daß diese Führergestalten die Sicherheit, die Geborgenheit herbeiführen werden. Wenn das nicht passiert, kommen der PAC oder die Freiheitsfront auf der anderen Seite wieder ins Zentrum.

Sie waren früher ja ein Anhänger des Konzepts Azania...

...das bin ich immer noch...

...das von Linken in der südafrikanischen Befreiungsbewegung entwickelt wurde. Ist dieses Projekt im heutigen Südafrika eigentlich noch relevant?

Azania als ein sozialistisches, postkapitalistisches Konzept wird beim PAC, bei AZAPO und anderen Linken weiterbestehen. Das Wort Azania ist nicht entscheidend. Wichtig ist, daß der Sozialismus indigen, also naturalisiert wird. Azania ist zwar kein naturwüchsiges, südafrikanisches Wort, aber als politischer Begriff beschreibt er trotzdem ein Sozialismus-Modell, das aus südafrikanischen Zuständen hervorgegangen ist. Aber es ist für uns selbstverständlich keine nationale, sondern eine internationale Frage. Wir können nur hoffen, daß wir mit anderen Organisationen in Afrika und auch in anderen Teilen der Welt, Europa natürlich, anfangen können, sozialistische Strukturen, ob in Form von Genossenschaften oder auf der Ebene von Bewußtseinsbildung, hervorzubringen, wie wir das in Südafrika gemacht haben. Südafrika ist das Land in der Welt, wo man noch immer ganz selbstverständlich "Genosse" oder "Genossin" sagt. Auch Mandela, wenn er vor Gewerkschaftern spricht - vor großen Bankern sagt er natürlich Ladies und Gentlemen. Dies verweist auf Bewußtseinsstrukturen, die tatsächlich unter den Leuten verankert worden sind.

Wie sehen Sie denn die Chancen einer Realisierung unter den gegenwärtigen Bedingungen?

Die Anfänge können wir sowieso machen. Wenn man von Rosa Luxemburg oder Gramsci ausgeht - nach ihnen ist der Sozialismus ja ein Prozeß, kein Ereignis - dann sind wir dabei, dies in Südafrika vorzubereiten. Ob sich das in großen Gebieten in Afrika oder anderswo realisieren läßt, ist eine internationale Frage. Man kann nur hoffen, daß die Arbeiter- bzw. die sozialistische Bewegung neues Gedankengut, neue Strategien entwickelt, die die Krisen, die der kapitalistischen Welt bevorstehen, dazu ausnutzen können, eine neue Welt zu bauen.

25. Das "Ostpreußenblatt". Leugnung der Schoah und polenfeindliche Tiraden.

Autor: Büro Ulla Jelpke, PDS/LL · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Revanchismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:09

Wenige Tage nach dem Anschlag auf die Lübecker Synagoge - die Bekundungen der Betroffenheit führender Politikerinnen und Politiker waren noch nicht ganz verklungen - meldete sich der Republikaner-Vorsitzende Schönhuber zu Wort und schimpfte den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, einen "Volksverhetzer", weil der die Republikaner als geistige Urheber des Anschlags bezeichnet hatte. Die unmittelbare Folge der Schönhuberschen Attacke war, daß die Republikaner politisch unter Druck gerieten und gesellschaftlich weitgehend isoliert wurden. Doch nicht alle rückten von den Republikanern ab.

Fürsprecher fanden sie im Ostpreußenblatt. In einem Leitartikel schrieb der Redakteur für Politik und Zeitgeschichte, Hans Heckel: "Damit lag Ignatz Bubis voll im Trend. Sämtliche Bonner Parteien ‚wußten` schon am Tage nach dem Lübecker Anschlag, wo die Schuldigen waren und - vor allem - wer in den Augen der Öffentlichkeit hinter ihnen zu stehen hat: die Republikaner. (...) Den Republikanern wird nun stets vorgeworfen, sie stünden nicht auf dem Boden der Demokratie und wollten diese abschaffen. Dagegen haben die Republikaner ihre loyale Haltung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer und immer wieder betont. Keine Chance, man glaubt ihnen nicht. Statt dessen heftet man ihnen die geistige Urheberschaft für ausländerfeindliche und antisemitische Übergriffe an." (Ostpreußenblatt, 16.4.1994) Hans Heckel, der in diesem Artikel gegen die "Anti-REP-Front" zu Felde zieht, fällt es offenbar nicht schwer, sich in die aktuelle Problemlage der Republikaner hineinzudenken, steht doch auch das Ostpreußenblatt unter Rechtfertigungsdruck.

Dieses Vertriebenenorgan arbeitet seit Jahr und Tag für die Rehabilitierung des Hitler-Faschismus und die Relativierung der Einmaligkeit der Verbrechen des NS-Staates und läuft Sturm gegen die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa: Man will nach wie vor Revanche für den verlorenen Zweiten Weltkrieg. Die Erreichung dieser Ziele erwartet das Ostpreußenblatt offenbar aus einer Kooperation mit dem bundesdeutschen Neofaschismus.

Angriffe von demokratischen und antifaschistischen Kräften muß das Ostpreußenblatt häufiger hinnehmen. Doch dem kann die Redaktion des Blattes bisher ganz gelassen entgegensehen, denn: begünstigt wird das Ostpreußenblatt bei seiner Tätigkeit durch eine politische und finanzielle Förderung durch die Bundesregierung. Sowohl das Ostpreußenblatt als auch die Landsmannschaft Ostpreußen bekamen und bekommen Gelder aus dem Bundeshaushalt. Und damit das so weiter gehen kann, hält die Bundesregierung schützend die Hand über diesen Vertriebenenverband und sein Organ: Man sorgt für die nötige Rückendeckung vor antifaschistischer Kritik.

Noch 1991 hatte dieses Ministerium anläßlich einer Kleinen Anfrage der PDS/LL dem Ostpreußenblatt eine Art "Unbedenklichkeitsbescheinigung" ausgestellt: Hinweise auf rechtsextreme Bestrebungen lägen der Bundesregierung ebensowenig vor wie Informationen über die Anpreisung rechtsextremistischer Schriften im Ostpreußenblatt.

Mit dieser Protektion im Rücken konnte das Blatt unbekümmert Woche für Woche an 200.000 Leserinnen und Leser Rechtsextremes, Ausländerfeindliches und Revanchistisches weiterreichen.

Dabei müßte allein die Lektüre der Ausgabe des Ostpreußenblatt vom 23.4.1994 ausreichen, um sofort alle politische und finanzielle Förderung für die Landsmannschaft und deren Organ einzustellen. In dieser Ausgabe jubelt Ullrich Hoppe in einer Besprechung des Buches von Ernst Nolte Streitpunkte: "Sensationell muten die Abschnitte des Buches über die ‚Endlösung der Judenfrage` an, die unter den gegenwärtigen Bedingungen als eine Art ‚Expedition in die Genickschußzone` bezeichnet werden kann. Ist dies doch der erste Fall, daß ein angesehener Fachhistoriker, noch dazu Deutschlands führender NS-Experte, wie man wohl ohne Übertreibung sagen kann, sich mit den Thesen revisionistischer Historiker ernsthaft beschäftigt. Statt diese - wie in den Medien üblich - von vornherein als abartige Verbrecher darzustellen, scheut Nolte sich nicht, diesen Leuten z.T. zu attestieren, daß sie ‚nach Beherrschung des Quellenmaterials und zumal in der Quellenkritik diejenigen (Untersuchungen) der etablierten Historiker in Deutschland vermutlich übertreffen`. Den Atem verschlägt es

einem, wenn Nolte dann auch die Frage nach ‚sechs Millionen` und dem Vorhandensein von Gaskammern derart stellt, daß die Antwort nicht bereits vorgegeben ist." Hoppe attestiert seinem Idol Nolte: "Die Bewunderung verdient der Verfasser für seine in Deutschland so seltene Zivilcourage schon jetzt." (Ostpreußenblatt, 23.4.1994).

Bei einer derartigen Bewunderung für das coming-out der Auschwitz-Leugner, die die Frage nach dem Vorhandensein der Gaskammern für (zumindest) "offen" erklären, versetzt es auch nicht mehr in Erstaunen, wenn sich ein H.T. im Ostpreußenblatt über die Eröffnung des Holocaust-Memorial in Washington ereifert. Er sieht durch diese Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus eine "Verständigung" zwischen Amerikanern und Deutschen als "erschwert" an. Nicht die Opfer des Faschismus und das Mahnen vor einer möglichen Wiederholung sind dem Autor wichtig, sondern die Sorge, daß sich "das ohnehin problematische Deutschlandbild der US-Amerikaner weiter verfinstern" könnte. An der Singularität von Auschwitz rüttelnd und in neofaschistischer Weise die Schuld der anderen aufrechnend, schreibt der Autor weiter: "Und mußte es ausgerechnet Amerika sein? Es ist durchaus kein Antiamerikanismus, wenn dezent darauf hingewiesen wird, wie dieses Amerika zustandekam, wem das Land früher einmal gehörte und wie mit den Ureinwohnern (Amerikas) verfahren wurde". (Ostpreußenblatt, 1.5.1993)

"Kriegsschuldlüge" und "Umerzieher"

Die rechtsextremen Thesen der "Kriegsschuldlüge" und der "Umerziehung des deutschen Volkes durch die Siegermächte" - Thesen, die auch das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem einstuft (vgl. den Verfassungsschutzbericht 1993) - sind zentrales Politikfeld dieser Zeitung.

Leserinnen und Leser des Blattes, die einen neuen Abonnenten werben, erhalten als symbolträchtige Prämie ein Werk des Chefredakteurs der Zeitung, Hugo Wellems: Das Jahrhundert der Lüge, erschienen im rechtsextremen "Arndt-Verlag". Der Verlag wirbt für dieses Buch mit den Worten: "Nach dem Willen der Umerziehung soll Deutschland für alle Zeiten als ewige Verbrechernation gebranntmarkt werden. Der Autor (...) tritt dieser Geschichtsverzerrung mit einer imposanten Zitatensammlung entgegen..." (Ostpreußenblatt, 13.4.1991)

In seiner redaktionellen Tätigkeit für das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen sorgt Wellems dafür, daß die Relativierung der Naziverbrechen an zentraler Stelle abgehandelt wird. Er selbst äußert beispielsweise in dem Artikel "Ein Alptraum für deutsche Politiker?": "Wenn aber nun, wie vorgegeben wird, die Alliierten die Abtretung Ostdeutschlands als Preis für die Zustimmung (zur Wiedervereinigung, Anm. d.V.) kategorisch tatsächlich verlangt haben sollen, dann bestätigt sich hier die auch von uns immer wieder vertretene These, daß der Krieg nicht allein wegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde mit dem Ziel, die deutsche Position in Mitteleuropa zu liquidieren. Über bald vier Jahrzehnte ernährt sich ein Teil der Massenmedien, nicht nur in Deutschland, von den uns angelasteten Verbrechen. Ganz selten aber wird von den Fakten gesprochen, die, wie jetzt in einer neuen Schrift von Richard Pemsel dargelegt, zu einer ‚Geschichtlichen Entlastung Deutschlands` (Grabert Verlag, Tübingen) beitragen könnten." (Ostpreußenblatt, 25.8.1990) Entlastet wird hier Deutschlands Geschichte von einem berüchtigten Geschichtsrevisionisten und der Grabert-Verlag ist nun einer der zwei rechtsextremen Verlage, die selbst vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) namentlich im Verfassungsschutzbericht aufgeführt werden.

Für die Entlastung der deutschen Geschichte bietet das Ostpreußenblatt alles auf was in der neofaschistischen Szene Rang und Namen hat:

- So kommt der in der neofaschistischen Presse als "Legendenkiller" hochgelobte "Historiker" und Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Alfred Schickel zu Wort. Schickel hatte schon Anfang der 80er Jahre in der rechtsextremen Zeitschrift Deutschland in Geschichte und Gegenwart die Zahl der ermordeten Juden beträchtlich nach unten "diskutiert" und in seiner Forschungsstelle wird die Authentizität des Protokolls der Wannsee-Konferenz angezweifelt. Schickel arbeitet sich in zahlreichen Artikeln vor allem über den "Schuldanteil der anderen", namentlich Roosevelts, am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs", ab. (Vgl. z.B. Ostpreußenblatt, 2.2.1991, 18.5.1991, 10.8.1991) Während in Wunsiedel der militante Flügel des Neofaschismus durch Aufmärsche den Hitlerstellvertreter Rudolf Heß ehrt, ihn wegen seines Englandflugs als "Sendboten des Friedens" feiert und eine Legende um die Umstände seines Todes herauszubilden versucht, strickt Schickel an den gleichen Legenden. (Vgl. Ostpreußenblatt, Rätsel um Heß, 23.3.1991)

- Überaus positiv werden auch die Bücher des berüchtigten englischen Neofaschisten David Irving beschrieben. Irving hat wegen seines neofaschistischen Auftretens Einreiseverbot in die BRD. Im Ostpreußenblatt wird er als "international ebenso renommierter wie gefürchteter Zeitgeschichtler" von Michael Prymelski, der 1991 in den Bundesvorstand der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen gewählt wurde, hochgelobt. (Ostpreußenblatt, 31.8.1991)

- Das Buch des einstigen NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden Zwei Angreifer wird zur Lektüre angepriesen. Von Thadden bestreitet, daß Nazi-Deutschland 1941 die Sowjetunion überfallen hat, er spricht von einem Präventivschlag. (Ostpreußenblatt, 19.3.1994)

- Als empfehlenswert gilt auch das Buch des Geschichtsrevisionisten Max Klüver Es war nicht Hitlers Krieg aus dem rechtsextremen Verlag Heitz und Höffkes. Der Ostpreußenblatt-Autor Fritz Degenhart stellt es so vor: "Der Zweite Weltkrieg soll von Deutschland ‚entfesselt` worden sein. So wird der kritiklosen Öffentlichkeit zumindest seit Jahrzehnten suggeriert." Degenhart weist dann darauf hin, daß in den Medien "Roosevelts US-Aggressionskurs wie auch Stalins Provokations- und Bedrohungspolitik 1940/41 (...) völlig ausgeklammert" bleiben. "Auch ausgeklammert bleibt Polen, das man - wegen der schnellen militärischen Niederlage? - immer nur in der Rolle des beklagenswerten Opfers sich anzusehen gewöhnt hat." (Ostpreußenblatt, 19.3.1994)

Torpedierung der Völkerverständigung

Gelingt die "Entlastung der deutschen Geschichte", dann sind die Chancen der Rückgewinnung der "deutschen Ostgebiete" besser, so der einfache Gedanke des Revanchismus. Gerade gegen Polen richtet deshalb dieser Vertriebenenverband und sein Organ den Hauptstoß.

Meinungsumfragen aus dem Jahre 1990 - unmittelbar nach der Wiedervereinigung also -, nach denen ein Großteil der Bevölkerung für die Anerkennung der polnischen Westgrenze waren, brachte den Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka (seinerzeit Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen) auf den Plan: "(...) es sieht ganz danach aus, daß ganz Deutschland nicht gefragt ist. Denn wäre es an dem, dann müßte es doch eine weit um sich greifende Beunruhigung, wenn nicht sogar Unruhe geben, weil ein Viertel von Deutschland in seinen friedlichen Grenzen der Weimarer Republik und nach dem Versailler Friedensdiktat verfügt werden soll." Es sei an der Zeit, " unser eigenes Volk aufzurütteln, Unruhe zu entfachen, es aufzuklären und an seinen Patriotismus zu appellieren". (Ostpreußenblatt, 4.8.1990)

Der "Entfachung von Unruhe" dienen Artikel, in denen herausgestellt wird, daß in der Vergangenheit "Polens Landhunger" immer "Keim neuer Krisen" gewesen sei (Ostpreußenblatt, 23.3.1991). Dazu dient die Anpreisung polenfeindlicher Bücher aus der Weimarer Republik, wie etwa Werner Fuchs' Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens, neuaufgelegt vom neofaschistischen "Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur". Dazu dienen auch Forderungen der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" an die Adresse des polnischen Staates, den Deutschen die "Niederlassung- und Ansiedlungsfreiheit" zu gewähren (Ostpreußenblatt, 4.5.1991) ebenso wie aggressiv antipolnische Artikel von beispielsweise Karl-Heinz Spiess. Er schrieb über das Verhältnis der Deutschen und der Polen: "(...) das eigentliche Problem (...) lag und liegt immer an der nachweislichen Intoleranz Polens, das 1920 die Russen von der Weichsel zurück zur Oka expedierte, zeitweilig ukrainische Gebiete okkupierte und 1939 sich so stark gegen Deutschland exponierte, daß der Zweite Weltkrieg unvermeidbar wurde. (...) Sprechen wir daher zutreffenderweise über die anscheinend angeborene polnische Intoleranz seinen Nachbarn gegenüber. (...) Heute steht Polen wiederum im Begriff, die Fehler der Vergangenheit gegenüber den deutschen Nachbarn zu wiederholen: Die im Land bis heute zurückgehaltene und jahrzehntelang entrechtete deutsche Minderheit weiß darüber zu berichten. Das nationalpolitische Verhalten kann man somit auf einen einleuchtenden Nenner bringen: Fast 75 Jahre Polen - und doch nicht weiser." (Ostpreußenblatt, 11.5.1991)

Propaganda

für "Rassereinheit"

Während man für die deutsche Minderheit in aller Welt alle möglichen Freiheiten fordert, wird im "Ostpreußenblatt" ausländerfeindliche Propaganda betrieben und die Abschottung von Flüchtlingen und ImmigrantInnen gefordert. Die "Ängste vor Überfremdung", vor "Flüchtlingsströmen" werden geschürt und mobilisiert, gleichzeitig wird an der Konstruktion einer "nationalen Identität der Deutschen" gearbeitet. Die der

Bundesregierung eher nahestehenden "Extremismus-Forscher", Uwe Backes und Eckhard Jesse, charakterisieren eine derartige Politik treffend damit, daß mit einer derartigen Programmatik ein "Ideal der Rassereinheit" angestrebt werde.

Manfred Ritter, Mitglied in der rechtslastigen Vertriebenenorganisation "Witiko-Bund" und Autor des ausländerfeindlichen Buchs Sturm auf Europa bedient sich im Ostpreußenblatt der biologistischen Argumentation der Neofaschisten: "Wir können jedoch nur unter zwei Übeln das für uns kleinere auswählen, und dies war seit Anbeginn der Menschheit die Verteidigung des eigenen ‚Reviers` gegen die fremden Eindringlinge." Ritter schreibt an anderer Stelle zum Abwehrverhalten: "Es wäre daher naheliegend, sich nach Verbündeten umzusehen. Daß diese in erster Linie bei den weißen Völkern zu finden sind, versteht sich von selbst." (Ostpreußenblatt, 27.7.1991)

Nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen äußerte Ritter verständnisvoll: "Sind die Krawalle in Rostock und zunehmend in anderen Städten und Kommunen Deutschlands erst der Anfang einer zunehmenden Radikalisierung? (...) Der offene oder zumindest versteckte Beifall großer Volksgruppen, die normalerweise keinerlei Sympathie für Unruhe und Gewalt haben, sollte für unsere Politiker ein ernsthaftes Warnsignal sein. Auch dem einfachen Wahlbürger platzt inzwischen offenbar der Kragen, wenn er sieht, wie Deutschland, das mit der Wiedervereinigung große Probleme hat, von einer Einwanderungslawine (...) überschwemmt wird". (Ostpreußenblatt, 7.11.1992)

Selbstverständlich publizierte das Ostpreußenblatt auch die Anzeige der "Deutschen Konservativen", "Kriminelle Zigeuner - raus aus Deutschland", in deren Text es u.a. heißt: "Sie nennen sich Sintis oder Romas. Das hört sich besser an als Zigeuner - ziehende Gauner. (...) Kriminelle Zigeuner sind wie eine Heuschrecken-Plage über Deutschland hergefallen. Sie nennen sich Asylanten, sind aber durchweg kriminell und kosten uns Milliarden." (Ostpreußenblatt, 31.10.92)

Wegen des Inhalts dieser Anzeige wurde der Vorsitzende der "Deutschen Konservativen", Joachim Siegerist, von einem Hamburger Gericht wegen Volksverhetzung verurteilt. Im "Ostpreußenblatt" übte K. M. (vermutlich die Redakteurin K. Morawietz) mit dem Verurteilten Solidarität. Es sei dem Gericht "nicht darauf" angekommen, "ob Siegerist Behauptungen stimmten". (Ostpreußenblatt, 30.4.94) Wollte die Redakteurin etwa - gestützt auf alte NS-Rassegutachten - gerichtlich bestätigt bekommen, daß "der Zigeuner" doch ein "ziehender Gauner" ist?

Büro Ulla Jelpke, PDS/LL

(redaktionell gekürzt)

26. VS und Neonazis: Eine unendliche Geschichte

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:08

Ende Mai platzte im Solinger Prozeß die Bombe: Der Leiter der Solinger Kampfschule Hak-Pao, Bernd Schmitt, bei der drei der vier wegen fünffachen Mordes Angeklagten Kampfsport und anderes trainiert hatten, war seit etwa 1990 V-Mann des Verfassungsschutzes. Nachdem Schmitt erst ausgesagt hatte, als eine Aussagegenehmigung des Innenministeriums vorlag, sah sich Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor (SPD) genötigt, Schmitts Tätigkeit für den VS zuzugeben. Seitdem steht Schnoor unter Druck. Zum wiederholten Mal - und dieses Mal zumindest in unmittelbarer Nähe zu mehrfachem Mord - stellt sich heraus, daß Neonazis unter den Augen und, so muß mensch angesichts der näheren Umstände vermuten, Beteiligung hochkarätiger "Vertrauensleute" staatlicher Behörden ihr Unwesen haben treiben können. Mittlerweile wird gegen Schmitt wegen der Unterstützung einer verbotenen Vereinigung (der Nationalistischen Front) ermittelt. Just gegen die war er als V-Mann angesetzt. Noch hält die Verteidigungslinie des NRW-Innenministeriums: Schmitt sei ein zuverlässiger Spitzel gewesen und habe Recht auf Schutz. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Schmitt selbst, so die Angeklagten des Solinger Brandmörderprozesses, habe einen von ihnen direkt für die nazistische Schlägerbande angeworben.

Bernd Schmitt ist beileibe nicht der einzige V-Mann staatlicher Stellen im Netz des neonazistischen Sumpfes. Seit mehr als zwanzig Jahren gibt es so gut wie keine Neonazi-Bande in Deutschland, die nicht an prominenter Stelle vom VS durchsetzt gewesen wäre. Diese Tatsache straft die Behauptung Lügen, es sei so fürchterlich schwer, in die Szene einzudringen, wie auf die Forderung nach mehr Befugnissen für die Repressionsorgane immer wieder geantwortet wird. Diese erneute Enthüllung über einen VS-Spitzel im engsten Kreis der nazistischen Szene macht im Gegenteil klar, wie anfällig gerade diese Szene für Infiltration ist. Unter den Führern, Möchtegernführern, Aufschneidern und Kriminellen dieser Szene wird sich wohl noch der eine oder andere als staatlich Beauftragter Obernazi herausstellen.

Der Solinger Prozeß

Kurz nach dem Solinger Attentat Ende Mai 1993 konnte die Bundesanwaltschaft einen Täter präsentieren. Durch eine merkwürdige "Fahndungspanne" wurden Phantombilder weiterer Verdächtiger zurückgezogen. Tage später wurden drei weitere Verdächtige präsentiert, die seitdem in Untersuchungshaft sitzen. Die Anklage stützt sich dabei im wesentlichen auf das Geständnis eines der Angeklagten, das dieser dann auch bei Prozeßeröffnung wiederholte, nachdem mehrfach Geständnisse in U-Haft zurückgezogen und erneut abgegeben worden waren.

Geständig ist der 24jährige Markus Gartmann, Mitglied der rechtsradikalen Deutschen Volksunion (DVU). Er entschuldigte sich bei Prozeßeröffnung bei den Angehörigen der Opfer. Seine Schilderung des Tathergangs dient der Anklagebehörde als wesentliche Grundlage. Er hatte die Tat schon vor der Polizei am 3. Juni 1993 gestanden, später sein Geständnis widerrufen, und erst als der Haftprüfungstermin negativ ausfiel, erneut gestanden.

Noch am Tag des Brandanschlags war Christian Reher festgenommen worden, dessen Aussagen bei der Polizei dann zur Festnahme der Mitangeklagten führten. Er bezeichnete am zweiten Verhandlungstag den geständigen Gartmann und die anderen beiden Beschuldigten als gänzlich unbeteiligt. Reher (zur Tatzeit 16, heute 17 Jahre alt) besuchte vor der Tat die Hauptschule. Reher hat seinen Vater nie kennengelernt, seine Mutter gab ihn schon als Kleinkind in ein Heim. Nach langem Heimaufenthalt lebte er seit Anfang der 90er Jahre wieder bei seiner Mutter, die in dieser Zeit mit Thomas Leck aus dem Umfeld der rechtsextremistischen Düsseldorfer Freien Wählergemeinschaft zusammen war. In Christian Rehers Zimmer fand die Polizei Plakate der Nationalistischen Front und der Wiking Jugend sowie neofaschistische Texte. Er bekam die Nationalzeitung aus dem Verlag des DVU-Chefs Gerhard Frey "regelmäßig geschickt". Ein Kampfsportler will auch ihn beim Training in Schmitts Verein gesehen haben. Aus anderen Quellen hieß es, Reher sei lediglich für eine Mitgliedschaft angemeldet gewesen. Seine Mutter jedenfalls ist eine gute Bekannte von Bernd Schmitt. Gegenüber Mitschülern soll er den Brandanschlag in seiner Nachbarschaft angekündigt haben: "Wir haben uns dieses Türkenhaus genau angesehen. Es wird bald abgefackelt." Nach seiner Festnahme am Tag des Anschlags fahndete die Polizei zunächst mit Hilfe von Phantombildern nach Skinheads, die nach Christian

Rehers Angaben beteiligt waren. Dies dementierte er kurze Zeit darauf und bezeichnete sich als Einzeltäter. Dann belastete er in einer dritten Geständnisvariante die drei Tatverdächtigen, die jetzt mit auf der Anklagebank sitzen. Weitere Geständnisse folgten. Vor Gericht will er zunächst noch nichts zu seiner möglichen Tatbeteiligung aussagen. Er teilte jedoch mit, daß die anderen Angeklagten "nichts mit der Tat zu tun haben". Auch dies kam nicht überraschend, die gleiche Aussage hatte er schon Ende letzten Jahres gegenüber einem Psychologen gemacht.

Christian Buchholz, heute 21, war zur Tatzeit 20 Jahre alt. Nach der Hauptschule diente er drei Wochen bei der Bundeswehr, bei zwei Lehrstellen zum Elektroinstallateur scheiterte er. Als Skinhead war er scharf auf Gewalt und Alkohol. Mit 14 Jahren ließ er sich zum ersten Mal die "Birne kurz auf drei Millimeter rasieren." In seinem Fall wird das Gericht entscheiden müssen, ob im Fall einer Verurteilung das Jugendstrafrecht zur Anwendung kommt. Es sieht eine Höchststrafe von zehn Jahren vor. In seinem Tagebuch fand die Polizei eine Notiz über eine Frau, mit der er Streit hatte: "Dieses asoziale Kanakenschwein, das mit Cocktails noch nicht verbrannt wurde (...)." Nach einer Auseinandersetzung auf einem Polterabend am Abend vor der Tat wollen Zeugen von ihm gehört haben: "Jetzt geh ich noch zum Asylheim." Buchholz bestreitet dies entschieden. Er war es, der in der fraglichen Nacht die drei anderen auf der Straße getroffen haben soll, bevor man dann zur Tat schritt.

Felix Köhnen (zur Tatzeit 16 Jahre) und Markus Gartmann gehörten einer Clique an, zu deren Umfeld auch Buchholz gehörte und in der rechtsextremistische Musik der Gruppen "Böhse Onkelz" und "Störkraft" in Mode war. Der "Störkraft"-Musiker Stefan Rasche verkehrte zeitweise in Solingen und wurde dort verehrt wie ein Halbgott. Ab und an soll es "Streß mit Ausländern" gegeben haben. Der schmächtige Felix Köhnen ist der rechtsradikale Sohn von akademisch gebildeten, in der Linken engagierten Eltern, der eigene Wege gehen wollte. "Ausländer raus" ist einer seiner Sprüche. Bomberjacke und "Doc Martens"-Springerstiefel gehörten einst zu seinem bevorzugten Outfit. Im Prozeß sagte eine Zeugin aus, Köhnens Mutter - die heute vehement die Unschuld ihres Sohnes verteidigt - habe mehrere Tage nach dem Anschlag gesagt, Felix habe etwas sehr Schlimmes getan.

In der Clique wurde bereits im Frühjahr 1992 über einen Anschlag auf ein "Asylantenheim" geredet. Gartmann bestreitet heute, daß dabei an den Einsatz von Molotow-Cocktails gedacht war, was er in den polizeilichen Vernehmungen noch ausgesagt hatte. Gartmann, Bucholz und Köhnen trainierten zeitweise in dem neofaschistischen Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband (DHKKV) des Solingers Bernd Schmitt, Christian Buchholz in der Zeit vor dem Brandanschlag mehrere Stunden täglich. Schmitt soll für etliche Jugendliche mit labiler Persönlichkeit eine Art Vaterersatz gewesen sein. Felix Köhnen und Christian Buchholz bestritten von Anfang an, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein. Sie wollen zur Tatzeit gemeinsam mit dem geständigen Markus Gartmann keinesfalls am Tatort gewesen sein.

Die bisherigen Geständnisse von Reher und Gartmann sind keineswegs vollständig und auch nicht ohne Widersprüche. Sie lassen wichtige Fragen offen, die das Gericht zu klären versucht. Unklar ist beispielsweise, welche Art von Brandbeschleuniger verwendet wurde. Nach Gartmanns Geständnis soll Reher kurz vor der Tat an einer Tankstelle in der Nähe des Tatorts den Brandbeschleuniger besorgt haben. Intensive Nachforschungen des BKA konnten bislang nicht klären, was in dem von Gartmann beschriebenen "eckigen, grauen Behälter" enthalten war, den Reher in seine Jacke gesteckt haben soll. Ein Polizeisachverständiger identifizierte diesen vor Gericht als flüssigen Grillkohlenanzünder. Der Behälter blieb nach der Tat verschwunden. Gartmann will auch nichts von Zeitungen wissen, die Reher nach seinen polizeilichen Aussagen zum "Zündeln" mitgebracht hatte und mit denen der Brandbeschleuniger im Flur in Brand gesetzt worden sein soll.

Doch während die Bundesanwaltschaft außer den beiden Geständnissen wenig "harte Beweise" anbringen kann, gerät mittlerweile der Hauptentlastungszeuge der drei Freunde, Karsten Hamann, unter Druck. Dessen widersprüchliche Aussagen, wann die drei seine Wohnung in der fraglichen Nacht verlassen hätten, stößt vor Gericht immer mehr auf Unglauben. Das anfänglich glaubhaft erscheinende Alibi, auch in Weltrekordzeit den durch das BKA rekonstruierten Tathergang nicht realisieren zu können, gerät mittlerweile erheblich ins Wanken. Hamann war ebenfalls DVU-Mitglied und verkehrte auch in Schmitts Kampfsportverein.

Die jetzige Enthüllung, eben dieser Kampfsportverein sei von einem V-Mann des Verfassungsschutzes geleitet worden, gibt dem Solinger Prozeß nun eine völlig neue Dimension. Der Verdacht liegt nahe, daß unter den

Augen des Verfassungsschutzes und mit dessen Anleitung im Solinger Hak-Pao gezielt der Anschlag auf Ausländer geübt, trainiert und ideologisch vorbereitet worden ist. Mensch darf gespannt sein, wie das Gericht die Rolle des Hak-Pao bewerten wird.

Kampfsportschule Hak-Pao - Treffpunkt der Neonazi-Szene

Seit etwa 1990 arbeitet der heute 50jährige Bernd Schmitt als V-Mann des Verfassungsschutzes. Nach bisherigen Informationen hat er sich selbst zuerst der Wuppertaler Polizei angeboten, wurde dann aber an den VS "weitergereicht". Das "Hak- Pao" hatte er schon 1987 gegründet. Als Spitzel wird Schmitt von der Abteilung VI des Innenministeriums geführt.

Während des "Hak-Pao" als reine Trainingsstätte fungieren sollte, gründete Schmitt aus den dort übenden Rechtsradikalen einen Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband (DHKKV), über den er Kontakte zur Nazi-Szene knüpfte. Vermutungen, der DHKKV sei eine reine VS-Gründung, werden derzeit noch energisch vom Innenministerium NRW bestritten. Bei 100 Mitgliedern dieses Vereins (von insgesamt 350) liegen dem VS "Erkenntnisse über Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen vor". Zu den Mitgliedern dieses Vereins gehören u.a. der Alt-Nazi Ernst Remer (heute in Spanien unter Hausarrest; per internationalem Steckbrief in der BRD gesucht) und Bernd Koch, der bekannteste Neonazi Solingens.

Mitte 1992 war der Kontakt zur Nationalistischen Front des Meinolf Schönborn nach offizieller Lesart das spezielle Aufgabengebiet des Bernd Schmitt. Dieser Meinolf Schönborn hatte nämlich im Herbst 1991 in einem Rundbrief zur Gründung eines Nationalen Einsatz-Kommandos aufgerufen. Fast ein Jahr lang wurde dieses NEK als mutmaßlich terroristische Vereinigung der Neonazis vom Generalbundesanwalt in der Öffentlichkeit vorgeführt, gegen die Ermittlungen liefen. Nach dem Verbot der Nationalen Front im November 1992 war von diesen Ermittlungen nichts mehr zu hören. Statt dessen wird jetzt bekannt, daß die Polizei heute einen 1992 parallel zum DHKKV gegründeten zweiten Verein, die Deutsche Kampfsportinitiative (DKI) des Schmitt-Kumpels Wolfgang Schlösser als Nachfolgeorganisation des NEK ansieht. Schmitt fungierte als Trainer der DKI, Schlösser als Chef der DKI war Mitglied im DHKKV. Schmitt sollte speziell die DKI observieren. Praktisch aber stellte die DKI im Hak-Pao die rechtsradikale "Ingroup" dar, die die verschärften Übungen und Verabredungen eben unter sich veranstaltete. Und neben DHKKV und DKI fanden VS-Mann Schmitt und Mit-Nazi Schlösser noch Zeit, die Leute von der Bergischen Front um den Solinger Nazi Bernd Koch (Ex-NPD und FAP-Mitglied) um sich zu sammeln. Koch hatte zuvor einen NSDAP-Gau Solingen geleitet und Anfang der 80er Jahre mit Schlösser zusammen eine Bürgerinitiative Ausländerstopp ins Leben gerufen, deren Mitglieder sich u.a. in SS-Uniformen fotografieren ließen.

Die Kämpfer der DKI und des DHKKV fanden 1992 auch bald entsprechende Arbeit im rechtsradikalen Lager: am 5. Juni 1992 in Bonn bei einer Veranstaltung des Förderkreis Freies Deutschland (mittlerweile aufgelöst) mit dem kanadischen Obernazi Ernst Zündel; in Hennef beim Lieblingshistoriker rechtsradikaler Stammtische, Kirk Lions aus den USA; als Saalschutz für die Deutsche Liga für Volk und Heimat; als Bodyguards für den Chef der Nationalistischen Front, Meinolf Schönborn. Andere Quellen nennen sogar den Objektschutz in Detmold am Zentrum der NF als Einsatzgebiet der Schmitt-Schläger. Anzeigen, das "Hak-Pao" sei ein Sammelpunkt von Rechtsradikalen, und der DHKKV aus jeder Art seriösen Sport-Dachverband ausgeschlossen, führten zwar zu Ermittlungen, aber keinen weiteren Konsequenzen. Die Vernehmung durch das BKA gereichte Schmitt unter seinen "Kameraden" noch zur Ehre, das inkriminierte Hakenkreuz an der Theke wurde zum asiatischen "Heilssymbol" bagatellisiert.

Die Mitgliedsliste des sogenannten "kanakenfreien Freitagstrainings", wie die speziellen Übungen der DKI im Hak-Pao intern genannt wurden, enthält nach Darstellung der Polizei die Namen von ca. 40 hartgesottenen Neonazis. Und zu eben diesem Freitagstraining, das heute als einer der Beweise für die heimliche Fortführung der verbotenen NF gegen Schlösser und Schmitt ins Feld geführt wird, hat Schmitt nach den Tagebucheintragungen des Christian B. eben diesen werben wollen. Die DKI wird übrigens im NRW-VS-Bericht nicht aufgeführt - wegen der laufenden Ermittlungen, wie Schmitts oberster Agentenführer Baumann behauptet.

Anfang 1993 erbot sich Schmitt, mit seinen Leuten vom DHKKV den Schutz von Ausländerwohnheimen zu übernehmen. Pfingsten 1993, unmittelbar nach dem Anschlag, gab Schmitt eine Liste von 86 Namen an die Polizei, in der auch die vier heute Angeklagten genannt werden. Was Schmitt bewogen hat, gleichzeitig die

jetzt Beschuldigten zu warnen, bleibt sein Geheimnis: In einem Telefongespräch mit einem der jetzt Angeklagten aus der Wohnung Köhnen, gab Schmitt den Tip, man möge sich auf Hausdurchsuchungen einstellen. Ein weiterer Jungkämpfer wurde von Schmitt beauftragt, mal in der Szene nach Tätern Ausschau zu halten. Schmitt selbst bekam den Tip, es könne sich eventuell um Christian Rehrer handeln, und dieser wird am Abend desselben Tages festgenommen. Schmitt stellt die Warnung an die Beschuldigten wie auch die Aufforderung, sich umzuhören, heute so dar, daß er es eben für möglich gehalten habe, daß diese Jungs ins polizeiliche Visier gerieten. Er selbst kenne sie kaum, wisse nur, daß sie eben rechtsradikale Oi-Musik hörten - eine klare Schutzbehauptung, wie sich aus den Tatsachen ableiten läßt.

Kurze Zeit nach dem Anschlag beobachteten Anwohner eine hektische Aktivität vor dem Hak-Pao. Männer schafften kistenweise Material aus dem Haus. Die alarmierte Polizei kontrollierte die Fahrzeuge, fand keine Waffen und ließ es zu, daß das gesamte Archiv des Hak-Pao, des DHKKV und der DKI fortgeschafft wurde. Auch für diese zeitliche Übereinstimmung von Anschlag und Räumung des Archivs gibt es bis heute keine plausiblere Erklärung, als die, Schmitt habe selbst eine Verbindung zwischen Anschlag und dem Hak-Pao gesehen. Das Hak-Pao war jedenfalls wochenlang nach dem Anschlag geschlossen. Erst Monate später, Silvester 1993 wurden etwa 55.000 Blatt Papier in der Wohnung einer Schmitt-Freundin sichergestellt. Was mit dem Material in der Zwischenzeit gemacht wurde, welche Akten verschwunden bleiben - all dies ist derzeit unbekannt. Was aus diesem Fund aber bekannt wurde, ist brisant genug: Anleitung zum Molli-bauen, Lagepläne von Ausländerwohnheimen etc. In den sichergestellten Papierbergen findet sich eine nahezu komplette Liste deutscher Neonazi-Prominenz: Von Robert Langnickel, Mitglied der verbotenen Nationalen Offensive, über Christian Worch von der Nationalen Liste Hamburg, FAP-Funktionäre, Mitglieder der verbotenen Deutschen Alternative usw.usf. Auch Meinolf Schönborn soll 1993 noch im Hak-Pao gesehen worden sein.

Und nicht nur Christian Buchholz war von Schmitt angeworben worden. Auf den Listen für das Training der DKI vom 5. Juni 1993 findet sich neben Christian Worch auch Markus Gartmann, der jetzt geständige Angeklagte. Das Training fiel am 5. Juni 93 aus - zumindest für Markus Gartmann, denn der saß schon.

Zählt Mensch hier zwei und zwei zusammen, so kommt dabei heraus, daß der so hochgelobte Spitzel alles getan hat, um die Infrastruktur der Neonazis intakt zu halten. Innenminister Schnoor wird schon allerhand bieten müssen, um "positive Leistungen" seines V-Manns nachweisen zu können. Nachprüfbare Ergebnisse dieser V-Mann-Tätigkeit sind bisher nur gut ausgebildete Nazi-Schläger, lebende "Zeitbomben", die - wie im Fall der mutmaßlichen Attentäter von Solingen - ihre Schulung dort erhalten haben.

Der VS - immer mitten drin im braunen Sumpf

Für die Mitwirkung des Verfassungsschutzes an Neonazi-Aktivitäten gibt es zahlreiche Hinweise und Belege.

Deckname Reiser. 1974 wurde auf Helgoland unter dem Tarnnamen "Schießclub Bocholt" von dem Frührentner Willi Wübbels die NSDAP/AO gegründet. Mit von der Partie war VS-Spitzel Gottwald alias Reiser, der es bis zum Kassenwart dieses Vereins brachte. Mehrere Ordner über Gottwalds Spitzeltätigkeit mit Abrechnungen, Mitgliederlisten etc. wurden später von Antifaschisten gefunden, aus denen eindeutig hervorgeht, daß Gottwald nicht nur beobachtend, sondern auch organisierend in dieser Szene tätig gewesen ist.

Der Fall Peter Weinmann. Fünf Jahre früher, 1969, begann in Bonn Peter Weinmann seine Karriere als VS-Agent. Zuerst war er Mitglied der 1971 ausgehobenen frühen NS-Gruppe Wehrsportgruppe Hengst, später gründete Weinmann mit Friedhelm Busse (heute FAP-Bundesvorsitzender) die Partei der Arbeit, die später in Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD) umbenannt und 1982 verboten wurde. Zuvor hatte er mit der Aktion Widerstand eine DKP-Veranstaltung überfallen und einen Gesinnungsgenossen aus Polizeigewahrsam befreit, eine Gefangenenbefreiung, die ohne gerichtliches Nachspiel blieb. Höchstwahrscheinlich hatte Weinmann damals, in der Aktion Neue Rechte schon Kontakt zu Michael Kühnen, der dort seine ersten politischen Schritte erst in der NPD und dann der ANR tat. 1976 taucht Weinmann als Mitglied und Bonner Adresse im Freundeskreis der Wehrsportgruppe Hoffmann auf. Gleichzeitig bildet er Kinder und Jugendliche in Kiesgruben um Bonn in militärischen Techniken aus und stellt ihnen die Mitgliedschaft in terroristischen Nazi-Gruppen in Aussicht. Als 1979 ein infolge eines Anschlags auf Bundesbahngleise das Waffendepot eines Bonner Neonazi ausgehoben wird, wird bekannt, daß dieser

"Einzeltäter" Kontakt zu Weinmann hatte. 1980 schließlich - nach dem Attentat auf dem Münchner Oktoberfest - berichtet der "Stern" über eine Sturmabteilung Bonn der Wehrsportgruppe Hoffmann. Eine entsprechende Anfrage wird vom Bundesinnenministerium als falsch zurückgewiesen. Möglicherweise - so stellt es Weinmann selbst dar - war er damals auch Agent des italienischen Geheimdienstes SISMI, für den er die Unterstützung der südtiroler Autonomiebestrebungen durch westdeutsche Geldgeber herausfinden sollte. - Mitte der 80er Jahre wird Weinmann von Busse in den Bonner Ortsverband der FAP eingeführt. Er gilt dort als Sprengstoffexperte, soll eine dementsprechende Broschüre verfaßt haben und ideologische Schulungen abgehalten haben. Ob diese Broschüre identisch ist mit der, die als "das Märchen vom bösen Wolf" in dieser Zeit gehandelt wurde, kann nur der VS beantworten. Seit dieser Zeit war Weinmann Doppelagent und arbeitete gleichzeitig für VS, die Nazis und das MfS der DDR.

Der Fall Krahberg. 1970 wurde die Terrorgruppe Europäische Befreiungsfront ausgehoben: 15 Pistolen, drei Revolver, mehrere Gewehre etc. wurden gefunden. Die EBF war ein Geheimbund, der u.a. Waffenbeschaffungsaktionen plante. Sie war gegründet worden vom VS-Agenten Krahberg, der aber im VS-Bericht 1970 keine Erwähnung mehr fand. Der zwei Jahre später stattfindende Prozeß klammerte jeden politischen Hintergrund aus.

Der Spitzel J. Neumann. Ein Jahr später flog die Nationale Deutsche Befreiungsbewegung des Roland Tabbert auf. Trotz umfangreicher Waffenfunde und offensichtlich geplanter Anschläge kam kein Mitglied in Haft. Den Tip hatte der VS-Spitzel J. Neumann gegeben.

Der Fall Lepzien. Ende der 70er Jahre operierte in Braunschweig die sogenannte NS-Gruppe Otte. Sie unterhielt engen Kontakt zu Michael Kühnens Aktionsfront Nationaler Sozialisten und plante Anschläge auf prominente Juden und Antifaschisten. Der gelernte Autoschlosser Lepzien avancierte zum Bombenbastler der Bande. Auf Übungslagern in der Lüneburger Heide wurde das Bombenlegen geübt. Otte-Adjutant Lepzien, der diese Schulungen leitete, entpuppte sich später als VS-Agent, dessen Tätigkeit für die Gruppe allerdings durch seinen Beobachtungsauftrag "nicht gedeckt" war. Insbesondere die Tatsache, daß eine der Bomben in Hannover explodierte, wurde dem VS-Agenten zum Verhängnis. Lepzien kam für seine Nazi-Aktivitäten für einige Zeit in den Knast und wurde frühzeitig entlassen.

Unklares aus Westberlin. Offenbar auch in der Westberliner NS-Szene war ein VS-Mann tätig. Dies zumindest wurde anläßlich eines Prozesses gegen Westberliner Neonazis im Jahr 1979 aktenkundig, wo ein Zeuge behauptete, der VS habe sich eine Schreibmaschine bei ihm geliehen, um auf dieser ein "Todesurteil" eines Femegerichts der NSDAP zu tippen. Der Leiter der entsprechenden Westberliner VS-Abteilung, Natusch, bestritt zwar, daß dieses Flugblatt in seiner Dienststelle geschrieben worden sei, war aber auch nicht der Ansicht, daß mit dem Zeugen die Phantasie durchgegangen sei. (taz, 31.7.79)

Der Mord an Johannes Bügner. Bis heute ungeklärt ist die VS-Verwicklung in den Mordfall Bügner. Dieser war 1983 aus dem Hamburger Nazi-Schwulenlokal CanCan des Wirts und bekannten Neonazis Lothar Wrobel von "Kameraden" entführt und in der Feldmark außerhalb Hamburgs ermordet worden. Der später als Mörder verurteilte Neonazi hatte kurz zuvor den inhaftierten Michael Kühnen im Knast besucht. Auch in diesem Fall ging es um den Vorwurf des Verrats an den VS.

Andreas Szypa. Ende der 80er Jahre durfte dieser FAP-Aktivist mit Erlaubnis der FAP-Führung für den nordrhein-westfälischen VS als Spitzel tätig sein.

Es wäre mehr als naiv anzunehmen, mit Bernd Schmitt sei nun der letzte hochkarätige Spitzel des VS in Nazi-Kreisen enttarnt worden. Das Gegenteil dürfte stimmen: Wir haben noch nicht einmal die Spitze des Eisbergs gesehen. Allen diesen Beispielen aber gemeinsam ist, daß der VS nie nur beobachtend tätig gewesen ist. Immer waren seine V-Leute mit an vorderster Front, als Bombenbauer, Nahkampfausbilder, ideologische Schulungsleiter usw. usf. Die Behauptung, über diese V-Leute habe man die Szene besser im Griff, wie sie auch jetzt wieder im Fall Schmitt erhoben wird, erweist sich bei näherem Hinsehen, als reine Schutzbehauptung. Innenminister Schnoor hat bislang jedenfalls außer der bloßen Behauptung, Schmitt sei von "großem Nutzen" gewesen, nichts Konkretes auf den Tisch gelegt. Tatsache ist jedenfalls, daß all diese V-Leute kriminelle nazistische Taten begangen haben, für die sie nicht belangt wurden. Und hier paßt auch Bernd Schmitt vom Solinger Hak-Pao ins Schema seiner Vorgänger. Bestraft worden für die Überschreitung

seines Auftrags ist nach meiner Kenntnis bislang nur der Braunschweiger Lepzien. Wird Bernd Schmitt nun ein zweites Bauernopfer werden?

ES, Hamburg

Quellen

Die Schilderung des Prozesses und die Biographien der Angeklagten wurden z.T. aus einer Mailbox-Veröffentlichung der "Antifaschistischen NRW-Zeitung", die im CL-Netz veröffentlicht wurde, übernommen und redaktionell bearbeitet.

Zur Biographie von Peter Weinmann vgl. "Spiegel", 14.2.1994 und "Der Rechte Rand", Nr. 22, April-Mai 1993.

27. Zwei Jahre Haft für Antifaschisten. Gunther S. für angeblichen Überfall auf Rechtsextremisten verurteilt

Autor: ga. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:22

Das Urteil wurde nach nur wenigen Verhandlungstagen gesprochen: Zwei Jahre Haft ohne Bewährung für Gunther S. Verurteilt wurde der Antifaschist wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigung. Gunther soll im Januar 1993 an einem Überfall auf Rechtsextreme beteiligt gewesen sein. Im Verfahren wurden die faschistischen Strukturen der Rechtsextremen in Mainz sichtbar gemacht. AugenzeugInnen für eine Tatbeteiligung von Gunther S. gibt es keine. Das Gericht stützt seine Behauptung allein auf Indizien.

Etwa einhundertfünfzig Bullen wurden aufgeboten, um die umfangreichen "Sicherheitsvorkehrungen", die den gesamten Justizkomplex am Mainzer Landgericht umfaßten, zu gewährleisten. Absperrgitter, Polizeihunde, strenge Personenkontrollen und allein eine Hundertschaft Grüuniformierter innerhalb des Gerichtsgebäudes bestimmten am 25. April diesen Jahres den Prozeßauftakt gegen Gunther. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Antifaschisten aus Wiesbaden im Zusammenhang mit einem Organisationstreffen der verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) "schweren Landfriedensbruch" vor.

Die Inszenierung eines politischen Schauprozesses war vorherbestimmt. Der Vorsitzende Richter Jungbluth hatte bereits im Februar 1993 die Haftfortsetzung der fast sechsmonatigen Untersuchungshaft ausschließlich mit braun eingefärbten Ausführungen begründet: "... Der Beschuldigte ist ... Mitglied einer sich antinational sozialistisch bezeichnenden Gruppe ... bereits die hohe Straferwartung begründet die Fluchtgefahr, die dadurch verstärkt wird, daß er als Mitglied der autonomen Szene jederzeit in den Untergrund abtauchen kann." Kommentar dazu von Rechtsanwalt Fresenius zu Prozeßbeginn: "Ein autonomer Untergrund ist nicht gerichtsbekannt."

Trotz der erdrückenden Polizeipräsenz demonstrierten am frühen Morgen des ersten Verhandlungstages 150 KundgebungsteilnehmerInnen vor dem Gerichtssaal gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands. Der Großteil dieser interessierten Öffentlichkeit war auf Betreiben des "Hohen Gerichts" jedoch von der Verhandlung ausgeschlossen. Nachdem es gegen 8.30 Uhr im Gerichtsfoyer zwischen den zahlreichen Bullen zunehmend enger geworden war, stellte sich heraus, daß der Prozeß in einen viel zu kleinen Raum mit 40 Sitzplätzen verlegt worden war. Den Antrag der Verteidigung auf Verlegung in den großen Landgerichtssaal (in dem sich zu diesem Zeitpunkt keinerlei ZuschauerInnen befanden), fand vor Gericht ebensowenig Beachtung wie die Forderung nach Aufhebung der rigiden Zugangskontrollen (Durchsuchung, Abtasten und die Hinterlegung der Personalpapiere). Das Gericht hielt auch an den folgenden Verhandlungstagen an dieser Praxis fest. Alleine am Vormittag des ersten Verhandlungstages war der Prozeß sieben- bis achtmal durch längere Pausen unterbrochen, die die Verteidigung durch immer neue Anträge provozierte. Die Rechtsanwälte E. Biskamp und B. Fresenius stellten u.a. mehrere Befangenheitsanträge gegen den Vorsitzenden Richter Jungbluth und einen weiteren Richter, die beide im Februar 1993 an dem oben zitierten Beschluß zur Fortdauer der Untersuchungshaft beteiligt gewesen waren. Grund für die angenommene Befangenheit der Richter gab außerdem die Anwesenheit von vier bewaffneten Bullen im Gerichtssaal. Schon im Vorfeld des Prozesses hatte sich herausgestellt, daß die 1. Strafkammer gewillt war, ihrem Ruf als "Hardliner" gerecht zu werden. Zwei Wochen vor Beginn der Verhandlung wurde der Gunther völlig unbekannte Rechtsanwalt Kusel aus Mainz auf Gerichtsbeschluß zum Pflichtverteidiger bestellt. Ein Antrag auf Verpflichtung von RA Fresenius aus Frankfurt, der Gunther bereits seit eineinhalb Jahren vertritt, wurde abgelehnt. Einen zu Verhandlungsbeginn verlesenen Beschluß des OLG Koblenz, worin der Beschwerde von Rechtsanwalt Fresenius gegen seine Ablehnung als Pflichtverteidiger stattgegeben wird, ignorierte die Mainzer Kammer kurzerhand. Herr Kusel muß für den gesamten Verlauf des Prozesses als Statist der Verhandlung beiwohnen, obwohl er als sogenannter "Zwangsverteidiger" von seinem "Mandanten" abgelehnt wurde.

Wie nicht anders zu erwarten, werden sämtliche Anträge der Verteidigung abgelehnt - auch die von Rechtsanwalt Kusel selbst beantragte Entpflichtung. Allerdings mußten es die Vertreter der Staatsgewalt über sich ergehen lassen, daß Gunther eine achtseitige Prozeßerklärung vortrug. Darin gab er eine detaillierte Auflistung faschistischer Übergriffe, die von den Staatsschutzbehörden wie der Presse in Mainz

totgeschwiegen werden, eine Einschätzung seines Verfahrens als Gesinnungsjustiz sowie einen Abriß der faschistischen und rassistischen Kontinuität der BRD. Ein für den Prozeßverlauf wichtiger Schwerpunkt der Erklärung beschäftigte sich akribisch mit der Organisierung und den Aktivitäten der Nazi-Szene in Mainz. Entsprechend gut vorbereitet wurden von Gunthers Verteidigung genau zu diesem Thema jene acht DA-Anhänger befragt, die nach der Anklageschrift am 6.6.1993 von Gunther und etwa 30 unbekannten Mittätern aus der linken Szene überfallen worden sein sollen. Am 2. Verhandlungstag legte die Verteidigung mit gezielten Fragen an die ZeugInnen der Anklage die faschistischen Strukturen in Mainz frei, die Gunther bereits in seiner Prozeßerklärung ausführlich beschrieben hatte. Obwohl einige der acht ZeugInnen behaupten, daß sie sich nur zum "Biertrinken und Labern" treffen wollten, stellte sich schnell heraus, daß es solche Treffen jeden Mittwoch gegeben hat und diese (welche Überraschung!) meistens auf dem Gelände der bundesweit bekannten Gärtnerei Müller stattgefunden haben. Alle ZeugInnen hatten mehr oder weniger regelmäßig an den Mittwochstreffen, den sogenannten "Kameradschaftsabenden", teilgenommen. Sie trafen sich außerdem zu Sonnwendfeiern und Hitlergeburtstagen bei den Nazi-Müllers. Michael Petri (Vorsitzender der verbotenen Deutschen Alternative und einer der Drahtzieher der Mainzer Nazi-Szene) hat bei den wöchentlichen Treffen regelmäßig Reden gehalten.

Einige ZeugInnen hatten sich offensichtlich abgesprochen. Zwei - unter ihnen Dirk Poser - hatten dazu allerdings keine Gelegenheit - sie mußten aus der JVA vorgeführt werden und waren weit gesprächiger. Die beiden sitzen zur Zeit in Görlitz wegen des Vorwurfes "schwerer Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung in zwei Fällen" in U-Haft.

Aus den Aussagen ergibt sich bisher folgendes Bild: Am Abend des 6.1.1993 waren die acht Neonazis zunächst zur Gaststätte "Depot" gefahren, dort aber wegen ihrer "Glatzen, Bomberjacken und Springerstiefel" nicht hereingelassen worden. Der Wirt des bekannten Nazitreffs hatte wegen seiner illustren Gäste damals Schwierigkeiten bekommen. Der in der Kneipe anwesende Michael Petri schickte sie weiter zum Rheinufer, wo sie sich kurz danach mit 15 bis 50 Vermummten konfrontiert gesehen haben wollen, die angeblich mit Baseballschlägern, einem Axtstiel und Stangen ein bis fünf Minuten lang auf die beiden Autos eingeschlagen haben sollen. Dabei gingen fast alle Scheiben zu Bruch, und drei der InsassInnen wurden leicht verletzt.

Aus den Aussagen geht klar hervor, daß es sich am 6.1.1993 um ein vorher geplantes Treffen der damals bereits verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) gehandelt hat, zu dem einer der führenden Mainzer Nazis, eben Michael Petri, schriftlich eingeladen hatte. Eingeladen waren 30 bis 40 "Kameraden" aus Wiesbaden, Frankfurt, Heidelberg, Mannheim, Frankenthal, Hochheim, Bad Schwalbach, Bad Homburg, Wehrheim und Kleinfischbach. Unter ihnen auch Manfred Huck, Vorsitzender der "ANK" (Aktionsfront Nationaler Kameraden - offensichtlich Auffangbecken der verbotenen "DA"). Mainz als Knotenpunkt faschistischer Vernetzung wird daran deutlich. Auf dem Treffen sollten Gespräche über eine Zusammenarbeit der verbotenen DA und der ANK stattfinden.

Ein Zeuge sagte aus, daß es sich um eine "Aktion der Partei" gehandelt habe. Trotz ihrer Absprachen und obwohl nur einer zugibt, gegenwärtig Mitglied einer rechtsradikalen Vereinigung (DN - Deutsche Nationalisten) zu sein, ergibt sich ein klares Bild der "Geschädigten". Ihren politischen Standpunkt beschreiben sie selber als "normal", eben: "rechts", "deutsch", "patriotisch". Die meisten von ihnen haben eine einschlägige Vorgeschichte, die Schlägereien mit ausländischen Jugendlichen, Angriffe auf junge Ausländerinnen in Mainz-Kastel 1992, auf BesucherInnen eines Punkkonzertes in Bretzenheim 1990 einschließt. Andreas Orf, einer der Zeugen, meldete 1993 den Rudolf-Hess-Marsch in Wiesbaden an. Eine Zeugin war vor kurzem in einem Beitrag des Spiegel-TV über "rechte Frauen in der Bewegung" zu bewundern, in dem sie als Sprecherin der "DN" präsentiert worden war. Bei Hausdurchsuchungen bei einigen von ihnen wurden Nazi-Materialien sichergestellt.

Während die Vernehmungen der FaschistInnen über deren Zusammenhänge und Absichten am 6.1.1993 ein recht klares Bild vermitteln, bleibt die Beteiligung der Mainzer Staatsschutzbehörden an den Vorkommnissen dieses Tages auffällig im Dunkeln. Nur wenige Minuten nach dem "Überfall" tauchten drei Polizeifahrzeuge, darunter ein Mannschaftswagen, am Ort des Geschehens auf, kurz darauf am "Depot". Die Vermutung liegt nahe, daß das Treffen der verbotenen "Deutschen Alternative" bekannt war. Ein Zeuge vermutet denn auch, daß der Verfassungsschutz anwesend war.

In diesem Zusammenhang ist es ebenfalls von Interesse, daß mit ausdrücklicher Genehmigung des Gerichts ein ziviler Kripobeamter, der sich zunächst als Journalist ausgegeben hatte, ständig den Verhandlungen beiwohnte und eifrigst Notizen machte. Berechtigte Befürchtungen der Verteidigung, daß mit Hilfe dieses Polizeibeobachters Einfluß auf die noch zu vernehmenden Bullen genommen werden könnte, wischte das Gericht als völlig unbegründet vom Tisch. Dabei ist augenscheinlich, daß die Beamten, die daran beteiligt waren, entweder Gunthers Festnahme, die Durchsuchung der Fahrzeuge, die Spurensicherung oder die Vernehmungen durchzuführen, instruiert worden sind.

Obwohl die acht FaschistInnen bei der Auseinandersetzung am 6.1.93 niemand erkannt hatten, wurde Stunden später Gunthers Autokennzeichen an alle Polizeistreifen weitergegeben. Offensichtlich handelte es sich bei der Festnahme auf der Schiersteiner Brücke in Richtung Wiesbaden, drei Stunden später, um eine gezielte Maßnahme. Die Vernehmungsprotokolle der FaschozeugInnen, die ebenfalls Gegenstand der Vernehmung der PolizeizeugInnen war, gaben weitere Rätsel auf. Obwohl die Vernehmung einer Zeugin bereits vor Gunthers Festnahme abgeschlossen war, steht auf der Strafanzeige nicht gegen "unbekannt", sondern Gunthers Name.

Ein "abgesägter Baseballschläger", an den sich beide Festnahmebeamten ganz deutlich erinnern, scheint spurlos verschwunden. Einige Knüppel, von einer Faschozeugin einen Tag nach dem Vorfall angeschleppt, werden vom Gericht ohne Zögern als Beweismittel anerkannt. Zwei größere Glassplitter, angeblich in Gunthers Auto gefunden, tauchen in keiner Asservatenliste mehr auf. Für die größte Überraschung sorgte gegen Ende des 4. Verhandlungstages die Staatsanwaltschaft höchstpersönlich. Bei der Vernehmung eines Beamten des KD 21 ("Terrorismus-Extremismus"-Abteilung der Mainzer Kripo) stellte sich heraus, daß dieser zwei Tage nach Prozeßbeginn auf Veranlassung von Staatsanwalt Steinhart "Nachvernehmungen" mit zwei Zeugen durchführte. Weder die Verteidigung noch die Kammer wußten bisher von der Existenz dieser "neutralen Augenzeugen". Dies ist um so unerklärlicher, da diese Zeugen sowohl den gesamten Vorfall beobachtet als auch die Polizei verständigt haben wollen. Von diese "neutralen Zeugen" werden die Anschrift und die Berufsbezeichnung geheimgehalten. Es ist nicht auszuschließen, daß die beiden Zeugen Verfassungsschutzbeamte sind.

Obwohl im Verfahren eine Kette von polizeilichen Ermittlungsfehlern und Ungereimtheiten offengelegt wurden, bezeichnete das Gericht nahezu alle Beweisanträge der Verteidigung als Pseudoanträge und lehnte diese ab. Abgelehnt wurde auch die Ladung des in Bad Kleinen "berühmt" gewordenen V-Mannes Klaus Steinmetz als Entlastungszeugen. Die Vorladung würde die neue Identität von Steinmetz gefährden, erklärte das Gericht.

Vorgelegt wurde auf Antrag - fast vollständig geschwärzt - die "Zweitakte". Es hatte sich im Verfahren herausgestellt, daß es eine zweite Akte gab, die weder der Kammer noch der Verteidigung bekannt waren. Die Akte lag bei KD 21 (Staatsschutz, Terrorismus) und enthielt ein mehrseitiges Einsatzprotokoll vom 6.1.1993. Nach Vorlage wußte man zwar, daß es so eine Akte gab, aber der Inhalt konnte nicht entschlüsselt werden.

Die Verteidigung plädierte auf Freispruch, die Staatsanwaltschaft forderte zwei Jahre und neun Monate. Das Gericht entschied, der Feind steht immer noch links, und verhängte zwei Jahre ohne Bewährung. Die Begründung dieses Urteils, das sich auf reine Indizien stützt, klingt wie aus dem Handbuch für Antikommunismus: In der Prozeßerklärung habe Gunther S. deutlich gemacht, daß er Gewalt nicht nur billige, sondern auch zu seinem eigenen Anliegen machen würde.

ga.

Zusammenstellung aus verschiedenen Erklärungen der Prozeßgruppe

Solidaritätsgruppe Gunther

c/o Infoladen, Werderstr.8, 65195 Wiesbaden, Fax: 06131/618670. Spendenkonto: Wiesbadener Volksbank, BLZ 510900 00, Kontonummer: 1492 6581. Kennwort: Gunther

28. Erneute Schlappe für deutsche "Terroristen"-Jäger: Freisprüche im Düsseldorfer Prozeß gegen IrInnen

Autor: M., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:30

"Es ist eindeutig, daß die Angeklagten Mitglieder einer 'activ service unit' der IRA waren, aber die Beweislage ist nicht ausreichend - weitgehende Zweifel blieben bis zum Schluß, so daß Donna Maguire, Sean Hick und Paul Hughes freizusprechen sind." Mit diesen Worten beendete der dem 6. Staatsschutzsenat des Düsseldorfer Oberlandesgericht (OLG) vorsitzende Richter, Wolfgang Steffen, am 9.6.1993 seine dreieinhalbstündige Urteilsbegründung. Der bundesdeutsche Staatsschutz hat sich damit zum zweiten Mal vor seinen britischen Anti-"Terrorismus"-Kollegen blamiert.

Seit dem 26. Oktober 1992 wurde an 112 Verhandlungstagen gegen diese drei republikanischen AktivistInnen wegen folgender Tatvorwürfe prozessiert: Einem mißlungenem Sprengstoffanschlag auf eine Kaserne der britischen Rheinarmee in Hannover/Langenhagen am 4. Mai 1990 (ohne Personen- oder Sachschaden), sowie der Ermordung des britischen Majors Michael Dillon-Lee vom "32 Heavy Regiment Royal Artillery", einen Monat später in Dortmund.

Die Anklage der Bundesanwaltschaft (BAW) krankte von Anfang an daran, nur mit Indizien arbeiten zu können. Es gab keine TatzeugIn, die auch nur eine der Angeklagten wiederzuerkennen vorgab. So hatte etwa die Gattin des mit sechs Kugeln erschossenen ehemaligen Pistolenschützen-Champions Dillon-Lee, Rosalind, nur eine maskierte Person wahrgenommen. Ebenso konnte ein Kunde bei einer Mietwagenfirma, der den gestohlenen Führerschein eines "Thomas Hughes" vorgelegt hatte, nicht mit dem angeklagten Paul Hughes in Verbindung gebracht werden.

Die BAW hatte das Bestehen einer sog. "Kontinentalgruppe" der nord-irischen Befreiungsbewegung "Irish Republican Army" (IRA), sowie die unterstellte Zugehörigkeit der Angeklagten zum zentralen Beweisthema gemacht. Diese angebliche "Kontinentalgruppe" soll für die gegen - sich auf dem Kontinent von ihrem Nordirland-Einsatz erholenden - britischen Soldaten gerichtete Anschlagsserie der IRA seit 1987 verantwortlich sein. Dutzende von britischen, republik-irischen, niederländischen und deutschen Bullen (BKA) sowie Angehörige des britischen "Secret Service" (MI 5) wurden diesbezüglich vor den Staatsschutzsenat der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt angehört.

Ähnlich wie in einem §129a-Prozeß sollte versucht werden, die Angeklagten ohne den Nachweis einer konkreten Tatbeteiligung zu verurteilen. Sie sollten allein über die Zugehörigkeit zu dieser sagenumwogenen "Kontinentalgruppe" für alles, was der Staatsschutz dieser "Gruppe" an Taten unterstellen wollte, strafrechtlich verantwortlich gemacht werden. Doch keiner der vorgeladenen Bullen- bzw. Geheimdienst-Zeugen konnte oder wollte etwas Substantielles über die Struktur dieser "Kontinentalgruppe", ja noch nicht einmal über den Aufbau der IRA aussagen. Damit hat sich, wie bereits in dem ersten Prozeß gegen die Iren Gerry McGeough und Gerry Hanratty (1990-92) diese "Kontinentalgruppen-Theorie" als Rohrkrepierer für den Staatsschutz der BRD erwiesen.

Dennoch wird diese einmal erfundene Konstruktion weiter mitgeschleppt: Brav phantasierte Staatsschutzrichter Steffen in seiner Urteilsbegründung über diese ominöse "Gruppe". In beiden Prozessen gegen die IrInnen (wie auch dem derzeit laufendem in Celle s.u.) sind die vor Gericht stehenden irischen RepublikanerInnen nicht direkt als "Mitglieder der terroristische Vereinigung IRA" gemäß §129a angeklagt. Die Denunziation der Angeklagten als "TerroristInnen" läuft über einen verfahrensrechtlichen Trick: über den 1987 extra für derartige Verfahren gegen ausländische "TerroristInnen" geänderten §120 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), der festlegt, in welchen Fällen der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren an sich zu ziehen hat. Die BRD hat so über die Anwendung des §120 GVG - ohne die Beschuldigten offen nach §129a anzuklagen - offiziell klargemacht, daß die BRD die IRA nicht als Befreiungsbewegung, sondern als eine "terroristische Vereinigung" ansieht.

Sean Hick und

Paul Hughes sind frei ...

Die Freisprüche für die drei IrInnen in Düsseldorf kamen nicht ganz unerwartet. Bereits im November letzten Jahres war der Haftbefehl für Donna Maguire wegen des Anschlags in Hannover aufgehoben worden. Im Februar 1994 wurde Paul Hughes aus der Untersuchungshaft entlassen, da kein dringender Tatverdacht mehr gegen ihn bestand. Selbst die BAW, die hiergegen zunächst Beschwerde eingelegt hatte, zog diesen nach zehn Tagen kleinlaut zurück. Vier Wochen später wurden der Haftbefehl von Hick, und auch erneut der von Donna Maguire geändert. Hick wurde nur noch "versuchter Mord" in Hannover bzw. "fortgesetzte Beihilfe" in Dortmund zur Last gelegt. Donna Maguire sollte in beiden Anklagepunkten "psychische Beihilfe" geleistet haben.

Donna Maguire hatte für den Tatzeitpunkt ein nachweisbares Alibi. Allerdings soll sie Sean Hick angeblich mit einem gefälschtem Paß geholfen haben. Dies soll die alles entscheidende Beihilfehandlung gewesen sein, die - entsprechend der Märchenstunde der BAW - ihre "Fortsetzung" darin fand, daß die mit den Freisprüchen letztlich unbekannt gebliebenen Täter damit "rechnen konnten, sich auf Maguire verlassen zu können"!

Unverdrossen verlasen die beiden Bundesanwälte Müllenbach und Franke in ihrem Plädoyer die Anklageschrift zum zweiten Mal. Sie plädierten für alle drei IrInnen auf lebenslänglich. Die - sich daran eigentlich logisch anschließende - Forderung nach Wiedereinsetzung des gegen Paul Hughes gerichteten Haftbefehls wurde aber von der BAW nicht mehr erhoben.

Sean Hick und Paul Hughes kamen nach dem Urteilsspruch frei. Sie hatten, ebenso wie Donna Maguire, seit exakt vier Jahren unschuldig als politische Gefangene im Knast gesessen. 1990 waren diese drei irischen RepublikanerInnen in einer grenzüberschreitenden "Terroristen"-Hatz auf dem Boden der Niederlande verhaftet worden. Dort wurde ihnen vergeblich der Prozeß gemacht, wegen der Ermordung zweier von der IRA mit britischen Soldaten verwechselten Touristen in Roermond. Auch in den Niederlanden konnte weder ein Urteil hinsichtlich des Mord-Anschlags, noch wegen "Mitgliedschaft" in einer nach §140 NL-StGB verbotenen "kriminellen" - und damit tendenzielle auch - "terroristischen Vereinigung" erwirkt werden. Hick, Hughes und Maguire wurden aber bereits wenige Tage nach ihrem Freispruch von den Niederlanden an die BRD ausgeliefert.

... Donna Maguire steht jetzt in Celle vor Gericht

Donna Maguire kam im Unterschied zu ihren Düsseldorfer Mitangeklagten noch nicht auf freien Fuß. Auf sie hatten es die deutschen Repressionsorgane besonders abgesehen: Bereits 1990 versuchten sie mit einem an die Republik Irland gerichteten Auslieferungsersuchen Donna Maguire habhaft zu werden. Die republik-irischen Behörden wiesen das deutsche Ansinnen aber aufgrund von Formfehlern in dem Auslieferungsantrag zurück. In Düsseldorf war die ganze Verhandlungsführung sowie die Aussagen der Staatsschutz-Zeugen darauf gerichtet, aus Donna Maguire eine "Top-Terroristin" zu konstruieren.

Donna Maguire muß das ganze Procedere noch einmal über sich ergehen lassen, wenn sie sich vor dem OLG-Celle wegen der Ermordung eines britischen Soldaten in Hannover, einem Sprengstoffanschlag auf die britischen "Quebec-Barracks" in Osnabrück (beides 1989) sowie wegen "fortgesetzter Spionagetätigkeit zu Sabotagezwecken" verantworten muß. In Celle wird in dieser Angelegenheit schon seit April 1993 gegen die drei IrInnen Pauline Drumm, Donogh O'Kane und Patrick Murray verhandelt (Diese waren 1989 in Frankreich festgenommen und unter erstmaliger Anwendung des "Europäischen Terrorismus-Übereinkommen" seitens der französischen Behörden, an die BRD ausgeliefert worden, vgl. ak 357). Donna Maguires Verfahren war seinerzeit ausgesetzt worden und wurde nun am 29. Juni neu aufgenommen.

M./Berlin

29. Judenmord und Nationalsozialismus im deutsch-deutschen Dialog der 60er Jahre

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:25

Rezension

Judenmord und Nationalsozialismus

im deutsch-deutschen Dialog der 60er Jahre

"Was geht uns Eichmann an?" hieß das Thema einer Veranstaltung am 5.7.1961 an der Universität Marburg. Anlaß war der gleichzeitig in Israel stattfindende Prozeß gegen Adolf Eichmann, der als Leiter des "Judenreferats" im Reichssicherheitshauptamt den Transport der Juden überall aus Europa in die Vernichtungslager organisiert hatte. Referent war Robert Neumann, ein in Österreich geborener Jude mit britischem Paß, Vizepräsident des internationalen PEN-Clubs und u.a. Herausgeber eines Bildbandes über "Hitler - Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches".

Neumann äußerte sich im wesentlichen zu drei Fragen: "Warum diese Exzesse gerade gegen die Juden?" - "Wer hat das getan?" - "Wie konnte es geschehen?" Er war sehr zurückhaltend mit Wertungen und Urteilen, zeigte überraschend viel Verständnis für subjektive Unzulänglichkeiten. Erschreckend ist allerdings die Aktualität der Argumente. Neumann spricht von "Menschen, die der Überzeugung sind: Laß es doch einmal vergeben und vergessen sein." (S. 24) Ein andere Ausflucht lautete: "All das ist doch Wasser auf die Mühle der Kommunisten." (S. 25) Und schließlich gab es auch schon damals eine Broschüre "Über die Lüge, daß Juden getötet worden sind", in der behauptet wurde, daß die "Juden mehr geworden sind und nicht weniger". (S. 20)

An der durchaus spannenden und recht vielfältigen Diskussion beteiligten sich neben vielen Studierenden auch Karl Ritter, ein ehemals deutschnationaler Pfarrer, der als Funktionär der Bekennenden Kirche mehrfach von den Nazis inhaftiert worden war, Wolfgang Abendroth, der ebenfalls im KZ gewesen war, und Frau Abendroth.

Neumann und seine Frau haben das Referat und Teile der Diskussion auf Band aufgenommen und die Veranstaltung am 16.11.1962 an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR) wiederholt. Auch hier entwickelte sich eine recht lebhafte und z.T. auch kontroverse Diskussion. Beteiligt waren u.a. der Staatssekretär für Hochschulfragen Prof. Girnus, der Schriftsteller und spätere Vorsitzende des PEN-Zentrums der DDR Kamnitzer und der Volkskammerpräsident Dieckmann. Zentrale Fragen waren die Einschätzung der politischen Verhältnisse in der BRD, Antisemitismus und Antikommunismus, der Widerstand im "Dritten Reich" und die Rolle der DDR als Garantin für Frieden und Nichtwiederholbarkeit des Faschismus.

Auch diese Veranstaltung wurde aufgezeichnet und die Bänder am 23.11.1962 in Abendroths Oberseminar in Marburg diskutiert. Daran waren eine Reihe späterer Professoren und (SPD-)Politiker beteiligt, u.a. Reinhard Kühnl und Hanno Drechsler (Marburger OB 1970-92). Viele der Ostberliner Fragen wurden wieder aufgegriffen, so die des kommunistischen Widerstandes und des Hitler-Stalin-Paktes und die des Zusammenhangs von Antisemitismus und Antikommunismus. Dabei teilten Abendroth und Drechsler die fatale Einschätzung, die Rolle des Antisemitismus sei erledigt. (S. u.a. S. 121, S. 129)

Am 14. Mai 1964 folgt eine weitere öffentliche Veranstaltung in Marburg unter dem Titel: "Soll die Universität Marburg mit der Universität Ost-Berlin sprechen?" mit Abendroth, Neumann und einigen Professoren sowie eine Rundfunkdiskussion im WDR am 20. Mai. Daran waren neben Abendroth und Neumann ein liberaler Zeitungsredakteur (Gerhard Fauth), ein konservativer Schriftsteller (Rolf Schroers) und Johannes Gross (damals Deutschlandfunk, später Deutsche Welle, dann Capital) beteiligt. Bei dieser Veranstaltung wie bei der Rundfunkdiskussion wurden die Aufnahmen der Diskussion in Marburg und Berlin (DDR) aus dem Jahr 1961 einbezogen.

Herausragend ist Abendroths Bemühen, deutlich zu machen, daß Widerstand im 2. Weltkrieg keine Frage der subjektiven Haltung war: "Widerstand war (...) nur dann möglich und nur dann sinnvoll, wenn man entschlossen war, diese Niederlage (Deutschlands - W.R.) herbeizuführen mit allen Mitteln und mit allen

Konsequenzen." (S. 154) Gross entschuldigte und verharmloste schon damals: Die Menschen seien nun mal so. Ausgesprochen spannend ist die Kontroverse um die Frage, ob und inwieweit es nach 1945 wünschenswert oder im nachhinein nötig gewesen wäre, auch in der BRD die staatlichen und gesellschaftlichen Führungsebenen von Nazis zu säubern. Einig ist man sich, daß dies mehr oder weniger die ganze "sozial führende bürgerliche Schicht" (Gross, S. 162) betroffen hätte, wie es in der DDR geschehen war. Dies erklärt Gross zum eigentlichen Ziel der DDR-Führung, der Antifaschismus sei nur Vorwand gewesen. In der BRD geschah das nicht, weil es die Westmächte verhinderten - was Gross begrüßt und Abendroth bedauert mit dem Hinweis, die westdeutsche Bevölkerung habe eine solche Säuberung gewollt. (S. 162 ff.)

Das Schönreden der BRD und das Verketzern der DDR gehören zu den Selbstverständlichkeiten einer solchen Diskussion. Sie werden beispielhaft nachvollziehbar an der Frage des Pazifismus: Ein Marburger Diskutant hatte gesagt, er habe aus dem Krieg die Konsequenz gezogen, nie mehr eine Waffe anzufassen. (S. 49) Ein Ostberliner Student und NVA-Angehöriger hatte geantwortet, wegen der Gefahr eines neuen Faschismus sei im Gegenteil Militanz, also die NVA, nötig und nicht Pazifismus. (S. 91) Dieser Sprecher muß immer wieder als Kronzeuge herhalten für die Aggressivität der DDR, der Marburger für die Naivität der bundesdeutschen Opposition.

Neumann stellt diese Problematik differenzierter dar, allerdings nur in seinem Tagebuch: "Es gleicht mit Auswechslung von ein paar Vokabeln aufs Haar dem Gewäsch, das mancher (...) durch drei Monate indoktrinierter Rekrut der westdeutschen Bundeswehr von sich gäbe, gegen die Brüder und Schwestern in der DDR. Das ist recht gespenstisch. (Girnus bremste damals den jungen Mann sofort. Seinen Bundeswehr-Vetter - welcher Bonner Funktionär hätte den gebremst?)" (S. 190)

Ebenfalls enthalten ist in dieser Dokumentation eines "deutsch-deutschen Dialogs" ein "Zeit"-Artikel vom 29.4.64, in dem Neumann die Abläufe darstellt, je eine Nachbetrachtung von Reinhard Kühnl und dem ostdeutschen Historiker Manfred Weißbecker sowie ein Gespräch mit Heinz Kamnitzer.

Das Buch "Operation Mauerdurchlöcherung" ist ein spannendes, aber auch ein höchst frustrierendes Zeitzeugnis: Es zeigt nicht nur, daß Fähigkeit und Bereitschaft, aus dem Faschismus zu lernen, äußerst beschränkt waren; es zeigt auch, wie fast völlig wirkungslos mehr als 30 Jahre antifaschistischer Diskussion in (West-) Deutschland verpufft sind.

Werner Rätz, Bonn

Reinhard Hübsch, Friedrich-Martin Balzer (Hg.): Operation Mauerdurchlöcherung. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog. Bonn (Pahl-Rugenstein Nachfolger) 1994. 227 Seiten, 24,80 DM

30. Öko-imperialistische Ideologie. Teil 1

Teil 1 - von Andreas Schweer

Autor: Andreas Schweer · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:21

Wir publizieren Andreas Schweers umfassende Arbeit zu öko-imperialistischer Ideologie und Politik in zwei Teilen. Im ersten Teil erörtert der Autor den Begriff der Einen Welt als zentrales Element öko-imperialistischer Ideologie und den Versuch imperialistischer Machtzentren, die ausgebeuteten Weltregionen als eigentliche Verusacher der Umweltschäden auszugeben. Im zweiten Teil, der in ak 369 erscheinen wird, analysiert der Autor den tatsächlichen Gehalt der von fast allen Bundestagsparteien propagierten "ökosozialen Marktwirtschaft" und stellt die Instrumente öko-imperialistischer Politik dar.

"Wollen Sie denn den brasilianischen Regenwald mit ihren Truppen besetzen?"

"Um die Sauerstoffreserven unserer Welt zu sichern (...) wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben."

(Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, in einem Spiegel-Interview, 32/92)

In Diskussionen um die politische Bewertung der ökonomischen Konstruktionen zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten in den ausgebeuteten Weltregionen, den "dept-for-nature-swaps" (1), oder von Aufrufen zu einem Tropenholz-Boykott fällt des öfteren der Begriff "Öko-Imperialismus". Dieser Begriff wird dabei jedoch sehr verkürzt benutzt. Eine genauere inhaltliche Bestimmung ist darum notwendig.

Zunächst einmal ist zu klären, wie der Begriff "Imperialismus" verwandt wird. Allgemein formuliert faßt der Begriff "Imperialismus" all die politischen Maßnahmen eines ökonomischen und militärischen Machtzentrums zusammen, die darauf abzielen, sich andere Weltregionen und deren Bevölkerung politisch unterzuordnen, um sich den Zugriff auf deren ökonomische und ökologische (2) Ressourcen, sowie auf deren geographische Lage sichern zu können.

In der heutigen weltpolitischen Situation lassen sich auf der Basis dieser allgemeinen Imperialismus-Definition drei führende imperialistische Machtzentren feststellen. Dies sind die USA (mit ihrer ökonomischen Erweiterung durch das NAFTA) (3), die EU (mit ihrer zu erwartenden ost-europäischen Ausbreitung) und Japan (mit seinen entsprechenden asiatischen Einflußzonen). (4) Diese imperialistischen Machtzentren basieren auf jeweils weltweit operierenden kapitalistischen Ökonomien, deren wesentliche Akteure multinationale Konzerne und Banken sind.

Der Begriff "Öko-Imperialismus" muß sich auf diese Imperialismus-Definition beziehen, ansonsten würde er den weltpolitischen Herrschaftsverhältnissen nicht gerecht werden und darum zu falschen politischen Praxisansätzen führen - z.B. in der Antwort auf die Frage, wie die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse gestoppt werden können. (5)

Als ein Element einer umfassenderen globalen Politik imperialistischer Machtzentren bezieht sich der Begriff "Öko-Imperialismus" auf all die Maßnahmen politischer, ökonomischer und zukünftig auch militärischer Art, die die ökologische Lebenssituation in den ausgebeuteten Weltregionen beeinflussen oder bestimmen sollen.

Öko-Imperialismus hat dabei zwei vom Ansatz her unterscheidbare Handlungsebenen. Da ist zum einen die Absicherung des Zugriffs auf die ökologischen Ressourcen der ausgebeuteten Weltregionen. Und da ist zum anderen das Bestreben, ein regional oder global Gültigkeit beanspruchendes, die imperialistischen Herrschaftsinteressen wahrendes Umweltrecht mit entsprechenden Sanktionsmechanismen zu installieren.

Zur ersten Handlungsebene öko-imperialistischer Politik gehören dabei:

1. der rücksichtlose Raubbau an nicht-regenerierbaren Naturschätzen wie Erdöl- und Eisenerz-Vorkommen;

2. die Vergiftung von Boden, Luft und Wasser in lokaler oder regionaler Dimension in den ausgebeuteten Weltregionen - z.B. durch die Auslagerung extrem umweltschädigender Produktionsstätten (6) in die ausgebeuteten Weltregionen und durch die dortige Weigerung, technisch mögliche Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen, oder durch den Verkauf von Produkten (7), die in den imperialistischen Machtzentren aufgrund

ihres Gefährdungspotentials verboten wurden, oder durch die Lagerung von Giftmüll (8), angefallen in den imperialistischen Machtzentren und verschoben in die ausgebeuteten Weltregionen, etc.;

3. die Übernutzung von regenerierbaren Naturvorkommen - z.B. die radikale Rodung von Waldgebieten oder die Anlage von Monokulturen oder die Überfischung der Weltmeere, etc.;

4. die übermäßige Inanspruchnahme und Schädigung globaler Umweltgüter - z.B. durch die Anreicherung der Erdatmosphäre mit klimarelevanten Gasen oder durch die Entwicklung und Anwendung von Technologien, die in ihren Wirkungen katastrophale Destruktivkräfte freisetzen oder freisetzen kann, wie die Atomtechnologie, die Großchemie, die Gentechnologie, etc.

Der Hintergrund der zweiten Handlungsebene öko-imperialistischer Politik ist das bei den herrschenden Eliten in den imperialistischen Machtzentren seit Mitte der 60er Jahre (9) gewachsene Bewußtsein, daß die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse, die durch die ökonomischen und technologischen Entwicklungen in den imperialistischen Machtzentren hervorgerufen werden, ein Ausmaß erreicht haben, daß zunehmend auch die imperialistischen Machtzentren selber von ihnen und ihren politischen Auswirkungen betroffen sein werden. (10) Die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse erfordern daher auch im Interesse der imperialistischen Machtzentren zunehmend einer globalen Regulation, allerdings unter weitestgehender Wahrung imperialistischer Herrschaftsinteressen. (11) Bezogen auf die vier Teilaspekte der ersten Handlungsebene öko-imperialistischer Politik ergeben sich auf der zweiten Handlungsebene folgende politische Ansätze:

1. Der Raubbau an den nicht erneuerbaren Ressourcen wird fortgesetzt; der Zugriff auf sie weitestgehend in den Händen der imperialistischen Zentren konzentriert. Dies geschieht vor allem unter Rückgriff auf ökonomische Instrumente, z.B. mit Hilfe der Strukturanpassungsprogramme des IWF, die auf der Basis der Verschuldungspolitik der imperialistischen Zentren durchgesetzt werden, oder über internationale Abkommen, wie z.B. der Europäischen Energie-Charta. (12) Notfalls wird aber auch unter Androhung und Anwendung militärischer Gewalt der Zugriff auf die Ressourcen in den ausgebeuteten Weltregionen sichergestellt (Golfkrieg 1991; Bundeswehrstrategiepapier 1992). (13)

2. Gegen die Vergiftung von Boden, Luft und Wasser in den untergeordneten Weltregionen wird nichts unternommen, solange sie keine überregionale Konsequenzen zeitigen. (14)(15)

3. Die Übernutzung regenerierbarer Ressourcen wird unter weitestgehender Wahrung imperialistischer Ausbeutungsinteressen mittels internationaler Abkommen reguliert - z.B. Tropenholzabkommen. (16)

4. Ebenso wird die Inanspruchnahme globaler Umweltgüter unter weitestgehender Wahrung imperialistischer Herrschaftsinteressen in internationalen Abkommen reguliert - z.B. Klimakonvention. (17)

Die zweite Handlungsebene öko-imperialistischer Politik zielt darauf ab, die ökologisch katastrophale industrielle Produktionsweise kapitalistischer Ökonomien durch Installierung eines globalen Öko-Regimes unter Führung der imperialistischen Machtzentren aufrechterhalten zu können, da auf dieser Produktionsweise die ökonomische, militärische und politische Weltmachtsposition der imperialistischen Zentren beruht, die Ausweitung dieser Produktionsweise aber einer internationalen Regulation zu unterwerfen. Im Rahmen eines solchen globale Gültigkeit beanspruchenden Umweltrechtes werden ökonomische und militärische Zwangsmaßnahmen diskutiert, wie diesem Umweltrecht Durchsetzungskraft verliehen werden kann, z.B. über die Formierung sog. "Grünhelm-Truppen".

Legitimierung öko-imperialistischer Politik

Öko-imperialistische Ideologie ist jede Form politischer Ideologie, die darauf abzielt, öko-imperialistische Politik zu legitimieren. Öko-imperialistische Ideologie folgt meist vier Argumentationsschritten.

1. Die ökologische Krise wird von der Menschheit in ihrer Gesamtheit verursacht. Die Menschheit ist in ihrer Gesamtheit davon betroffen. Die ökologische Krise kann nur gemeinsam gelöst werden. In der Gemeinschafts-Ideologie der Einen Welt werden bar jeden realen Hintergrundes Unterschiede in der Verursachung, in der Betroffenheit und in den angestrebten Lösungsansätzen eingeebnet oder gar negiert.

2. Die Verursachung der globalen ökologischen Zerstörungsprozesse durch die ökonomischen, politischen und militärischen Herrschaftsinteressen der imperialistischen Zentren wird relativiert, um im gleichen Maße die ausgebeuteten Weltregionen als Verursacher aufzubauen.

3. Die imperialistischen Zentren ernennen sich selbst zum einzig kompetenten Krisen-Manager. Die imperialistischen Zentren behaupten, sie hätten ein Konzept zur Lösung der globalen ökologischen Krise. Begrifflich wird dieses Konzept mit den Phrasen von der "öko-sozialen Marktwirtschaft" und der "globalen nachhaltigen Entwicklung" versehen.

4. Unter Rückgriff auf den Anspruch der Führerschaft im ökologischen Krisenmanagement entwickeln und rechtfertigen die imperialistischen Zentren ein ihren Herrschaftsinteressen konformes politisches, ökonomisches und militärisches Instrumentarium, das den Anspruch globaler Interventionsfähigkeit erhebt und umsetzt.

Mit diesen vier Argumentationsschritten schließt sich der ideologische Kreis öko-imperialistischer Politik. Der Bock macht sich zum Gärtner: Unter Wahrung der bestehenden weltweiten Herrschaftsstrukturen wird imperialistische Interventionspolitik im Namen der Ökologie in den ausgebeuteten Weltregionen legitimiert und der Fortbestand eines ökologisch bankrotten politischen und ökonomischen Systems verlängert.

Die "Eine Welt"

Angesichts der geologischen Tatsache der Abgeschlossenheit und Endlichkeit des Planeten Erde wird in öko-imperialistischen Ideologieansätzen die Menschheit als Weltgesellschaft entdeckt. Aufgrund der Abgeschlossenheit und Endlichkeit des Planeten Erde habe sich die Weltbevölkerung politisch als Eine Welt zu formieren.

Mit dem Begriff der Einen Welt wird dabei ein Begriff von öko-imperialistischer Politik okkupiert, der ursprünglich Ausdruck solidarischen Bewußtseins mit den Menschen in den ausgebeuteten Weltregionen war. Wird der Begriff der Einen Welt aber im Kontext öko-imperialistischer Politikansätze benutzt, macht er einen wesentlichen Bedeutungswandel durch. Der Begriff der Einen Welt erfüllt nun vergleichbare ideologische Funktionen, wie sie der Begriff der Nation innerhalb eines Staates erfüllt.

Hinter dem Begriff der Einen Welt, wie hinter dem Begriff der Nation, verschwinden ökonomische und politische Herrschaftsstrukturen. Aus dem "Ich kenne weder Linke noch Rechte, ich kenne nur noch Deutsche!" wird im Kontext öko-imperialistischer Ideologie: "Ich kenne weder imperialistische Zentren noch ausgebeutete Weltregionen, ich kenne nur noch die Eine Welt!"

Der Begriff der Nation diente von jeher der innenpolitischen Disziplinierung und zur Legitimation außenpolitischer Abgrenzung und Expansion. Der Begriff der Einen Welt soll eine noch zu entwickelnde ökologische Weltinnenpolitik mit den dazu gehörenden Sanktionsmechanismen legitimieren.

Je nach politischem Standort fällt die Phrase von der Einen Welt unterschiedlich aus. So formulierte der damalige Vorstandsvorsitzende der VEBA, Bennigsen-Foerder: "Diese Aufgabe (die Lösung der globalen ökologischen Krise, d.Verf.) ist überhaupt nur supranational zu lösen, was zunächst die Erkenntnis voraussetzt, daß die Staaten der Erde vor allem über die globalen Bedrohungen zu wirklich nur einer Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen sind." (Zit. in Lateinamerika-Nachrichten 11/92) (18)

Der parlamentarische Staatssekretär im BMZ Hans Peter Repnik ließ 1990 verlauten: "Reden wir doch nicht mehr von der ‚Dritten Welt`, wenn wir die armen Länder des Südens meinen. Denn dies suggeriert, daß die Welt von Armut und Unterentwicklung eine andere als die unsere sei (...) Wir können und wir dürfen uns keinen Tag länger der Erkenntnis verschließen, daß sich die Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts und des 21. Jahrhunderts als unteilbare Einheit darstellt." (Zit. in: Volker Matthies, a.a.O., S. 123) (19)

Das CDU-Grundsatzprogramm vom 23.2.94 benutzt die Formeln von der "weltweiten Risikogemeinschaft" und der "globalen Umweltpartnerschaft". Ähnliche Begriffe sind auch in den Wahlprogrammen von FDP und SPD enthalten.

Die Phrase von der Einen Welt im öko-imperialistischen Sinne findet ihren Niederschlag auch in Teilen des links-alternativ-grünen politischen Spektrums. Dies äußert sich vor allem dadurch, daß das Denken in Kategorien von Macht und Ohnmacht, von Herrschaft und Unterdrückung, von Gewinnern und Verlierern ökologischer Politik aufgegeben wird. So redet Joschka Fischer z.B. einem "neuen Ökologismus" das Wort, "der quer zu den alten Klassenfronten zwischen Lohnarbeit und Kapital liegen" würde. (Zit. in Tuckfeld/Müller, a.a.O., S. 12) Konsequent führt ein solches Politikverständnis zur Bereitschaft bei einem Teil der GRÜNEN,

auch mit der CDU in Regierungskoalitionen einzutreten. Fritz Kuhn, Mitglied der baden-württembergischen GRÜNEN, formulierte in einer Grundsatzerklärung: "Im Mittelpunkt unserer Politik steht (...) die ökologische Frage als Überlebensfrage der gesamten Menschheit" (zit. in: ebd.), was ihn dazu veranlaßte, sich nach der Landtagswahl 1992 für die Bildung einer schwarz-grünen Landesregierung einzusetzen.

Gregor Gysi (PDS) schließlich kann sich diesem "Neuen Denken" auch nicht verschließen: "Die Lösung der globalen Menschheitsprobleme erfordert ein klassenübergreifendes Herangehen." (Zit. in: Tuckfeld/Müller, a.a.O., S. 49)

In solcherart ökologischem Einheitsbrei verschwimmen die politischen Konturen. Die Verursachung der globalen ökologischen Zerstörungsprozesse durch die Profitmaximierungsinteressen kapitalistisch organisierter Ökonomien und die Herrschaftsinteressen imperialistischer Machtzentren verschwindet eingedenk katastropheischer Endzeitstimmung aus dem Blick politischer Analysen. Wir sitzen halt alle - punktum - in einem Boot.

Entgegen der öko-imperialistischen Phrase von der Einen Welt ist in der politischen Analyse und in der Formulierung von Lösungsansätzen immer wieder der Hinweis notwendig, daß diese geologisch eine Welt in sozialer, politischer und ökonomischer Hinsicht mehrfach tief gespalten ist und daß sich diese Gespaltenheit auch in benennbaren unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten von den globalen ökologischen Zerstörungsprozessen niederschlägt. Die Verantwortlichkeit für die weltweiten ökologischen Zerstörungsprozesse liegt eindeutig bei den imperialistischen Machtzentren.

Der Ausstoß von treibhausrelevanten Gasen erfolgt zu 80% durch die Produktionsprozesse in den imperialistischen Machtzentren. (20) 95% der die Ozonschicht abbauenden Gase wurden in den imperialistischen Machtzentren erzeugt. (21) 98% der rund 400 Mio. Tonnen Giftmüll fallen laut UNEP in den 24 OECD-Staaten an. (taz, 26.3.94) Durch die Verschuldungspolitik werden Staaten in den ausgebeuteten Weltregionen zum ökologisch desaströsen Raubbau an ihren Rohstoffvorkommen oder zum Anlegen von landwirtschaftlichen Monokulturen genötigt. Der Rohstoffverbrauch in den imperialistischen Machtzentren ist um ein Vielfaches über dem in den ausgebeuteten Weltregionen. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch liegt im Weltdurchschnitt bei 2.227 Kilowattstunden, in den USA bei 12.281, in der BRD bei 6.734, in Indien bei 592 und in Kambodscha bei 8 Kilowattstunden. (22) Allein in Nordrhein-Westfalen fahren mehr PKW als in ganz Afrika.

Auch die Betroffenheit von den Auswirkungen der globalen ökologischen Zerstörungsprozesse wird sehr unterschiedlich aufgefaßt. So geht die UNEP in einer Studie aus dem Jahr 1989 davon aus, daß von der Erwärmung der Erdatmosphäre die Menschen in den folgenden Staaten besonders betroffen sein werden: Bangladesh, Ägypten, Indonesien, Malediven, Mosambik, Pakistan, Senegal, Surinam, Thailand und Gambia. Ein durchschnittlicher Meeresspiegelanstieg von 20 cm führt in großen Flußdeltas zu einem Anstieg um das Fünffache, d.h. im Beispiel um einen Meter. Ein solcher Meeresspiegelanstieg würde u.a. dazu führen, so die Prognose der UNEP, daß die Inseln der Malediven ganz untergehen würden, Bangladesh bis zu 80%, Java zwischen 40% und 60%. Im Verhältnis zu den genannten Staaten in den ausgebeuteten Weltregionen haben die imperialistischen Machtzentren wesentlich bessere technische und ökonomische Möglichkeiten, sich einem Meeresspiegelanstieg zu erwehren.

Wenn es infolge klimatischer Veränderungen zu gravierenden Einbußen in der weltweiten Nahrungsmittelproduktion kommen sollte, werden die imperialistischen Machtzentren über die notwendigen ökonomischen und militärischen Machtmittel verfügen, sich vom schrumpfenden Kuchen das für sie notwendige Stück abzuschneiden.

Udo E. Simonis, Professor für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin und Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Umweltstiftung findet klare Worte: "Ökologisch gesehen werden sie (die Staaten der ausgebeuteten Weltregionen, d.Verf.), darüber besteht kein Zweifel, die Hauptleidtragenden der globalen Klimaveränderungen sein." (Aus: Jahrbuch Ökologie 1992, a.a.O., S. 138)

Derartige Einschätzungen geben bereits Anlaß für zynische Spekulationen über relative Gewinner und relative Verlierer des zusätzlichen Treibhaus-Effektes. In den USA waren es vor allem Vertreter im Umfeld der Bush-Administration, die Veränderungen in der US-Ökonomie (z.B. die Einführung von Öko-Steuern) mit dem Hinweis ablehnten, es sei zu erwarten, daß die USA zu den relativen Gewinnern einer globalen Erderwärmung

zählen würden und darum keinen Grund für derart eingreifenden umweltpolitischen Maßnahmen hätten. (Mayer-Abich, in: Jahrbuch Ökologie 1992, ebd., S. 35 f.)

Die ausgebeuteten Weltregionen als "Täter"

Nachdem die Menschheit losgelöst vom jeweiligen ökonomischen und politischen Standort, klassen- und kontinentübergreifend im Boot der Einen Welt sitzt, kommt es im Fortgang öko-imperialistischer Ideologiebildung nun doch zu Differenzierungen: Die Verantwortlichkeit der imperialistischen Zentren für das Fortschreiten globaler ökologischer Zerstörungsprozesse wird relativiert bis negiert, die die ausgebeuteten Weltregionen aber als die - zumindest in der Zukunft - ökologische Gefahr aufgebaut.

Hans-Peter Schipulle (23) aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) schrieb: "Die weltweite Umweltkrise betrifft Nord und Süd gleichermaßen. Dies gilt für die Ursachen ebenso wie für deren Auswirkungen (...) Zweifellos tragen Entwicklungsländer selbst einen beachtlichen Teil der Verantwortung (...)." (In: W. Hein, a.a.O.) Und Manfred Wöhlcke, anerkannter konservativer Entwicklungssoziologe, formulierte: "Die ökologischen Perspektiven sind weltweit besorgniserregend, in einigen westlichen Industrienationen etwas weniger, in anderen etwas mehr, besonders besorgniserregend in den sozialistischen Staaten und in den Entwicklungsländern." (In: ebd.)

Von der realen Verursachung der ökologischen Zerstörung durch die imperialistischen Machtzentren (Anteil am Treibhauseffekt, Zerstörung der Ozonschicht, Verschuldungspolitik, Anhäufung chemischen und atomaren Giftmülls, etc.) wird abgelenkt, indem die Verantwortlichkeit für diese Zerstörungen den ausgebeuteten Weltregionen - unter Hinweis auf deren Bevölkerungswachstum und die dortigen Versuche einer nachholenden industriellen Entwicklung - angelastet wird. Derlei Äußerungen führender Politiker in den imperialistischen Machtzentren, vor allem auch im Vorfeld der UNCED, gibt es zahlreich.

Der FDP-Politiker zur Heide bemerkte 1991 in einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zur Klima-Politik: "Das ökologische Schlüsselproblem in der Dritten Welt ist und bleibt das ungebremste Bevölkerungswachstum. (...) Wir haben angesichts der klimatischen Veränderungen gar keine andere Wahl mehr als weltweit unverzüglich durchgreifende bevölkerungspolitische Maßnahmen einzuleiten." Also nicht die industriellen Produktionsanlagen und die Massenmotorisierung in den imperialistischen Machtzentren sind das Ziel einer Klimapolitik zur Reduzierung des Ausstoßes von klimarelevanten Gasen, sondern die Menschen in den ausgebeuteten Weltregionen, die "durchgreifenden bevölkerungspolitischen Maßnahmen" unterzogen werden sollen.

Al Gore, Vize-Präsident der USA und mit seinem publizistisch vermarkteten "ökologischen Marshallplan" (24) zum Hoffnungsträger zahlreicher leichtgläubiger Umweltbewegter auch in der BRD avanciert, formulierte: "Kein anderes Ziel ist für die Rettung der globalen Umwelt so entscheidend, wie die Stabilisierung der menschlichen Bevölkerung. (...) Die Zunahme (der Weltbevölkerung, d.Verf.) wird schätzungsweise zu 94% in den Entwicklungsländern stattfinden, wo Armut und Umweltzerstörung schon heute am schlimmsten sind." (Al Gore, Wege zum Gleichgewicht, S. 310 f,; Hrvhg v. Verf.) Deutlicher kann diese ungeheuerliche Verschiebung der Verantwortung für die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse kaum formuliert werden. Al Gore würde sicher auch den Verlautbarungen des Pressesprechers von Schering, Gerd Wlasich, zustimmen, der erklärte, daß Scherings Anti-Baby-Pillen konsequent das "Umweltproblem Nummer eins: (...) die Überbevölkerung" lösen würden. (Öko-LinX, Nr. 14, März/April 1994, S. 38)

Hingegen ist bekannt, daß jedes Kind, das in den USA geboren wird, die Umwelt 55 mal mehr "belasten" wird als ein Kind, das in Indien oder gar 900 mal mehr als ein Kind, das in Nepal geboren wird. (Vgl. Endrukaitis, a.a.O., S. 26) Will mensch einem solch zynischen umweltpolitischen Ansatz wie dem der Bevölkerungsreduktion folgen, so müßte dieser zuallererst in den imperialistischen Machtzentren ansetzen. Konsequent wäre dann die Forderung nach Verhinderung von Geburten in den USA, in Westeuropa oder Japan.

Ein beliebtes Beispiel dafür, daß Bevölkerungswachstum zu Umweltzerstörung führt, ist der Hinweis, daß die wachsenden Bevölkerungsmassen, z.B. in Brasilien, auf der Suche nach Lebensraum den tropischen Regenwald zerstören würden. Erst vor kurzem jedoch wandten sich Umweltexperten auf einer UNEP-Konferenz gegen die These, daß das Bevölkerungswachstum für die zunehmende Zerstörung der tropischen Regenwälder verantwortlich zu machen sei. Vielmehr seien es "verfehlte Entwicklungsprogramme,

die den Menschen keine andere Wahl lasse, als neue Landstriche zu roden." (taz, 31.3.94) In Brasilien verfügen 1% der landwirtschaftlichen Betriebe über 60% der Anbauflächen. Würden allein die brachliegenden fruchtbaren Anbauflächen, die im Besitz von Großgrundbesitzern sind, enteignet und zur Nutzung an Kleinbauern verteilt, so hätten 39 Mio. Menschen die doppelte Fläche der BRD als Anbaufläche zur Verfügung. (Nach Tuckfeld/Müller, a.a.O., S. 52) Statt dessen werden die Anbauflächen im Großgrundbesitz belassen und zur Export-Produktion für die Märkte in den imperialistischen Machtzentren verwandt. (25) Erst auf der Basis dieser ökonomischen Strukturen entsteht dann das Problem der Brandrodung, das im übrigen nur 8% der Vernichtung des tropischen Regenwaldes ausmacht. (Nach Angaben von Ingrid Spiller, a.a.O., S. 59 ff.)

Neben dem Bevölkerungswachstum wird vor allem auf die Gefahr durch eine nachholende industrielle Entwicklung in den ausgebeuteten Weltregionen hingewiesen. Die "taz" veröffentlichte beispielsweise Anfang März 1994 einen tagespolitischen Kommentar über die "wirkliche Gefahr Chinas": "Die Bedrohung durch China ist nicht militärischer Art. Sie liegt ganz woanders. Sie besteht in der Zerstörung der Lebensgrundlagen im Zuge einer schonungslosen Industrialisierung des Landes (...) China wird bei immer noch ungebremsten Bevölkerungswachstum in wenigen Jahren zu einem bevölkerungspolitischen und ökologischen Weltproblem ersten Ranges (...)". Wehe dem/der saturierten WohlstandsbürgerIn in den imperialistischen Machtzentren, wenn ganz China auf einmal Auto fahren will! (26) Das brächte ihm/ihr den ökologischen Ruin vor's Haus. Dies gilt es zu verhindern, ohne jedoch die ökonomischen und politischen Grundlagen imperialistischer Herrschaftsstrukturen verändern zu wollen, die letztlich für die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse verantwortlich sind und dessen aktueller Nutznießer der/die saturierte WohlstandsbürgerIn in den imperialistischen Machtzentren ist.

Anmerkungen

(1) "Dept-for-nature-swaps" sind ökonomische Konstruktionen zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten in den ausgebeuteten Weltregionen. Ausgangspunkt sind Schuldtitel eines Staates aus den ausgebeuteten Weltregionen gegenüber einem imperialistischen Machtzentrum. Diese Schuldtitel werden, weil eine Rückzahlung vom Schuldnerstaat nicht mehr leistbar ist, weit unter ihrem Nominalwert aufgekauft und dann gegenüber dem Schuldnerstaat in heimischer Währung zweckgebunden geltend gemacht.

(2) Die ausdrückliche Ergänzung imperialistischer Ausbeutungspolitik um eine ökologische Dimension ist bezüglich gängiger Imperialismus-Definitionen neu.

(3) NAFTA steht als Kürzel für Nordamerikanisches Freihandelsabkommen. Dieser Vertrag wurde zwischen den USA, Kanada und Mexico abgeschlossen und soll deren Wirtschaftskraft gegenüber globalen ökonomischen Konkurrenten stärken.

(4) Die Politik der VR China, der islamisch fundierten Staaten im Nahen Osten oder eines stabilisierten Rußlands trägt durchaus auch imperialistische Züge. Jedoch spielen diese Staaten zur Zeit im weltpolitischen Maßstab eine untergeordnete Rolle.

(5) Politische Initiativen von umweltpolitisch oder entwicklungspolitisch bezogenen Organisationen oder Aktionsgruppen in den Staaten der imperialistischen Machtzentren, die in Zusammenarbeit und unter der Kontrolle von entsprechenden Basis-Initiativen in den ausgebeuteten Weltregionen durchgeführt werden und z.B. dem Schutz der tropischen Regenwälder und der in ihnen lebenden Menschen dienen sollen, können darum nicht als öko-imperialistisch charakterisiert werden. Erfolgen diese politischen Initiativen allerdings unter Rückgriff auf "dept-for-nature-swaps", so werden diese zumindest politisch fragwürdig, da dies nur auf der Basis der Anerkennung imperialistischer Verschuldungspolitik erfolgen kann. Solche Initiativen lenken von den, die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse verursachenden Machtinteressen in den imperialistischen Zentren ab. Besonders deutlich wird dies, wenn sich Umweltschutzorganisationen in staatlich gesteuerte "dept-for-nature-swaps" einbinden lassen. Eine solche Einbindung ist als Unterstützung eines öko-imperialistischen Politikansatzes zurückzuweisen.

(6) Schon 1971 empfahl eine Studie des GATT, "die stark umweltverschmutzenden Industrien in Länder mit weniger dringenden Umweltproblemen zu transferieren." (Spiegel 26/72, S.90 ff.) Im Vorfeld der ersten großen UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm ließ der damalige brasilianische Planungsminister Velloso verlauten: "Brasilien kann ein Verschmutzungsimporteur werden. Wir haben noch eine Menge zu verschmutzen übrig." (ebd.) Dieser öko-imperialistische Ansatz wurde im Vorfeld der UNCED vom damaligen Vize-Präsidenten der

Weltbank Summers aktualisiert, als er in einem internen Memorandum feststellte, daß gegen eine Verlagerung umweltverschmutzender Industrien in die ausgebeuteten Weltregionen nichts einzuwenden sei, da die Staaten dieser Weltregionen seiner Auffassung nach "unterverschmutzt" seien.

(7) Ein Beispiel hierfür ist die Weigerung des Pharma-Konzerns MERCK, sein Präparat "Dolo-Neuropion" vom lateinamerikanischen Markt zu nehmen, obwohl sämtliche Produkte mit der auch in "Dolo-Neuropion" vorhandenen Substanz "Metanizol" seit 1987 in der BRD verboten sind. Die Begründung: Die Gesundheitsbehörden in Lateinamerika würden das "Nutzen-Risiko-Verhältnis anders als die deutschen Behörden" bewerten, also könne MERCK dieses Medikament dort auch weiterhin verkaufen. (Frankfurter Rundschau, 26.9.92) Das UNO-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) lieferte im April 1994 385 Tonnen hochgradig radioaktiv verseuchtes Milchpulver als Spende für moslemische Flüchtlinge aus Birma an Bangladesh. Das Milchpulver wurde dem UNHCR von der EU zur Verfügung gestellt. Die Säcke trugen die Aufschrift, daß Kinder unter drei Jahren dieses Milchpulver nicht verabreicht bekommen dürfen. (taz 19/4/94) So wird Giftmüll auch noch als Hilfsmaßnahme verkauft.

(8) Die BRD ist Giftmüll-Exportweltmeister. Nach einer Statistik des Umweltministeriums der BRD wurden 1991 500.000 Tonnen Giftmüll exportiert. Damit lag die BRD weit vor den USA (141.000 Tonnen), den Niederlanden (110.000 Tonnen), der Schweiz und Österreich (je 90.000 Tonnen). (taz 21.3.94)

(9) Der Bankier Abs warnte schon Mitte der 60er Jahre vor den politischen Konsequenzen zunehmender Umweltverschmutzungen in der BRD. Er befürchtete, daß die Umweltverschmutzung in den imperialistischen Machtzentren den innenpolitischen Frieden gefährden könnte. Die NATO veröffentlichte 1971 ein Strategiepapier, in dem die gleiche Befürchtung formuliert wurde.

(10) Die unkalkulierbaren Folgen einer Erwärmung der Erdatmosphäre treffen auch die imperialistischen Machtzentren. In dem Moment, in dem auch die geographischen Regionen der imperialistischen Machtzentren durch die Ausdünnung der Ozonschicht betroffen waren, vollzog die Diskussion um einen FCKW-Ausstieg ihre entscheidende Wende. Zunehmend unbeherrschbare Flüchtlingsbewegungen aufgrund ökologischer Zerstörungsprozesse - das Internationale Rote Kreuz bezifferte die Anzahl der ökologischen Flüchtlinge auf 500 Millionen - werden nicht vor den Toren der imperialistischen Machtzentren Halt machen.

(11) Ein Höhepunkt dieser Handlungsebene öko-imperialistischer Politik war die im Juni 1992 durchgeführte UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro.

(12) Mit der Europäischen Energiecharta sichern sich die imperialistischen Machtzentren den Zugriff auf osteuropäische und russisch-asiatische Rohstoff-Vorkommen.

(13) In einem 1992 vom damaligen Verteidigungsminister der BRD, Stoltenberg, herausgegebenen Strategiepapier über die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr wird als solche die Sicherung des freien Zugangs zu den weltweiten Rohstoff-Vorkommen festgelegt.

(14) In einem im März 1994 ausgehandelten internationalen Abkommen wird ein generelles Exportverbot für Giftmüll aus den OECD-Staaten ausgesprochen. Dieses Abkommen scheint auch von den imperialistischen Machtzentren anerkannt zu werden. Im Verhandlungsprozeß hat insbesondere die BRD jedoch bis zum Schluß versucht, ein generelles Exportverbot zu verhindern. Das Zustandekommen des Abkommens auch gegen die Interessen der imperialistischen Machtzentren ist ein Hinweis auf ein Anwachsen der Verhandlungsmacht der Staaten der ausgebeuteten Weltregionen im Bereich der globalen Umweltpolitik, aber auch von gravierenden Widersprüchen in der Verhandlungsführung der imperialistischen Machtzentren zueinander.

Wenn dieses Giftmüll-Abkommen hält, was es verspricht, muß es als Erfolg in der Abwehr öko-imperialistischer Politik angesehen werden. An der katastrophalen massenhaften Giftmüll-Produktion in den imperialistischen Machtzentren wird es jedoch nur wenig ändern können.

(15) Das Interesse an einem möglichst freizügigen Welthandel steht dem Interesse an einer möglichst unreglementierten lokalen oder regionalen Umweltverschmutzung in den ausgebeuteten Weltregionen entgegen. Ein freizügiger Welthandel eröffnet die Möglichkeit des "Öko-Dumpings". Dadurch verschaffen sich Produktionsstandorte ohne Umweltschutzmaßnahmen Kostenvorteile gegenüber Produktionsstandorten mit Umweltschutzmaßnahmen. Unter der Prämisse des freien Welthandels muß es also zu einer Angleichung der

ökologischen Standards kommen, da ansonsten der freie Handel für die imperialistischen Machtzentren zu einem ökonomischen Verlustgeschäft werden könnte. Das heißt, entweder kommt es zu Einschränkungen im freien Welthandel über Öko-Zölle oder die ökologischen Standards in den imperialistischen Machtzentren werden gesenkt oder die ökologischen Standards in den ausgebeuteten Weltregionen werden angehoben. Das letztere würde also zu einer Verbesserung im Bereich lokaler oder regionaler Umweltbelastungen in den ausgebeuteten Weltregionen führen.

(16) Im Verhandlungsprozeß für ein Internationales (Tropen-) Waldabkommen zeigt sich der öko-imperialistische Politikansatz darin, daß die imperialistischen Machtzentren die Waldbestände in den eigenen Territorien von der Regulation durch ein internationales Abkommen ausschließen wollen und das obwohl 90% des international gehandelten Holzes in nördlichen Staaten geschlagen werden, z.B. in den Einschlaggebieten in Sibirien und Kanada. Kanada ist der weltweit größte Exporteur von Holzprodukten. Darüberhinaus soll die Entscheidung der Mittelvergabe bei den Vertretern der imperialistischen Machtzentren verbleiben und die ökonomischen Interessen der Holzindustrie, der Pharmaindustrie und der Tourismusindustrie sollen Eingang in das internationale Vertragswerk finden.

(17) Auf dem Parkett des Aushandlungsprozesses von internationalen Abkommen haben die herrschenden Eliten der Staaten der ausgebeuteten Weltregionen ein gewisses Maß an Verhandlungsmacht, da die imperialistischen Machtzentren auf deren Zustimmung politisch angewiesen sind. Dies wurde z.B. in den Verhandlungen über den Entscheidungsmodus für den GEF deutlich: Entgegen den ursprünglichen Vorstellungen der imperialistischen Machtzentren, daß sie über die alleinige Entscheidungsmacht über die GEF-Gelder verfügen, konnten die Regierungsvertreter der ausgebeuteten Weltregionen eine paritätische Entscheidungsstruktur - allerdings mit Vetorecht der imperialistischen Machtzentren - durchsetzen. Andererseits hat der Verhandlungsprozeß während der UNCED jedoch gezeigt, daß die imperialistischen Machtzentren zwar grundsätzlich internationale Abkommen zur Bewältigung globaler ökologischer Zerstörungsprozesse anstreben, aber immer dann, wenn aufgrund entsprechender Verhandlungsführung seitens der Vertreter der ausgebeuteten Weltregionen wesentliche imperialistische Herrschaftsinteressen berührt wurden, der Verhandlungsprozeß von Seiten der imperialistischen Machtzentren blockiert wurde.

(18) Bezeichnenderweise spricht Bennigsen-Foerder von einem Zusammenwachsen der Staaten und nicht von einem Zusammenwachsen der Menschen. Auch stellt er fest, daß die Staaten schon zu einer Schicksalsgemeinschaft "zusammengewachsen sind." (Hrvhg.v.Verf.), was ein Festhalten am aktuellen Status Quo in den globalen Herrschaftsverhältnissen zwischen den Staaten ausdrückt.

(19) Die Verwendung des Possessiv-Pronomens "die unsere" gegenüber den ausgebeuteten Weltregionen ist wörtlich zu nehmen.

(20) In dem verbleibenden, durch die ausgebeuteten Weltregionen hervorgerufenen 20%-Anteil am globalen Ausstoß klimarelevanter Gase ist ein hoher Prozentsatz enthalten, der durch multinationale Konzerne hervorgerufen wird, die zwar in den ausgebeuteten Weltregionen produzieren lassen, ihren Sitz aber in den imperialistischen Machtzentren haben. Ein Beispiel: Die brasilianische Automobil-Industrie wird zu 46,6% und die brasilianische Chemie- und Pharmaindustrie zu 35,4% von BRD-Kapital kontrolliert. (taz vom 6.4.94)

(21) Zahlenangaben aus: Endrukaitis-Tschudi, Weltwirtschaft und nachhaltige Entwicklung, hrsg. v. BUND, Bonn 1993

(22) Angabe der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) unter Berufung auf Erhebungen der Vereinten Nationen (Junge Welt vom 6.4.94)

(23) Hans-Peter Schipulle war Vertreter der BRD bei den vor kurzem abgeschlossenen Verhandlungen um den Vergabemodus des GEF. Mit dem GEF sollen globale Umweltprojekte finanziert werden. Der GEF wird dominant von der Weltbank verwaltet, da sich die Staaten der ausgebeuteten Weltregionen während der UNCED nicht mit ihrer Vorstellung einer von der Weltbank losgelösten Verwaltung der GEF-Gelder durchsetzen konnten. Auch nach der UNCED gab es trotz der finanziell überaus mageren Ausstattung des GEF noch Schwierigkeiten um den Modus, wer über die Vergabe-Kriterien für die im GEF verwalteten Gelder zu entscheiden hat. Diese Verhandlungen wurden von den imperialistischen Machtzentren u.a. mit der Drohung geführt, ihre finanziellen Zusagen wieder zurückzuziehen, wenn ihnen keine dominante Entscheidungsposition zugestanden würde. In dem Entscheidungsmodus, auf den sich letztlich geeinigt wurde,

haben die Staaten der ausgebeuteten Weltregionen zwar die Stimmenmehrheit, aber den imperialistischen Machtzentren wurde ein Veto-Recht eingeräumt. (Vgl. Spiegel 12/94 und Info-Brief "Weltwirtschaft & Entwicklung", hrsg. v. WEED, Januar 1994)

(24) Auch in der BRD gibt es eine Initiative, die sich die Forderung nach einem "ökologischen Marshallplan" zu eigen gemacht hat. Sie wird getragen u.a. von dem Fernsehjournalisten Franz Alt und den Umweltpolitikern Joschka Fischer (Bündnis 90/ Die Grünen), Jo Leinen (SPD), Lutz Wicke (CDU) und Wolfgang Rauls (FDP).

(25) Beispielsweise wird im Amazonas-Gebiet eine Anbaufläche der Landesgröße Frankreichs für den Anbau von Wintergemüse zur Bedienung des westeuropäischen Marktes freigehalten (aus: isw-wirtschafts-info, Nr.8, Juni 1992).

(26) Dies ist eine durchaus ernstzunehmende Perspektive. Die chinesische Regierung plant die derzeitige Autoproduktion von 230.000 pro Jahr (1993) auf 2 Mio. pro Jahr (2003) zu steigern. (Junge Welt vom 7.4.94) Die indische Regierung hat einen Fünfjahresplan für den Energiesektor bis zum Jahr 1997 erlassen. Darin wird projektiert, daß der Kohleverbrauch sich bis zum Jahr 2005 verdoppeln soll und daß 78% der Investitionen im Energiesektor in den Kohle- und Strombereich, 21% in den Erdölbereich und nur 1% in den Bereich für erneuerbare Energien fließen sollen. (Sonderdienst WEED, Oktober 1993)

Quellen

Endrukaitis-Tschudi, Weltwirtschaft und Entwicklung, hrsg. v. BUND, Bonn 1993

Hein, W., Hrsg., Umweltorientierte Entwicklungspolitik, Hamburg 1991

Jahrbuch Ökologie, hrsg. v. Beck-Verlag, 1992

Matthies, V., Hrsg., Kreuzzug oder Dialog, Bonn 1992

Sassin/Jäger/Jill, Das Klimaproblem zwischen Naturwissenschaft und Politik, hrsg. v. der KFA Jülich

Spiller, I., in: WEED, Hrsg., Grünhelme?, Bonn 1992

Tuckfeld/Müller, Kritik der Theorie eines ökologischen Kapitalismus, Mainz 1991

Weizsäcker, E.U. v., Erdpolitik, 1989

Abkürzungsverzeichnis

BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; EU - Europäische Union; GATT - Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; GEF - Globaler Umweltfond; KFA - Kernforschungsanlage; KSZE - Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; NAFTA - Nordamerikanisches Freihandelsabkommen; OECD -Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; UNCED - UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro; UNDP - Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen; UNEP - Umweltprogramm der Vereinten Nationen; UNHCR - Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen; WEED - Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.

Teil 2 erscheint in ak 369 (Erstverkaufstag: 24.8.94)

31. fremd in bonn. gedanken zum verrücktwerden oder wie ich mich endlich doch auf das bitten verlegte

gedanken zum verrücktwerden oder wie ich mich endlich doch auf das bitten verlegte von christian geissler

Autor: Christian Geissler · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:15

von christian geissler

Christian Geissler ist am 24. Juni für sein Hörspiel "unser boot nach bir ould brini" mit dem Hörspielpreis der Kriegsblinden ausgezeichnet worden.

Die bisherigen veröffentlichten Äußerungen über sein Hörspiel sind Geissler ein rechtes Ärgernis, gehe es doch nicht, wie er klarstellt, um "Utopie", auch nicht um die "verlorene", sondern: "um das Wissen von Unten und Oben, links und rechts, Aufbruch und Zusammenbrechen - ums kleine Einmaleins. Es geht auch nicht um ‚Klage` und ‚Trotz` und sonstige Frömmigkeiten - es geht um das Wissen von der Situation. Also geht es auch gegen das Lügen. Gegen das Lügen vom Siegen und gegen das Lügen vom ‚Ende der Geschichte`."

Die Verleihung des Preises fand in Bonn statt, im Plenarsaal des Bundesrats, und in Gegenwart von Arbeitsminister Blüm. Christian Geisslers Dankesrede, die er uns zum Abdruck im ak überließ, war Ort und Publikum wohlangemessen ...

lieber herr dr. sonntag. lieber herr hymmen. meine damen und herren.

liebe kolleginnen und kollegen aus dem mediengeschäft.

liebe freundinnen und freunde, liebhaber der sprache, genossen im unsinn der tage.

guten tag, herr minister.

drei leute haben zur entstehung von bir ould brini, ohne davon zu wissen, beigetragen. sie können heute nicht hier sein. darum nenne ich sie mit namen. die gefangene eva haule hat mir einmal ein märchen gezeigt, von ihr erfunden und aufgeschrieben für ein kind draußen in stuttgart. in diesem märchen das befreite gebiet ist eine wüste.

und die lehrerin brigitte henke-sechtig will ich grüßen und ihren mann, den lehrer birger henke-sechtig. die beiden machen saharafahrten, haben ihre erfahrungen in einem buch veröffentlicht, haben mir viel erzählt, wichtige bilder gezeigt - die schönheit einer sorgfalt eines mutes einer freude. ich grüße und danke.

-@HALB =

es hat jemand

ich habe von ihm gelesen

vielleicht ist er heute hier

als vor monaten in der jury die preisentscheidung vorbereitend diskutiert wurde,

es hat dort jemand

nachsichtig

mich einen narren genannt.

ich widme dem unbekannten

meine gedanken zum verrücktwerden

oder

wie ich mich endlich doch auf das bitten verlegte.

und nun, so bekümmert wie empört, gilt mein gruß jenen männern,

jenen alten männern, jenen armen alten männern, die, unübersehbar mißhandelt,

ein leben lang zeugnis geben (mußten) vom tollhaus der männlichkeiten,

von der gewalt des falschen.

ach, die zerschossenen augen.

ach, die zerschmetterten hände.

ach, die gestalt des menschen, geschunden.

(merkwürdig heißt es im hörspiel aus bir ould brini: ach armes brot.)

nicht aber ach aber fluch der niedertracht derer, die sich das schinden

berechnet hatten als einen gewinn. - die längst wieder rechnen.

und ich erweitere meinen gruß in meinen dank. ich danke für die öffentliche würdigung meiner arbeit. - nein, das ist richtig, hier ist nicht meine arbeit im ganzen gemeint. die ist eher verschwiegen (worden).

aber doch ist nun hochgelobt ein kleines wichtiges spätes stück

das lied von der liebe und vom wissen

und von der wüste also

und von der feindschaft auch.

vier mal wird in dieser kleinen arbeit

gegen die herrschenden institute

die feindschaft ausgesprochen -

und aus zeitgenössischen dokumenten begründet.

es ist kein tanz, heißt es in bir ould brini.

heißt es

so bedroht wie drohend

:jetzt kommt euer unglück:

und so ein lied ist gepriesen worden in bonn?

so ein lied ist wirklich gepriesen worden in bonn.

ich träume ja nicht.

ich danke.

ich freue mich!

wir feiern.

aber denn wo?

nicht wahr

es ist mir ein feiertag

in der fremde

und ich bin darin

nun sehr wohl gelobt

im geiste.

der sei uns deutsch hoch erhoben

über alles vergossene blut.

schwarz

im juni

von kirsche zu kirsche

pfeift sich der star

blutrot

er weiß

es ist alles geschenkt

überhaupt zitate.

über manche zeile aus bir ould brini denke ich noch nach.

erlauben sie mir, mich gleich noch einmal selbst zu zitieren.

wohin soll ich mich verbergen.

sie wollen mir meine augen abessen.

wir werden verrückt genannt werden.

das ist in ordnung.

aber das band ums auge. (1)

das band ums auge habe ich in friedrich hölderlins tod des empedokles entdeckt, im vorläufigen entwurf einer zweiten fassung, entdeckt dank der gründlichen arbeit der leute im verlag Roter Stern.

Roter Stern.

(es könnte sein eine gründlichkeit in allem, was verrückt genannt wird.)

(wer möchte zu grunde gehen - ist der verrückt? ist die verrückt?)

das band ums auge redet bei hölderlin der priester hermokrates.

er bindet es in sorge ums volk.

das ist: in angst vor dem volk.

schlendernd fault dem alten die mächtige absicht in schönheit dahin.

drum binden wir den menschen auch

das band ums auge, daß sie nicht

zu kräftig sich nähren am lichte.

nicht gegenwärtig werden

darf das göttliche vor ihnen.

es darf ihr herz lebendiges nicht finden. (2)

das klingt wie zielsetzend medienperspektivisch.

:es darf ihr herz lebendiges nicht finden:

das klingt wie das ossendorfer isolationsprogramm.

aber

das kann ja nicht sein

ich bin nicht verrückt

sondern hochgelobt.

das ist ein glück.

das ist mein glück.

o welche lust

in freier luft

den atem leicht zu heben!

sprecht leise. leise. (3)

leise gewiß will ich bitten am ende zu den gefangenschaften.

werde in bonn bitten.

fremd.

ich war in meinem leben nicht oft in bonn

wenn, dann zu demonstrationen.

und als kleiner junge bei einer alten judenfrau, der großl. die war dann plötzlich weg. sie hatte uns entkommen können. -

und als ratloser nachkriegsbengel war ich einmal zu gast bei hermann ehlers. der war mein kompagniechef gewesen. der einzige offizier, der mir nicht angst gemacht hat. jetzt war er der erste bundestagspräsident. bald tot. nicht alt. ein ehrlicher mann. ein mann der bekennenden kirche, antifaschist in naziklamotten, der uns jungen an der kanone in heimlichen nachtgesprächen geholfen hat zu verstehen, was wirklich los ist auf dem deutschen felde der ehre, wer uns bespitzelt, wie wir uns schützen können müssen gegen die pest. was sollte so ein guter mann neben globke und oberländer, neben kiesinger und lübke und schröder und foertsch und gehlen und ... ach, ich mag diese liste nicht weiterreden.

ich kann mich aber erinnern, daß ich die frühen bonner zusammenrottungen in den ersten jahren nicht gut durchschaut habe.

(jaja, gerottet in freier wahl - wie schön! denn wer möchte in deutschland den nicht frei wählen, der ihm aus allen verbrechen freiläßt die kommunistenhatz und den käfertraum.

es lebe die moralische beständigkeit!

endlich nun doch die straßen des führers von drancy (4) bis hinauf nach st. petersburg!)

(ach blutspur weiß.)

(ach bald doch die raststätte ponary-wald (5), im schatten der hügel kein schrei.)

(ach bald der streichel-zoo babi yar.) (6)

(oder bin ich verrückt? werde ich fort und fort mich bedenken in die geschlachteten juden - sogar noch in bonn?)

ich habe die frühen bonner zusammenrottungen damals nur erst moralisch empört erlebt,

noch gar nicht durchschaut die interessenlogik der rotte.

konrad adenauer, der niemals ein nazi gewesen ist, wußte es machtbewußt,

so wie es wußten mächtige männer der CIA und des vatikan:

die nazis

auch wenn das wem peinlich ist

sind

objektiv

allen wohlausgestatteten bürgern

also den meisten menschen im weißen terrain

die sichersten freunde gegen den kommunismus.

und kein wachsklecks auf dem wintermantel, und auch keiner auf dem drittweltladenjäckchen kleckst diese logik zu.

als 1946

neunzehnhundertundsechsundvierzig

im polnischen kielce

einundvierzig juden und jüdinnen totgeschlagen worden waren, hat der katholische bischof in lublin einer jüdischen delegation zu erklären versucht, es hätten die deutschen alle juden zu töten den plan gehabt, weil sie den kommunismus verbreiteten.

nun eben ja

den jüdischen kommunismus

hat im vergangenen jahr, noch recht scheu, auf einer historikertagung, von einem deutschen rundfunkmann befragt, eine junge polnische historikerin gesagt.

ich habe es selbst gehört. es war im postkommunistischen polen ihr versuch, dem deutschen spätgeborenen das furchtbare moment der polnisch-deutschen zusammenarbeit in der schoah denkbar zu machen; logisch zu machen.

für manche altförmige bürgeranständigkeit - und ich achte die - mag das ein unaufhebbares desaster sein:

gegen den aufbruch des menschen zu sich selbst

gegen den bootebau

ob der ist in den liebesgeschichten, in den familien, am arbeitsplatz,

in der armee, in meinem dorf hinterm deich -

gegen den aufbruch des menschen zu sich selbst

ist niemand so panisch mordbereit, so einfach hundstreu tätig

wie der faschist weltweit.

aber was red ich hier bang von faschisten, wo es doch froh um dichtung geht, um das lied?

wo man singt, da laß dich ruhig nieder ...

wo man singt, da laß dich ruhig nieder?

das klingt wie ein gemütlicher rat.

ist aber, denk ich aus meinem leben, tücke im spiel.

die mißhandlung von musik.

(es gab auch ein treblinka-lied: "immer lustig und froh in die welt geschaut bis das kleine glück auch uns einmal winkt.")

ich höre vom menschen andere töne.

(und da grüße ich jetzt den cornelius schwehr, den

bir-ould-brini-compositeur

und gleich auch das ensemble recherche,

diese hochintelligente solistenverschwörung!)

wir hören vom menschen andere töne -

musik, die keinen sessel will

und auch kein lagerfeuer

(fast möchte man flüstern deutsch: judenfeuer)

sondern die auf die beine bringt, die den sprung vorbereitet,

den bruch.

den bruch, meine damen und herren.

-@HALB =

im dröhnen der weißen lüge der sieger ist das ein leiser ton,

im stein der riß haarfein.

ist aber ein tolles lied!

ein tolles lied?

na, bitte, verrückter mann, - toll ...

"wie die tollen hunde schießen wir sie ab." das schreibt aus minsk im jahre 42

der deutsche judenschlächter und partisanenhenker und

kindsvergewaltiger und kommunistenmörder

dr.rer.pol. oskar dirlewanger

an seine heilbronner freunde.

wohin soll ich mich verbergen?

und es schlagen aber die rentner daheim auf der sparkassenbank vor dem ehrenmal sich auf die losen marschiererschenkel, wenn sie einen sehen wie mich

:es piept so, herr nachbar, jaja, es piept!:

ich mag ihnen nicht widersprechen.

es zischelt

SS.

oder habe ich mich verhört?

es werden kleine renten erwogen

nicht für überlebende sinti und roma

nicht für maltraitierte schwule etwa und deserteure

(das sind, die verlassen haben, die in die wüste gegangenen -

desert: die wüste: sieh an - in bir ould brini arbeiten deserteure!)

sondern renten für die letten-SS, für die ukrainischen hilfsmörder zwischen donéz und sobibór.

perestroika perestroika - endlich der durchblick auf unsre wirklichen freunde!

bin ich verrückt?

nicht wahr, meine damen und herren - da ist ein problem: mitten in überprüftem wissen kann den menschen die angst anfassen - die angst, verrückt zu sein, gespenst in der wasserarmen provinz. (7) es ist die angst aus den räumen der isolation, die angst, genau so verrückt zu sein, wie der knastpsychiater und sein chefredakteur und sein innenminister

aus interessen, die unsere nicht sind

es behaupten.

ich hatte einmal das vertrauen eines hamburger polizisten. er hieß bruno meyer.

jetzt ist er - auch er vorzeitig - tot. deutsche fachärzte hatten

in pharmainteressen

an bruno meyer hepatitisexperimente gemacht. in sachsenhausen.

ganz recht, das ist der platz, wo jetzt in freiheit endlich der von der Roten Armee gefangenen nazis gedacht wird. jaja, wo neulich schon wieder mal judenbilder verbrannt worden sind.

bruno meyer hatte, er hat mir davon erzählt, ich habe vieles aus seinen berichten ausgearbeitet in meinem roman "wird zeit, daß wir leben", bruno hatte manchmal große angst gehabt, mitten im illegalen widerstandsschritt, mitten im konspirativen arbeitsprozeß einer befreiung von hamburger kommunisten, die zum tode verurteilt waren. das war dreiunddreißig.

er hatte nicht so sehr angst vor entdeckung und verfolgung

aber

vor der isolation

bei sich zuhaus

bei uns in den hamburger straßen und kneipen,

straßenbahnwagen und stadtparkschwimmbädern.

lauter gemütliche nazinachbarn - wo ist mein bruder, wo ist meine schwester?

warum denn, wenn ich doch einfach recht habe, bin ich allein?

Er fühlte sich manchmal auch krank, das gab es sonst bei ihm nie. Morgens, beim Wecken, suchte er wirr, wo er sei. Auf Kreuzungen in der Stadt, alles flott Leben und Treiben und Leiden, und quer sein Weg, kein Weg, da mußte er schnell von dort weg, er fand, die Häuser im Kreuzungsviereck, die hohen wilden bewohnten Häuser bebten zerrend und schwankten, wankend strotzende Mauern, unwirklich alles wirklich, und die Wirklichkeit ihm desto furchtbarer fern, je länger er zögert, sie anzugreifen, "wo ist einer, der hier nicht mitlügt? Ich kenn mich sonst selbst bald nicht mehr!" Dabei gings ihm doch nur wie jedem, der sich, wo er steht und hinsieht, wiedererkennen will, "wie bin ich denn sonst, und wer, und wo, das lügt mich noch alles mal blind, verdammt!" Er wollte am liebsten so sein, wie alle, aber nicht so, nicht verrückt! (8)

hier dreht sich das also um. der eine verdacht ist ganz nah beim andren.

bin ich verrückt - - oder sind die?!

und wirklich, es kann dann passieren, daß einer (oder eine) zerkältet ist von dem eindruck, es seien rund um ihn her die leute verrückt, nicht er (nicht sie) sei es.

das ist ein gemeiner eindruck.

ist das ein falscher eindruck?

das kann der anlaß werden für schwere politische fehler. für schauerlichkeiten. ja. -

das kann der ausgangspunkt werden für menschenbefreiung.

aber

schon mancher befreiungsversuch endete mit der erdrosselung des gefangenen.

also keine befreiung?

endgültig rettungslos knast?!

das sind dann so die einsamen zeiten. auch mitten an feiertagen. in bonn.

die unheimlichkeiten.

unheimlich.

unheim.

wüste.

aber dort doch bir ould brini?

ich brech das hier ab.

ich komme zur leisen rede am schluß.

zur rede von den gefangenschaften.

zum bitten.

ich nutze die öffentlichkeit,

die ich sonst nie habe.

ich weiß nicht, was heute andere

wollen

flüstern

verhandeln

in puncto gefangenschaften.

ich bin mit niemand verständigt.

ich weiß nichts, nur genau meinen wunsch.

wohl möglich also die narretei.

mag mich aber auch in der berufen auf mein gefeiertes hörspiel.

dort heißt es in der schlußsequenz:

kann (es denn) sein, daß etwa alles, was wir noch lieben, was wir noch tun, gar keinen zweck mehr hat, alles dahin schon, dahin?

es gibt einen zweck, der wiegt anders, der sind wir selbst. hier haben wir, vor unserem tod, auf etwas zu achten. (9)

ich versuche zu achten.

es hat bisher offiziell den bundesdeutschen TAG DER BEFREIUNG VOM FASCHISMUS nicht gegeben.

nun

im kommenden jahr der achte mai

wird sein der 50. jahrestag meiner freude gegen die henker und schließer,

ketten und gitter.

ich selbst war nie in einen knast gesperrt.

es sind aber heute hier im lande menschen, die ich kenne, hinter gittern seit vielen jahren. einige von ihnen, dachte ich, kenne ich gut - aus briefen, knastbesuchen, debatten am panzerglas. aus der freude, aus dem schmerz, aus dem lernen.

ich bitte um ihre befreiung.

bedingungslos.

jetzt.

ohne denunziatorische abfragerei.

ohne hinfälliges bekennen.

schluß.

raus.

alle.

sie sollen alle raus.

und ich werde hier nun nichts mehr begründen, nicht mehr argumentieren. das habe ich über eintausendsechshundert druckseiten in deutscher sprache öffentlich getan.

das ist getan.

das ist genug.

jetzt nur noch bitten.

es ist entsetzlich stumm und lautlos geworden um die gefangenschaften.

entsetzlich?

für wen?

etwa nur noch für einen alten, wie mich?

zugegeben: besiegte sind kein schöner anblick.

:der narr hat angst:

ich wiederhole meine bitte

es möge

bitte

spätestens

der 50. jahrestag der befreiung unseres landes vom hitlerfaschismus

auch

der befreiungstag sein

für alle gefangenen, die wegen ihrer zusammenarbeit in der Roten Armee Fraktion und in anderen widerstandsgruppen -

wegen bewaffneter angriffe auf das staatsinteresse -

das sind häuser

das sind maschinen

das sind lebendige menschen

- gefangen gehalten werden.

viele seit über zehn jahren.

etliche seit über fünfzehn jahren.

fast alle gefangenen, das sagen mir freunde, sind inzwischen krank bzw. sehr krank.

eine frau, irmgard möller, ist seit 1972 im knast, also im 23. jahr.

so lange, heißt es, war in deutschland noch keine frau gefangen.

ich bitte um die große amnestie zum 50. jahrestag der befreiung.

u n d :

es möge bitte diese amnestie möglichst viele soziale gefangene frauen und männer a u c h befreien.

einmal ein achter mai quer durch alle knäste!

einmal endlich noch einmal den atem frei erheben!

einmal

in fünfzig deutschen jahren

müßte das

bitte

möglich sein!

und warum e n d l i c h d o c h b i t t e n?

jahrelang ist doch gefordert worden, gepowert, "durchgekämpft"?

-es geht anders nicht.

verloren ist verloren.

-wer verloren hat, darf um gnade bitten.

und wer - für taten und, ja, für untaten, seine mitverantwortung kennt, und sei es wie bei mir in reden und schreiben und reden und schreiben und reden und böse reden, der muß das tun. -

und. aber.

wer dermaßen niederschmetternd

(einstweilen)

gesiegt hat,

wie heute die weiße bürgerdemokratie gegen den roten aufstand,

der möge wohl endlich gnade gewähren.

das steht ihm zu.

die steht ihm gut.

der soll das tun.

seit jahrtausenden ist das so.

seit jahrtausenden

unheimlich

frei

ist gnade die geste der sieger.

(wenn einer glück hat.)

(wenn eine glück hat.)

(ich hatte glück. mir kleinem, versteckten burschen aus dem fluchtgetümmel der deutschen herrenmenschen, die über drei jahre lang städte und dörfer in der Sowjet-Union verwüstet, millionen menschen dort gemetzelt hatten, geschändet und verbrannt, mir hat aus den geschundenen einer, ein schmächtiger, magergekämpfter armeearzt, simpel das leben gerettet. er ist - gegen meine blutvergiftung - tag für tag hingelaufen in die kammer, in der ich - aus angst vor "den russen" - versteckt lag.

das war im august 45. in neuhaus an der elbe.)

also gnade.

von amnestie haben längst vor mir andere geredet.

ich habe ihnen jahrelang öffentlich widersprochen.

jetzt sage ich es selbst.

gegen das totschweigen und versteinern.

es geht nicht anders.

und das aber füge ich

nicht ohne schärfe

hinzu:

gnade heißt nicht vergessen.

gnade heißt a u f h e b e n.

-das bitten und das gewähren

beides sind äußerste

und

wie ich es verstehe

äußerst richtige menschenmöglichkeiten.

einmal

ohne wenn und aber

gegen die unheimlichkeiten der täglichen wüste

TAG DER BEFREIUNG.

-am ende der arbeit, die hier heute gefeiert wird, heißt es

:es geht eine überraschung:

so möge es sein.

anmerkungen:

(1) friedrich hölderlin, aus "tod des empedokles"

(2) ebd.

(3) aus beethovens knast-oper "fidelio"

(4) sammellager bei paris zur verschleppung der jüdinnen und juden ins gas ab märz 1942

(5) massenvernichtungsplatz nahe wilna

(6) am 29. und 30.9.41 wurden 33.771 jüdinnen und juden in der schlucht von babi yar von SS erschossen

(7) rené schickele, zit. n. hans-albert walter, wo ich im elend bin

(8) christian geissler, aus: "wird zeit, daß wir leben"

(9) aus "unser boot nach bir ould brini"

32. Wann ist der Mensch ein Mensch?

Autor: Udo Sierck · Rubrik: Sozialpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:26

Wenn diese Rezension erscheint, ist es gelaufen: Der Artikel 3 des Grundgesetzes wird ergänzt mit dem Passus "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." Das klingt gut, ist aber kein Grund zum Feiern. Denn die Willenserklärung ist vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen so zu lesen: Weil wir Behinderte nicht diskriminieren wollen, ersparen wir ihnen ihr Leben mit Benachteiligungen. Das eine paßt mit dem anderen problemlos zusammen.

Was in Deutschland (wieder) anfängt, geht anderswo schon lange: In den USA mit einer ausgeprägten Anti-Diskriminierungsgesetzgebung gibt es gleichzeitig Staaten mit einer starken "Euthanasie"-Bewegung. Die Bemühungen, die Brücke zwischen sozial wirkenden Willensbekundungen und politischer sowie wirtschaftlicher Realität zu schlagen, erklärt den in den angelsächsischen Ländern längst ausgebrochenen Boom einer wissenschaftlichen Modedisziplin - der Bioethik. Ihre vornehmliche Aufgabe ist es, dem Machbarkeitswahn der modernen Medizin mit ihren technischen Möglichkeiten einen Sinn zu geben, menschliches Leben zum abwägbaren Faktor zu degradieren, um ihn dann mit den gesellschaftlichen Bedingungen abzustimmen. In dieses Spannungsfeld greift das neue Buch Wann ist der Mensch ein Mensch? von Oliver Tolmein ein.

Tolmein hat viele Jahre Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit Frauen und Männern aus der Behindertenbewegung hinter sich. Spürbar wird das dort, wo sich inhaltliche Positionen decken. Schon im Vorwort heißt es eindeutig: Über "Euthanasie" läßt sich "nur debattieren, indem man sie ablehnt."

Nachzulesen sind einige Aspekte, die den Nährboden für die neuaufgelegte Diskussion um "unwertes" Leben bilden. Die offene und strukturelle Gewalt gegen behinderte Menschen wird beschrieben: Sie werden auf offener Straße bedroht, verprügelt und in mindestens zwei Fällen erschlagen; ein Richter aus Flensburg erklärt ihren Anblick zum schadensersatzpflichtigen Mangel des Urlaubs; die ambulante Betreuung behinderter und alter Menschen in ihren Wohnungen wird von den Kostenträgern derweil nur als die billigere Lösung akzeptiert.

Wer stört, muß weg

Die Gewalt findet nicht nur auf der Straße und in den Institutionen statt. Legislative und Exekutive haben vorgearbeitet. Seit dem 1. Januar 1992 ist das neue Betreuungsrecht inkraft. Fast schon vergessen ist, daß darin die Zwangssterilisation "einwilligungsunfähiger" Erwachsener legalisiert wurde, sofern Gefahr für die Mutter droht. Der Gesetzgeber erläutert, wie weit dieser Begriff interpretiert werden kann: "Als schwerwiegende Gefahr für den seelischen Gesundheitszustand der Schwangeren gilt auch die Gefahr eines schweren nachhaltigen Leidens, das ihr drohen würde, weil vormundschaftsgerichtliche Maßnahmen, die mit ihrer Trennung vom Kind verbunden wären, gegen sie ergriffen werden müßten." Die Sterilisation ohne Einwilligung hat, das macht die Formulierung deutlich, vor allem Frauen im Blick. Oft auf Drängen der Angehörigen und der Professionellen in der Behindertenarbeit wurden vor der gesetzlichen Legalisierung nach offiziellen Angaben jährlich 1.000 Personen zwangssterilisiert - wen und wieviele es heute trifft, liegt im Dunkeln. Auch Tolmein kann dazu keine Angaben machen. Er weist vielmehr auf die Signalwirkung einer juristischen Regelung, die erstmals nach dem NS-Regime in Deutschland Körperverletzungen an behinderten Menschen zum guten Recht von Fürsorge, Medizin und Justiz erklärt.

Tolmein resümiert: "Ging es in den siebziger und achtziger Jahren darum, Diskriminierung zu bekämpfen und an den Rand gedrängten Gruppen eine Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen, hat mittlerweile ein Paradigmawechsel stattgefunden. Statt Integration ist Anpassung verlangt." Dieses Fazit stimmt allerdings nur halb: Richtig ist, daß in den neunziger Jahren von Integration kaum mehr die Rede ist; falsch ist aber die Annahme, daß in den vorherigen Jahren Integration ohne enorme Anpassungsleistungen zu haben war. Für behinderte Personen in Schule und Arbeit gilt das nach wie vor. Nur wer nicht zu besonders aussieht oder auffällt, wer zum Ausgleich ziemlich intelligent oder zumindest strebsam ist oder wer ein engagiertes Mittelstands-Elternpaar in den "besseren" Wohngegenden der Großstädte hinter sich weiß, besitzt die Chance zur Nicht-Aussonderung. Und die (auffällige) Behinderung wurde und wird in der Öffentlichkeit lediglich dann verziehen, wenn eine überdurchschnittliche berufliche Karriere vorzuzeigen ist. Wo das verlangte

Anpassungsvermögen an die herrschende Normalität fehlt oder verweigert wird, gilt Integration schon immer als mißlungen und aussichtslos. So gesehen hat sich nichts verändert - die Misere erforderte keinen ursächlichen Wandel in der Zielsetzung, die Grundeinstellung - wer stört, muß weg - steht aber jetzt unverschleiert vor uns.

Ein Kapitel geht nochmals ausführlich auf den australischen "Euthanasie"-Philosophen Peter Singer ein, ohne dabei neue Erkenntnisse zu bieten. Wichtiger erscheint mir denn auch die Auseinandersetzung mit den Protagonisten der Tötungsphilosophie unter einem besonderen Aspekt: Die "Euthanasie"-Debatte forcieren in Deutschland Dozenten und Dozentinnen aus dem linksliberalen Spektrum, die Forderung nach Legalisierung der Tötung von Patienten kommt ebenso von Leuten, die aus der Umwelt- und Friedensbewegung kommen, die "Emma" feierte kürzlich Peter Singer ohne wenn und aber. Der sonst durchaus kritisch zu wertende Frankfurter Neantologe Prof. Volker von Loewenich erinnert sich an einige seiner Assistenten der 68er-Generation: "Die hätten bei den meisten Frühchen, die wir behandelt haben, am liebsten sofort die Apparate abgestellt und haben mir bittere Vorwürfe über die Unmenschlichkeit der Medizin gemacht." Das bedeutet: Hätten die 68er seinerzeit freie Hand gehabt, müßte die Behindertenbewegung heute ohne einige ihrer Frauen und Männer auskommen. Es steht also die Auseinandersetzung über notwendige Grenzen des Liberalismus und eben mit den 68ern an, die heute freie Hand haben.

Aggressive Abwehr

Überzeugend sind die Reportagen Tolmeins aus der Intensivstation der Kinderklinik und den Zimmern eines Krankenhauses, in denen modellhaft die pallitative (lindernde) Behandlung am Lebensende zur Anwendung kommt. In seiner Schilderung werden aus den namenlosen Kindern an Schläuchen oder in Brutkästen, im medizinischen Jargon mit unbekannten Fachausdrücken bedacht und geordnet, wieder Senta und Janine, Jan oder Karl. Man versteht den Vater, der über den Verlust seiner Tochter trauert und nicht den Tod einer Behinderten bedauert, die ohnehin besser nicht gelebt hätte. Und es wird erkennbar, daß die Patienten nicht sagen, sie wollen sterben, sondern daß sie Schmerzen und Übelkeit nicht länger aushalten wollen, daß sie sich als Zumutung für ihre Angehörigen empfinden und ihre Hilflosigkeit kaum aushalten. Tolmein gelingt es, die Furcht vor der Apparatemedizin fortzuschreiben, ohne sie zu verharmlosen oder die kritische Distanz zu den Medizinerinnen und Medizinern zu verlieren. Nach vier Wochen Hospitanz notiert er: "Ihr Blick ist geschult, Krankheit zu diagnostizieren und zu heilen - ihre Vorstellung von ‚Normalität` in Frage zu stellen, haben sie in der Ausbildung nicht gelernt." Die Spezialisten sind mit dem Alltag alter Leute oder körperlich und geistig behinderter Menschen nicht vertraut. Die aus der Konfrontation mit Fremden resultierende Unsicherheit tritt nach Tolmein in den Diskussionen um die "Euthanasie" als aggressive Abwehr hervor.

Wohin das führt, analysiert Tolmein anhand seiner detaillierten Recherchen zur Situation in den Niederlanden, das kürzlich ein "Euthanasie"-Gesetz verabschiedet hat. Dort gab es nach einer offiziellen Studie bereits 1.000 Tötungen ohne Einwilligung der Patienten. Als Gründe für ihr Handeln führten die Ärzte u.a. an, "es war der unausgesprochene Wunsch der Patienten" (17%) und "die Belastung der Familie war nicht mehr zuzumuten" (32%). Ökonomische Motive spielen auch nach Überzeugung der wenigen kritischen niederländischen Stimmen eine untergeordnete Rolle. Tolmeins Erklärung: "‚Euthanasie` verlangen und praktizieren zu können wird in dieser liberalen, aber gleichzeitig außerordentlich konformen Gesellschaft ganz selbstverständlich als Erweiterung der Menschenrechte verstanden." Und: "Die Überschreitung der selbstgesteckten Grenzen wird zur Regel - die nicht mehr als besorgniserregend erkannt wird, weil die Routine das Sterbenlassen und Töten längst seiner Besonderheit entkleidet und in die routinierten, an Effizienz orientierten Abläufe des Alltags eingezwungen hat."

Udo Sierck

Oliver Tolmein, Wann ist der Mensch ein Mensch? Ethik auf Abwegen. München (Hanser) 1993. 188 S., DM 29,80

33. "Aus rein menschlichen Motiven." Paul Grüninger - Polizeihauptmann und Judenretter

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:03

Im Jahre 1971, knapp ein Jahrzehnt nach Oskar Schindler, wurde dem ehemaligen Schweizer Polizeihauptmann Paul Grüninger in Israel der Ehrentitel eines "Gerechten der Völker" verliehen. Mehrere Bäume und Haine wurden ihm zu Ehren gepflanzt; in Washington und Los Angeles steht sein Name auf Erinnerungstafeln. Bei seiner Beerdigung im Februar 1972 zitierte Rabbiner Lothar Rothschild aus dem Talmud: "Wer nur eine Seele rettet, gleicht einem, der die ganze Welt gerettet hat." Paul Grüninger hat viele gerettet: Mehreren hundert, vielleicht einigen tausend Jüdinnen und Juden, die 1938/39 aus Deutschland und Österreich flohen, ermöglichte er - unter Verstoß gegen die inhumane Gesetzgebung der Schweiz - die Einreise. Dafür wurde er im April 1939 vom Dienst suspendiert. Bis zu seinem Tode lebte er von Gelegenheitsarbeiten.

"Rehabilitiert wurde Paul Grüninger nie." Mit diesem Satz endet Stefan Kellers Buch "Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe", das er im Auftrag des Vereins "Gerechtigkeit für Paul Grüninger" geschrieben hat. Das war der Stand vor einem Jahr. Inzwischen hat es immerhin so etwas wie eine Teil-Rehabilitierung gegeben. Ende November letzten Jahres bescheinigte der St. Galler Regierungsrat Paul Grüninger, er habe sich "damals an ethischen Werten orientiert, die nunmehr Grundlagen des internationalen und des schweizerischen Rechts sind". Gleichzeitig warnten die St. Galler Kantonspolitiker vor falschen Schlüssen: "Die politische Rehabilitation von Paul Grüninger kann nicht bedeuten, daß damit jeder Verstoß gegen die staatliche Rechtsordnung zu rechtfertigen ist, wenn er nur mit der Respektierung behaupteter widersprechender ethischer Normen begründet wird."

Stefan Keller, der den Rehabilitierungsbeschluß "eine unverbindliche, beckmesserische Verlautbarung ohne praktische Folgen" nennt, sieht darin immerhin ein Gutes: Die von ihm befürchteten "peinlichen Zeremonien, bei denen die ÜberfremdungspolitikerInnen von heute den Flüchtlingsretter von früher als kantonalen Helden abfeiern würden", werden nicht stattfinden. (Zitiert nach WoZ, 3.12.1993)

Rücksichtslos

gegen "Überfremdung"

Paul Grüninger (Jahrgang 1892), seit 1925 Kommandant der St. Galler Kantonspolizei, war Polizist mit Leib und Seele. In seinen 1954 niedergeschriebenen Erinnerungen betont er, wie sehr ihm "die Bekämpfung des Verbrechertums mit den modernsten Fahndungsmitteln und die Heranbildung befähigter Polizeiorgane" am Herzen gelegen hätten. Obwohl Mitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei, bezeichnete er sich selbst als konservativ. Bei der Fahndung nach illegal durchreisenden Spanien-Kämpfern hielt Grüninger sich streng an das Gesetz und arbeitete sogar mit der Gestapo zusammen.

Die Einreise jüdischer Flüchtlinge, die nach dem "Anschluß" Österreichs ins Land kamen, stellte zunächst kein "grenzpolizeiliches Problem" dar. Die meisten der drei- bis viertausend Flüchtlinge konnten legal einreisen. Das änderte sich erst Ende März 1938, als der Schweizer Bundesrat die Visumpflicht einführte. Die Abschottung gegenüber den fast immer "mittellosen" Juden wurde mit zynischer Offenheit begründet: "Abgesehen von der Lage unseres Arbeitsmarktes gebietet schon der Grad der Überfremdung die strikteste Abwehr eines längeren Aufenthaltes solcher Elemente."

Zugleich wollte man den eigenen Entscheid als Maßnahme gegen eine Verbreitung des Antisemitismus verstanden wissen: "Wenn wir einer unseres Landes unwürdigen antisemitischen Bewegung nicht berechtigten Boden verschaffen wollen, müssen wir uns mit aller Kraft und, wo es nötig sein sollte, auch mit Rücksichtslosigkeit der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren, ganz besonders vom Osten her." (Diese Begründungen klingen vertraut: Auch in der bundesdeutschen "Asyldebatte" wurde immer wieder das Argument vorgebracht, nur durch Zuzugsbeschränkungen sei der Rassismus einzudämmen.)

Für Jüdinnen und Juden wurde es fast unmöglich, ein Schweizer Visum zu erhalten. Der Schweizer Generalkonsul in Wien hielt sich streng an die Direktive des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements

(EJPD): Einreisen sollten nur bewilligt werden, "wenn einwandfrei festgestellt ist, daß es sich nicht um Juden handelt".

Im Juli 1938 kam es, ausgelöst durch den offenen antijüdischen Terror vor allem in Wien, zu einer Massenflucht von österreichischen Juden in die Schweiz. Einmal hätten in einer einzigen Nacht 1.200 Menschen illegal die Grenze bei Diepoldsau überschritten, behauptete ein ehemaliger Grenzpolizist später. Sie hätten Skizzen des Fluchtweges durch den fast ausgetrockneten Alten Rhein dabei gehabt und genau gewußt, wohin sie sich zu wenden hatten. In Diepoldsau wurde ein Flüchtlingslager errichtet, für dessen laufende Kosten die Israelitische Flüchtlingshilfe aufkam. Die jüdischen Organisationen hatten sich dazu verpflichtet, alle durch jüdische Einwanderer verursachten Kosten zu übernehmen - aus der Sorge heraus, daß sonst keine weiteren Flüchtlinge ins Land gelassen würden.

Während der zwölf Jahre der Nazi-Diktatur lebten in der Schweiz nie mehr als 200 formell anerkannte politische Flüchtlinge. Auch die meisten anderen der 36 westeuropäischen und nordamerikanischen Teilnehmerstaaten der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian (Juli 1938) verschärften in der Folge die fremdenpolizeilichen Bestimmungen für deutsche und österreichische Emigranten. Anfang Oktober 1938 führten die deutschen Behörden auf Betreiben der Schweiz den "Judenstempel" ein. Die Pässe deutscher JüdInnen wurden eingezogen und mit einem "J" gekennzeichnet.

Ein pflichtbewußter Beamter

Hauptmann Paul Grüninger, der während dieser Zeit seinen Dienst bei der St. Galler Kantonspolizei verrichtete, galt bis zum Sommer 1938 als "ziemlich normaler, pflichtbewußter Beamter". Im August 1938 fand eine Konferenz der kantonalen Polizeidirektoren zu Fragen der "Flüchtlingsabwehr" statt, auf der Grüninger der Forderung, von den Deutschen in Massen abgeschobene Jüdinnen und Juden sofort zurückzuschicken, widersprach. Das schriftliche Protokoll referiert seinen Beitrag so: "Die Rückweisung der Flüchtlinge geht schon aus Erwägungen der Menschlichkeit nicht. Wir müssen viele hereinlassen. Wir haben ein Interesse daran, diese Leute möglichst zusammen zu erhalten, damit die Kontrolle erfolgen kann und ebenfalls aus hygienischen Gründen. Wenn wir die Leute abweisen, kommen sie eben ‚schwarz` und unkontrollierbar. Vollkommene Abschließung der Grenze ist nicht möglich."

Genützt hat Grüningers Intervention nichts. Es wurde beschlossen, daß "einem trotzdem auch weiterhin erfolgenden Zustrom von Flüchtlingen durch Zurückweisung aller über die deutsche Grenze Einhalt geboten werden müßte."

Dem hat Grüninger sich in hunderten von Fällen widersetzt. Nach seiner Entlassung aus dem Polizeidienst beklagte sich ein Zollbeamter: "Wir armen Grenzwächter mußten die Juden zurückschicken, und Grüninger ließ sie bei Diepoldsau wieder herein." Begünstigt wurden Grüningers Rettungstaten durch seinen Vorgesetzten, Regierungsrat Keel, der angesichts des Elends der Flüchtlinge im Lager ebenso wie Grüninger mehrfach in Tränen ausbrach. Nach Grüningers Suspendierung behauptete Keel allerdings, von nichts gewußt zu haben. Grüninger dagegen hob in seinem schriftlichen Geständnis hervor, daß er aus "rein menschlichen Motiven und ganz im Sinne meines Vorgesetzten" gehandelt habe.

Etliche Flüchtlinge, die nach der Grenzsperre vom 19. August 1938 in die Schweiz kamen, rettete Grüninger mit Hilfe vorverlegter Einreisedaten vor der Ausweisung. Außerdem stellte er ihnen unbefugt Identitätsausweise aus, mit denen sie die Schweiz verlassen und wieder betreten konnten. Vor dem Untersuchungsrichter gab Grüninger später zu, "einige" solcher Ausweise ausgestellt zu haben. 21 Fälle von gefälschten Einreisedaten hielt das Gericht für erwiesen.

Die Schweizer und die Juden

Nach dem Novemberpogrom 1938 wurde die den deutschen und österreichischen Juden drohende Gefahr auch in der Schweiz erkannt. Die St. Galler Volksstimme erschien am 24. November mit der Schlagzeile "Vor der Ermordung aller Juden in Deutschland?" Die Fremdenpolizei scherte das nicht weiter. Ihr Chef Heinrich Rothmund sah auch im Januar 1939 keinen Anlaß für eine Liberalisierung der Einreisebestimmungen: "Wir haben nicht seit zwanzig jahren mit dem Mittel der Fremdenpolizei gegen die Verjudung der Schweiz gekämpft, um uns heute die Emigranten aufzwingen zu lassen."

In der Bevölkerung war der Antisemitismus nur vereinzelt sichtbar. Zwar gab es Massenversammlungen der Nationalen Front und anonyme Flugblätter, in den auf eine Schwarze Liste für "artfremde Elemente" verwiesen wurde: Das waren prominente Juden, denen vorgeworfen wurde, sie würden "das Schweizervolk auspressen", "unsere Töchter mißbrauchen" oder "unsere guten dummen Christen vergiften, vergewaltigen und anstecken". Den bettelarmen jüdischen Flüchtlingen im Lager dagegen sei "viel Mitgefühl" entgegengebracht worden. In Diepoldsau, wo es Konflikte zwischen Katholiken und Protestanten gab, seien die Juden den Einwohnern "nicht unsympathischer gewesen als die Angehörigen der jeweils anderen christlichen Konfession".

Journalistenpreis

für Stefan Keller

Stefan Keller hat nicht nur Grüningers Geschichte aufgeschrieben, sondern auch ihren politischen und gesellschaftlichen Hintergrund anschaulich gemacht. Er hat mit Zeitzeugen korrespondiert und sie befragt, er hat die in den Polizei- und Staatsarchive gelagerten Dokumente gesichtet und ist auch Vorwürfen gegen Grüninger nachgegangen: Er hätte sich an den Juden bereichert und sich "rassige Jüdinnen" gefügig gemacht. Der einzige dunkle Punkt, den Keller finden konnte, betrifft Kontakte Grüningers zur Gestapo nach seiner Suspendierung. Der Verdacht, Grüninger sei ein heimlicher Nazi gewesen oder geworden, konnte allerdings von den auf ihn angesetzten Spitzeln nicht belegt werden.

Der Autor des Buches, der gleichzeitig Redakteur der lesenswerten Züricher WochenZeitung (WoZ) ist, bekam für seine Recherche zum "Fall Grüninger", die zunächst als Serie in der WoZ erschien, Anfang Mai den Zürcher Journalistenpreis verliehen. Die Stiftung, die den Preis vergibt, erklärte zur Begründung für ihre Wahl u.a.: "Der Autor vergegenwärtigt die Stimmungslage die der heraufziehende Nationalsozialismus im benachbarten Dritten Reich in der Schweiz erzeugte, und er legt die besonderen Verhältnisse im östlichen Grenzkanton dar. Er bettet den fatalen Gang der Dinge in menschliche Schicksale ein und fordert seine Leserschaft dazu auf, sich selbst die Frage nach Mut, Mitgefühl, Feigheit, Mitläufertum, Anpassung und Gleichgültigkeit zu stellen. Die Parallelen zu unseren neunziger Jahren mit einem wieder heraufziehenden Rassismus, Verharmlosung der Nazi-Vergangenheit und einer problematischen Asylpolitik sind offensichtlich."

Aus den genannten Gründen ist "Grüningers Fall" auch für deutsche LeserInnen eine wichtige und lohnende Lektüre. Es räumt darüberhinaus mit einem hierzulande gängigen Vorurteil auf: Die Schweiz wäre ein gemütliches, liberales Ländchen und weitgehend immun gegen Rassismus, Antisemitismus und andere rechte Bestrebungen. Der Umgang der Schweizer Behörden mit dem suspendierten Polizeihauptmann, die jahrzehntelange Verhinderung seiner Rehabilitierung, hat durchaus Ähnlichkeit mit dem Agieren der westdeutschen Nachkriegs-Obrigkeit in vergleichbaren Fällen - wie dem von Oskar Schindler.

Ein notwendiger Nachtrag

Im Juni hat der schweizerische Bundesrat Paul Grüninger doch noch politisch rehabilitiert und "öffentlich bestätigt", "daß Paul Grüninger für sein selbstloses Verhalten uneingeschränkten Respekt verdient". Zum ersten Mal überhaupt, schreibt Stefan Keller in der WoZ (17.6.), habe sich der Bundesrat von der antisemitischen Politik jener Jahre distanziert. Der entscheidende, über den "Fall Grüninger" hinausgehende Satz der Bundesratserklärung lautet: "Aus heutiger Sicht erachtet der Bundesrat (...) die gegen Juden gerichteten Vorkehren, insbesondere den in Deutschland eingeführten Judenstempel und darauf gestützte Maßnahmen der Schweizer Behörden, als unhaltbare rassistische Diskriminierung."

Js.

Stefan Keller: Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe. Zürich (Rotpunktverlag) 1993, 256 Seiten, SFr 30,-

34. Wahlkampfthema: "Verbrechensbekämpfung"

Autor: ga. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:40

Nach Vorgabe der Unionsparteien ist das Thema "Innere Sicherheit" zu einem entscheidenden Wahlkampfthema in diesem Jahr geworden. Nicht zuletzt verstärkt durch eine weitgehende Übernahme der Forderungen von seiten der SPD. Unterm Strich wird der Abbau von Bürgerrechten bleiben.

Einer der zur Zeit stattfindenden Prozesse im Staat und in der Gesellschaft, ist die "Entfesselung" von Beschränkungen, die bisher gültige Normen gesetzt hatten. Auf der Strecke bleiben dabei nicht nur marginalisierte Gruppen der Gesellschaft, sondern immer größere Teile der Gesellschaft, sofern sie sich nicht an den neuen Normen des gnadenlosen Gegeneinanders orientieren und ihrerseits versuchen, mit Brachialgewalt zu ihrem Recht zu kommen. Gesellschaft als Gemeinschaft und auch als Hilfe für Einzelne war zu keiner Zeit verwirklicht, sie wird aber mit jedem weiteren Tag mehr zur Utopie.

Gegen wen richten sich die Gesetzesvorhaben, was ist Ziel dieser Politik? Sicherlich ist der Hauptgrund nicht, die "Linke" in den Griff zu bekommen, da würde diese sich etwas zu wichtig nehmen in den momentane Zeiten. Ein wesentliches Motiv ist die Herrschaftssicherung innerhalb der Gesellschaft auch unter sich weiter verschlechternden sozialen Bedingungen. Den Starken Staat zu propagieren und gleichzeitig mit den Gesetzesvorhaben sogenannte Lösungsmöglichkeiten vorzuspielen ist Strategie. So wird versucht, in der Bevölkerung über die Konstruktion von bestimmten "Feindgruppen" eine Konsensbildung zu erreichen. Typisch hierfür ist die Kampagne gegen die "Organisierte Kriminalität". Wer wollte nicht, daß welcher Mafia auch immer das Handwerk gelegt würde.

Die Verschärfung der Gesetze auf allen Ebenen dient der Regierung und allen denjenigen Parteien, die mit dem Thema Verbrechensbekämpfung Wahlkampf betreiben, als Ersatzkonstruktion; als ein "Ersatz" für die eigentlich notwendigen sozialen Auffangbecken für diejenigen, die aus dieser Gesellschaft herausgedrängt werden. Mit den Gesetzesvorhaben sollen die sozialen Verschlechterungen "aufgefangen" werden, sprich: Reglementierungsmaßnahmen gegen Delinquenten vorhanden sein. Schon jede Kritik an dem Vorhaben wird als Begünstigung von Kriminalität, extremistischen Terror, Verunsicherung des Bürgers etc. zu diskreditieren versucht.

Wie in anderen Ländern durchaus schon vorhanden, sind sogenannte "no-go-areas" als Zukunftsvorstellung auch für unsere Breitengrade denkbar. Da, wo nicht mehr problemlos zu befrieden und zu herrschen ist, wird ausgegrenzt, da es sich in der Regel ohnehin um für das Kapital uninteressante Bevölkerungsgruppen handelt. Über eine gewisse Form von Verwahrlosenlassen von Teilen der Gesellschaft wird damit auch eine stärkere Schichtentrennung vorgenommen. Die jetzige Situation der Deregulierung der sozialen Verhältnisse bei gleichzeitiger Verstärkung des repressiven Apparates könnte als Umbruch in eine neue staatliche Normalität beschrieben werden.

Wer dagegen eine ernsthafte Politik entwickeln will, darf sich nicht mit dem Beschimpfen des Staates begnügen. Das machen die Betroffenen durchaus schon selber, leider oft auf Kosten gesellschaftlich noch Schwächerer, die dann als Sündenbock und oft auch als Opfer herhalten müssen. Aufgabe wäre es, positive Gesellschaftsmodelle zu entwickeln, mit denen Menschen, die sich vom Staat drangsaliert und ausgestoßen fühlen, identifizieren können. Dazu gehört auch, Bürgerrechte als Freiheitsrechte plastisch zu machen.

ga.

Auf den folgenden Seiten drucken wir drei der Referate ab, die auf unserem Seminar zur "Inneren Sicherheit" im April gehalten worden sind. Das vierte Referat, quasi das Einleitungsreferat, behandelte die verschiedenen Gesetzesvorhaben der Parteien und die Diskussion darüber. Zu diesen Fragen haben wir sehr ausführlich im ak berichtet, deshalb hier der Verweis auf einige Artikel aus der letzten Zeit, für diejenigen, die sich näher damit befassen möchten.

ak 359, 20. Oktober 1993: Innere Sicherheit: "Das wahlentscheidende Schlüsselthema der Innenpolitik 1994." ak 363, 9.2.1994: Die Ostgrenze soll zur Festung werden. ak 364, 9. März 1994: Notverordnungen - das neue Sicherheitskonzept. ak 365, 13. April 1994: Informationelle Sonderbehandlung von ImmigrantInnen und

Flüchtlingen sowie: Völkisch programmierter Großrechner für Europa 2000ff. ak 367, 8. Juni 1994: Back to the roots, alter Geheimdienst auf neuen Wegen.

35. Das neue Zauberwort: Organisierte Kriminalität

"300%ige Profite - und es existiert kein Verbrechen, das das Kapital nicht riskiert" (1)

Autor: mh, Berlin · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:17

Die staatlich geschürte Hysterie vor der sich angeblich "krakenhaft ausbreitenden Organisierten Kriminalität" hat sich als erfolgreich erwiesen: 1992 wurden mit dem "Gesetzespaket zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität" (OrgKG) eine ganze Latte wichtiger Repressionsmaßnahmen verabschiedet (Raster- und Beobachtende Fahndung, Observation und Kleiner Lauschangriff, Bullenspitzel und Zeugenschutz). Wie zu erwarten haben sich die bundesdeutschen Staatsschutzorgane mit diesem ersten Erfolg nicht zufrieden gegeben: Der "Große Lauschangriff" soll legalisiert werden, ebenso die straffreie Begehung sogenannten "milieutypischer Straftaten" durch Bullenspitzel. Daneben wird durch die Zuweisung polizeilicher Aufgaben im Bereich des "Organisierten Verbrechens" (OK) die endgültige Aufhebung des grundgesetzlichen Trennungsgebotes von Polizei und Nachrichtendiensten in der BRD vorbereitet.

Die bundesdeutsche Linke hat dieser enormen Propaganda-Leistung des Staates bisher faktisch nichts entgegenzusetzen gehabt. Zwar hat das OrgKG nach Ansicht des 16. Strafverteidigertages 1992, "die Rechtskultur der BRD so gravierend verändert wie keine Justizreform nach dem Ende des Faschismus" (2), die demokratische Öffentlichkeit, von der mensch Protest und Widerstand gegen den Abbau der rechtstaatlichen Demokratie erwartet und gefordert hatte, wollte derartiges aber nicht hören und starrte weiterhin wie das legendäre Kaninchen gebannt auf das Phantom der "Mafia".

Die Linke hat sich nicht imstande gezeigt, eine kriminal- oder sozialpolitische Theorie über das Phänomen des "Organisierten Verbrechens" zu entwerfen. Wenn es richtig ist, daß die "Organisierte Kriminalität" ein soziales Phänomen ist, dann reicht es nicht aus, nur zu postulieren, daß das Strafrecht ein unzulängliches Instrument zur Lösung sozialer Konflikte ist. Die theoretische Aufklärung des gesellschaftlichen Zusammenhangs von Kapitalismus und seiner sozialen Regulierung sowie dem Aufkommen des "Organisierten Verbrechens" ist der Schlüssel, um der Polizei-fixierten OK-Bekämpfungsstrategie in der Bevölkerung verankerbare sozial- und wirtschaftspoltische Alternativen entgegenzustellen.

"Gewöhnliche" Kriminalität spielt in der Linken kaum eine Rolle. Dies hängt nicht unwesentlich mit der weitverbreiteten sozialrevolutionären Grundeinstellung in der hiesigen Linken zusammen, die - insbesondere im Bereich kleinkriminellen Handelns - immer wieder Widerstandsformen sozial deklassierter Gruppen erblicken möchte.

Hinsichtlich der staatlichen OK-Propaganda sieht es ähnlich aus: Jenseits der Kritik polizeistaatlicher Maßnahmen, reagiert die Linke hier weitgehend mit Nicht-Beachtung. Obwohl einzelne Phänomene, die offiziell der "Organisierten Kriminalität" zugesprochen werden, durchaus als Aufgabenfelder linker, fortschrittlicher Politik wahrgenommen werden: Dies trifft insbesondere auf den Frauenhandel und die Prostitution sowie - bereits eingeschränkt - auf den Sklavenmarkt illegal Beschäftigter zu. Filz und Korruption werden kritisiert, wenn mensch davon betroffen ist. Für Umweltstraftaten hingegen interessieren sich bestenfalls noch die entsprechenden Bürgerinitiativen und "pressure groups".

Wenn nun linke KiezpolizistInnen und besorgte Eltern z.B. gegen Junkies und Dealer im eigenen Stadtteil vorgehen, offenbart sich in ihren oftmals plumpen privaten Repressionsmaßnahmen (wie dem Umzäunen "gefährdeter" Straßenzüge und Spielplätze bzw. angedrohter Selbstjustiz) die ganze Hilflosigkeit, wie mit derartigen kriminalisierten sozialen Phänomenen umzugehen ist.

Die Linke hat durch ihre theorie- und konzeptionslose Passivität bei dem Thema der "Organisierten Kriminalität" selbstverschuldet Leuten wie dem taz-Autor Werner Raith bzw. dem Duo Roth/Frey dieses Feld überlassen. (3)

Diese gehen von einem international agierenden "Organisiertem Verbrechen" aus, das auch in der BRD höchst aktiv ist. Um dieser "Demokratie zerstörenden, asozialen Bedrohung unserer Gesellschaft" (Roth/Frey) etwas entgegenzusetzen, plädieren die drei genannten - auch in der Linken wegen ihren Recherchen im Bereich

Repressionsorgane, Geheimdienste, Geheimlogen etc. geschätzten - Autoren, für ein strategisches Bündnis aller linken und demokratischen Kräfte (der "kritischen Intelligenz") mit der Polizei. Damit soll die "Organisierte Kriminalität" nicht mehr nur repressiv bekämpft werden. Vielmehr müsse auch politisch-kulturell gestritten werden, um durch eine Demokratisierung der Gesellschaft, "der Mafia" den Boden zu entziehen. (4)

Die Achillesferse dieses Ansatzes besteht u.a. darin, keine Definition über das vorzuweisen zu können, was "Organisierte Kriminalität" sein könnte. Dies wird sogar offensiv dadurch zu begründen versucht, daß das Suchen nach einer zutreffenden Umschreibung dieses Begriffs zu "zeitraubend" sei angesichts der Originalität und Flexibilität der "Mafia". Darüber hinaus sei dieses Perfektionsstreben ein typisch deutsches Kopfgeburts-Training und wird für die aus Raiths bzw. Roth/Freys Sicht unzureichende Bekämpfung der "Organisierten Kriminalität" verantwortlich gemacht. (5)

Vielsagendes Gestammel

Diese Suche nach einer tragfähigen OK-Definition ist aber nicht nur grundlegend für die analytische Erfassung des "Mafia-Phantoms", sondern ebenso unverzichtbar, will mensch das angebliche oder tatsächliche Ausmaß des "Organisierten Verbrechens" bewerten - "Definitionsfragen sind Machtfragen", so bringt es der CILIP-Autor Heiner Busch auf den Punkt. (6)

Es zeigt sich, daß weder die Repressionsorgane noch die dafür zuständigen PolitikerInnen einigermaßen präzise beschreiben können, was denn nun bekämpft werden soll. In dem Entwurf des OrgKG, den Bayern und Baden-Württemberg in den Bundesrat eingebracht hatten, wird folgende Definition versucht:

"Unter organisierter Kriminalität ist eine vom Gewinnstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten durch mehrere Beteiligte zu verstehen, die auf längere und unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftlicher Strukturen,

- unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder

- unter dem Bemühen, auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft Einfluß zu nehmen, zusammenwirken." (7)

Diese abstrakte Definition half bürgerlichen Repressionsstrategen nicht aus der Klemme, das mit dieser Definition umschriebene Phantom "Organisierte Kriminalität" von dem stinknormalen Kapitalismus abzugrenzen.

Aus diesem Grund wurde nun in dem OrgKG ein - letztlich willkürlich zusammengestellter - Straftaten-Katalog präsentiert, was künftig als "Organisiertes Verbrechen" in der Öffentlichkeit stigmatisiert und polizeilich bzw. mit Hilfe der Geheimdienste bekämpft werden soll: Drogen- und Waffenhandel, bandenmäßiger Diebstahl, Hehlerringe, Nachtgewerbekriminalität, Schutzgelderpressung und natürlich alle gängigen Staatsschutzdelikte.

Aber schon in der Antwort der Bundesregierung auf den Gesetzesentwurf des Bundesrates zeigten sich erste Schwächen dieses Ansatzes, "Organisierte Kriminalität" anhand bestimmter Straftaten definieren zu wollen: Die Bundesregierung wollte nämlich auch Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz (z.B. illegaler Technologietransfer), Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug unter dem OK-Begriff verstanden wissen. (8)

Die SPD folgte dieser Logik in ihrem im Februar 94 vorgelegtem "Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität": Darin wird der Rahmen für Delikte des "Organisierten Verbrechens" auf Geldwäsche, Computer-, Subventions- und Kapitalanlagebetrug, Bankrott, Steuerhinterziehung und Umweltvergiftung ausgeweitet. (9)

Nun kann mensch mit einiger Berechtigung hinterfragen, ob in diesen für die OK angeblich typischen Deliktbereichen tatsächlich die behaupteten bedrohlichen Steigerungsraten zu verzeichnen gewesen sind. (10)

Vielversprechender ist es aber, auf das unzulängliche Resultat mittlerweile 20jähriger OK-Definitionsversuche bundesdeutscher Spitzenbullen hinzuweisen:

So begrüßenswert es ist, wenn offiziell eingestanden wird, daß nicht etwa Dealer und Zuhälter den Bestand der BRD gefährden und wenn statt dessen "Organisierte Kriminalität" im Bereich der scheinbar "legalen Wirtschaft" verstärkt wahrgenommen wird - aber auch diese Versuche führen solange in die Irre, wie

a) "Organisiertes Verbrechen" und die "soziale Marktwirtschaft" nicht auch auf der Definitionsebene in Zusammenhang gebracht werden und

b) versucht wird, diese Probleme mit Hilfe rechtsstaatswidriger Repressionsmethoden zu bekämpfen, anstatt ihnen mit angemessenen sozialen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu begegnen.

Eine ziellose Ausweitung der OK-Definition bzw. des unseeligen "Mafia"-Begriffs hilft da auch nicht weiter. Eine Auswahl der in den letzten Monaten aus der Taufe gehobenen "Mafia"-Gruppen (Zigaretten-, Handtaschenraub-, Hütchenspieler-, Schlepper- und Schleuser-, Müll-, Russen-, Polen- ja selbst eine Butter-Schmalz-Mafia) belegt, welches Schindluder mit der an sich richtigen Forderung betrieben wird, nicht immer nur "Drogenbarone" und "Zuhälter-Könige" als "Organisierte Kriminelle" zu brandmarken. (11)

Das Kapital und illegalisierte Märkte

Der "Organisierten Kriminalität" wird von offizieller Seite aus ein gezieltes "Eindringen in wirtschaftliche Schlüsselpositionen" unterstellt, um "wirtschaftliche Macht und damit Einfluß auf wirtschaftspolitische Entscheidungen zu gewinnen". So lautet die These eines vom BKA herausgegebenen Forschung-Sonderbands. (12) Die dadurch verursachte "zunehmende Legalisierung illegaler Geschäftspraktiken" wird die "Konkurrenzfähigkeit legaler Unternehmen gefährden" und einen "fortschreitenden Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge" haben, so "daß der Staat eines Tages nicht mehr in der Lage sein wird, Unterstützung im bisherigen Umfang zu leisten." (a.a.O. S. 89f)

Bei dieser Prognose handelt es sich um ein Musterbeispiel, wie mit einer verqueren Analyse des "Organisierten Verbrechens" Politik gemacht wird. Weder werden die sozialen Hintergründe bei der Entstehung von OK behandelt, noch wird das Vorgehen "Organisierter Verbecher" mit dem "legaler Unternehmer" in einen nachvollziehbaren Zusammenhang gebracht. In der Drohung, die OK sei schlußendlich auch noch für kapitalistischen Krisen und den Abbau des Sozialstaates verantwortlich, zeigt sich die ganze Widersprüchlichkeit dieser BKA-Theorie. (13)

Auch bei dem um gewerkschaftliche Kapitalkritik bemühten, gleichzeitig aber streng antikommunistischen Hans See geht da einiges durcheinander. Zunächst sieht er zwar ein, daß "vom Kapitalbegriff ausgegangen werden muß, wenn der Begriff Wirtschaftskriminalität Sinn machen soll. Über den Kapitalbegriff lassen sich alle Varianten von Wirtschaftsverbrechen unmißverständlich definieren." (14) Dann strampelt sich See aber ab, die OK von gewöhnlichen Wirtschaftsverbrechen abzugrenzen. Während erstere darauf abzielen, "illegalisierte Bedürfnisse zu befriedigen", würden Wirtschaftsverbrechen von einem an sich gesetzestreuen Unternehmer begangen, der aus Gründen des "verzerrten Wettbewerbs, Krisen, Konkursgefahr und der auf der Hand liegenden Wettbewerbsvorteile des illegalen Wirtschaftens in die berühmte Sog- und Spiralwirkung des Wirtschaftsverbrechens gerät." (15)

Um dem Problem nachzugehen, worin die Unklarheiten bei diesen bürgerlichen OK-Definitionen genau bestehen, also zu klären, was OK mit der Funktionsweise und Praktiken des Kapitalismus zu tun haben könnte, stelle ich zwei Fragen:

1. Wer soll mit dem OrgKG getroffen werden? Hat die Klassenjustiz auch ein Interesse an der Bekämpfung "organisiert krimineller Unternehmer"?

2. Ist es zulässig zwischen legalem und illegalem Kapitalismus zu unterscheiden - stehen kriminelle Kapitalisten dem demokratisch gesinnten, rechtschaffenden "Arbeitgeber" feindlich gegenüber?

Ein illegales Kapital kann es nicht geben, da es sich beim Kapital um ein gesellschaftliches (Produktions)Verhältnis handelt. Der sich darin vollziehende äquivalente Austausch von Kapital und Lohnarbeit ist nicht kriminell. Die konkreten Bedingungen dieses Austauschs werden aber sozial- und wirtschaftspolitisch durch entsprechende Gesetze und Tarifverträge geregelt. Die "soziale Marktwirtschaft" steckt so den Rahmen legaler bzw. illegaler Praktiken im Wirtschaftsleben ab.

Illegale Märkte entstehen als "künstliche Schöpfungen, die parallel zu den von dem modernen Wohlfahrtsstaat übernommenen Funktionen der Wirtschaftsregulierung ... gewachsen sind". (16) Das heißt, daß es auf der Ebene der Mehrwertproduktion für Kapitalisten reizvoll und auch üblich ist, systematisch und organisiert gegen Gesetze zu verstoßen, die ihre Profitmöglichkeiten einschränken - sei es im Falle der illegalen Beschäftigung/Schwarzarbeit, sei es beim Arbeitsschutz. Wirtschaftsverbrechen bedienen also, mit den Worten Sees, auch ein illegalisiertes Bedürfnis der Kapitalisten, nämlich dem der Gewinnmaximierung - und sei es eben mit unerlaubten Methoden. (17)

Auf der Ebene der Gewinnrealisierung wird regelmäßig dahingehend unterschieden, ob es sich hierbei um Handelsprofite oder um die Realisierung von Mehrwert handelt. Hierüber wird die Organisierung und ggf. auch die Konkurrenz unterschiedlicher Kapitalfraktionen abgeleitet. Hinsichtlich der, durch das OrgKG dem "Organisierten Verbrechen" zugesprochenen Delikte kann festgestellt werden, daß traditionelle Formen der OK auf "barbarischste Varianten" frühkapitalistischer "ursprünglicher Akkumulation" beruhen: Entführung, Raub, Schmuggel, Glücksspiel, Schutzgelderpressung etc. Die "Mafia" dieser "primären Akkumulationsphase" stellt somit "eine Organisationsform des Kapitals" dar. (18)

Vor allem aber der Handel mit international illegalisierten Drogen hat dafür gesorgt, enorme Liquiditätsmengen aus dem legalen Geldkreislauf, auf den Konten der am Handel Beteiligten zu akkumulieren. (siehe Kasten)

Im illegalen Drogengeschäft engagierte Unternehmer sind längst nicht mehr als bloße Handelskapitalisten zu bezeichnen. Die sog. "Geldwäsche", also der Wiedereinspeisung des größten Teils ihres illegal erworbenen Geldes in den legalen Finanzkreislauf (Aktienerwerb, Warentermin-, Kunst- und Immobilien-Spekulationen, Kauf von Staatsanleihen), hat zur Folge, daß die Zusammensetzung des Kapitals derartiger "Drogenbarone" sich zunehmend auch aus legalen Finanzspekulationen zusammensetzt (auch wenn ihre Gewinne immer noch maßgeblich aus dem Drogenhandel stammen). Sie sind dadurch nicht mehr nur dem "Organisierten Verbrechen" und ebensowenig nur einer Kapitalfraktion zuzuordnen.

So gesehen kann es für "normale Kapitalisten" ein Problem darstellen, wenn politisch nicht integrierte Gruppen (19) über Liquiditätsreserven wirtschaftspolitisch relevanten Ausmaßes verfügen, die ursprünglich zum überwiegenden Teil nicht aus der industriellen Mehrwertproduktion stammen, sondern die aus durch die Prohibition (insbesondere von Drogen) resultierende Extraprofite darstellen.

Die Befürchtungen des kapitalistischen Establishments werden um so größer, wenn diese Eigentümer ihr illegales Vermögen legal anlegen und sich so wirtschaftlichen und damit politischen Einfluß in "ihren" Ländern bzw. in kapitalistischen Metropolen erlangen. (20)

Mehr Demokratie und Sozialismus wagen!

Das von Raith bzw. Roth/Frey geforderte "strategische Bündnis" für die - durch die kritische linke Intelligenz flankierte - repressive Bekämpfung des "Organisierten Verbrechens" ist dennoch der denkbar falsche Weg:

- Erstens, wurde die Mafia nicht nur im postfaschistischen Italien, sondern andere "organisierten Verbecherbanden" auch in den USA, Südostasien und nicht zuletzt in der Iran-Contra-Affäre immer wieder (und immer wieder mit Hilfe konservativ-faschistscher Geheimlogen, wie der italienischen "Propaganda Due" und dem internationalen "Orden zum heiligen Grab zu Jerusalem") für antikommunistische Aktivitäten instrumentalisiert. Hieran waren stets auch die staatlichen Repressionsorgane beteiligt.

- Zweitens richten sich heute schon alle in der BRD gegen das "Organisierte Verbrechen" eingeleiteten Repressionsmaßnahmen nicht zuletzt gegen Linke, die sich in Zukunft für die Revolutionierung der kapitalistischen Besitzverhältnisse notwendigerweise werden organisieren müssen.

- Drittens wurde schon einleitend auf den zutiefst undemokratischen Charakter der Ermächtigungen für Bullen und Geheimdienste in der OK-Bekämpfung hingewiesen.

Mit dem OrgKG wurde systematisch und sehenden Auges die undemokratische Variante bei der staatlichen OK-Bekämpfung eingeschlagen. Benötigt wird aber keine Neuauflage der faschistischen "Geheimen Staatspolizei", sondern eine systematische Austrocknung der sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten des kriminellen Kapitalismus.

Kapitalisten werden stets versuchen ihre Profite zu erhöhen, sei es durch die verschärfte Ausbeutung der Beschäftigten oder über die Sozialisierung privater Produktionskosten (wie z.B. in der Umweltverschmutzung). Die juristische Regulation der Wirtschaft kann nicht verhindern, daß Unternehmer zur Profiterzielung das Arbeits- oder Umweltrecht brechen. Gesetze machen aber immerhin die Regelverletzungen sichtbar.

Derzeit sind wir mit einer umfassenden neoliberal-kapitalistischen Deregulierung der Wirtschaft konfrontiert, die den Staat immer weiter aus der Ökonomie herausdrängen möchte. Eine Folge dieser Deregulierung wird das "Verschwinden" vormals krimineller Wirtschaftspraktiken sein, denn wo es keine gesetzlichen Schranken mehr gibt, gibt es auch keine Gesetzesbrüche. Gleichzeitig wird es zwingend zu einem Anstieg dieser ehedem illegalen Machenschaften kommen, da es ja das Ziel dieses Deregulationsprozesses ist, daß heute noch gesetzeswidrige Ausbeutungsmethoden morgen wieder legal betrieben werden können.

Insofern gilt im wirtschafts- bzw. sozialpolitischen Bereich dasselbe, wie bei der Repression: Nicht der Abbau von staatlicher Regulation und demokratischer Einflußnahme, sondern deren Ausbau sind die theoretisch richtigen und unabdingbar ersten Schritte, wenn es darum gehen soll, so etwas wie die angebliche "Organisierte Kriminalität" zu bekämpfen.

Sich daraus ergebende Forderungen, die umstandslos praktisch umgesetzt werden könnten und die darüber hinaus auch eine reale Chance auf vergleichsweise breite Zustimmung in der Bevölkerung finden könnten, weil sie theoretisch und praktisch die erfolgversprechendere Prognose bei der OK-Bekämpfung aufweisen, sind folgende:

- an allererster Stelle - angesichts der durch die Prohibition außergewöhnlichen Akkumulationschancen - die Entkriminalisierung und kontrollierte staatliche Freigabe heute kriminalisierter Betäubungsmittel

- die Legalisierung und volle soziale Absicherung der Prostitution

- umfassende Demokratisierung und konsequente Öffentlichkeitspraxis von Verwaltungsentscheidungen

- die Aufrechterhaltung des staatlich regulierten Arbeitskräftemarktes

- die Ausweitung der Kontroll- und Aufsichtsmöglichkeiten im gesamten Banken- und Börsenbereich.

mh, Berlin

Anmerkungen:

1) T.J. Dunning, zit nach: Marx, MEW 23, S. 788

2) Strafverteidiger 1992, S. 345

3) W. Raith: "Mafia - Ziel Deutschland", Frankfurt/M. 1992 vgl. auch: ders: "Strafrechtsverschärfung oder nicht - das ist nicht die Frage" in: CILIP u.a. (Hrsg.): "EUROPOL - Die Bullen greifen nach den Sternen", Hamburg 1990, S.39ff; J. Roth/M. Frey: "Die Verbecher Holding", München/Zürich 1993

4) Raith (s. Anm. 3) S. 30-35, 85-93 und 186; Roth/Frey (s. Anm. 3), S. 417f

5) Eine derartige Polemik findet sich bei: Raith (FN 3), S. 181; vgl. auch: Roth/Frey (FN 3), S 24-28

6) "OK - Vom Nutzen eines unklaren Begriffs", in: Demokratie und Recht 1992, S. 375

7) BT-Dr. 12/989, S. 24; eine "unscharfe Definition", meint selbst der Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium, Rupprecht, in: Kriminalistik 1993, S. 131

8) BT-Dr. 12/989, S. 57

9) BT-Dr. 12/6784, S. 5; "Der SPD-Entwurf steigert (die Katalogtaten, Anm. M.) derart ins Uferlose, daß sich gesetzestechnisch ein Negativkatalog der von der Überwachung ausgenommenen Straftaten empfehlen würde", Welp, in: Strafverteidiger 3/94)

10) Dies bestreitet u.a. der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte Bäumler in: Kriminalistik 1992, S. 57, vgl. auch Pollähne in: Forum Recht 4/93, S. 150, 152ff

(11) vgl. hierzu: Strunk/Püllner: "OK - Vom Gebrauchwert eines Themas", in: CILIP Nr. 46 (1993)

12) Dörmann, u.a.: "OK - Wie groß ist die Gefahr?", Wiesbaden 1990, S.92f

13) Entsprechend skurril wirkt dann die polizeiliche Erkenntnis: "Das Ziel der Gewinnmaximierung in breiten Teilen unserer Gesellschaft und Wirtschaft, das es erforderlichenfalls auch mit illegalen Mitteln zu erreichen gilt, läßt ... eine Verschmelzung von Illegalität und Legalität mit der Folge befürchten, daß das organisierte Verbrechen zu einer der dominierenden Schubkräfte in unserer Wirtschaft werden könnte" (a.a.O., S. 100)

14) "Die Durchdringung der legalen Wirtschaft durch das Organisierte Verbrechen", in: Friedrich Ebert-Stiftung (Hrsg.): "Strategien und Gegenstrategien - OK in Deutschland und Italien", Berlin 1993,S. 35

15) a.a.O.,S. 40. Ohne nähere Begründung wurden so für Hans See aus der zunächst "eineiigen Organisierten und der Wirtschaftskriminalität" auf wundersame Weise plötzlich "zweieiige Zwillinge" (a.a.O.,S. 44 vs. ders., in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/94, S. 248

16) P. Arlacchi: "Mafiose Ethik und der Geist des Kapitalismus", Frankfurt/M. 1989, S. 225

17) Daß die durch die jeweiligen "Arbeitgeberverbände" organisierte Aussperrung streikender ArbeiterInnen nicht auch eine Form der organisierten Wirtschaftskriminalität gilt, liegt somit nicht an einer eingeschränkten Sichtweise, sondern an dem derzeitigen politischen Kräfteverhältnis, das den Kapitalisten dieses (aus Sicht der Linken politische) Unrecht immer noch nicht hat verbieten können.

Auf andere Ansätze "Organisierter Wirtschaftskriminalität" in Zusammenhang mit "Schatten-", "Untergrund-" und "Parallel-Ökonomien" (z.B. informeller Wirtschaftszweige) zu bringen, kann hier nicht geleistet werden. Allerdings, rechnet mensch Kapital- und Steuerflucht, Konkurs-, Anlage-, Steuer- und Subventionsbetrug sowie die illegale Beschäftigung zusammen, so wurden allein bundesdeutschen Behörden jährlich Hunderte Milliarden Mark geraubt.

18) So: G. Amendt, Die Stadt, die Droge der Tod, Hamburg 1992, S. 225

19) Wie in Kolumbien und Italien; vgl. hierzu Busch "Drogenunternehmer, politische Herrschaft und 'Drogenkrieg'. Das Beispiel Kolumbien", in: PROKLA Nr. 85 (1991) sowie Hess: "Para-Staat und Abenteuerkapitalismus" in: Kritische Justiz 1994, S. 23

20) Zur Frage, inwieweit im Drogenbereich organisierte oder aber desorganisierte Strukturen vorherrschen bzw. zu der ihnen unterstellten politischen Zielrichtung vgl. Busch (s. Anm. 6), S. 388f; Hess: "Rauschgiftbekämpfung und desorganisiertes Verbrechen", in: Kritische Justiz 1992, 315 sowie: Arlacchi (s. Anm. 16), S. 225ff

Der Artikel ist die schriftliche Fassung eines Referates zum Thema Innere Sicherheit, gehalten am 17.4.1994 in Hamburg

Manipulierte Zahlenspiele

im Drogengeschäft

Der Handel mit illegalisierten Betäubungsmitteln ist das Paradebeispiel für einen künstlich geschaffenen illegalen Markt.

Die von den Bullen präsentierten Umsatzzahlen im weltweiten Drogengeschäft schwanken zwischen 300 Mrd. (nach Berechnungen der "Financial Action Task Force" (FATF) der imperialistischen G7-Länder) und 800 Mrd. US-Dollar (nach dem bundesdeutschen "Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan 1990). Diese Zahlen beruhen allerdings auf "fragwürdigen, nicht verifizierbaren Schätzungen" und sind nach Ansicht Peter v. Duynes, Mitglied eines Forschungsinstituts des niederländischen Justizministeriums, "für eine Schätzung der Gewinne aus Betäubungsmittelgeschäften nutzlos." ("Geldwäscherei: Umfangschätzung in Nebelschwaden", in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): "Geldwäsche - Problemanalyse und Bekämpfungsstrategien", Berlin 1993, S. 60)

Die Möglichkeit mit dem Handel illegalisierter Drogen riesige Geldsummen zu akkumulieren beruht darauf, daß das investierte Kapital sich in kürzester Zeit um das Hundert- bis Tausendfache vervielfältigt. Auch hier gehen die Berechnungen, je nach Art der Droge, weit auseinander, doch hundertfache Profite sind das absolute Minimum. Der Betäubungsmittelhandel ist untergliedert in Dutzende von Handelsstufen, zwischen denen die

Preissprünge der gehandelten Drogen sich vollziehen. Die entscheidenden Steigerungen in der Wertschöpfung entstehen mit dem Eintritt der illegalisierten Ware in das Abnehmerland. Hier liegen zwischen dem, was die Koka-BäuerIn einnimmt und dem, was Zwischenhändler in den Metropolen einstreichen, Differenzen von bis zu 1.000% (vgl. Busch: "Drogenunternehmer, politische Herrschaft und Drogenkrieg. Das Beispiel Kolumbien." in: PROKLA Nr. 85 (1991), S. 565).

Der Anteil dessen, in dem sich der in der Drogenproduktion (Ernte und Raffinierung) ausgepreßte Mehrwert realisiert, liegt vom Endverkaufspreis auf der Straße gerechnet nur im Prozente- oder Promille-Bereich. Das Kapital der "Drogenbarone" setzt sich somit zunächst nur zu einem Bruchteil aus der halb-industriellen kapitalistischen Drogenproduktion zusammen. Es ist ursprünglich also kein Industrie-, sondern ein Handelskapital, das derart astronomische Gewinn- und Akkumulationsmöglichkeiten nur deswegen vorweisen kann, weil die angebotene Ware in den Absatzländern illegalisiert ist, und die Konsumenten aufgrund ihrer körperlichen bzw. psychischen Abhängigkeit feste Abnehmer sind: "Das Verbot der Drogen und deren Bekämpfung haben sich - wirtschaftlich gesehen - vom erstrebten Erfolg in das Gegenteil verkehrt. Die prohibitive Drogenpolitik der Länder der Welt ist zum Garanten des Auf- und Ausbaus des wichtigsten Geschäfts der Verbrechensindustrie geworden."

(Thamm: "Drogenfreigabe - Kapitulation oder Ausweg?", Verlag Deutsche Polizeiliteratur, Hiltrup 1989, S. 168)

36. Der Trick mit der Kriminalitätsstatistik. Die Lüge von der besonderen kriminellen Energie der AusländerInnen

Die Lüge von der besonders kriminellen Energie der AusländerInnen

Autor: Gabi Bauer · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:23

Bürgerin und Bürger sind zutiefst verunsichert: Die drastisch angestiegene Anzahl der Straftaten wirkt sich auf ihr persönliches Sicherheitsgefühl aus. So oder ähnlich lauten die Argumente zur Begründung der geplanten Gesetze, die dann die innere Sicherheit, die Sicherheit der BürgerInnen, wiederherstellen sollen. Neu ist das nicht. Schon mit den im Jahre 1992 angeblich so drastisch gestiegenen Zahlen der Straftaten wurde in Richtung weiterer Gesetzesänderungen argumentiert.

Jetzt ist diese steigende Anzahl der Straftaten und ihre tatkräftige Bekämpfung zum Wahlkampfthema Nummer eins avanciert. Eine besonders perfide Variante dieser Kampagne besteht darin, daß immer wieder die außergewöhnlich hohe Quote von AusländerInnenkriminalität behauptet wird. Damit sich das Ganze dann auch möglichst eingängig und glaubwürdig gestaltet, werden jede Art von Statistiken bemüht, wenn sie nur als Ergebnis eine gestiegene Kriminalitätsrate vorweisen können. Möglichst schön bunt als Grafik aufbereitet ist das dem Volke im wahrsten Sinne des Wortes einsichtig. Die Schlüsselwörter "Massenkriminalität" und "organisierte Kriminalität" sollen die Tür für neue Gesetze und den Abbau von Rechten in der Strafverteidigung öffnen.

Dabei sind Untersuchungen und ihre Ergebnisse über den Sinn von Strafverschärfung so alt wie die Kriminalität. Weder hält die Todesstrafe jemanden davon ab zu morden, noch verhindert eine hohe Freiheitsstrafe das Aufbrechen von Automaten. In der Praxis ist ja weniger das Fehlen anwendbarer Gesetze das Problem, sondern der konkrete Umgang mit ihnen. So ist der Ruf nach härteren Strafen in einer politischen Situation entstanden, als Polizei und Justiz ein Vakuum entstehen ließen, indem sie nachlässig gegen Brandstifter und Gewalttäter vorgingen, die AusländerInnenwohnheime angezündet haben oder gewalttätig gegen AusländerInnen vorgegangen sind. Daß Gleichgültigkeit gegenüber rassistischen Gewalttaten als Mittel zum Zweck - um den Weg für neue Gesetzesvorhaben zu ebnen - benutzt wird, ist so zynisch wie offensichtlich.

Nach den vorliegenden Polizeistatistiken ist die Anzahl der Straftaten also gestiegen. Es ist vermutlich unsinnig, an einzelnen Zahlen herumzudiskutieren. Sie sind jedes Jahr gleich falsch bzw. richtig, und insofern ist die Veränderung immanent. Unterstellen wir die angegebenen statistischen Zahlen also als wahr - wie die JuristInnen sagen würden. Verändert hat sich auch die soziale Situation vieler Menschen in den letzten Jahren extrem. Massenarbeitslosigkeit, erheblich gestiegene Mieten und Erhöhung der Kosten für soziale Absicherung sind nur ein Teil der Bedingungen, die zur verschlechterten Lebenssituation vieler beitragen. In Zeiten aber, in denen es den Menschen ökonomisch immer schlechter geht, steigt die Notwendigkeit, sich auch auf nicht legale Weise zu behelfen. Und in Zeiten, in denen Nichtdeutsche vom Staat per se zu unerwünschten Personen erklärt werden, steigt für diese die Notwendigkeit, sich auf nicht legale Weise im Land aufzuhalten und in diesem illegalen Status für ihr Überleben zu sorgen.

Die Tatsache, daß die Anzahl der statistisch erfaßten Delikte gestiegen ist, läßt aber dennoch die Frage offen, ob deshalb die Sicherheit des Bürgers, der Bürgerin im allgemeinen tatsächlich stärker bedroht ist. Mit einem noch größeren Fragezeichen müssen die vorgetragenen Gesetzesvorhaben versehen werden. Sind das überhaupt Gesetze gegen die Art der Straftaten, die immer wieder als so besorgniserregend angestiegen bezeichnet werden?

Ein Mitarbeiter des Aufbau- und Kontaktstudiums Kriminologie der Universität Hamburg hat anhand der offiziellen Zahlen der Polizeistatistik aus dem Jahre 1992 (und der Vergleichszahlen aus den Jahren davor) analysiert, was tatsächlich davon zu halten ist. Einige Punkte daraus möchte ich hier vorstellen.

1991 wurden in den alten Bundesländern inklusive Berlin 4.752.175 Straftaten registriert. 1992 waren es 5.209.060. Das ist eine Steigerung von 9,6%. Werden diese Zahlen verglichen mit früheren Jahren, so ergibt sich für die Jahre von 1963 bis zum untersuchten Zeitpunkt, eine Steigerung von durchschnittlich 3,7% und eine maximale Steigerung von 8,8%. Nicht berücksichtigt wird bei diesen Zahlen z.B. das Anwachsen der Bevölkerung, das per se auch eine höhere Zahl von Straftaten mit sich bringt. Aber trotzdem, die Steigerungszahl von fast 10% von 1991 auf 1992 ist die höchste in den letzten 30 Jahren. Allerdings sagen diese Prozentzahlen allein nichts darüber aus, in welchen Bereichen die Straftaten zugenommen haben. Damit geben sie auch über die sozialen Hintergründe keine Auskunft. Es ist also sinnvoll, sich diejenigen Straftatgruppen genauer anzusehen, die sehr hohe Steigerungsraten aufweisen.

Von den 456.885 im Jahre 1992 mehr erfaßten Straftaten gibt es im Bereich Diebstahl unter erschwerten Umständen eine Zunahme von 50,8%. Dieser Bereich macht in seinem Gesamtanteil (nur) 36,5% aus, und das bedeutet, daß er stark überdurchschnittlich zum Gesamtanstieg beiträgt. Das gilt auch für Diebstahl ohne erschwerte Umstände, dessen Zuwachsrate zwar nur 7,4% beträgt. Da hier die absolut erfaßte Zahl sehr hoch ist, macht dieser Bereich einen Anteil von 19,6% des Gesamtanstieges aus. Ich will versuchen, an ein paar Beispielen deutlich zu machen, daß Straftaten und deren Ansteigen trotzdem noch lange keine Auswirkungen auf die vielbeschworene Sicherheit haben:

Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz: Hier wird in den Statistiken eine Zunahme von 46,1% (absolut 44.874) ausgewiesen. Die Zahl bezieht sich auf registrierte/ermittelte Tatverdächtigte. Zurückzuführen sind diese Zahlen im wesentlichen auf die verschärfte Anwendung der Bestimmungen im Jahre 1992. Es handelt sich dabei durchweg um sogenannte opferlose Delikte - eine Bedrohung oder Schädigung der Bevölkerung kann hieraus nun wirklich nicht abgeleitet werden.

Diebstahlskriminalität: Für Ladendiebstahl wird eine Steigerungsrate von 13,3% (74.615) ausgewiesen. Ob es sich um eine tatsächliche Steigerung der Delikte handelt, oder ob sie sich aus dem vermehrten Einsatz von Kaufhausdetektiven u.ä. ergibt, ist nicht zu klären. Aber auch hier ist eindeutig, daß diese Art von Delikt keine Bedrohung des Bürgers bedeutet. Daß ein Zusammenhang zwischen einem Anstieg von u.a. Ladendiebstahl und dem allgemeinen Sozialabbau in den letzten Jahren besteht, ist dagegen evident.

Bei anderen Arten des Diebstahls handelt es sich auch wiederum keineswegs um eine Bedrohung von Menschen, sondern weitgehend um materielle Schädigung, die in der Regel durch Versicherungen gedeckt ist (Wohnungseinbrüche, Autoaufbrüche etc.). In nicht unerheblichen Umfang dürften diese Zahlen durch Versicherungsbetrug erhöht werden.

Der materielle Schaden für die Betroffenen ist in der Regel gering. Die Folgen, z.B. Erhöhung der Versicherungsprämien bei Hausrat- oder Autoversicherung, sind sicherlich ärgerlich, können aber schlechterdings nicht als Bedrohung bezeichnet werden. Etwas anders verhält es sich mit den Tageseinbrüchen in Wohnungen, deren Zahl um 22,6% (10.942) gestiegen sind. Aufgrund des Eingriffs in die Intimsphäre werden sie von den Betroffenen durchaus zu Recht als Bedrohung empfunden. Die allgemein behauptete Begründung, dieser Anstieg liege hauptsächlich in dem Ansteigen der Beschaffungskriminalität Drogenabhängiger und der gestiegenen Zahl jugendlicher oder ausländischer TäterInnen, läßt sich dagegen mit den bisher vorliegenden Zahlen der Polizeistatistik nicht hinreichend begründen. Nur 21,8% der registrierten Tatverdächtigen waren auch als Konsumenten harter Drogen registriert. Hieraus eine härtere Verfolgung von Drogenabhängigen abzuleiten, ist nicht nur aufgrund der Ungesichertheit der Behauptung unsinnig. Es geht auch insofern am Problem vorbei, als allgemein als bekannt vorausgesetzt werden kann, daß Beschaffungskriminalität solange existiert, wie der Drogenkonsum nicht legalisiert wird.

Straftaten gegen das Leben: Die absolute Zahl 3.747 wirkt sich auf den Anstieg der Gesamtzahlen wenig aus. Die Steigerung in dieser Gruppe von 1991 auf 1992 beträgt allerdings 14,9% und hat damit unter den einzelnen Gruppen den zweithöchsten Anstieg. Diese Gruppe enthält Raubmord, Sexualmord, sonstigen Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Kindstötung, fahrlässige Tötung (ohne Verkehrstote) und Schwangerschaftsabbruch. Auch wenn es auf den ersten Blick dramatisch aussieht - bei näherer Betrachtung ist auch dieser Anstieg relativ, weil sich die Steigerung der Zahlen allein aus versuchtem Mord oder Totschlag ergeben. Absolut hat es nicht mehr Tote gegeben als 1991. Politisch ist diese Zahl allerdings höchst dramatisch - nicht in der behaupteten Bedrohung gegen die deutsche Bevölkerung, sondern weil sich der Anstieg der Angriffe zu einem wesentlichen Teil gegen AusländerInnen richtet.

Die Gruppe der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung weist den geringsten Anstieg auf (1,5%, absolut 593). Hier liegt das Problem aber gerade andersherum. Die Dunkelziffer ist immer sehr hoch gewesen, und die Zahl der registrierten Straftaten ist stark abhängig von der gesellschaftlichen Diskussion über dieses Thema. Je stärker eine gesellschaftliche Ächtung von Angriffen auf die sexuelle Selbstbestimmung stattfindet, desto höher ist die Bereitschaft der Betroffenen, sich der Situation einer Anzeige und eines ggf. folgenden Gerichtsverfahrens zu stellen. Die Erfahrungen aus Vergewaltigungsprozessen haben eher dazu geführt, daß Frauen auf eine Anzeige verzichten. Der in den letzten Jahren stärker diskutierte Mißbrauch von Kindern schlägt sich durch vermehrte Anzeigen in den Statistiken mit einer Steigerung der Straftatzahlen nieder. Realistisch muß aber davon ausgegangen werden, daß in früheren Jahren hier die Dunkelziffer wesentlich höher lag und die Steigerung zum großen Teil durch vermehrt in der Statistik erfaßte Straftaten besteht.

Mit der Veränderung von Waren- und Geldverkehr sind neue Straftatbestände entstanden. So ist der Kreditkartenbetrug z.B. um 34,4% (11.903) gestiegen, die Computerkriminalität sogar um 100,3% (1.006).

Der in der staatlichen Propaganda hervorgehobene Punkt, daß die AusländerInnen eine besonders kriminelle Gruppe und somit eine Bedrohung der Bevölkerung wären, läßt sich aus den vorliegenden Zahlen überhaupt nicht belegen. Die Horrormeldungen in den Medien, die nationale oder ethnische Gruppen und Banden als die Bedrohung schlechthin ausmachen, lassen sich durch keine Polizeistatistik belegen. Selbstverständlich legt man, wann immer dieses Thema angesprochen wird, Wert darauf, nicht in den Ruf des Rassisten/der Rassistin zu kommen. Bevor also die besondere kriminelle Energie von AusländerInnen bemüht wird, wird stereotyp eingeklagt, es müsse schließlich erlaubt sein zu sagen, was wahr ist. Wenn es denn nun einmal so sei ...

Hier werden ganz bewußt generell Äpfel mit Birnen nicht nur verglichen, sondern schlicht gleichgesetzt. So wird argumentiert, daß der AusländerInnenanteil in den alten Bundesländern 8,5% betragen habe, der Anteil der AusländerInnen an den Straftatverdächtigen aber 26,8%. Diese Zahlenangaben mogeln von vorneherein: Der Ausländeranteil von 8,5% ist nur der offiziell registrierte. In die Zahl der Straftatverdächtigen werden aber auch alle illegal hier lebenden AusländerInnen mit einberechnet. Völlig ignoriert werden die konkreten Lebensumstände. Unter den Tisch gefegt wird die Tatsache, daß der größte Teil der Straftatbestände von AusländerInnen Verstöße gegen eigens für AusländerInnen geschaffene Sondergesetze sind: gegen das Asylverfahrensgesetz, illegaler Aufenthalt, Arbeiten ohne Arbeitserlaubnis etc.

Mehr als die Hälfte der AusländerInnen wohnt in Großstädten - gegenüber nur einem Drittel der Deutschen. In Großstädten ist die Anzahl der registrierten Straftaten aber erheblich höher als in anderen Gebieten. Z.B. wurde 1987 in Großstädten gegen 11% der Bevölkerung wegen eines Tatverdachtes ermittelt, in den übrigen Gebieten nur gegen 5%. Würden die Deutschen ebenfalls zu 50% in Großstädten leben, so wäre ihre Kriminalitätsbelastung um 12-15% höher. Wenn der Vergleich auf sozial ähnlich zusammengesetzte Bevölkerungsgruppen bezogen wird, gibt es keine höhere Kriminalitätsbelastung von AusländerInnen mehr. Untersuchungen, die dies berücksichtigt haben, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß junge AusländerInnen, die in einer vergleichbaren Situation leben wie junge Deutsche, eine geringfügig niedrigere Anklagequote als deutsche Jugendliche und Heranwachsende haben.

Dazu kommt, daß AusländerInnen, die sich in der Nähe eines Ortes aufhalten, wo eine Straftat begangen worden ist, schneller als Verdächtige behandelt werden als deutsche Anwesende. AusländerInnen werden bei der Polizei häufiger angezeigt oder denunziert als Deutsche. Zahlen über das Verhältnis von Tatverdächtigen und schließlich verurteilten Deutschen bzw. AusländerInnen weisen aus, daß der Prozentsatz der verurteilten Verdächtigen bei den Deutschen wesentlich höher liegt als bei den AusländerInnen.

Sonderbehandlung von AusländerInnen führt auch zu einer größeren Anzahl von Inhaftierten. So ist z.B. bei sogenannten Bagatelldelikten zu beobachten, daß die beschuldigte Person, wenn sie AsylbewerberIn ist, allein deshalb mit der Begründung Fluchtgefahr in Haft genommen wird, weil der Wohnort das Wohnheim ist. Oft wird in den Urteilsbegründungen strafverschärfend gegen die Angeklagten verwendet, daß sie sich als Gäste in "unserem" Land aufhalten und trotzdem straffällig geworden sind. Diese Gastrechtdiskussion findet sich zur Zeit in aller Ausführlichkeit in den Debatten um das Abschieben der KurdInnen wieder. Aktuell ist der Staat sogar bereit, Menschen, die nach seiner Auffassung gegen dieses Gastrecht verstoßen haben, in Folterkeller oder in das Einflußgebiet von Todesschwadronen auszuliefern. Hier greift der vorhandene Rassismus in der Bevölkerung, der Polizei und der Justiz wie in der hohen Politik.

Offensichtlich ist es den Herrschenden damit noch nicht genug: Das Schlagwort von der hohen Ausländerkriminalität dient auch dazu, diesen Rassismus in der Bevölkerung und der Polizei am Kochen zu halten und weiter zu schüren. Damit wird denjenigen der Rücken gestärkt, die ihr Deutschsein als Legitimation betrachten, andere für ihre eigene Lage verantwortlich zu machen, und die sich das Recht nehmen, AusländerInnen und vermehrt Obdachlose und Behinderte zu bedrohen, körperlich anzugreifen und, wenn es sich gerade ergibt, auch umzubringen.

Der Blick hinter die Kulissen der Polizeistatistik macht zwar deutlich, daß die Zahlen der Bedrohungslüge keine Substanz geben. Die Behandlung durch PolitikerInnen und die Verbreitung durch die Medien mit dem Ziel, Verunsicherung und ein Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung zu schaffen, fällt aber auf fruchtbaren Boden. Mit dem Angstfaktor schafft man sich die Zustimmung, Gesetzesänderungen und -neufassungen durchzudrücken.

Der Trick mit der Kriminalstatistik wird dazu benutzt, den Abbau sozialer Sicherheit durch Innere Sicherheit zu ersetzen. Die Angst der Bevölkerung vor der vielbeschworenen "Massenkriminalität" steigt proportional zum Abbau der sozialen Sicherheit. Gleichzeitig wird mit dem Abbau des Sozialstaates dazu beigetragen, eine Ellenbogengesellschaft zu schaffen, in der immer mehr Schwächere an den Rand gedrängt werden. Das schafft einerseits Unsicherheit und andererseits erst die Ursachen für die Kriminalität. Eine Entkriminalisierung der sogenannten Massenkriminalität würde die Situation schlagartig entschärfen. Unter den Häftlingen machen AusländerInnen, Drogenabhängige, kleine Diebe und Betrüger den Löwenanteil aus. Die meisten von ihnen sind nur deshalb in Haft, weil sie aus sozialen Randgruppen kommen, und nicht etwa, weil das ihnen vorgeworfene Delikt so erheblich ist. Untersuchungen sprechen davon, daß sich mindestens zwei Drittel aller Untersuchungshaftanstalten leeren ließen, ohne daß irgendein erkennbarer Schaden entstehen würde. Eine Legalisierung von Drogen würde die Beschaffungskriminalität von einem Tag auf den anderen abschaffen - völlig gesicherte Zahlen finden sich nicht, aber Untersuchungen sprechen von einer Zahl bis zu 50% der Eigentumsdelikte, die im Zusammenhang mit Drogenkonsum stehen.

Die Sicherheitspolitik des Staates ist ganz offensichtlich nicht darauf ausgerichtet, Kriminalität zu vermeiden - das wäre über vernünftige Entkriminalisierungskonzepte durchaus möglich -, sondern sie zu instrumentalisieren. Eine Debatte, wie solche Konzepte aussehen könnten und ob und welche Forderungen wir als Linke in diesem Zusammenhang an den Staat stellen, führt im Rahmen dieses Seminars zu weit. M.E. wäre es aber eine Debatte, die dringend geführt werden muß.

Gabi Bauer

Der Artikel ist die schriftliche Fassung eines Referates, gehalten auf einem Seminar der KB-Mehrheit zum Thema Innere Sicherheit am 17.4.1994 in Hamburg

37. Legalisieren statt kriminalisieren. Nicht der Drogendealer, sondern die Drogenjustiz ist das Problem

Autor: RA Martin Lemke, Hamburg · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:19

Die Bundesregierung führt seit Monaten eine Kampagne in der Öffentlichkeit, die auf großformatigen Werbetafeln unter dem Motto: "Keine Macht den Drogen" so herausragende Persönlichkeiten wie Lothar Matthäus und Berti Vogts abbildet und vor dem Drogenkonsum warnen. Offenbar vermag diese Kampagne keine Wirkung zu erzielen - wer will schon werden wie Matthäus oder Vogts ? - und so wird in diesem Land, wie in allen anderen Ländern auch ungeachtet von Werbekampagnen und Kriminalisierung, massenhaft das konsumiert, wovor uns Schlägertypen wie Matthäus, Rotnasen wie Vogts und Legionen alkoholabhängiger Politiker warnen: Rauschgift nämlich.

Der Konsum von Betäubungsmitteln wie Haschisch, Kokain oder Heroin ist, unabhängig von ihrer sehr unterschiedlichen Wirkung, weit verbreitet und läßt sich, aller Kriminalisierung, Repression oder vermeintlicher Aufklärung zum Trotz, nicht eindämmen. Der Betäubungsmittelkonsum ist eine nicht zu unterdrückende Wirklichkeit und die Bedürfnisse der Menschen, sich gelegentlich zu berauschen, lassen sich nicht unterdrücken oder auf die anerkannten Drogen Alkohol, Nikotin und Tabletten reduzieren.

Die drogenfreie Gesellschaft bleibt ein unerreichbares Ziel. Das Recht auf Rausch wird wahrgenommen, wenn auch nicht gewährt. Um das verbreitete Phänomen des massenhaften Drogenkonsums in den Griff zu bekommen, bleibt den Strategen der Inneren Sicherheit, der Drogenfahndung und der Drogenjustiz also nur die Alternative: noch härtere Repression oder Legalisierung.

Die seit 20 Jahren anhaltende Verschärfung der Drogenprohibition hat sich bisher als nicht sehr erfolgreich erwiesen. Immer neue Drogendezernate bei der Polizei, der vermehrte Einsatz sogenannter V-Leute, weitere Drogenstrafkammern bei der Justiz, immer höhere Strafen und die fast grenzenlose Ausweitung polizeilicher Befugnisse haben nicht vermocht, die jährliche Zahl der Drogentoten oder die der KonsumentInnen zu reduzieren.

Vor 20 Jahren wurde das damalige Opiumgesetz - Höchststrafe drei Jahre - durch das bis heute geltende und ständig verschärfte Betäubungsmittelgesetz - Höchststrafe 15 Jahre - abgelöst. Geholfen hat es nicht. Im Gegenteil. Die Entscheidung zwischen härterer Repression und Legalisierung mit kontrolliertem Konsum ist angesichts der gesellschaftlichen Realität nur aufgeschoben, da mag das Bundesverfassungsgericht entscheiden, wie es will.

Als Verfechter einer harten Linie hat sich in den letzten Monaten der Interpol-Chef Raymond E. Kendall hervorgetan. Er will den ‚Drogenkrieg` forcieren. Kendall im Interview mit dem FAZ-Magazin vom 18.3.1994: "Der wichtigste Grund für den immensen Konsum von Drogen ist die Tatsache, daß diese viel zu leicht verfügbar sind. Der Markt wird überschwemmt." Frage: "Sie unterscheiden nicht zwischen harten und harmlosen Drogen?" "Überhaupt nicht. Alle diese Produkte sind giftig und schädlich. Zumindest was die Repression betrifft, die meine Aufgabe ist, halte ich jegliche Unterscheidung für überflüssig. (...) Unser Ziel muß es sein, die Gesellschaft von allen Drogen zu befreien. (...) Die Nachfrage ist vorhanden. Auf dieser Ebene, die uns am direktesten trifft, wird nicht genügend getan. Wir müssen versuchen, den Konsum zu reduzieren und schließlich ganz zum Verschwinden zu bringen." "Geht es bei der Prävention nicht auch um die Frage, warum Menschen Drogen konsumieren?" "Das ist eine Frage, auf die man gescheite Antworten formulieren kann. Ich halte diese Diskussion allerdings für einen Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können. Wir müssen handeln. Es geht um unsere Gesellschaftsordnung, um die Demokratie. Wir können der Drogenseuche nicht mit den traditionellen Mitteln der Verbrechensbekämpfung begegnen. Das organisierte Verbrechen ist ein äußerer Feind, der unsere Nationen bedroht. Es herrscht gewissermaßen Kriegszustand, der die Mobilisierung entsprechender Abwehrmittel erfordert. Der Kalte Krieg ist vorbei, hoffentlich endgültig, und damit stellt sich die Frage, was wir mit unseren Geheimdiensten anfangen. (...) Ihr Einsatz würde unsere Drogenabwehr bedeutend schlagkräftiger machen. (...) Der Drogenkrieg bedroht uns stärker, als dies unseren Gegnern im Kalten Krieg mit allen ihren subversiven Maßnahmen je gelungen ist - Terrorismus inclusive. Es

geht um das Funktionieren unserer Gesellschaften auch auf allerhöchster Ebene; niemand weiß mehr genau, was gut und böse ist." "Sie wollen den Drogenbanden gewissermaßen den ‚Kalten Krieg` erklären?" "Genau darum geht es." "Befürworten Sie die Todesstrafe für Drogenhändler?" "Punktuell könnte sie wahrscheinlich etwas bewirken. Vereinfacht gesagt: Ein toter Dealer verkauft kein Heroin mehr." "Haben wir den Drogenkrieg schon endgültig verloren?" "Nein. Und wir werden ihn nicht verlieren, sondern weiterkämpfen."

Diese Haltung des höchsten europäischen Polizisten wird von vielen seiner Kollegen auf nationaler Ebene geteilt. Bis hinunter zum kleinen Polizeimeister verschafft sich die Polizei so ihre Legitimation, immer neue Stellen und unablässig Gesetzesverschärfungen einzufordern.

Der "Krieg gegen die Drogen" verschafft dem Polizeiapparat außerdem ein moralisches Gerüst, das allen Forderungen nach Demokratisierung und größerer öffentlicher Kontrolle der Polizeiarbeit standhält. Die Formel der Drogenfahnder ist schlicht aber wirksam: Wer gegen Drogen kämpft ist gut und integer, wer Drogen verkauft ist ein Mörder und wer Drogen konsumiert ist krank.

Für eine Stadt wie Hamburg bedeutet dies, daß zwischen 2/3 und 3/4 aller männlichen Untersuchungshäftlinge wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz oder wegen sogenannter Beschaffungsdelikte inhaftiert sind. Bei Frauen liegt die Rate gegenwärtig bei 80%. Gemessen an diesen Zahlen haben wir es praktisch mit einem Sonderstrafrecht gegenüber allen anderen Strafgesetzen zu tun und wesentliche Teile der Strafjustiz sind täglich damit beschäftigt, die Strafvorwürfe gegen das Betäubungsmittelgesetz abzuurteilen.

Die VertreterInnen der Legalisierung argumentieren demgegenüber, das Phänomen des Drogenkonsums wie des Drogenhandels lasse sich mit repressiven Maßnahmen nicht mehr wirksam steuern oder regulieren. Von der LegalisierungsbefürworterInnen wird auf das völlige Scheitern der bisherigen Drogenpolitik, das Elend der KonsumentInnen und die freiheitseinschränkenden Methoden des Ermittlungsapparates hingewiesen.

Beschäftigte in Beratungsstellen, StrafverteidigerInnen, FreundInnen und Familienmitglieder von Drogenopfern und einige PraktikerInnen aus der Justiz und den Polizeipräsidien plädieren für eine kontrollierte Freigabe sämtlicher Drogen. Angesichts von jährlich 1.500 bis 2.000 Toten und der ständigen Ausweitung des Drogenmarktes sei nicht mehr Unterdrückung,sondern Regulierung das notwendige Prinzip einer verantwortlichen Drogenpolitik.

Der Chef der Hamburger Untersuchungshaftabteilung, Richter Schnegelsberg, ist seit 20 Jahren im Einsatz und dürfte mehr Beschuldigte wegen Betäubungsmittelvergehens eingesperrt haben als jeder andere Richter in Norddeutschland. Sein Resumee am Ende seiner Dienstzeit: "Wir haben den Kampf gegen die Drogen verloren. Es hilft nur noch die Legalisierung und zwar weltweit."

Im Betäubungsmittelgesetz sind Haschisch, Kokain und Heroin als verbotene Drogen aufgeführt. Bier, Schnaps und die üblichen Schmerzmittel sind dort nicht genannt. Schutzgut des Betäubungsmittelgesetzes ist die "Volksgesundheit". Ein Begriff der nicht definiert und völlig abstrakt ist. Was dem einen gut tut, macht eine andere krank. Aber solche Differenzierungen kennt das Betäubungsmittelstrafrecht nicht. Auch die schlichte Tatsache des Handeltreibens mit Drogen fordert keine Opfer. Der Tod ist den Drogen nicht immanent, sondern ist Folge eines illegalen und unter elenden Bedingungen stattfinden Konsums. Der Händler zielt nicht auf Opfer, sondern ist an Kunden interessiert. Die "Volksgesundheit", übrigens ein Begriff aus dem Faschismus, ist durch den Handel an sich nicht betroffen. Aber auch solche Differenzierungen kennt das Betäubungsmittelstrafrecht nicht.

Strafbar ist nicht der Konsum von Drogen, sondern ihr Besitz. Drogen zu konsumieren, ohne welche zu besitzen,ist schwierig. Mit dieser Konstruktion wird das Problem umgangen, daß eine körperliche Selbstbeschädigung nicht verboten ist. Strafbar sind sämtliche Umgehensweisen mit Drogen wie Besitz, Abgabe, Handeltreiben, Einfuhr, bandenmäßiges Handeltreiben usw. Die Ausweitung der Strafbarkeit wird seit Jahren über den Weg betrieben, daß die Definition der Tatbestände, also die strafbaren materiellen Handlungen, ständig erweitert wird. Wegen Handeltreibens wird nicht nur die Person bestraft, die über Drogen verfügt und diese verkaufen will, sondern bereits diejenige, die ein "ernsthaftes Gespräch" über ein Drogengeschäft führt. Darauf, ob tatsächlich Drogen verfügbar oder vorhanden sind, kommt es nicht mehr an. Ein solches Gespräch ist nach der Definiton der Rechtsprechung bereits vollendetes Handeltreiben im Sinne des Gesetzes.

Als Beispiel mag folgender, realer Fall dienen: Herr K. hatte vor Jahren einem Freund Geld geliehen. Der Freund blieb nun die Rückzahlung der Summe von rund 10.000 DM schuldig und suchte immer neue Ausflüchte. Von Kanada aus sagte der Freund eine Rückzahlung der Schulden für den Fall zu, daß sich Herr K. in der BRD an der Beschaffung und Weiterleitung von 2 kg Heroin beteilige. Herr K., der zu keinem Zeitpunkt über Drogen verfügte, noch entsprechende Kontakte hatte, ging zum Schein auf das Angebot des Freundes ein mit dem alleinigen Ziel, von dem Freund einen Vorschuß zu erlangen und ihn anschließend zum Teufel zu wünschen. Der Freund in Kanada plauderte einem polizeilichen V-Mann von der Geschichte und die kanadische Polizei informierte das BKA. Das BKA seinerseits stattete einen Beamten mit einer Legende aus und dieser Spezialermittler meldete sich via Kanada bei Herrn K. und stellte sich als der notwendige Drogenkurier vor, der den vereinbarten Vorschuß gegen die Übergabe der 2 kg Heroin zahle. Herr K. traf sich - ohne Drogen mit dem verdeckten BKA-Beamten und verlangte den Vorschuß für das - tatsächlich nicht vorhandene - Heroin. Herr K. wurde daraufhin unverzüglich festgenommen und anschließend zu vier Jahren und neun Monaten wegen Handeltreibens mit Heroin verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte übrigens siebeneinhalb Jahre Freiheitsstrafe beantragt, da es ja um die gefährlichste aller Drogen gegangen sei.

Die Vorverlagerung der Strafbarkeit schafft für die Polizei und die Gerichte einen Spielraum, bestimmte tatsächliche Handlungen, die im engeren Sinne nicht unbedingt "Drogenhandlungen" sind, zu kriminalisieren und die so geschaffenen Straftäter unter Druck zu setzen und zu einer Zusammenarbeit mit der Drogenfahndung zu zwingen. Auch rechtlich ist diese Vorverlagerung nicht unproblematisch. Es gibt im Betäubungsmittelrecht de facto keine Versuchsstrafbarkeit mehr. Ansonsten gilt, wer eine Straftat nur versucht, sie mithin nicht vollendet, wird milder oder überhaupt nicht bestraft. Wenn bereits das "ernsthafte Gespräch" über ein Drogengeschäft strafbar ist, bleibt für eine versuchte Drogentat kein Raum mehr. Auch der strafbefreiende Rücktritt ist im Drogenstrafrecht nicht mehr möglich. Wer beispielsweise ein Auto aufbricht und sich vor dem Wegfahren entschließt, wieder auszusteigen und den Wagen nicht zu stehlen, wird nicht wegen Autodiebstahls bestraft. Wer hingegen bereits ein Drogengeschäft verabredet hat und dann nicht am Übergabeort erscheint, ist dennoch wegen Handeltreibens strafbar. Welcher Mittel sich Drogenfahndung und Justiz bedienen, soll im folgenden dargestellt werden.

Zunächst jedoch eine These: Nicht der Schwarzmarkthändler, also der Drogendealer, ist das Problem, sondern das Problem ist, daß es überhaupt einen Schwarzmarkt gibt. Die Drogenprohibition, die durch die Drogenjustiz aufrechterhalten wird, ist verantwortlich für die Zustände auf dem Drogenmarkt. In diesem Sinne ist jeder Richter der vielen Drogenstrafkammern ein funktionierendes Rad im Drogenschwarzmarkt, zumal durch die Verfolgung und Verurteilung die Prohibition aufrecht und der Preis für Drogen als illegale Ware hoch gehalten wird. Nur das Verbot macht Heroin teuer. Der Stoff selbst ist nicht von hohem Materialwert. Das Verbot der Ware macht die Droge zum Geldverdienen interessant.

Die USA der 20er Jahre mit ihrer Alkoholprohibition bieten ein historisches Beispiel für all jene Phänomene, die heute den Drogenmarkt und die Drogenbekämpfung ausmachen. Harte Repression, Ausbau des Ermittlungsapparates, die Polizei als herrschende Instanz, die den Ausgang jedes Ermittlungsverfahrens bestimmen kann. Ein weites Feld der direkten und indirekten Beschaffungskriminalität, ein Heer von Informanten, V-Leuten, Spitzeln, verdeckten Ermittlern, Observationen, Telefonüberwachungen, sowie erhebliche Geldmengen, überfüllte Gefängnisse, rivalisierende Händler unter dem Druck, immer höherwertigen Stoff liefern zu müssen und natürlich die elenden Lebensbedingungen der KonsumentInnen harter Drogen.

Das Thema Drogenkonsum und -bekämpfung läßt sich in der politischen Diskussion zum Bereich Innere Sicherheit glänzend instrumentalisieren und ist in hohem Maße auch ein ideologisches Thema, wie das oben angeführte Interview mit dem Interpol-Chef zeigt. Tatsächlich ist, trotz oder gerade wegen aller Repression, der Drogenkonsum gestiegen. Es gibt keine drogenfreie Gesellschaft und es ist die Frage, ob es eine geben sollte.

Bei aller Repression läßt sich die Prohibition nicht durchsetzen. Als Ziel wird sie gleichwohl hochgehalten, obwohl nach medizinischen Maßstäben allenfalls 1-2% (!) der Bevölkerung drogenfrei leben, also keine Rauschmittel wie Tabak, Alkohol, Tabletten, Haschisch, Kokain usw. konsumieren. Die drogenfreie Gesellschaft, ein Land von AbstinenzlerInnen, ist eine Illusion, deren Propagierung Stimmen bringen soll und die Menschenleben kostet.

Da der Polizeiapparat in den letzten 20 Jahren im Verhältnis zum Drogenmarkt relativ erfolglos war, soll die Repression, auch aus ideologischen Gründen, noch immer weiter gesteigert werden. Die Drogenfahndung

bedient sich dabei schon heute höchst zweifelhafter Mittel und Methoden und die Drogenjustiz deckt und fördert dies, indem jedes polizeiliche Vorgehen abgesichert wird.

Die Drogenjustiz verurteilt hart, selbstherrlich und ungerecht. Ich möchte als Beispiele für die gegenwärtige Praxis der Drogenfahndung und Justiz drei ausgewählte Themen nennen, die mir bedeutsam erscheinen:

1.) Der Einsatz von V-Leuten und deren Bedeutung im anschließenden Strafverfahren;

2.) § 31 Betäubungsmittelgesetz - die Kronzeugenregelung als Denunziationsbestimmung mit fatalen Folgen für die Beschuldigten;

3.) die freie richterliche Beweiswürdigung und die daraus folgende Herabsetzung der erforderlichen Beweiskraft von Beweismitteln, die für eine Verurteilung ausreichend sein sollen.

Einsatz eines V-Mannes

V steht für Vertrauen und gemeint ist das Vertrauen, das die Polizei in ihre V-Leute setzt. V-Leute werden von der Polizei benutzt, um in den illegalen Markt einzudringen, von dort Informationen zu liefern, Drogengeschäfte anzuschieben, oder überhaupt erst zu initiieren. Die Mitarbeit der V-Leute erfolgt entweder freiwillig, oder sie werden zur Mitarbeit gepreßt. Die Übergänge zwischen freiwilliger Mitarbeit und erpreßter Zusammenarbeit sind fließend, zumal die V-Leute meist selbst in die Drogenszene verstrickt sind und kein V-Mann ohne eigene und spezifische Interessen mit der Polizei zusammenarbeitet. Der Einsatz von V-Leuten ist für die Polizei durch Verwaltungsvorschriften geregelt. Die Vorschriften werden jedoch nicht veröffentlicht und kein Gericht interessiert sich im Prozeß dafür, ob die Regeln der Zusammenarbeit eingehalten oder überhaupt nur bedacht worden sind.

Oberstes Gebot für die polizeiliche V-Mann-Arbeit ist die Vertraulichkeit. Kein V-Mann wird öffentlich benannt und insbesondere brauchen V-Leute in Gerichtsverfahren nicht aufzutreten und ihre belastenden Aussagen hinterfragen zu lassen. Ein Kern der Strafverteidigung, die kritische Vernehmung von Belastungszeugen, ist auf diesem Wege bereits ausgehebelt. In der Gerichtsverhandlung erscheint einzig der sogenannte polizeiliche V-Mannführer, der, vom Gericht zustimmend befragt, immer, aber auch wirklich immer, nur das Beste über seinen Schützling und dessen Glaubwürdigkeit zu berichten weiß. So fehlt nie der Satz des V-Mannführers, daß sich die Angaben des V-Mannes als richtig und glaubhaft erwiesen haben. Dies reicht den Gerichten in aller Regel aus.

Der polizeiliche V-Mannführer als Zeuge vom Hörensagen, also nicht als direkter Zeuge einer Tat, beantwortet keine Fragen zum Umfeld des V-Mannes, den Hintergründen der eigenen Verstrickung des V-Mannes in die Drogengeschäfte und dessen Interessen und natürlich werden Fragen nach den Umständen der Zusammenarbeit zwischen Polizei und V-Mann ebenfalls nicht beantwortet. Die Standardantwort des V-Mannführers auf all diese Fragen lautet, daß er hierfür keine Aussagegenehmigung von seiner Behörde erhalten habe und polizeiliche Interna der Ermittlungstätigkeit nicht Verfahrensgegenstand der gerichtlichen Hauptverhandlung seien.

Die Verteidigung kann dann beantragen, den V-Mann selbst zu vernehmen, um sich nicht auf den Polizeizeugen vom Hörensagen verlassen zu müssen. Die Gerichte müssen solchen Anträgen aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes nachkommen und fügen sich, wenn auch nur widerwillig, solchen Begehren der Verteidigung. Was darauf allerdings folgt, ist eine reine Posse. Das Gericht schreibt an die Polizei, daß der V-Mann vernommen werden solle und ein entsprechender Antrag von der Verteidigung gestellt worden sei. Die Antwort erfolgt durch die jeweils zuständige Innenbehörde und besteht in einer sogenannten Sperrerklärung, die wiederum nur geringen Formerfordernissen genügen muß, um die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu befriedigen. Die Sperrerklärungen enthalten als Textbaustein: "Die Sicherheit des V-Mannes und die konkrete Aussicht seiner Gefährdung machen es unmöglich, ihn mit Namen zu benennen und in der Hauptverhandlung auftreten zu lassen. Seine Angaben haben sich bisher als richtig erwiesen und im übrigen werden mit einer Vernehmung in der Hauptverhandlung wichtige Einzelheiten der polizeilichen Ermittlungstätigkeit bekannt, die den organisierten Drogenhändlern wichtige Hinweise liefern könnten." Man bedauere sehr, "aber in der Abwägung der Erfordernisse der Strafprozeßordnung und andererseits der Sicherheit des V-Mannes und der Polizeiarbeit sei ein Erscheinen vor Gericht nicht möglich." Der V-Mann ist gesperrt und damit unerreichbar. Eine direkte Befragung findet nicht statt.

Es sind also besondere Konstellationen erforderlich, einen V-Mann einmal in einer Strafverhandlung zu haben und durch die Verteidigung vernehmen zu können.

Von einem solchen seltenen Fall möchte ich berichten: Gelegentlich trennt sich die Polizei von einem V-Mann weil er es mit eigenen Drogengeschäften zu weit treibt oder nicht mehr nützlich ist. Dann kommt es vor, daß der Ex-V-Mann in einer Strafverhandlung doch als Zeuge erscheinen muß. In solchen Fällen läßt manches Gericht es widerstrebend zu, den Zeugen nach den Umständen seiner Zusammenarbeit mit der Polizei zu befragen.

Der Ex-V-Mann Yü. hat so in der Vernehmung durch die Verteidigung Auskunft gegeben und herausgekommen ist dabei Haarsträubendes, gleichwohl Exemplarisches. Sein Kontakt mit der Rauschgiftfahndung begann 1983 als Beamte den wegen Drogenhandels langjährig verurteilten Yü. im Gefängnis aufsuchten. Yü. war zu fünf Jahren Strafhaft verurteilt worden und die Polizei bot ihm nach rund zwei Jahren Strafverbüßung an: Verzicht auf die sonst übliche Ausweisung, sofortige Entlassung aus der Haft und monatlich Geld von der Polizei gegen Informationen aus der Szene. Herr Yü. akzeptierte.

Fortan ließ es der V-Mann Yü. an nichts fehlen. Er drängte Landsleute, in von ihm fingierte Drogengeschäfte einzusteigen. Er beschuldigte Familienangehörige von mutmaßlichen Händlern, Mittäter zu sein. Tarnnamen und konspirative Treffen im Hotel mit der Polizei wurden ihm zur Gewohnheit. Herr Yü. fühlte sich so gut aufgehoben, daß er selbst wieder erhebliche Drogengeschäfte auf eigene Rechnung betrieb. Dabei wurde er schließlich erwischt. Nicht von seinem V-Mannführer natürlich, der wußte nur Gutes zu berichten. Herr Yü. wurde dennoch verurteilt. Diesmal zu drei Jahren Strafhaft und wieder vorzeitige Entlassung und wieder Zusammenarbeit mit der Polizei. V-Mann bleibt man lange und Geld gab es weiterhin. "Wir können uns unsere Informanten nicht aussuchen und müssen nehmen, wen wir kriegen können", so der V-Mannführer von Herrn Yü. später vor Gericht, aber es klang nicht einmal bedauernd. Inzwischen war die Ausländerbehörde aufmerksam geworden und betrieb ernsthaft die Ausweisung und Abschiebung. Herr Yü. ging, was er später leugnen sollte, zum Chef der Drogenfahndung und bat um Hilfe. Die wurde großzügig gewährt. Polizei, Staatsanwaltschaft und Innenbehörde setzten sich ein, schrieben und telefonierten. Die Abschiebung wurde ausgesetzt.

Herr Yü. war auch nicht untätig geblieben. Er hatte sich illegal eine großkalibrige Waffe mit scharfer Munition beschafft und seiner Lebensgefährtin Heroin. Die hierauf folgende Verurteilung, es war bereits die dritte, hinderte die Zusammenarbeit mit der Polizei nicht. Man trieb es gemeinsam immer kühner. Mit Yü.s Hilfe und polizeilicher Beobachtung wurde ein gänzlich Unbeteiligter unter einem Vorwand mit einem weiteren V-Mann zusammengebracht. Der stellte ein Drogengeschäft in Aussicht. Der Unbeteiligte lehnte ab, wandte sich zum gehen und ... wurde verhaftet und angeklagt. Erst nach langen Monaten erfolgte, was keineswegs sicher war, ein Freispruch in der Sache.

Erst der wiederum erneut festgestellte Drogenbesitz des Herrn Yü. veranlaßte die Polizei, den V-Mannstatus aufzuheben. Die V-Mannakte blieb, trotzt gerichtlicher Anforderung, im Tresor der Drogenfahndung. Die Zusammenarbeit ging weiter. Bis heute Geld und Tarnnamen, Hotels und Taxi, Ausweisungsschutz und Fürsprache. Einer regulären, Beschäftigung braucht Herr Yü. seit Jahren nicht mehr nachgehen. Er hat sein Auskommen.

Mehmet Yüce ist jetzt "offener Zeuge", was bedeutet, daß er nun selbst im Gerichtssaal erscheinen muß, um auszusagen. Sein alter V-Mannführer betreut den "offenen Zeugen" weiterhin und sagt immer noch nur Gutes über ihn. Da stört es kaum, daß der "offene Zeuge" inzwischen vor Gericht mehrfach nachweislich die Unwahrheit bekundet hat. Die Staatsanwaltschaft lehnt ein Verfahren wegen Falschaussage ab.

Es werden weiterhin Angeklagte verurteilt, die von Mehmet Yüce belastet worden sind. Der "offene Zeuge" arbeitet weiter mit der Polizei zusammen, braucht Geld und Ausweisungsschutz. Auf die Menge und Wahrhaftigkeit seiner Angaben bei der Polizei und vor Gericht hat dies durchaus Einfluß.

§ 31 Betäubungsmittelgesetz, die Kronzeugenregelung

Es handelt sich nicht mehr um eine Ausnahmevorschrift, sondern um ein tausendfach angewandtes Mittel, das zu hohen Verurteilungen führt. Nach dieser Vorschrift erhält derjenige, der andere belastet, einen Strafnachlaß auf seine eigene Tat; Milde gegen Verrat also. Auch hier wieder ein reales Beispiel:

Der Angeklagte K. ist wegen Drogenhandels angeklagt und seine gerichtliche Verhandlung läuft bereits. Herr K. teilt dem Gericht mit, daß er über seinen Lieferanten aussagen wolle und auch Auskunft zu Angeboten anderer Händler machen könne, die ihm vor Jahren zeitweise Heroin auf Kommissionsbasis überlassen hätten. In diesem Zusammenhang belastet Herr K. den I., der zeitgleich mit K. wegen Btm-Vergehens in Untersuchungshaft sitzt. Laut K. habe der I. ihm, dem K., statt der geforderten 100 g Heroin gleich 500 g übergeben, da I. kleine Geschäfte nicht mache. Herr K. kommt aufgrund dieser Angabe in den Genuß der Strafmilderung gemäß § 31 Betäubungsmittelgesetz, da er ein anderes Geschäft und einen Lieferanten genannt habe.

In der später folgenden Verhandlung gegen Herrn I. sagt K. aus und schildert mit knappen Worten die üblichen Übergabemodalitäten eines Heroingeschäftes zwischen ihm und dem I. Während der Vernehmung des K. stellt sich jedoch auch heraus, daß sich K. vor seinen erstmaligen belastenden Angaben über I. in seinem eigenen Verfahren bei Mithäftlingen in der Untersuchungshaft über den § 31 hatte informieren lassen und in Erfahrung gebracht hatte, daß I. wegen des Vorwurfs inhaftiert war, über erhebliche Mengen Heroins verfügt zu haben. Ein Mithäftling des K. gab als Zeuge im Verfahren gegen I. an, daß K. im Knast einen anderen Lieferanten als I. genannt und zudem erklärt hatte, die Übergabe des Heroins habe an einem anderen Ort durch eine ganz andere Person stattgefunden. Das Gericht verurteilte Herrn I. dennoch wegen Handeltreibens mit 500 g Heroin.

Freie richterliche Beweiswürdigung

Es handelt sich um einen strafprozeßualen Grundsatz, der es jedem Strafgericht erlaubt, ohne Bindung an irgendwelche Beweisregeln in sogenannter freier Überzeugungsbildung eine Bewertung der in die Hauptverhandlung eingeführten Beweismittel vorzunehmen. Auch hierfür wieder ein realer Fall:

Der Zeuge C., selbst wegen Besitzes von Heroin angeklagt und verurteilt, ohne Beschäftigung, wohnungslos und ohne reguläre Aufenthaltserlaubnis wird auf eigenen Wunsch bei der Drogenfahndung vorstellig und macht dort eine Aussage. Während er, C., übergangsweise in der Wohnung eines Bekannten gelebt habe, seien dort sechs Personen erschienen, die er namentlich benennt und auf die die Drogenfahndung unabhängig von Herrn C. seit langem ein Auge geworfen hatte. Das besondere Interesse der Drogenfahnder an den sechs Leuten war Herrn C. allerdings bekannt geworden. Einer jener sechs war kurz zuvor erst aus der Untersuchungshaft entlassen worden, nachdem sein Verfahren wegen unzureichender Beweise ausgesetzt werden mußte.

Laut C. hätten sich jene sechs Personen in der Wohnung darauf verständigt, von Hamburg nach Frankfurt/M. zu fahren, um dort 30 kg Heroin abzuholen. Zur Tarnung hätte der Jüngste der sechs Männer ein weißes Brautkleid angezogen und ein anderer einen schwarzen Anzug, um die Herointour als Hochzeitsfahrt zu tarnen. Die sechs Personen seien mit zwei Autos gefahren und am nächsten Morgen aus Frankfurt zurückgekehrt. Er, C., sei nicht mitgefahren, habe aber bei der Rückkehr mitbekommen, daß in der mitgeführten Reisetasche mindestens 30 kg Heroin gewesen seien. Jene erst kurz zuvor entlassene Person habe aus der Sendung eine Probe gezogen und das Heroin sei anschließend fortgeschafft worden.

Die 30 kg Heroin sind zu keinem Zeitpunkt gefunden oder sichergestellt worden.

Das Vernehmungsprotokoll der Aussage des C. führte nicht auf, wann dieser Herointransport stattgefunden haben sollte. Der Vernehmungsbeamte der Polizei erklärte dazu später, daß er den C. natürlich nach dem genauen Zeitpunkt gefragt, C. darauf aber nicht geantwortet habe und keinerlei Angaben und Konkretisierungen möglich gewesen seien. Die Frage sei deshalb aus dem Vernehmungsprotokoll herausgehalten worden. Der Beamte erklärte dann weiter, daß C. nach dem Ende der Vernehmung für seine Angaben Geld erhalten habe. Aber natürlich, so der Beamte weiter, habe die Geldübergabe nicht im Zusammenhang mit der Aussage des C. gestanden. Weshalb dem C. denn dann Geld gegeben worden sei? Antwort: "Weil er welches brauchte." Ob die Polizei jetzt schon die Sozialhilfe selbst auszahle und dem C. deshalb das Geld gebe? "Nein. Man habe das überprüft." Was überprüft? "Na, ob der C. Geld brauche für seinen Lebensunterhalt." Wie das überprüft worden sei? "Der C. ist gefragt worden." Und was habe C. geantwortet? "Das er kein Geld habe." Und dann? "Dann haben wir C. gefragt, ob er welches brauche." Und was habe der geantwortet?" "Ja." Und nach dieser Überprüfung habe C. Geld bekommen? "Ja, weil er welches brauchte." Der Polizeibeamte gab schließlich später noch an, daß mit dem C. im Rahmen seiner Vernehmung

der § 31 BTMG angesprochen worden sei. Genau dies hatte C. selbst am Verhandlungstag zuvor bestritten und außerdem bekundet, von der Polizei keinerlei Geld erhalten zu haben.

Gegenüber Freunden hatte C. nach seiner polizeilichen Vernehmung geäußert, bei der Polizei sei es prima. Man brauche nur irgendetwas zu erzählen und erhalte von den Beamten Geld und eine Wohnung. C. wurde in der Verhandlung über die 30 kg Heroinfahrt aus Frankfurt natürlich auch nach dem genauen Zeitpunkt des Transports befragt. Außer C. und seiner Aussage gab es schließlich keine anderen Beweismittel. Heroin war nicht gefunden worden. In Frankfurt hatte die Polizei nicht nachgefragt, da Einzelheiten ja nicht bekannt gewesen seien. Andere Zeugen waren nicht vorhanden und die Überwachung der Telefonanschlüsse hatte nichts erbracht. C. antwortete im Hinblick auf die Tatzeit, daß die Fahrt rund sechs Wochen nach seiner eigenen Haftentlassung stattgefunden habe. Ob er noch irgendwelche genau deren Anhaltspunkte für den Zeitpunkt der Fahrt habe? Ja, es sei rund zwei Wochen vor seinem Auszug aus der Übergangswohnung gewesen.

Der Haftentlassungszeitpunkt ließ sich anhand der Akten auf den 3.1.1991 bestimmen. Der Bekannte, der C. die Wohnung vorübergehend überlassen hatte, gab an, daß C. Ende Februar 1991 ausgezogen sei. Als Zeitpunkt für die angebliche Heroinfahrt kam somit nur Mitte Februar 1991 in Betracht. Sechs Wochen nach der Haftentlassung und zwei Wochen vor dem Auszug.

Es gelang der Verteidigung für einen der sechs Beschuldigten, der als zweiter Haupttäter galt, für den Zeitraum Mitte Februar 1991 ein überprüfbares Alibi zu recherchieren und in die Verhandlung einzuführen. Eine schriftliche Mitteilung der türkischen Militärverwaltung bestätigte nämlich, daß der Beschuldigte von Anfang Dezember 1990 bis Anfang März 1991 Militärdienst in einer bestimmten Kaserne in der Türkei abgeleistet hatte und in dieser Zeit auch nicht in Urlaub war. Anschließend hatte sich der Beschuldigte ausweislich seines Passes für einige Tage in seine Heimatstadt in der Türkei begeben, um dort den Paß verlängern zu lassen. Die Ein- und Ausreisestempel im Paß bestätigten die erlangten Alibiangaben. Keine Möglichkeit also, Mitte Februar 1991 in der BRD an einer Heroinfahrt von Hamburg nach Frankfurt und zurück beteiligt gewesen zu sein.

C. hatte zudem angegeben, gerade diesen Beschuldigten im Januar 1991 mehrfach in Hamburg gesehen zu haben. Die Verteidigung hielt den 30 kg Vorwurf mit dem eindeutigen Alibibeweis für erledigt, zumal andere Beweismittel als der C. nicht vorhanden waren und sich die Angaben des C. zur Tatzeit als falsch erwiesen hatten, einer der angeblich Beteiligten also nicht dabei gewesen sein konnte. Zudem hatte C. über seine Kenntnis des § 31 und die Geldzuwendungen durch die Polizei die Unwahrheit bekundet. Das Gericht vertagte sich.

Am nächsten Verhandlungstag gab der Vorsitzende der Strafkammer eine Erklärung ab: Die Tat könne nicht Mitte Februar 1991 stattgefunden haben. Es sei jedoch möglich, daß es Mitte März 1991 gewesen sei, da der Zeuge C. ja unterschiedliche Angaben gemacht habe. Gegenüber der Polizei habe er den Zeitpunkt nicht angeben können und hier in der Verhandlung habe er nur ungefähre Angaben zur Tatzeit machen können. Vielleicht habe C. verwechselt. Das Gericht gehe von einer Tat Mitte März 1991 aus. Zwar habe der Zeuge bei zwei anderen Punkten gelogen, doch zum sogenannten Kerngeschehen, dem Ablauf der Tat, habe C. eine beständige und widerspruchsfreie Aussage gemacht. Nur eben zum Zeitpunkt sei der Zeuge C. unsicher.

Das Urteil lautete in dieser Sache gegen einen der Tatbeteiligten, gegen den man verhandelt hatte, auf zwölf Jahre. Die Höchststrafe von 15 Jahren sei nicht verhängt worden, weil der Angeklagte nicht zu den zwei Haupttätern gehört habe.

Das Parallelverfahren gegen einen der Haupttäter endete zwei Monate später bei einem anderen Gericht mit einem Freispruch. Der Zeuge C. hatte, nachdem einer der von ihm Beschuldigten zu zwölf Jahren verurteilt worden war, vier Tage später eine Anwaltskanzlei aufgesucht und seine bisherige belastende Aussage widerrufen. Eine Heroinfahrt habe es nicht gegeben. Die Polizei habe ihn, C., unter Druck gesetzt. Dieser Widerruf wurde von C. in dem Verfahren gegen den Haupttäter wiederholt. Unmittelbar nach diesem Widerruf vor Gericht wurde C. von der Polizei vor dem Verhandlungssaal festgenommen. Bei der folgenden polizeilichen Vernehmung gab C. an, von zwei Unbekannten zu dem Widerruf genötigt worden zu sein, die ihn mit Waffengewalt in die Anwaltskanzlei verbracht hätten.

Auch diese Version des C. erwies sich als falsch. Die angeblich Unbekannten waren sein Onkel und ein Freund und diese beiden waren von C. ausdrücklich gebeten worden, ihn zu der Kanzlei zu begleiten. Onkel und Freund sagten vor Gericht aus und bestätigten die völlige Freiwilligkeit des Widerrufs des C. Ihre Angaben wurden zudem von anderen Zeugen bestätigt. Das Gericht sprach den angeblichen Haupttäter frei. In der Urteilsbegründung hieß es, zwar sei man nicht zu der Überzeugung gekommen, daß die Heroinfahrt nicht stattgefunden habe, doch könne man den Tatvorwurf jedenfalls nicht auf diesen Zeugen stützen.

Im ersten Fall zwölf Jahre, im zweiten Fall Freispruch. Das ist die freie richterliche Beweiswürdigung, die an keine Regeln gebunden ist.

Die Verheerungen, die die bisherige Drogenrepression angerichtet hat,lassen sich vollständig kaum beschreiben. Der "Krieg gegen die Drogen" dauert an und die Opfer der Schlacht sind KonsumentInnen wie Händler gleichermaßen. Die einen zahlen mit ihrer Gesundheit und häufig mit dem Leben, die anderen mit ihrer Freiheit. Wer heute noch für die Drogenprohibition ist, egal ob es sich um 1 g Haschisch oder 100 kg Heroin handelt, kann sich auf Moral nicht mehr berufen. Das Drogenverbot wird fallen, weil es nicht zu halten ist, mag es auch noch 5, 10 oder gar 20 Jahre dauern. Der "Krieg" ist schon heute verloren, um so beklagenswerter sind die heutigen und zukünftigen Opfer.

RA Martin Lemke, Hamburg

Der Artikel ist die schriftliche Fassung eines Referates zum Thema Innere Sicherheit, gehalten am 17.4.1994 in Hamburg.

38. Staat, Gesellschaft, Totalität. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der RAF

Autor: Broschüren-Gruppe · Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:11

Im folgenden handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Referats, gehalten auf der Berliner Volks-Uni 1994, mit der die Verfasser ihre Broschüre "triple oppression und bewaffneter Kampf" vorstellen wollen. In dieser sind Texte zusammengestellt, die eine Kritik der "Roten Armee Fraktion" etwa aus kommunistischer oder feministischer Sicht formulieren. Die Autoren weisen darauf hin, daß sie "kommunistische Männer" sind und merken einschränkend an: "Mit unserer Rolle als Männer im revolutionären Prozeß haben wir uns lediglich insoweit auseinandergesetzt, als wir das Patriarchat als einen antagonistischen Widerspruch begreifen und die Ignoranz bzw. Leugnung der patriarchalen Unterdrückung in einigen Texten in der Broschüre kritisieren." Nachdem der GNN-Verlag seine Zusage zur Herausgabe zurückgezogen hat, erscheint die Broschüre in nächster Zeit wahrscheinlich im Selbstverlag. Kontakt: Broschüren-Gruppe c/o Kopierladen M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin.

In den 60er und 70er Jahren nahmen weltweit - im Trikont und in der imperialistischen Metropole - Gruppen den bewaffneten Kampf auf. Demgegenüber befand sich die Politik der dominanten kommunistischen Strömung schon damals in einer Sackgasse: Die Stalinsche Konzeption des "Sozialismus in einem Lande", die Volksfront-Politik mit Teilen der Bourgeoisie, die Beschränkung auf die staatlicherseits akzeptierten Politikformen - all dies führte dazu, daß von den kommunistischen Parteien keine revolutionären Impulse mehr ausgingen. Wir lernten dies in der BRD und Westberlin als DKP/SEW-Orientierung auf sogenannte antimonopolistische Bündnisse und eine unbedingte Aktionseinheit mit der SPD, der Distanzierung von militanten Demonstrationen etc. kennen.

Diese Erstarrung der kommunistischen Bewegung veranlaßte Fidel Castro zu der Erklärung, daß, wenn die Kommunisten versagen, andere die Revolution weitertreiben müssen. Aber auch dieser Aufbruch, zu dem auch die StudentInnenproteste der späten 60er Jahre in verschiedenen Ländern gehören, hatte seine Grenzen. Denn er war ausschließlich gegen den Kapitalismus/Imperialismus (was kaum weiter differenziert wurde) gerichtet.

"triple oppression": Kriterien der Beurteilung

Kommunismus bedeutet für uns die Abschaffung von rassistischer sowie von Klassen- und Geschlechterherrschaft und damit auch des Staates. Das heißt nicht, daß wir Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus lediglich als zufällig nebeneinanderstehende Unterdrückungsformen begreifen. Vielmehr analysieren wir sie als relativ unabhängig. Das heißt: Sie unterscheiden sich in ihrer Funktionsweise und in ihren konkreten Auswirkungen. Aber sie sind in der heutigen Gesellschaft ineinander verzahnt; sie verstärken und stützen sich gegenseitig. Dieses Ineinanderwirken der drei antagonistischen Unterdrückungsformen bezeichnen wir als Imperialismus. Das heißt: Wir meinen nicht die leninsche Definition, wenn wir zur Vermeidung von ständigen Aufzählungen dieser Unterdrückungsformen kurz von Imperialismus sprechen.

Wir betrachten den historischen Materialismus als Instrument, diese gesellschaftliche Situation zu analysieren und davon ausgehend eine umwälzende Strategie zu entwickeln. Bisher erstreckte sich diese Analyse vor allem auf den Klassenwiderspruch. Wir halten es darüber hinaus für notwendig und möglich, das Patriarchat und den Rassismus materialistisch zu erklären, ohne sie als bloße Ausdrucksformen des Kapitalismus zu betrachten. Wichtige Faktoren, die dabei zu berücksichtigen sind, sind die sexistische und rassistische Arbeitsteilung sowie die Rolle direkter körperlicher Gewalt bei der Aufrechterhaltung von Patriarchat und Rassismus.

Das heißt: Wir betrachten alle drei Unterdrückungsverhältnisse als antagonistische Widersprüche, die nur mit dem Untergang der beiden Seiten dieser Widersprüche aufgehoben werden können. Dadurch unterscheiden sich diese Widersprüche von anderen, wie beispielsweise dem Generationskonflikt. Der kommunistische Kampf zielt also in unserem Verständnis nicht nur auf die Beseitigung der Klassen, sondern auch der sozial und ideologisch konstruierten Geschlechter und Rassen.

Der Begriff Antagonismus impliziert darüber hinaus die Existenz struktureller Herrschaftsverhältnisse. Sie lösen sich nicht von selbst auf. Ihre Beseitigung erfordert wegen des Beharrungsinteresses der Herrschenden einen Kampf mit allen - und das heißt: in letzter Instanz auch gewaltsamen - Mitteln. Das zeigen einerseits die inhaltlichen Grenzen der Politik von Reformregierungen wie der sozialistisch-kommunistischen in Frankreich Anfang der 80er Jahre und andererseits die Niederschlagung von Versuchen einer friedlichen Transformation zum Sozialismus wie in Chile 1973.

Wenn wir von drei Unterdrückungsformen ausgehen, haben wir natürlich Schwierigkeiten im Umgang mit jenen Kämpfen und Bewegungen, die nach wie vor nur eine Unterdrückungsform bekämpfen - und das sind die meisten. Als These soll aber gelten, daß alle Kämpfe, die eine Unterdrückungsform mit einer oder beiden anderen bekämpfen, von uns nicht unterstützt werden. Das heißt: Wenn beispielsweise bei Arbeitskämpfen offen die Verdrängung von Frauen und/oder Nichtdeutschen aus der Produktion propagiert wird, werden wir uns nicht solidarisieren. Ebenso werden wir nicht aus Prinzip Solidarität mit den Aufständen unterdrückter Völker üben, wenn dort offen oder versteckt die Unterdrückung anderer Völker angelegt ist.

Gemäß diesem Ausgangspunkt ist unsere Broschüre nach den drei von der triple oppression-Theorie ausgemachten Widersprüchen gegliedert. Das heißt: Wir dokumentieren Texte, die sich unter dem Gesichtspunkt des antirassistischen, des feministischen und des Klassenkampfes mit der Politik der RAF auseinandersetzen. Die Texte stammen von Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand in der BRD, von Gefangenen kommunistischer Guerillagruppen aus Belgien und Spanien sowie von legalen Zusammenhängen aus der BRD und der Schweiz.

Ergebnisse

Die RAF nahm ihren Kampf mit der Erklärung "Stadtguerilla ist eine Waffe im Klassenkampf" auf (Konzept Stadtguerilla). Sie bezog sich auf Marx, Lenin und Mao. Sie wollte die Macht der Bourgeoisie stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten. Ihr zweite Strategie-Schrift trug den Titel "Stadtguerilla und Klassenkampf".

Diese Orientierung der RAF am gesellschaftlichen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit hatte allerdings schon mit dem Scheitern ihrer Mai-Offensive des Jahres 1972 sein Ende. Begriffe wie "Klassenkampf" und "Proletariat" verschwanden aus ihren Schriften; der Begriff "Kapital" wird nicht im marxistischen Sinne verwendet, sondern ist eines der vielen Synonyme für "die Macht", "das System" etc. Statt dessen orientierte sich die RAF (zunächst implizit, dann - mit dem sog. Frontpapier von 1982 - ausdrücklich) an Konfliktlinien, die der Gesellschaft äußerlich sind. Sie behauptete folgende antagonistische Widerspruchslinien: Staat - Gesellschaft, Metropole - Trikont und West - Ost. Dabei bestimmten die ersten beiden Widersprüche - aus Solidarität mit den in Isolationshaft gehaltenen Gefangenen und aus Solidarität mit den unterdrückten Massen im Trikont - die Politik der RAF am stärksten.

Die hiesigen Verhältnisse analysierte die RAF als manipulative und militärische Unterdrückung der Gesellschaft durch den Staat. Die RAF bekämpfte nicht die Ursache (die Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft), sondern deren notwendige Folge (den Staat). Damit ließ die RAF außer acht, daß die Individuen, die die Gesellschaft bilden, jeweils Herrschende oder Beherrschte in dem einen oder anderen Unterdrückungsverhältnis sind - sie schlug schon damals pauschal "die Gesellschaft" dem "guten" Pol zu.

Im Kontext ihrer Fixierung auf den vermeintlichen Widerspruch Staat - Gesellschaft bestimmte die RAF ihre Aktionen als militärischen Angriff auf den Staat und als Mittel, um das als manipuliert betrachtete Bewußtsein der Massen aufzubrechen. Im schon erwähnten Frontpapier, das die Politik der RAF in den 80er Jahren weitgehend bestimmte, hieß das: Revolutionäre Strategie sei einfach "unsere Strategie gegen ihre Strategie". So einseitig wie sie die herrschenden Verhältnisse / die Herrschaftsmethoden wahrnahm, so einseitig bestimmte sie ihre Strategie: Eine weitgehende Reduktion von Politik auf Militärpolitik, eine Vernachlässigung von anderen politischen Praxisformen, eine sektiererische Bündnisunwilligkeit etc.

Im April 1992 vollzog die RAF den Bruch mit dieser Politik; sie erklärte die Aussetzung ihrer gezielt tödlichen Aktionen. Sie vollzog diesen Bruch aber nicht als revolutionäre (Re)-Orientierung an den Widersprüchen in der hiesigen Gesellschaft. Vielmehr beschränkt sich die Änderung ihrer Politik darauf, daß sie den von ihr behaupteten Widerspruch Staat - Gesellschaft nicht mehr als antagonistisch auffaßt. Der RAF geht es heute darum, den Staat reformistisch "zurückzudrängen" statt ihn zu zerschlagen und "wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik", so die RAF in ihrer Erklärung

vom August 1992. Mit ihrem als neu ausgegebenen Konzept der "Gegenmacht von unten" hat die RAF allerdings ihren Gesellschaftsbegriff, der keine Widersprüche in der Gesellschaft kennt, beibehalten ... alles Gute kommt von unten: aus der Gesellschaft.

Bezog sich die RAF - wie schon erwähnt - anfangs zumindest noch auf den Klassenantagonismus, so wurden Patriarchat und Rassismus von ihr nie als relativ eigenständige antagonistische Widersprüche erkannt. Noch heute erscheinen Sexismus und Rassismus in den Texten RAF als bloßer Ausdruck des Warenverhältnisses, einer Strategie von oben zur Spaltung der Gesellschaft und fehlgeleiteter sozialer Protest.

"Frankfurter Schule" und StudentInnenbewegung

Die theoretische Ursache für diese Fehler sehen wir im Einfluß von Georg Lukács sowie der Frankfurter Schule auf die RAF. Dieser Einfluß verdrängt seit dem Scheitern der Mai-Offensive zunehmend die marxistischen Elemente in der RAF-Theorie. Wir sehen diesen Einfluß insbesondere in der Kategorie der Totalität und im Subjektivismus/Idealismus. Die RAF sprach von einer "Totalität des imperialistischen Zentrums" und übersah dabei - wie schon erwähnt - die gesellschaftlichen Widersprüche. Diese Widersprüche hätten Ansatzpunkte für eine mehr an den Massen statt ausschließlich am sogenannten "subjektiven Bruch" orientierte Politik sein können. Im Rahmen der neuen Politik der RAF seit 1992 zeigt sich dieser Einfluß dagegen vor allem in der idealistischen Forderung nach "Gerechtigkeit" und "vernünftigen Lösungen".

Die Frankfurter Schule entstand in den zwanziger Jahren als eine mit dem Marxismus sympathisierende Theorieströmung. Ihre bekanntesten Vertreter sind Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse. Sie steht in der Tradition von Georg Lukács' Schrift Geschichte und Klassenbewußtsein aus dem Jahr 1923. Lukács entwickelte dort zentrale Kategorien einer Denkrichtung, die den Marxismus hegelianisch interpretiert. Sie ignoriert damit den Bruch, den Marx mit dieser idealistischen Philosophie vollzogen hat.

Wir wollen hier drei Elemente des Frankfurter-Schule-Denkens nennen, die später für die Neue Linke insgesamt und auch die RAF von Bedeutung wurden:

1. Ein Dialektik-Verständnis, in dem die Kategorie der "Totalität" den Vorrang vor der Kategorie des "Widerspruchs" hat. Das heißt: Es wird die Existenz einer ursprünglichen (später aufgespaltenen) Einheit behauptet; die Widersprüche sind nicht entscheidend (für revolutionäre Brüche), sondern ihre Wieder-Versöhnung (Synthese) am Ende einer Entwicklung steht von vornherein fest. Das hat zwei Konsequenzen:

a) Eine geschichtsphilosophische: Die Geschichte wird als "Entfremdung" und Wiederherstellung eines vorausgesetzten menschlichen Wesens interpretiert.

b) Eine analytische: Die Realität wird nicht als komplex gegliedertes Ganzes, sondern als homogene Totalität analysiert. Jedes Phänomen, zum Beispiel auch der Sexismus, erscheint als bloßer Ausdruck des Warenverhältnisses. Technik, Konsum und totalitärer Staat erscheinen als ein einziges Monstrum, das sich "den Menschen" bzw. "der Gesellschaft" von außen oder oben aufdrängt.

2. Die Möglichkeit, diese Totalität zu überwinden, wird nicht aus der inneren Widersprüchlichkeit der Situation entwickelt. Statt dessen wird die umwälzende Fähigkeit einem äußeren Subjekt zugeschrieben. Um ein Beispiel zu geben: Für den Marxismus ist das Proletariat die eine Seite des widersprüchlichen Kapitalverhältnisses. Das heißt: Es gibt immer schon Kämpfe, wenn auch meist reformistisch begrenzt. Diese innere Widersprüchlichkeit des Kapitalverhältnisses macht es, daß die Überwindung des Kapitalismus nicht reiner Voluntarismus ist.

Bei Lukács hat das Proletariat demgegenüber die Rolle eines äußeren, negierenden Subjektes. Im Zuge der politischen Integration der ArbeiterInnenklasse ging diese Rolle bei der Frankfurter Schule auf sog. Randgruppen, zuvorderst die Kritischen TheoretikerInnen selbst, über.

3. Die Kritik an den bestehenden Verhältnissen wird ebenfalls nicht aus den materiellen Antagonismen entwickelt. Statt dessen vermißt die Frankfurter Schule die bürgerlichen Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Vernunft in der Realität - ihr Ziel ist, die Versprechen der bürgerlichen Revolution wahrzumachen.

Diese Vorstellungen gelangten nun über die StudentInnenbewegung zur RAF. Die Kritische Theorie erlangte für diese Bewegung vor allem aus drei Gründen große Bedeutung. Zum einen wurde dort eine kritische Denkweise vorgestellt, die die Praxis der realsozialistischen Staaten ablehnte und sich doch nicht mit einer Apologie der westeuropäischen Herrschaftsverhältnissen begnügte. Zum anderen reflektierte die Randgruppen-Theorie von Herbert Marcuse das Verhältnis von integrierten ArbeiterInnen und radikalisierten StudentInnen. Zum dritten existierten aufgrund des Faschismus und des KPD-Verbots keine anderen marxistischen oder marxismus-nahen Traditionen.

Dies führt zum Beispiel bei Rudi Dutschke, einem der bekanntesten Vertreter der StudentInnenbewegung, zu folgendem Marxismus-Verständnis:

- Es ist philosophisch um die Kategorie der Entfremdung, statt um den wissenschaftlichen Begriff der Ausbeutung bzw. Mehrwertakkumulation zentriert.

- Politisch erscheint deshalb nicht der proletarische Klassenkampf (und die anderen gesellschaftlichen Antagonismen), sondern das mittelständische Leiden am vermeintlichen Konsumterror als zentral.

- Den durchweg als manipuliert angesehenen Massen sollte mittels spektakulärer, aufklärerischer Aktionen ihr Leiden vor Augen geführt werden.

- Es war antileninistisch in dem Sinne, daß es eine Partei allenfalls im Rahmen einer Nachtrab-Politik gegenüber sozialen Bewegungen akzeptierte.

- Es war insofern eurozentristisch, als es den Stalinismus allein aus der "kulturellen Rückständigkeit" Rußlands erklärt und die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes ("Propaganda der Schüsse") auf den Trikont beschränkte. Die für die Metropole vorgesehenen spektakulären Aktionen wurden im Unterschied dazu als "Propaganda der Tat" bezeichnet.

- Schließlich war dieses Denken beeinflußt von nicht-marxistischen ethischen Vorstellungen Ernst Blochs und der kritischen protestantischen Theologie Helmut Gollwitzers.

Elemente in der Theorie der Roten Armee Fraktion

Diese Denken wurde nach den wilden September-Streiks des Jahres 1969 in der Linken zunächst in den Hintergrund gedrängt. Es kam zur sog. "proletarischen Wende" und zur Gründung zahlreicher studentischer K-Gruppen. Von dieser theoretischen Konjunktur waren auch noch die ersten Strategie-Schriften der RAF geprägt. Die politische Praxis der RAF unterschied sich allerdings deutlich vom 20er Jahre-Revival der K-Gruppen. Nachdem sich jene - teils heftig übertriebenen - Hoffnungen auf das Proletariat zerschlagen hatten und neue Erfahrungen mit staatlicher Repression (Berufsverbote, Stammheim 1977) gemacht worden waren, kam es allerdings zu einem erneuten Rückgriff auf das Gedankengut der Frankfurter Schule und der StudentInnenbewegung. Bei der RAF setzte dies schon im November 1972 mit der Schrift über die "Strategie des antiimperialistischen Kampfes" ein. Später kamen die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen auf; die Grüne Partei wurde gegründet. Diese Bewegungsorientierung drückte sich dann auch im schon mehrfach erwähnten Frontpapier der RAF vom Mai 1982 aus. Daraus ergeben sich unsere wichtigsten Kritikpunkte an der RAF, die im Zusammenhang mit dem Denken der Frankfurter Schule stehen:

1. Die "konkrete Analyse der konkreten Situation" (Lenin) wird zugunsten der Beschwörung der "Totalität des imperialistischen Zentrums" und der "Entfremdung" vernachlässigt. Nach der RAF-These vom "imperialistischen Gesamtsystem" war die BRD nur eine "Funktion für das US-Staatensystem" (Frontkonzept); jede konkrete Schweinerei wurde als von geheimen NATO-Stäben geplant ausgegeben.

2. Diese Totalität wird als ausschließlich vom Warenverhältnis bestimmt angesehen. Die gerade nicht auf dem Warentausch beruhenden Mechanismen ideologischer Herrschaft sowie die Überlagerung des Kapitalverhältnisses durch Rassismus und Patriarchat können damit nicht angemessen analysiert werden.

3. So können die tatsächlichen Widersprüche (Bruchlinien) - als Ansatzpunkte für effektiven Widerstand! - nicht analysiert werden. Es bleibt als einziger Ausweg der "Sprung" zu einem im "innere(n), lebendige(n), in konkreten Personen verkörperten ... neuen Bewußtsein" (Frontpapier). Bei der Frankfurter Schule ist dies ein Sprung ins Reich des Kritischen Denkens, bei der RAF eine Konzeption des bewaffneten Kampfes, von der sie selbst erklärte, daß sie mit der "Beschwörung der ‚Verbindung zu den Massen` nichts anfangen" kann

(Frontpapier). Dieses Sektiertum fand seinen Ausdruck in einem früher gern zitierten Satz von Holger Meins: "entweder mensch oder schwein / entweder überleben um jeden preis oder / kampf bis zum tod / entweder problem oder lösung / dazwischen gibt es nichts." In dieser rigoros moralischen Alternative, die nur "mensch oder schwein" und nichts dazwischen kannte, war kein Raum für das Zusammenwirken verschiedener Kampfformen. "Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das Absolute. Den bewaffneten Kampf hier zu führen ... war nicht begriffen als Teil im Gesamten" wie die RAF im August 1992 selbstkritisch zurückblickend schrieb.

4. Dieser subjektive Radikalismus verdeckte lange Zeit den versöhnlerischen Gehalt des widerspruchsfreien Gesellschaftsbegriffs der RAF und ihrer Rede von "den" oder gar "dem Menschen".

Broschüren-Gruppe

Literaturhinweise:

Zur Orientierung kommunistischer Parteien an der Außenpolitik der SU statt an der Revolution im eigenen Land: Georg Fülberth, KPD und DKP. 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Distel Verlag: Heilbronn, 1990.

Zum Revisionismus kommunistischer Parteien und zum Verhältnis Staat - Gesellschaft: Etienne Balibar, Über die Diktatur des Proletariats, VSA: Hamburg, 1977; Jens Christian Müller/Sebastian Reinfeldt/Richard Schwarz/Manon Tuckfeld, Der Staat in den Köpfen, Decaton Verlag: Mainz, 1994.

Zur triple oppression und insbesondere zur sozialen und ideologischen Konstruiertheit der Geschlechter: Klaus Viehmann u.a., Drei zu eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus, in: Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution? (Hg.), Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus, Edition ID-Archiv, Berlin, 1991, 27 - 62, Regine Gildemeister / Angelika Wetterer, Wie Geschlechter gemacht werden, in: Gudrun-Alexi Knapp / Angelika Wetterer (Hg.), Traditionen. Brüche, Freiburg, 1992, 201-254.

Zur RAF: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF). Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte, GNN Verlag: Köln, 1988; Pieter Bakker Schut (Hg.), das info. briefe von gefangenen aus der raf aus der diskussion 1973-1977, Neuer Malik Verlag: Kiel, 1987.

Zu Georg Lukács und zur Frankfurter Schule (außer den in unserer Broschüre abgedruckten Texten): Göran Therborn, The Frankfurt School und Gareth Stedman Jones, The Marxism of the Early Lukács, in: ders. et al., Western Marxism. A Critical Reader, NLB: London, 1977, 83-139 und 11-60.

Zur 68er Bewegung: Geoff Eley, Germany Since '68: From the APO to the Greens, in: SR. Socialist Review (Berkley), Vol. 18, Oct.-Dec. 1988, 131 - 142; Ingo Juchler, Rebellische Subjektivität und Internationalismus. Der Einfluß Herbert Marcuses und der nationalen Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft: Marburg, 1989.

Zum Verhältnis von Marx und Hegel: Louis Althusser, Für Marx, Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1968; ders., Ideologie und Ideologische Staatsapparate, VSA: Hamburg, 1977.

39. VSP: Immer noch da!

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Linke, VSP · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:07

Zu ihrer jährlichen Zentralen Delegiertenkonferenz (ZDK) - dem laut Statut höchsten Organ der Partei - trafen sich am 18./19. Juni in Düsseldorf 25 Delegierte der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP). Die VSP war 1986 gegründet worden als Zusammenschluß der trotzkistischen "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) und der "Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD, vormals KPD/ML). Mit dieser Gründung verband sich damals bei den Akteurinnen und Akteuren die Hoffnung, zur Einheit der zersplitterten revolutionären Linken in einer Organisation zu kommen - gedacht war über die Gründungsmitglieder hinaus vor allem auch an solche Gruppen wie der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) oder der Kommunistische Bund (KB). Im KB und in ak stieß das Projekt VSP seinerzeit auf Skepsis und Ablehnung. Hauptbegründung für die Zurückweisung des Anliegens war dabei die Ansicht, daß eine bloße Addition linker Gruppen in einer neuen Organisation nicht auch zu einer neuen politischen Qualität führen würde: Die gewünschte neue Organisation könne sich erst als Resultat von gesellschaftlichen Kämpfen und gemeinsamen Erfahrungen herstellen. Die Einheit der Linken durch einen Beschluß herbeizuführen wurde als aussichtsloses Unterfangen beurteilt.

Die Geschichte, könnte man meinen, hat diese Einschätzung bestätigt. Allerdings: Die Beteiligten haben damals mit der Gründung der VSP einen Schritt vollzogen, dessen Qualität sich in der seltenen Fähigkeit zeigte, über den eigenen Schatten zu springen, den eigenen Laden aufzugeben und einen organisatorischen Neuanfang zu versuchen - ohne damit zugleich auch die bis dahin gemachten Erfahrungen über Bord zu werfen.

Für das Projekt jedoch - die Sammlung linker Kräfte in einer neuen Organisation - müssen die VSP-Mitglieder heute das Scheitern dieses Ansatzes feststellen. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die gewünschten Partnerinnen und Partner inzwischen nicht mehr existieren (wie das weitgehend auf den KB zutrifft) oder die VSP von sich aus an bestimmten dogmatischen oder sektiererischen Gruppen (wie BWK oder MLPD) schon seit längerer Zeit kein Interesse mehr hat. Davon abgesehen hat die VSP einige herbe Enttäuschungen hinnehmen müssen: Die von ihr mit viel Engagement mitgetragene Sammelbewegung "Radikale Linke" ließ im Zuge des Anschlusses der DDR "die Denunziation des Völkischen" an Stelle einer "Entwicklung von politischen, d.h. eingreifenden Strategien" treten (so die Formulierung in einem Vorbereitungspapier zur ZDK) und verlief sich im Sande. Auch ein anderer Hoffnungsträger der VSP, die Vereinigte Linke aus der ehemaligen DDR, ist heute fast völlig von der Bildfläche verschwunden. Schließlich durfte die VSP auch noch erleben, wie es im eigenen Laden krachte. Einige ihrer Mitglieder wünschten sich die Rückkehr zu einer Organisation mit ausgeprägterem Avantgarde-Verständnis und propagierten, zusammen mit der "Gruppe Avanti" aus der ehemaligen DDR, den Wiederaufbau einer deutschen Sektion der IV. Internationale. (Diese Sektion war bis zur Gründung der VSP die GIM gewesen; danach war eine Mitgliedschaft in der IV. Internationale in der BRD nur noch als individuelle Mitgliedschaft möglich - zusammengehalten lediglich durch den gemeinsamen Bezug der Zeitschrift "Inprekorr".) Diese Abspaltung, an die die VSP einige dutzend Mitglieder und zwei Ortsgruppen verlor, will sich im Herbst als Organisation konstituieren.

In dieser nicht ganz einfachen Situation ist die VSP derzeit bemüht, ihre Organisation nicht auseinanderbrechen zu lassen. Bei knapp 200 Mitgliedern existieren in rund zwanzig Städten noch Ortsgruppen, davon greifen etwa die Hälfte aktiv ins politische Geschehen ein. In einigen Städten wie Karlsruhe oder Düsseldorf macht die Organisation erfolgreiche Bündnispolitik beispielsweise mit Autonomen, linken Grünen oder DKP-Mitgliedern. Außerdem engagieren sich einige Ortsgruppen in Wahlinitiativen für die PDS. Diese Aktivitäten führen dazu, daß schon mal das eine oder andere neue Mitglied für die VSP gewonnen werden kann. Das besondere Markenzeichen der VSP ist aber sicherlich der verhältnismäßig hohe Anteil von Betriebs- und Gewerkschaftsaktiven mit langjähriger Erfahrung in diesem Bereich.

Auf der diesjährigen ZDK zeigte sich, daß die VSP in der Lage ist, ihren gegenwärtigen Zustand zu diskutieren und zum anderen bemüht ist, sich auch zukünftig politisch verhalten zu können. Dabei kommen der Organisation ihre noch vorhandenen Strukturen zugute. So forderte eine Anfang Mai tagende Ortsgruppenkonferenz den Beginn einer Programmdiskussion. Als Folge verfaßten für die ZDK zwei Leitungs-Mitglieder einen ersten Entwurf "Unser Selbstverständnis" (siehe Beilage in der SoZ vom 2.6.94), der

auf der Konferenz dann Teil der Diskussion des Tagesordnungspunktes "Krise und Neuanfang der VSP" war. Einige Überschriften des Entwurfs: Warum wir verunsichert sind; Warum wir an einem "offenen Marxismus" festhalten; Wen wir als das "revolutionäre Subjekt" ansehen; Warum Ökologie und Feminismus für uns die wichtigsten Herausforderungen sind; Zum Aufbau welcher Art von politischer Kraft wir beitragen wollen; Was wir unter der Neuformierung der Linken verstehen.

Weitere inhaltliche Themen der Konferenz waren die Auswertung des Frauenstreiktages 1994 aus VSP-Sicht (hier wurden die diesbezüglichen Aktivitäten der Organisation bilanziert) sowie eine Diskussion um den gegenwärtigen Stand (linker) Betriebs- und Gewerkschaftspolitik in der BRD. Bei letztgenanntem Punkt ebenso wie in der Selbstverständnis-Diskussion deutete sich an, daß sich in der VSP ein "grüner" Flügel entwickeln könnte. Bei der Einschätzung von "lean production" und Teilzeitarbeit etwa kam es zu kontroverser Debatte. Während einige Delegierte der Ansicht waren, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals einen Grad erreicht habe, der das Kapital dazu zwinge, verstärkt die menschliche Arbeitskraft auszubeuten, waren andere der Ansicht, daß in den neuen Produktionsmethoden und Arbeitszeitmodellen durchaus auch Interessen der Beschäftigten an flexibler Arbeitszeit und Gestaltung der Arbeitsabläufe aufgehoben seien, von seiten der Linken demzufolge nicht ausschließlich mit Ablehnung reagiert werden dürfe. Die subjektiven Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten seien mehr denn je gespalten. Es gebe kein "objektives Interesse", spitzte eine Delegierte ihre Meinung zu.

Analoge Kontroversen auch bei der Diskussion um das Selbstverständnis der VSP. Ökologie und Feminismus könnten nicht einfach dem Marxismus hinzuaddiert werden, wie das in dem ersten "Entwurf" geschehen sei. Wie wolle man die Berufung auf Ökologie und Feminismus in Einklang bringen mit einer gleichzeitigen umstandslosen Bezugnahme etwa auf Lohnkämpfe? Schwierige Fragen, doch vorläufig noch keine Antworten. Diese soll die von der ZDK jetzt "offiziell" eröffnete Diskussion erbringen, die, wenn es gut läuft, in einen "Selbstverständnistext" münden wird, den die nächste ZDK in einem Jahr beschließen kann.

Auch in der Frage einer Unterstützung der PDS gibt es Unterschiede, ohne daß dies der VSP Ungemach bereiten würde. Auf der ZDK-Konferenz des Vorjahres waren Kandidaturen von VSP-Mitgliedern auf den offenen Listen der PDS noch abgelehnt worden. Auf der Ortsgruppenkonferenz im Dezember wurde dann jedoch die Erstellung einer Erklärung zu den Bundestagswahlen beschlossen, die einen Wahlaufruf zugunsten der PDS enthalten soll. Ein entsprechender Entwurf, der daraufhin vom ZK erarbeitet wurde lag jetzt der ZDK vor (siehe SoZ vom 2.6.94) und wurde dort mit Verbesserungsvorschlägen versehen. Bezeichnender und womöglich zugleich entscheidender Unterschied zur in der KB-Mehrheit geübten Praxis: Die sich für die bzw. bei der PDS engagierenden Ortsgruppen bzw. Genossinnen und Genossen betreiben ihr Engagement auch unter dem Blickwinkel, damit die eigene Organisation - also die VSP - zu stärken. So kündigte Winfried Wolf beispielsweise an, daß er im Falle seiner Nominierung auf dem recht aussichtsreichen Platz 1 der baden-württembergischen Landesliste der PDS (die inzwischen erfolgte) ein Treffen der VSP-Mitglieder dieses Bundeslandes einberufen wolle und seinen Wahlkampf auch mit Material der VSP bestreiten möchte. Aus VSP-Ortsgruppen wurde berichtet, daß die Mitarbeit in PDS-Wahlinitiativen dazu genutzt werden kann, die dort zusammenkommenden meist sehr jungen Menschen bei entsprechenden Nachfragen für die VSP zu interessieren.

Ansonsten war die ZDK damit beschäftigt, ein neues Statut zu beschließen. "Altlasten" des bisher gültigen Statuts aus dem Jahre 1986 wurden entsorgt, so etwa der Passus über "Parteistrafen", aber auch das "imperative Mandat". Das "Zentralkomitee" wird künftig "Leitung" genannt, die ZDK "Bundeskonferenz". Dafür wurde das Vetorecht für Frauen jetzt auf alle Beschlüsse (und nicht nur, wie im alten Statut, "gegenüber Beschlüssen zur Frauenpolitik") ausgedehnt. Im Statut verankert ist nun auch, was ohnehin schon als Selbstverständnis der VSP niedergelegt war, nämlich, daß sie sich als nur vorläufige Organisation begreift, die jedoch ihren Beitrag zur Herausbildung einer politischen Kraft leisten will, "die in der Lage ist, eine Mehrheit von Menschen für eine Gesellschaft zu gewinnen, die frei von Ausbeutung, Umweltzerstörung, Rassismus, Frauenunterdrückung und jeder Form der Diskriminierung von Minderheiten ist". Außerdem ist nun auch die Namensdebatte in der VSP eröffnet; mit der Bezeichnung "Partei" sind angesichts der Kleinheit der Organisation die meisten Mitglieder nicht mehr zufrieden.

Schwierigkeiten gab es, als sich nicht genug Frauen fanden, um die neu zu wählende Leitung paritätisch zu besetzen. Die Konferenz wählte deshalb nur eine "provisorische Leitung" (fünf Männer, eine Frau), die sich

zum nächstmöglichen Termin mit der Frauenarbeitsgruppe der VSP zusammensetzen soll, um die entstandene Lage zu beraten.

J., Westberlin

40. Hader im Kader. Bertis Buben versagen beim Stiften "nationaler Identität"

Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak368/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:33

Die Nation im Wechselbad der Gefühle: Nach Ende der Vorrunde der Fußball-Weltmeisterschaft ist die nur alle vier Jahre wiederkehrende Gelegenheit zur Identifikation mit "Deutschland" - in Gestalt von elf reichen Männern in kurzen Hosen - fast schon vertan. "Wie ein Mann" wollten sie hinter Bertis Truppe stehen. Die meisten waren sich sicher, daß "wir" den 1990 in Italien errungenen Titel in den USA verteidigen würden. Nach drei mäßigen bis peinlichen Auftritten ist das vorzeitige Ausscheiden der selbsternannten Favoriten absehbar. "Das wird keine Mannschaft sein, die sich im Turnier steigert", hatte Bayern-Manager Uli Hoeneß, ein Unsympath mit Sachverstand, schon vor Beginn vorausgesagt.

Nach dem zweiten Spiel dämmerte es selbst Bild, daß Hoeneß recht hatte. Und daß der "Mann auf der Straße", statt in schwarz-rot-goldene Begeisterung zu verfallen, zu nörgeln anfing: "Die ganze Nation wird langsam sauer auf unsere kickenden Großverdiener!" In Kurzinterviews wurde Volkes Stimme wiedergegeben: "Mangelnde Leistung sollte vom Gehalt abgezogen werden. Dann können wir noch Weltmeister werden." (Buchdrucker Bernd Astheimer aus Groß-Gerau) In seiner Enttäuschung ließ sich selbst Wim Thoelke (früher Kommentator des Torwandschießens im "Aktuellen Sportstudio") zu der völlig unlogischen Behauptung hinreißen: "Wer so viel Geld verdient, muß doch das Tor treffen!"

Statt in Begeisterung und Optimismus zusammenzurücken, spaltete sich die Nation nach dem Spiel gegen Südkorea an dem Rauswurf von Stefan Effenberg. Der großmäulige Egozentriker hatte bei seiner Auswechslung den deutschen Fans den ausgestreckten Mittelfinger gezeigt - eine "obszöne Geste", für deren Beschreibung DFB-Präsident Egidius Braun die Worte fehlten. Um so beredter schwadronierte Braun über Fragen von Anstand und Moral. So einer wie Effenberg könne nicht mehr Vorbild sein für die Millionen jugendlichen DFB-Mitglieder. Sportsgeist und Charakter seien wichtiger als Erfolge und Weltpokal.

Da konnte Berti Vogts, der sich selbst "manchmal zu gutmütig" findet, nicht anders, als den Flegel nach Hause zu schicken - auch wenn Vogts und der DFB sonst bei "kleineren Verfehlungen" gern beide Augen zudrücken: Als Kapitän Lothar Matthäus gegenüber einem weiblichen Volleyballteam ein besonderes körperliches Merkmal seines kolumbianischen Teamkollegen Adolfo Valencia pries ("Unser Schwarzer hat sooo einen langen!"), war das aus Sicht des DFB schon ein bißchen unhöflich. Matthäus' nachträglich dementierte Äußerung gegenüber einem Niederländer, er sei wohl "vom Adolf" beim Vergasen vergessen worden, ließ sich zum Glück nicht juristisch eindeutig beweisen. Aber wer unsere treuen Fans beleidigt, ist nicht mehr tragbar, auch wenn sein Rauswurf die Spielstärke der Mannschaft noch weiter senken sollte - Vogts: "Ich bin ein Gerechtigkeitsfanatiker."

An der ungewohnt strengen Maßnahme schieden sich die Geister. Franz Beckenbauer, der seinen Nachfolger schon vor Beginn der WM öffentlich demontiert hatte, bezeichnete den Rausschmiß als überzogen. Ebenso der komplette WM-Kader, allen voran und sehr deutlich die "Leistungsträger" Illgner, Matthäus und Klinsmann. Vermutlich durchschauten sie den Hintersinn der Machtdemonstration, die 21 Verbliebenen zu einer Leistungssteigerung zu veranlassen.

Fast die Hälfte des deutschen Fernsehpublikums mißtraute solchen taktischen Winkelzügen. Bei einer ARD-Umfrage stimmten 54 Prozent der Befragten dem Rauswurf von Effenberg zu, 46 waren dagegen. Doch damit war "Der Streit um Effenberg" (Aufmacher des Hamburger Abendblatts am 30.6.) noch lange nicht ausgestanden: "Die deutsche Elf hat bei der WM alle enttäuscht, aber der Ausschluß eines Spielers spaltet die Fußball-Nation. Selbst die Parteien schalten sich ein." CDU-Generalsekretär Hintze bezeichnete den Rauswurf als "konsequent und richtig" - wegen der Verpflichtung der deutschen Spieler, in den USA das Vaterland würdig zu vertreten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Müller antwortete mit einem schnellen Konter: Nicht Stefan Effenberg, sondern Bundestrainer Vogts sei der "WM-Versager"; er sei seinem Job nicht gewachsen. Die Wortwahl verrät es: Hier wurde der Bundestrainer attackiert und der Kanzler gemeint.

In der Tat könnte sich Kohls penetrantes Bemühen, am erwarteten Ruhm der deutschen Kicker teilzuhaben, schon bald als schwerer Fehler erweisen. So hatte der von namhaften deutschen Unternehmern gegründete Verein "Wir für Deutschland" keine Kosten gescheut und Kohl den vermeintlich werbewirksamen Flug zum

deutschen Team finanziert: eine Aktion gegen "Mißmut und Pessimismus", die Kohl dem deutschen Wahlvolk noch ein bißchen sympathischer machen sollte. Berti Vogts erlernte lange nach dem Ende seiner Karriere als Aktiver gar noch die Kunst des Doppelpaßspiels - mit dem Kanzler. Beide bescheinigten dem jeweils anderen, der richtige Mann am richtigen Platz zu sein. Und nun? Wenn Berti gehen muß, was wird dann aus Kohl?

Man soll die Analogien von Sport und Politik nicht überstrapazieren. Aber gerade in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte gibt es unübersehbare Geistesverwandtschaften zwischen den bedeutenderen Kanzlern und den gleichzeitig amtierenden Bundestrainern. Da waren zunächst Adenauer und Herberger, denen das "Wirtschaftswunder" bzw. das "Wunder von Bern" gutgeschrieben wurde und die für die bekannten deutschen Tugenden standen; später kamen Brandt ("mehr Demokratie wagen") und Schön, der zwar nicht liberal, aber immerhin als Teamchef so schwach war, daß seine kreativsten Spieler (Netzer, Beckenbauer) die nötigen Freiräume hatten. Der unter Schöns Nachfolger Jupp Derwall gespielte Beamtenfußball entsprach sowohl der Mentalität der Kanzler Schmidt ("Technokrat") als auch Kohl ("Aussitzer").

Kohls aktuelles Bestreben, auf einer Welle des Optimismus noch einmal wiedergewählt zu werden, hätte eigentlich einen fähigeren Teamchef erfordert. Da Beckenbauer nun einmal abgedankt hat, am besten Uli Hoeneß, dem Kohl, wie der Bayern-Manager stolz dem Spiegel erzählte, erst jüngst zu seiner "Forderung nach mehr Optimismus gratuliert" hat. Nur hält Hoeneß lieber seiner florierenden Firma die Treu und läßt sich für Abenteuer mit ungewissem Ausgang vorerst nicht einspannen.

Ein schwacher Trost bleibt dem rechten Flügel-Duo Kohl/Vogts: Auch beim Konkurrenten und Mitfavoriten Italien lief nichts nach Wunsch - obwohl dort das "Umfeld" ungleich besser bestellt war. Bei Berlusconi und dem früheren Milan-Trainer Arrigo Sacchi, heute Coach der Squadra Azzurra, stimmte einfach alles. Die letzten Monate hatten Berlusconi eine Kette von Erfolgen beschert. Dem Wahlsieg von Forza Italia im März folgte einen Monat später die dritte Meisterschaft für den AC Milan in Folge, wenig später das triumphale 4:0 über den FC Barcelona im Finale der europäischen Landesmeister in Athen.

Trainer Capello und Milan-Generaldirektor Galliani wußten auch in der Stunde des größten Triumphs, was sie ihrem im fernen römischen Senat weilenden Chef schuldig waren, und sagten brav ihre vorbereiteten Texte auf. "Dies ist vor allem ein Sieg des Präsidenten", hob Capello hervor. Galliani würdigte den Erfolgsmenschen Berlusconi: "Er war immer schneller als die anderen. Als die anderen Häuser bauten, konstruierte er Städte, er erfand ein nationales Fernsehen, als die anderen sich mit kleinen Sendern befaßten. Er ist in die Politik gegangen, und nach zwei Monaten ist er Ministerpräsident: Wir haben das Glück, in Kontakt mit diesem außergewöhnlichen Mann zu leben." (La Repubblica, 20.5.1994)

Am 12. Juni, wenige Tage vor WM-Beginn, folgte Berlusconis nicht minder beeindruckender Erfolg bei den Europawahlen. Was konnte da noch schiefgehen? Im Aufgebot befanden sich sieben Spieler vom AC Milan, fast alle von ihnen auch bei Arrigo Sacchi Stammspieler. Aber um ein Haar wäre die italienische Mannschaft schon in der Vorrunde ausgeschieden: Torwart Pagliuca wurde vom Platz gestellt; Franco Baresi, der "weltbeste Abwehrspieler", offensichtlich von seinem Wahlkampf für Forza Italia erschöpft, verletzte sich ohne Einwirkung des Gegners; Roberto Baggio, der gern zum Superstar des Turniers geworden wäre, war außer Form. Auch Berlusconis Ultimatum vor dem Spiel gegen Mexiko - "Siegt oder bleibt in den USA!" - nützte nichts. Nur mit sehr viel Glück blieben die Italiener vorerst im Turnier.

Jetzt, da die Vorrunde vorüber ist, scheint klar, daß die "Fußballzwerge" aus Irland und Nigeria sich erheblich größere Hoffnungen auf den Weltmeistertitel machen dürfen als die Maulhelden aus Italien und der BRD. Eigentlich sind beide Teams schon gescheitert - ein schöner Rückschlag für Berlusconi und Kohl, der zu der Hoffnung Anlaß gibt, daß Miesmacherei und Genörgel künftig in beiden Ländern wieder stärker sein werden als nationale Begeisterung.

Ein schwarz-rot-goldenes "Wunder von Los Angeles", als Wiederholung des "Wunders von Bern" vor exakt 40 Jahren, wird es nicht geben. Vorausgesetzt, es geht alles mit rechten Dingen zu. Womit nicht auf den von Maradona geschluckten Hustensaft angespielt werden soll, sondern auf Gaunereien ungleich größeren Formats: Noch heute sind nicht wenige Ungarn überzeugt, daß ihr überlegenes Team 1954 nur durch Bestechung um den verdienten Weltmeistertitel gebracht worden sein kann.

Js., 1.7.1994

41. Quelldatei 41.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak368/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:41

Nahost

Die kritischen Studien über die hiesige Rezeption des "Orient", die arabische(n) Welt(en) und das Islam-Verständnis, die seit dem Zweiten Golfkrieg erschienen, sind um ein weiteres Werk zu einem bisher weniger beachteten, aber sehr wesentlichem Aspekt vermehrt worden. Ein jüngst erschienener (und bemerkenswert preisgünstiger) Band des Informationszentrums Dritte Welt stellt die sozialen Bewegungen im sog. Nahen Osten unter dem Motto und Titel ... alles ändert sich die ganze Zeit vor. (Als Vorabdruck erschien der Beitrag von Jörn Schulz über Islamismus, Staat und Gesellschaft in Ägypten in ak 366.) Unter vier Schwerpunkten - Neuordnung der Welt - neue Bewegung von "unten"?; Politischer Islam und soziale Frage; Die Linke in Bewegung?; Neue soziale Bewegung(en) - behandeln zwanzig größtenteils sehr sachkundige AutorInnen Themen, die nicht allein eine allgemein linke, sondern auch die Aufmerksamkeit gerade internationalistisch und sozialistisch engagierter Linker verdienen. Erwähnt seien nur die recht illusionären Vorstellungen, die Palästina-Solidaritätsgruppen etwa über den Sozialismus von Befreiungsbewegungen im arabischen Raum gepflegt haben.

Jörg Später (Hg.): ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im "Nahen Osten". Freiburg (Verlag Informationszentrum Dritte Welt) 1994. 220 S., 25 DM.

Mexiko

Als am 1. Januar dieses Jahres eine bis dahin völlig unbekannte mexikanische Guerilla vier wichtige Ortschaften im Bundesstaat Chiapas besetzte, in Armeequartieren Waffen requirierte und Polizeiakten verbrannte, war das Erstaunen groß - nicht nur im Ausland, sondern auch in Mexiko selbst. Die sechzehn Beiträge eines schmalen Bands über den Aufstand in Chiapas bilden eine Chronik der Ereignisse vom Jahresbeginn bis zum April.

Andreas Simmen (Hg.): Mexico. Aufstand in Chiapas. Berlin - Amsterdam (Edition ID-Archiv) 1994. 139 S., 16 DM.

Bevölkerungspolitik

Im September werden sich die herrschenden Eliten aus Nord und Süd in Kairo vereinen, um für die kommenden zwanzig Jahre ein bevölkerungspolitisches "Aktionsprogramm" festzulegen. Galt die Sorge der VertreterInnen der reichen Industriestaaten vor zwei Jahren in Rio dem sterbenden Regenwald, sind es nun wieder die Frauen der "Dritten Welt", die der Kontrolle unterworfen werden sollen. Eine Ursache der Umweltschäden, die langfristig die ganze Welt bedrohen, wird von den reichen Industriestaaten im "ungebremsten Bevölkerungswachstum" der unterentwickelt gehaltenen Länder geortet - nicht zuletzt, um von der eigenen und hauptsächlichen Verantwortung für die Zerstörung ökologischer Systeme abzulenken.

blätter des iz3w (Schwerpunkt: Bevölkerungspolitik). Nr. 198, Juni/Juli 94. 60 S., 7.50 DM.

Antimilitarismus

Ende 1992 mußte die Informationszeitschrift der Kampagne "Produziert für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" EntRüsten aus finanziellen Gründen eingestellt werden. Die Herausgeber haben nun einen neuen Versuch gestartet. Neben den Schwerpunkten zu Türkisch-Kurdistan und der Kampagne "Jäger 2000 stoppen - Soziale Sicherheit schaffen" enthält die Ausgabe eine Anzahl von Kampagnenaufrufen und -berichten.

EntRüsten. Nr. 1/94. Jahresabo (4 Ausgaben, 1 Sondernummer) 40 DM. - Verein zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit e.V., Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein.

Rechtsradikalismus

Rechtsradikale Gewalt wird vor allem als Problem marginalisierter Jugendlicher wahrgenommen. Dies zeigt schon der Titel des von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Bands Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland: Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, der aber ansonsten recht brauchbar ist. Das Spektrum der ca. 40 AutorInnen reicht von der Bundesfamilienministerin Merkel über die

unvermeidlichen Wilhelm Heitmeyer und Claus Leggewie bis zu so lesenswerten Autorinnen wie Birgit Rommelspacher - vertreten sind damit nahezu alle, die in der wissenschaftlichen Rechtsradikalismus-Forschung in der BRD derzeit Rang und Namen haben. - Auch sonst bietet die Bundeszentrale eine ganze Palette von kostenlosen (oft umfangreichen) Sammelbänden, Handbüchern und Lexika. Die Themen reichen von "Politischer Extremismus" (rechts gleich links, heißt es dazu bei der Bundeszentrale) über deutsche Geschichte, EU-Integration, Migration, Arbeits- und Sozialrecht in der BRD bis zu Gesetzes- und Vertragstexten und Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Viele dieser Nachschlagewerke werden gleichzeitig als Lizenzausgaben von Verlagen für teures Geld auf den Markt gebracht. Die ebenfalls von der Bundeszentrale herausgegebene Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte" bietet zweiwöchentlich nützliches und "zitierfähiges" Material. Allerdings publiziert die Bundeszentrale neben prominenten seriösen bürgerlichen WissenschaftlerInnen (und hin und wieder einem/einer Feigenblatt-Linken) mit Vorliebe rechtskonservative AutorInnen: u.a. den Anti-Antifaschismus-Professor Hans-Helmuth Knütter, das Ehepaar Scheuch oder die Zitelmann-Freunde Uwe Backes und Eckhard Jesse. Trotzdem: als Nachschlagewerke für alle, die sich über den herrschenden Politikwissenschaftsbetrieb ein Bild machen oder mal schnell ein paar statistische Angaben heranziehen müssen, sind die Bücher der Bundeszentrale allemal brauchbar. Zudem ist alles kostenlos zu haben, wenn angegeben wird, daß das Material z.B. für die außerschulische Jugendarbeit oder Erwachsenenbildung benötigt wird. Die Schriften sowie ein detailliertes Publikationsverzeichnis sind zu beziehen bei der

Bundeszentrale für politische Bildung, Postfach 2325, 53013 Bonn.

Erich Mühsam

Vor 60 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1934 wurde der revolutionäre Schriftsteller und Anarchist Erich Mühsam im Konzentrationslager Oranienburg ermordet. Kreszentia Mühsam veröffentlichte 1935 im Exil im Mopr-Verlag Zürich-Paris (Mopr = Rote Hilfe) ihren Bericht über die Haft und Ermordung ihres Mannes. Diese Schrift erscheint nun erstmals in Deutschland. Beigegeben ist der Neuauflage ein Aufsatz von Dieter Brünn zum Schicksal Kreszentia Mühsams, die nach ihrer Flucht in die Sowjetunion dort mehrfach verhaftet und in einem Strafgelager eingeknastet wurde. Im Anhang werden Aufsätze aus der von Erich Mühsam herausgegebenen anarchistischen Monatsschrift Fanal über politische Gefangene und die Rote Hilfe dokumentiert.

Kreszentia Mühsam: Der Leidensweg Erich Mühsams. Berlin (Harald-Kater-Verlag) 1994 (erweiterte Neuauflage der Ausgabe von 1935). 86 S., 12,80 DM.

Jüdischer Widerstand

Das Feld des Vergessens lautet der Titel einer Sammlung kleinerer Beiträge von Ingrid Strobl. Der Titel ist einem Gedicht von Nelly Sachs entnommen. Die Strophe lautet vollständig: "Nicht einschlafen lassen die Blitze der Trauer / Das Feld des Vergessens". Gegen dieses Vergessen, genauer: die Ignoranz gegenüber dem antifaschistischen Widerstand von Frauen, gegenüber dem jüdischen Widerstand (oder Widerstand von Juden) hat Ingrid Strobl in den letzten Jahren mehrere Bücher verfaßt, übersetzt, herausgegeben. In der vorliegenden Sammlung sind neben einem Originalbeitrag "Für Chaika" (Grossmann) eine Anzahl von Aufsätzen gegen die deutsche "Vergangenheitsbewältigung" nachgedruckt, die in den letzten drei Jahren in deutschen und österreichischen Zeitschriften erschienen und sämtlich das Lesen und das Nachlesen wert sind.

Ingrid Strobl: Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und deutsche "Vergangenheitsbewältigung". Berlin-Amsterdam (Ed. ID-Archiv) 1994. 140 S., 14 DM.

Antifaschismus

Hier geht es nun einmal nicht um ein Buch, sondern um rund 350 Bücher. Bücher, die zum Thema Antifaschismus (im weiteren Sinne) vor zehn, zwanzig oder mehr Jahren erschienen sind, bei den Verlagen vergriffen oder nach dem Anschluß der DDR kompostiert. Fäustel's Buchrecycling, das diese Bücher anbietet, versteht sich als "ein ‚Dienstleistungsunternehmen` der Gegenkultur, das sich zum Ziel gesetzt hat, den Abwicklern, Verfälschern und Verdrängern linker Geschichte einen unverfälschten Zugang zur notwendigen Aufarbeitung gesammelter Erfahrungen entgegenzusetzen." Diese "Dienstleistung", d.h. der Verkauf der

angebotenen Bücher, wird, obwohl es sich zum Teil um "gesuchte" Werke handelt, zu geringen Preisen (meist zwischen 10 und 30 DM) erbracht. Die im Juni erschienene Antifaliste kann angefordert werden bei

Fäustel`s Buch-Recycling, Volker Rohde, Stroofstr. 15, 53225 Bonn.

42. Quelldatei chtitel.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak368/chtitel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:chtitel

Wer heutzutage China besucht, wird den Eindruck nicht los, daß in diesem Land kein Stein auf dem anderen bleibt. Die von der Kommunistischen Partei eingeführte "sozialistische Marktwirtschaft" hat zu einem beispiellosen Wirtschaftsboom geführt, der die gesamte soziale Struktur des Landes verändert. Die ländliche Bevölkerung ist davon genauso direkt betroffen wie die Menschen in den Städten. Wohin die Reise gehen wird, vermag niemand zu sagen - auch die Kommunistische Partei nicht, die selber immer mehr zur Getriebenen wird. Einige Eindrücke und Schlaglichter auf Seite 18

43. Quelldatei cltitel.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak368/cltitel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:cltitel

Zu welcher Menschenverachtung der real existierende Kapitalismus, zumal unter den gnadenlosen Bedingungen des Weltmarktes, in der Lage ist, zeigt ein Vorfall aus Chile. In einigen armen Wohnvierteln am Rande Santiagos waren Fruchtfliegen aufgetaucht. Daraufhin wurden diese Viertel ohne Vorwarnung aus der Luft mit einem nervengasähnlichen Insektizid besprüht. Der Grund: Nichttropische Früchte gehören zu den wichtigsten Exportartikeln des neoliberalen Musterlandes. Chemischer Krieg gegen die eigene Bevölkerung - ein neuer Kriegsschauplatz der freien Marktwirtschaft. Seite 14

44. Bad Kleinen: These vom Selbstmord nicht zu halten

CD-Datei: daten/aksuche/ak368/grams.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:grams

Für die Bundesregierung war der höchst unerfreuliche "Fall Bad Kleinen" Anfang März erledigt. Trotz noch laufender Ermittlungen legte sie ihren Schlußbericht vor: Da "Fremdverschulden" am Tode des RAF-Mitglieds Wolfgang Grams auszuschließen sei, müsse es sich zweifelsfrei um "Selbstmord" handeln.

Die einzige Augenzeugin war schon frühzeitig als unglaubwürdig hingestellt worden. Ihre Aussage, zwei GSG-9-Beamte hätten auf den am Boden liegenden Grams geschossen, wird nun durch ein neues Gutachten gestützt. Danach wurde Grams, bevor er durch aufgesetzten Schuß aus seiner eigenen Pistole starb, die Waffe aus der Hand entwunden. Die dabei entstandene Hautabschürfung ist von Gutachter Dr. Bonte im Selbstversuch nachgestellt worden.

Die staatsoffizielle Selbstmordthese ist nicht länger zu halten. Die Tatausführenden müssen ebenso zur Rechenschaft gezogen werden wie ihre Auftraggeber und diejenigen, die sich der Vertuschung der Wahrheit schuldig gemacht haben. Seite 10

45. Quelldatei jemen.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak368/jemen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:jemen

Der Krieg im Jemen wird fortgesetzt. Immer wieder werden Waffenstillstandsabkommen ausgehandelt und dann nur kurze Zeit später vom Nordjemen gebrochen, der versucht, den Südjemen militärisch zu unterwerfen. Dagegen leisten die Menschen im Südjemen erbitterten Widerstand. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen in beiden Teilen Jemens haben schon kurz nach der Vereinigung von Nord- und Südjemen zu Spannungen und später zum Bruch geführt. Dies und speziell die Politik der Jemenitischen Sozialistischen Partei beleuchtet Günther Orth auf Seite 11

46. Quelldatei kurd.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak368/kurd.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:kurd

Der Nachricht über die Ermordung von Unterhändlern der Patriotischen Union Kurdistans durch Mitglieder der Demokratischen Partei Kurdistans folgte in der interessierten Szene umgehend die Frage: Warum KurdInnen gegen KurdInnen? Diese Frage ist jedoch schon im Ansatz falsch, da es die KurdInnen nicht gibt und in der kurdischen Gesellschaft ebensoviele unterschiedliche Vorstellungen und Verhaltensweisen vorhanden sind wie in jeder anderen Gesellschaft auch. - Wir publizieren Jan Keetmans Analyse der kriegerischen Auseinandersetzungen in Südkurdistan auf Seite 12

47. Imperiale

CD-Datei: daten/aksuche/ak368/oeko.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:oeko

Ökologie

Auch in den imperialistischen Machtzentren greift die Erkenntnis um sich, daß sie durch die von ihnen verursachte ökologische Zerstörung zunehmend selbst betroffen sein werden. Die Machtzentren streben daher einerseits an, die industrielle Produktion kapitalistischen Zuschnitts durch Installierung eines globalen Öko-Regimes unter ihrer Führung aufrechtzuerhalten. Anderseits wollen sie aber die Ausweitung dieser Produktionsweise einer internationalen Regulierung unterwerfen. Im Rahmen eines globale Gültigkeit beanspruchenden "Umweltrechts" werden ökonomische und militärische Zwangsmaßnahmen diskutiert. Diese Politik wird mit einer entsprechende Ideologie legitimiert: Die ökologische Krise werde von der ganzen Menschheit verursacht, sie könne daher auch nur gemeinsam gelöst werden - wobei die imperialistischen Zentren sich als die einzig kompetenten Krisenmanager darstellen. Mit der Verwischung der Hauptverantwortung einher geht die Klage gegenüber den ausgebeuteten Weltregionen, in deren "ungebremsten Bevölkerungswachstum" und deren Versuchen nachholender industrieller Entwicklung das eigentliche Gefährdungspotential für die Umwelt liege. Seite 24

48. Quelldatei rwtitel.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak368/rwtitel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:368:rwtitel

Was will Frankreich in Rwanda? Hunderttausende von RwanderInnen, meist der Tutsi-Minderheit angehörend, wurden von den Truppen und Milizen des Regimes abgeschlachtet, das bislang durch Frankreich unterstützt und aufgerüstet wurde. Nun, Wochen nach dem großen Morden, hat man in Paris seine "humanitären Verpflichtungen" entdeckt und den als UNO-Mission gekennzeichneten Einmarsch in das zentralafrikanische Land begonnen. Sicher nicht von ungefähr: Die FPR ist dabei, die Macht im Land zu übernehmen. Damit wäre Rwanda der französischen Einflußzone in Afrika entglitten. Seite 3